

Gall. g.

Friedrichowicz

343 $\frac{r}{-}$

Die
Getreidehandelspolitik
des
Ancien régime.

Von

Dr. Eugen Fridrichowicz.



Weimar
Verlag von Emil Felber
1897.

Verlag von Emil Felber in Weimar.

Ankündigung.

Socialgeschichtliche Forschungen.

Ergänzungshefte

zur

Zeitschrift für Social- und Wirthschaftsgeschichte.

Herausgegeben

von

Dr. Stephan Bauer und Dr. Ludo Moritz Hartmann
in Brünn in Wien.

Die „Socialgeschichtlichen Forschungen“ sollen in zwangloser Anlehnung an die „Zeitschrift für Social- und Wirthschaftsgeschichte“ grössere Arbeiten social- und wirthschaftsgeschichtlichen Inhaltes bringen, und theilen den streng wissenschaftlichen Charakter der Zeitschrift. Bilden sie demnach die von den Lesern längst gewünschte Erweiterung der Zeitschrift, deren Mannigfaltigkeit durch den Abdruck grösserer in Fortsetzung erscheinender Abhandlungen beeinträchtigt würde, so ist den Specialforschern durch die Herausgabe der „Forschungen“ eine Erleichterung dadurch geboten, dass jedes Heft, das auch an Nichtabonnenten der Zeitschrift einzeln abgegeben wird, ein abgeschlossenes Ganze bildet.

Die beiden ersten Hefte enthalten:

Konrad Häbler, Kustos an der Königl. Bibliothek in Dresden,
Die Geschichte der Fugger'schen Handlung in Spanien.
Gustav Schönfeldt, Beiträge zur Geschichte des Pauperismus und der Prostitution im Hamburg.

Daran werden sich anschliessen:

Ad. Schaube, Beiträge zur Geschichte des Kapitalismus im 13. Jahrhundert.
Josef Redlich, Geschichte der ländlichen Gemeindeverwaltung in den österreichischen Erblanden.

*Bei Subskription auf mindesten 6 aufeinanderfolgende Hefte
wird ein ermässiger Subskriptionspreis gewährt.*

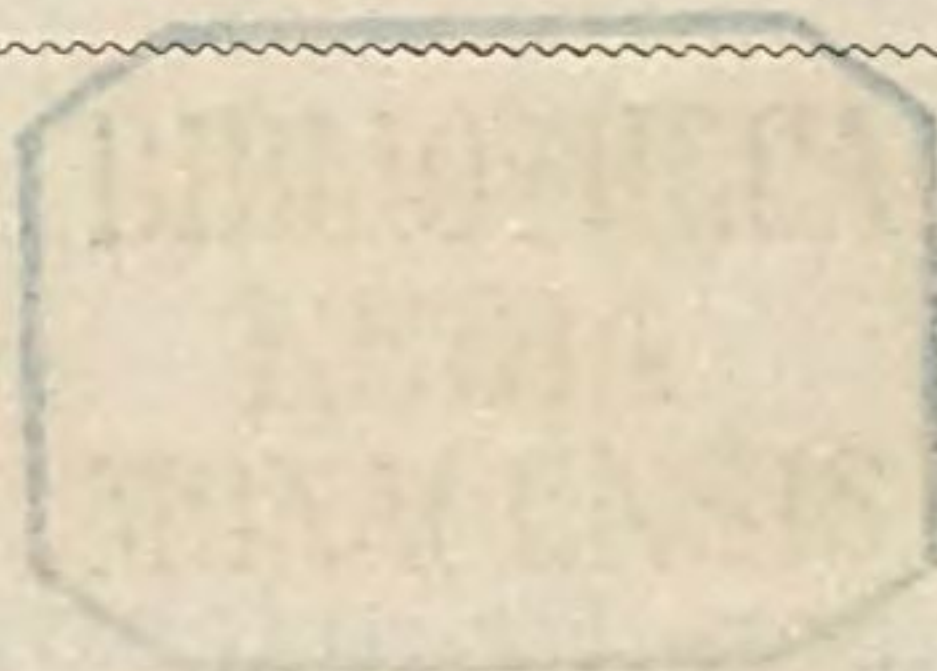
Die
Getreidehandelspolitik
des
Ancien régime.

Von
Dr. Eugen Fridrichowicz.



W e i m a r.
Verlag von Emil Felber.
1897.

Alle Rechte vorbehalten.



Seinem hochverehrten Lehrer

Herrn Geheimen Regierungs-Rath Professor

Dr. August Meitzen

widmet diese Blätter in Dankbarkeit und Hochachtung

der Verfasser.

Seitdem in der Stadt ein

Heim für die Armen und Kranken

Dr. August Meißner

Wirdet diese Stadt in der

der Stadt

Vorwort.

Das vorliegende Thema wurde schon vor mehr als zehn Jahren von einem jungen Armenier Araskhaniantz ¹⁾ behandelt nur mit dem Unterschiede, dass Araskhaniantz es für nöthig hielt, den Einfluss der Steuerpolitik der frz. Regierung auf die Lage der Landwirtschaft einzuflechten, während Verfasser, zum Verständniss der zahlreichen Schwankungen der frz. Getreidehandelspolitik im 18. Jahrhundert, glaubte tiefer auf den theoretischen Kampf um diese Lehre in den gleichzeitigen volkswirthschaftlichen Schriften eingehen zu müssen. Des Ferneren unterscheidet sich aber die vorliegende Arbeit von der des genannten Autors dadurch, dass mir, gestützt auf eine für den in Rede stehenden Zweck ziemlich ergiebige Gesetzessammlung privaten Charakters, welche in den Besitz der kgl. Bibliothek zu Berlin übergegangen ist ²⁾, ein viel reichhaltigeres Material zu Gebote stand als dem genannten Herrn. Zugleich aber kann ich mit der Bemerkung nicht zurückhalten, dass Araskhaniantz das von ihm angezogene Quellenmaterial „Delamarre, Traité de Police Tome II, Paris 1720 seconde édition“, „Isambert Recueil des lois anciennes françaises“ u. a. nicht genügend ausgenutzt hat. Dazu kommen aber noch

¹⁾ „Die französische Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1789“ Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen hrsgb. v. Schmoller Bd. 4 H. 3 Leipzig 1882.

²⁾ Dort aufgestellt unter H. p. 2313. Es wäre zu wünschen, dass diese sehr werthvolle Sammlung besser in Stand gebracht, d. h. durchgehend paginirt und mit Registern versehen würde: Jetzt muss man bei der Benutzung fast jeden der durchschnittlich 1500 Seiten starken 150 Bände durchblättern; ein ungeheurer Zeitverlust der z. T. wenigstens ein für allemal auf die Schultern von Subalternbeamten abgewälzt werden könnte.

viele Versehen in dem Lesen und Erklären des von Araskhantz eingesehenen Materials, was wohl auf Konto der grossen Schwierigkeiten gesetzt werden muss, mit denen er als Armenier bei dem Verständniss der frz. und dem Gebrauch der deutschen Sprache zu kämpfen hatte. Alle diese Gründe werden es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn Verfasser das vorliegende Thema noch einmal ganz von Neuem in Angriff genommen hat.

Leider kann ich mich der Hoffnung nicht hingeben, dass auch mein Versuch, das vorliegende Thema zur Darstellung zu bringen als eine endgültige Lösung anzusehen sein werde. Durch persönliche Verhältnisse war ich gezwungen neben einer anderen ziemlich umfangreichen Thätigkeit das ganze z. T. sehr spröde Material in kaum vier Monaten zu bewältigen. Mit diesem Umstande möge der Leser manche Mängel der Arbeit entschuldigen.

Als ich nach Abschluss der Materialsammlung an die Sichtung desselben und die eigentliche Darstellung ging, gelangte ich bald zu der Ueberzeugung, dass es am zweckmässigsten sein würde, den ganzen Stoff in drei grosse Gruppen zu zergliedern, von denen die erste den Leser mit der Gesetzgebung der Getreidehandelspolitik vertraut machen sollte, die zweite ihre Handhabung bis zum Jahre 1719, wo sie eine ziemlich gleichmässige ist, vorzuführen hätte, die dritte die mannigfaltigen Schwankungen seit dem genannten Jahre bis zum Zusammenbruch des ancien régime darlegen müsste. Die Kapiteleintheilungen werden sich wohl von selbst rechtfertigen. Jeder, welcher ein ähnliches Thema bearbeitet hat, wird wissen, dass eine bis ins Kleinste durchgeführte genaue Disposition, für die Klarheit der Darstellung eines der nothwendigsten Erfordernisse ist. Wie weit die vorliegende Arbeit dieser Forderung gerecht geworden ist, vermag natürlich nur der Leser zu entscheiden.

Nach diesen wenigen einleitenden Bemerkungen möchte ich meine Leser bitten, mir gleich in medias res zu folgen.

Frankfurt a. M. im Mai 1895.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Erster Haupttheil: Die Getreidehandelsgesetzgebung	1
Erstes Kapitel: Der Getreidemarkt	1
Vorbemerkung über die Benutzung des Quellenmaterials S. 1. Vom Marktzwang S. 2. Die Marktbeamten S. 5. Der auf dem Markt verkehrende Personenkreis S. 23. Preistaxen S. 40. Von den Getreidespeichern S. 43.	
Zweites Kapitel: Der Handel von Provinz zu Provinz und der auswärtige Handel	45
Uebersicht über die französischen Provinzen nach ihrer Fruchtbarkeit, ihrer Exportfähigkeit und ihren Haupterzeugnissen S. 45. Geschichte der Handelsgesetzgebung für den auswärtigen und den Binnenhandel von Provinz zu Provinz bis zum Jahre 1559 S. 56. Die Schaffung einer einheitlichen Handelsregelung für die ganze Monarchie S. 61.	
Zweiter Haupttheil: Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1719	64
Erstes Kapitel: Einleitung	64
Zweites Kapitel: Die Getreidehandelspolitik vor Heinrich IV. . .	67
Drittes Kapitel: Die Getreidehandelspolitik Heinrichs IV. und Sullys	69
Von 1589—1595 S. 69. Von 1595—1601 S. 70. Von 1601—1610 S. 72.	
Viertes Kapitel: Die Getreidehandelspolitik Frankreichs in den Jahren 1610—1660	83
Fünftes Kapitel: Die Getreidehandelspolitik Colberts	87
Araskhaniantz' Darstellung von Colberts Getreidehandelspolitik S. 87. Die grosse Hungersnoth der Jahre 1660—1662 S. 90. Eigene Auslassungen Colberts über seine Getreidehandelspolitik S. 94. Die urkundlichen Belege von Colberts Getreidehandelspolitik S. 95.	
Sechstes Kapitel: Frankreichs Getreidehandelspolitik von 1683—1703	98
Araskhaniantz' Darstellung von der Getreidehandelspolitik dieser Jahre S. 98. Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1693 S. 99. Die grosse Hungersnoth von 1693—94 S. 100. Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1703 S. 109.	

	Seite
Siebentes Kapitel: Der Merkantilismus: Vauban, Boisguillebert, Delamarre	113
Der Merkantilismus S. 113. Vauban S. 124. Boisguillebert S. 126. Delamarre S. 134.	
Achtes Kapitel: Frankreichs Getreidehandelspolitik von 1703—1720	138
Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1708 S. 138. Die grosse Hungersnoth von 1709—10 S. 140. Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1719 S. 148.	
Dritter Haupttheil: Die Getreidehandelspolitik Frankreichs von 1720—1789.	150
Erstes Kapitel: Die Getreidehandelspolitik von 1720—1763 . . .	150
Die Ausfuhrpolitik S. 150. Die Binnenhandelspolitik S. 157.	
Zweites Kapitel: Die Physiokraten: Herbert und Quesnay . . .	160
Die Physiokraten S. 160. Herbert S. 166. Quesnay S. 181.	
Drittes Kapitel: Die Jahre 1763, 64	210
Viertes Kapitel: Der wissenschaftliche Streit um die Frage der Freiheit des Getreidehandels im Anschluss an das Edikt von 1764	216
Galiani S. 216. Morellet S. 249. Necker S. 267. Turgot S. 285.	
Fünftes Kapitel: Die Getreidehandelspolitik seit 1764, bis zum Zusammenbruch des ancien régime	296
Die äussere Getreidehandelspolitik bis zum Tode Ludwigs XV. S. 296. Turgots Getreidehandelspolitik S. 300. Seit Turgots Weggang S. 305. Die innere Getreidehandelspolitik S. 308.	
Anhang:	311
I. Durchschnittspreise für das septier besten Weizens in den Jahren 1561—1789	311
II. Durchschnittspreise für das septier besten Weizens in den Jahrzehnten 1561—1789	314
III. Mean Prices of Wheat par Quarters for the Year	314

Erster Haupttheil

Die Getreidehandelsgesetzgebung.

Kapitel I.

Der Getreidemarkt.

Bei der Schilderung der für den französischen Getreidemarkt geltenden Vorschriften müssen wir für die Quellenbenutzung sogleich eine Bemerkung voraussenden, dass nämlich die für den Pariser Getreidemarkt von den zuständigen Behörden erlassenen Vorschriften, soweit nicht ausdrücklich bemerkt war, dass sie nur auf diesen Markt Anwendung finden sollten, oder sich ihre spezielle Anwendung auf diesen Markt nicht von selbst ergab, auch für die übrigen Getreidemärkte Gesetzeskraft hatten, so dass also in den Pariser Polizeibehörden neben dem Staatsrath und neben den persönlichen Erlassen des Königs eine besondere Centralbehörde für derartige Verwaltungsaufgaben des Staates geschaffen war. Als solche fungirten die Pariser Polizeibehörden schon seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts.¹⁾

* *

Die erste Frage, welche uns hier berührt, ist diejenige, ob der Getreidehandel nur auf dem Getreidemarkt oder auch ausser-

¹⁾ Vergl. Patentbrief Karls V. Paris qui devoit servir d'exemples à toutes les autres Villes du Royaume. Delamarre, Traité de Police, Tome II. Paris 1720 seconde édition II 653.

halb desselben stattfinden durfte. Die erste bekannte Verordnung über diese Frage stammt aus dem Jahre 1305 und ist von Philipp dem Schönen erlassen. Die Verordnung besagt: „toutes denrées qui seront amenées à Paris seront vendues et amenées en plein marché, et que nul ne soit si hardy d'acheter ni vendre ailleurs.¹⁾ Es handelt sich hier also nur um den Verkauf von Getreide an den Konsumenten oder den kleinen Zwischenhändler nicht um den Aufkauf von Getreide für den Grosshandel. Nur für den ersteren können wir das Verbot des Getreidehandels ausserhalb des Marktes feststellen. Dann begegnen wir einer ähnlichen Verordnung erst wieder aus dem Jahre 1497 in einem Edikt Karls VIII. vom 3. Juli,²⁾ portant injonction sous peine d'amende aux marchands de vendre exclusivement, dans la halle de Paris. Also wiederum nur der Verkauf wird den Händlern ausserhalb des öffentlichen Marktes untersagt, während über den Aufkauf für den Grosshandel auch diesmal nichts gesagt ist. Dann findet sich eine Verordnung Franz I. mit der Ueberschrift: „De ne vendre n'y acheter blé qu'aux marchez publiques et que le populaire seroit préféré aux marchands.³⁾ Aus dem Erlass ist aber ersichtlich, dass eine Theuerung die unmittelbare Veranlassung zu demselben war, und man wird annehmen dürfen, dass er auch nur für die Zeit derselben Geltung haben sollte. Im Jahre 1535 nämlich begegnen wir bei erneut eingetretener Theuerung dem gleichen Erlass, mit der ausdrücklichen Beschränkung auf die Zeit der Theuerung.⁴⁾ Zum dritten Mal sieht sich Franz I. genöthigt, auf dieses Verbot zurückzukommen, in einem Erlass vom 7. November 1544,⁵⁾ weil in diesem Jahre, wie es in dem Gesetz heisst, „encores que d'aucunes sortes de grains

¹⁾ Vergl. a. a. O.

²⁾ Vergl. Isambert etc. etc., Recueil des lois anciennes françaises. Tome XI, pag. 289.

³⁾ Vergl. Fontanon: Les Édits et Ordonnances des Rois de France. Paris 1661, Tome I pag. 956.

⁴⁾ Vergl. a. a. O. pag. 957.

⁵⁾ Vergl. a. a. O. pag. 958.

y ait ceste année (graces à dieu) assez grande uberté l'on en voit et cognoist evidemment les prix si excessivement haussez, que cela fait certaine et oculaire preuve des fautes et fraudes en ces commises. Ob dieses Verbot als ein dauerndes oder als ein auf die Zeit der Theuerung beschränktes gedacht war, lässt sich mit Sicherheit nicht feststellen; anzunehmen ist das letztere sowohl nach den unmittelbar vorangehenden Erlassen wie nach dem sofort zu erwähnenden für die vorliegende Frage besonders wichtigen Polizeigesetz Karls IX. vom 2. Februar bezw. 25. März 1567.¹⁾ Artikel 2²⁾ dieser Polizeiordnung, der ersten uns bekannten amtlichen Kodifizierung des bestehenden Handels- und Verkehrsrechtes, als welche man derartige Polizeiordnungen, wohl am besten bezeichnen darf, bestimmt in Absatz 12 „Qu'en temps de cherté ou doute d'icelle les Officiers de la Police feront faire deffenses generales à tous les habitans des Villes de ne vendre grains en greniers, ains seulement es dites halles et ne sera néanmoins loisible vendre es dits greniers, sinon au prix des marchez. Zur Marktzeit durfte jedoch nirgends auch zugleich in den greniers verkauft werden. Diese Ordnung scheint für spätere Zeiten maassgebend geblieben zu sein.

Die Regierung Karls IX. fiel in die stürmische Zeit der Religionskriege und der fortwährenden Parteifaktionen, die durch die Mündigkeitserklärung des Königs nicht beigelegt wurden, da seine intrigante Mutter, Katharina von Medizi auch nachdem noch thatsächlich die Regierung leitete und Karl IX. selbst durchaus nicht parteilos blieb; dadurch schwächte er aber seine Regierungsgewalt derart, dass auch seine guten Regierungsmaassregeln wirkungslos blieben, so auch seine allgemeine Polizeiordnung, besonders der Theil, welcher den Getreidehandel einheitlich zu regeln suchte, weil die Einmischung in diese Regelung für die Seigneurs und die grossen Städte des Landes, als den Marktherren, grosse Summen abwarf, und sie darum dem Könige

¹⁾ Vergl. a. a. O. S. 805.

²⁾ Dieser ist im Folgenden stets gemeint, wenn von der Polizeiordnung Karls IX. die Rede ist.

das Recht einer einheitlichen Regelung durch das ganze Königreich bestritten, was wahrscheinlich auch juristisch formal keineswegs unberechtigt war. Schon Karl IX. sieht sich in den Jahren 1569 und 1571 genöthigt, gerade die diesbezüglichen Theile seiner Polizeiordnung zu erneuern.¹⁾ In dem erst genannten Edikt finden sich die charakteristischen Worte „Mais au lieu d'y obéir et satisfaire, il s'est trouvé que plusieurs y ont contrevenu que notre intention en cet endroit est toujours demeurée jusques ici inexécutée“, in der Einleitung zu der zweiten Verordnung hält und es Karl IX. für angebracht, sehr ausführlich darzulegen, dass ihm wohl das Recht einer einheitlichen Regelung der Getreidehandels-polizei zustehe. Schon nach sechs Jahren, nachdem Karl IX. inzwischen nach ruhmloser Regierung gestorben war, sah sich die Regierung zum vierten Mal innerhalb 10 Jahren zu erneuter Veröffentlichung einer Polizeiordnung genöthigt, die übrigens fast wörtlich mit der Polizeiordnung Karls IX. vom 25. März 1567 übereinstimmte²⁾, so in dem hier in Frage stehenden Punkte. Besser als aus diesem Sich-Ueberstürzen von Polizeiverordnungen kann wohl kaum ersehen werden, von wie geringer Wirkung sie bei den Zeitverhältnissen waren.

Dann kommt auf die vorliegende Frage erst wieder ein Beschluss des Pariser Parlaments vom 13. Juli 1662³⁾ zurück, welcher in einem Theuerungsjahre erlassen, den obigen Wortlaut der Polizeiordnung Karls IX. genau wiedergibt. Wir dürfen demnach wohl annehmen, dass bis zu dieser Zeit und weit darüber hinaus, das Verbot nur auf dem Markte zu handeln nur während der Theuerungszeit galt, und auch da noch mit der obigen Einschränkung.

Erst im Jahre 1723 wird durch eine Deklaration des Königs vom 19. April⁴⁾ das Verbot, Getreide anders als auf den öffent-

¹⁾ Vergl. a. a. O. S. 964.

²⁾ Vergl. a. a. O. S. 823.

³⁾ Delamarre a. a. O. S. 713.

⁴⁾ Vergl. Édits, Arrêts du Roy, Sammlung der königl. Bibliothek zu Berlin. H. p. 2313 Bd. CXIII 281.

lichen Märkten zu handeln, zu einem dauernden und ausnahmslosen gemacht. Die Sammlung, der wir diese Nachricht entnehmen, bringt von da an oft Verurtheilungen irgend eines Kaufmanns wegen Uebertretung dieser Vorschrift. Es ist dies eine Zeit, wo nach dem Tode des Regenten, des Herzogs von Orleans, dem Getreidehandel überhaupt die schwersten Beschränkungen auferlegt werden.

* * *

Wenden wir uns nunmehr der Aufgabe zu, die auf dem Markte thätigen Beamten und ihre Funktionen kennen zu lernen, so sind in erster Linie die Messer zu nennen.

Der Ursprung dieser Behörde ist in Dunkel gehüllt. Als wir zum ersten Mal von ihnen hören, wird von ihnen als schon vorhandenen Beamten gesprochen; danach waren sie Beamte der Marktherren — in Paris also Beamte des Königs. Man darf nun wohl annehmen, dass dieses königliche Amt der Messer unter Ludwig dem Heiligen durch eine königliche Ordonanz vom Jahre 1258 ¹⁾ aus einem königlichen zu einem städtischen wurde. Wir kennen nicht den Hintergrund dieser Umwandlung, der aber wahrscheinlich ein finanzieller war; doch besitzen wir die betreffende Urkunde des genannten Königs, in der es heisst: „Nul ne peut être Measureur de blé, ny de nulle autre sorte de grain de quelque manière que ce soit, s'il n'a le congé du Prevost des Marchands et des Jurez de la Confrairie.

Zwischen dem Jahre 1438 und 1471 muss das Amt der Pariser Getreidemesser dann wieder ein königliches geworden sein. Wir besitzen aus diesen beiden Jahren zwei Urkunden, auf die wir noch zurückkommen werden, die sich beide mit der Aufzeichnung der Getreidepreise durch die Messer beschäftigen; die eine dieser Urkunden ist ausgestellt von der städtischen, die andere von der königlichen Behörde. Die Messer bleiben königliche Beamte bis zum Jahre 1719; dann unterdrückt der

¹⁾ Vergl. Delamarre a. a. O. S. 747 ff.

König selbst durch Edikt vom September¹⁾ die Beamten wieder und beauftragte die Stadtverwaltung, diese Aemter von sich aus zu bestellen. Durch ein Edikt vom Juni 1730²⁾ übernimmt der König, da er der Einnahmequelle nicht entbehren kann, jedoch wieder diese Aemter; dabei wird zugleich eine höhere Zahl von Beamten angegeben als die bisherigen. Es werden nämlich 80 Iurez Measureurs, Controlleurs und Visitans des Grains und Farines genannt. Damit scheint es dann auch sein Bewenden gehabt zu haben; wenigstens berichten die ziemlich reichlich fließenden Quellen der späteren Zeit von keiner neuen Umwälzung.

Wir sahen, dass die Messer an anderen Orten überall Beamte der Marktherren waren. Karl IX, dem wir schon mehrfach bei dem Versuche, das ganze Polizeiwesen, wieder in die Hände des Königs zu bringen, begegnet sind, beabsichtigte auch das Amt der Messer wieder durchweg zu einem königlichen zu machen. Eine spätere Urkunde wie denn überhaupt zur Zeit des ancien régime die Urkunden lange historische Einleitungen bringen — erzählt darüber: „Charles IX créa par son Édit du mois de Janvier 1569 pour le mesurage des Bleds et autres Grains, qui se vendent et débitent en titre d'Office³⁾ dans toutes les Villes et Bourgs, ou il y avait Foires et Marchez un mesureur pour y mesurer toutes forces de Bleds et de Grains avec mesures ajustées et étalonnées . . . Mais ces Édits et Réglements (scil: auch die ähnlichen späteren (n'ont eu que très peu d'exécution, en sorte que chacun des Seigneurs particuliers, dans leurs Terres et Seigneuries, les Maires Eschevins de plusieurs Villes de notre Royaume se sont mis en possession des droits,⁴⁾ attribuez à ces charges. Et dans les Terres et Seigneuries dépendantes de nos Domaines des particuliers, les uns pour de legeres finances qu'ils ont payées, d'autres sous de simples Commissions de nos juges⁵⁾

¹⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy Bd. CVII, 33 ff.

²⁾ a. a. O. CXX (nicht numerirt).

³⁾ Mit dem Range königl. Beamten.

⁴⁾ Einkünfte.

⁵⁾ Weil sie an dem Platze die niedere Gerichtsbarkeit ausübten.

se sont aussi immiscez ausdites mesures et ont sur leurs Commissions pris de Provision et de nous ou de nos Predecesseurs, et se sont maintenus en la possession des dits Offices et de droits y attribuez, qu'ils ont mesme excédé en plusieurs endroits.“ Ludwig XIV. will nun darin durch das vorliegende Edikt vom Januar 1697 ¹⁾ bessere Ordnung schaffen und unterdrückt deshalb par ce présent Edit perpetuel et irrevocable alle bisherigen Beamtenstellen eines Getreide- und Kornmessers, auf welchem Rechtstitel sie auch beruhen mögen à l'exception seulement de ceux de nostre bonne Ville de Paris sauf à estre par Nous au remboursement de ceux qui justifierons avoir financé en nos coffres, suivant les liquidations, qui en seront faites en nostre Conseil. An Stelle aller unterdrückten Beamtenstellen sollen des Jurez Measureurs Royaux treten, deren Amt erblich sein soll. Diese Getreidemesser sollen bei jedem Getreideverkauf herangezogen werden. Die Bestellung dieser neuen Beamten soll geschehen par les Officiers de nos Justices Royales. Jeder Beamte kann zu seiner Unterstützung sich einen „Commis“ annehmen. Wer im Besitz einer durch dieses Edikt unterdrückten Beamtenstellen ist, soll bis zum 21. Mai ein Vorkaufsrecht auf die neuen Beamtenstellen haben.

Wir begegnen hier einer jener vielen Verordnungen aus der Wende des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, bei denen es wohl stets ungewiss bleiben wird, ob zu ihnen mehr das administrative Interesse, den absolutistischen Staat auch in diesen minutösesten Punkten einheitlich auszugestalten, überwogen habe oder das fiskalische Interesse der Vermehrung der Staatseinnahmen. Mitgesprochen haben sicherlich beide Gesichtspunkte.

Ueber die Durchführung dieses Ediktes berichtete nun der damit beauftragte Valentin Labeau in der Staatsrathssitzung vom 3. September 1697 ²⁾: Quelques ³⁾ Barons et Châtelains hätten

¹⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy Bd. XX 3.

²⁾ a. a. O. S. 117.

³⁾ Nach der offiziellen Sprache der Zeit muss man darunter „beinah alle“ verstehen.

sich um das Edikt garnicht gekümmert; sie hätten weder ihre Berechtigung, das Messamt zu verleihen, nachgewiesen, noch ihre Beamten angehalten, die königl. Bestätigung nachzusuchen. Ebenso stände es mit den meisten Stadtbehörden. Kurzum er muss zugeben, bisher noch sehr wenig ausgerichtet zu haben. Der König ordnet nunmehr an, dass man sich um die Messer, welche auf die Bestellung von Stadtbehörden und Seigneurs ihr Amt ausübten, ohne bisher sich eine Neubestätigung ausgewirkt zu haben, nicht mehr kümmern und unverzüglich zur Ernennung neuer Messbeamten schreiten sollte.

Die Seigneurs und Städte gaben jedoch nicht nach; jetzt behaupteten sie, die Bestellung königl. Beamten könne sich nur auf die königl. Märkte beziehen; ihr Markt sei jedoch ihr eigen, und sie allein seien darum befugt, die Beamten zu bestellen. Die von M. Valentin Labeau bestellten Beamten liessen sie deshalb überhaupt nicht auf den Markt; *ce qui reduiroit le nombre et le prix des Offices des Jurez Mesureurs Royaux presque à rien, s'il y n'étoit pas pourvu.* Wieder ordnet ein Staatsrathsbeschluss vom 22. Juli 1698 ¹⁾ die Durchführung des Ediktes an.

Die Ausführung scheint dann schneller vor sich gegangen zu sein; wir finden aber dann in den Protokollen des Staatsraths häufig die Gesuche von Supplikanten, welche das Messamt zu behalten wünschen. Soweit es zu überschauen ist, haben sie wohl ausnahmslos Gehör gefunden.

Das Amt der pariser Messer galt als ein sehr angesehenes und wurden damit meist Familienmitglieder der im Rath angesessenen Patrizier betraut. Kleriker, Frauen und Händler waren vom Amt eines Messers ausgeschlossen. Beim Eintritt mussten die Messer ein hohes Eintrittsgeld zahlen, einen Antrittschmaus geben und schwören, ihr Amt ohne „Hintergedanken“ verwalten zu wollen. Ihre Zahl war eine schwankende. Eine Ordonnanz des Königs Johann vom 30. Januar 1350 gibt ihre Zahl auf 24 an; dieselbe Zahl findet sich in einer Verordnung

¹⁾ a. a. O. XXI., 78.

Karls VI. vom Februar 1415; doch geht aus dieser Verordnung hervor, dass die Zahl damals verdoppelt wurde, so dass also inzwischen die Zahl einmal auf 12 gesunken sein muss. Die Zahl 24 scheint dann die feststehende geblieben zu sein bis zur Zeit Ludwigs XIII., welcher durch Edikt vom Februar 1633 ihre Zahl um 14 vermehrte. Zur Zeit Ludwigs XVI. finden wir ihre Zahl auf 68 angegeben; ein Edikt vom Februar 1672 beschränkt ihre Zahl auf 50 und unterdrückt die überzähligen Stellen sofort, während es sonst Sitte war, eine solche Stelle erst eingehen zu lassen, wenn ihre Besitzer gestorben oder anderweitig mit einem Amt versorgt waren; durch ein Edikt vom 16. April 1674 wird dann ihre Zahl wieder auf 68 vermehrt, nachdem die Communeauté des mesureurs dafür 36000 livres ès mains du Trésorier des revenus casuels gezahlt hatte, worauf es wohl von vornherein bei der ganzen Machination angekommen war.

Während wir bei anderen ähnlichen Verbänden häufig hören, dass sie eine gemeinsame Kasse haben, ist dies den Pariser Messern, um durch den Wettbewerb eine schnellere Abfertigung des Publikums herbeizuführen, verboten in den Polizeiverordnungen Karls IX. vom 4. Februar 1567 und Heinrichs III. vom 21. November 1577. Dagegen hatten sie ebenso wie auch die übrigen Verbände von gleichmässig thätigen Polizeibeamten an ihrer Spitze einen selbstgewählten Syndikus, der von der Communeauté besoldet wurde, wie es ja auch den Messern selbstverständlich nicht benommen sein konnte, für die Zwecke der Selbstverwaltung eine Kasse zu haben. Im Jahre 1704 macht Ludwig XIV., wie bei den übrigen communeautez des Officiers de la Police des Ports, Halles et Marchez, so auch bei den Messern aus diesem Syndikat ein besonderes königl. Amt. Wie sehr hier neben dem Wunsch, grössere Ordnung in die Marktpolizei zu bringen, auch finanzielle Zwecke mitgespielt haben, beweist wohl am besten der Umstand, dass die Communeauté ebenso wie die übrigen dies Amt sofort kaufen durfte; freilich erhielten sie dafür das Recht, bestimmte ihnen zufallende Ge-

bühren um 5 % zu erhöhen, welche Prozente allein zu Gunsten des Syndikus erhoben werden sollten.¹⁾

Die Pariser Messer haben die geaichten Maasse unter eigener Aufsicht, was in den anderen Städten und Flecken nicht der Fall ist. Über die Aufbewahrung der Maasse sagt Delamarre vielmehr²⁾:

„À l'égard des Provinces la plus grande partie de nos Coustumes donnent aux Seigneurs Hauts-Justiciers le droit de garder les estalons des mesures et d'en estalonner toutes celles des Justices inférieures. Les Coustumes de Tour et de Poitou ont cela de Particulier qu'elles veulent que celui qui a droit de mesure en dépose l'estalon dans l'Hostel de la Ville la plus proche, si elle a droit de Mairie ou de Communeauté, si non au Siège Royal Supérieur d'ou sa Justice se relève.

Die älteste königl. Messordnung stammt für Paris aus dem Jahre 1415. Doch fixirt sie nur die bestehende städtische Messordnung. Diese Messordnung blieb geltend, bis Ludwig XIV. durch Edikt vom Oktober 1669 sie durch eine vereinfachte ersetzte. Damit in Verbindung stand dann eine Neuordnung der Gebühren der Messer und ihrer Gehülfen, der Träger, weil diese von den Maassen abhängig waren.

Der Verkauf im Kleinen ist mit den eigenen Maassen der Getreidehändler gestattet, der Verkauf im Grossen nur durch Vermittelung der Messer; denen für ihre Dienstleistung das mesurage zu zahlen ist.

Von den Pariser Messern müssen mindestens drei stets auf jedem der drei Märkte der Stadt sein, um die Getreidezufuhr zu überwachen; zur eigentlichen Marktzeit sollen auf jedem Markt der vierte Theil aller Messer sein; der übrig bleibende vierte Theil ist frei und kann je nach Bedarf auf einem oder dem anderen Markte herangezogen werden. Marktzeit war im Winter von 9 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags, im Sommer von 8 Uhr

¹⁾ Vergl. a. a. O. S. 974.

²⁾ a. a. O.

Morgens bis 3 Uhr Nachmittags. Um Getreidezuführen entgegenzunehmen, mussten sie von einer Stunde nach Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang auf dem Posten sein.

Ausser ihrer Hauptaufgabe, beim Grosshandel das Getreide einzumessen, wurden ihnen sehr früh schon weitere Aufgaben zugewiesen. So finden wir sie schon im 15. Jahrhundert beauftragt, Preisregister zu führen. Im Anfange beschränkte es sich auf die blosse Eintragung der Preise. Die beiden hierher gehörigen Verordnungen sind auch insofern interessant, als die erste aus dem Jahre 1438 noch vom Prevost de Paris ausging, die zweite vom Jahre 1471 aber schon vom Chastelet de Paris; diese schreibt den Messern auch vor, die Menge anzugeben, welche zum höchsten Preise verkauft sei nebst ihrem Produktionsort.

Eben so früh, nämlich schon durch eine Verordnung Karl VI. vom Februar 1415 ¹⁾ wurden sie mit der Kontrolle über die Güte der auf den Markt gebrachten Waaren betraut. Sie sind verpflichtet, schlechtes Getreide nicht nur von vorneherein auszuschliessen, sondern auch den betreffenden Händler oder Landwirth sofort zur Anzeige zu bringen. Diese Vorschrift findet sich in späterer Zeit oft erneuert. Auch diese an sich ganz natürliche Verbindung zweier Ämter benutzte Ludwig XIV. die Messer zu schröpfen. Man droht ihnen die Kontrolle über die Güte des Korns zu nehmen, wodurch die Messer sich zu dem Versprechen bewogen fühlen, *qu'ils payeront comptant en notre Thrésor Royal la somme de 300 000 livres*; dafür dürfen sie dann seitdem für die Prüfung der Güte des Getreides eine besondere Abgabe erheben.

Im Jahre 1704 werden die Messer aus diesem Anlass noch einmal geschröpft. Ein Edikt vom Juli und eine Ordonnanz vom 16. September 1704 ²⁾ schaffen wiederum 60 Jurez Controlleurs et Visiteurs d'Avoine, Vesce et Grenailles, welche den Messern und Trägern noch speziell als Kontrolleure vorgesetzt sein sollen

¹⁾ Vergl. a. a. O. 731, 739, 761, 765.

²⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy XXXII 4 und 72.

und von da an die Prüfung aller in Paris ankommenden Getreideladungen an Stelle der Messer übernehmen sollen, indem diesen nur die Prüfung der Quantität nicht der Qualität überlassen bleibt. Ihre Einkünfte sollen sein: 2 livres par muid d'Avoine et 1 livre par muid de Vesce et Grenailles sans qu'ils puissent . . . percevoir aucuns droits sur les Bleds, Fromment, Seigles et Orges ou quelque sorte et espee des Grains Permettons ausdits 60 Jurez Visiteurs et Controlleurs de Graines, de faire des Statuts et Reglemens entre eux de l'avis des Prevost . . . , les quels seront par nous approuvez et omologuez, ensuite registrez en nostre Cour de Parlement et sans frais.

Wir können Ludwig XIV. wohl glauben, wenn er als Grund dieses Gesetzes angiebt: „L'avantage que nous avons procuré à nos Sujets, Habitans de nostre bonne Ville de Paris, par la création de quelque nouveaux Officiers et l'augmentation du nombre des anciens et les secours considerables que nous en avons tiré dans des tems moins difficiles que ceux cy, Nous ont porté à l'examiner de nouveau l'État des Officiers tant Titulaires que Commissionnaires de l'Hostel de ladite Ville.

Jetzt stellen sich aber Schwierigkeiten ein, weil die Messer sich nicht ohne Grund in ihren Rechten verletzt fühlten, und Niemand Lust verspürte, das Amt zu kaufen, aus Furcht vor den dauernden Streitigkeiten, in die er mit den Messern und Trägern gerathen würde. Desshalb gestattet ein Beschluss des Staatsraths vom 24. Januar 1705 ¹⁾ aux Measureurs et Porteurs des Grains de réunir, si bon leur semble au Corps de leurs Communeutez les 60 Officiers de Visiteurs et Controlleurs ce qu'ils seront tenus de declarer dans un mois et faute de ce faire dans le dit tems les dits Measureurs et Porteurs de Grains en demeureront déchûs Dann folgen noch Strafbestimmungen, Amtsenthebung und schwere Geldstrafen, wenn sie sich noch weiter der Ausführung der beiden Bestimmungen widersetzen würden. Die Messer und Träger scheinen sich dann in

¹⁾ Vergl. a. a. O.

diese Schröpfung, welche der von 1690 sehr ähnlich sah; gefunden zu haben. Wenigstens kommt keine Verordnung darauf zurück.

Sehr lehrreich sind die von Ludwig XIV. im Dezember 1672 ausgestellten Lettres patentes pour la Police du Commerce par eau à Paris,¹⁾ weil sie uns ein anschauliches Bild von dem Leben und Treiben geben, welches sofort bei Ankunft einer Kornladung in Paris entstand. „Les Marchands,“ sagt der Patentbrief, „les Commissionnaires²⁾ ou les Voituriers³⁾ se transporteront à l’instant de l’arrivée des Marchandises de grains et farines en la Chambre des Jurez Measureurs de ladite Marchandise et représenteront les lettres de Voitures,⁴⁾ dont le dits Measureurs tiendront bon nes et fidelles Registres, des quel ils seront tenus apporter les Extraits au Greffe de la Ville tous les Lundys matin de chacune semaine pour y estre enregistrez.

Pour empêcher la survente des grains, les Jurez Measureurs tiendront Registre exact du prix au quel les Marchands à l’ouverture de leur bateau auront commencé la vente de leurs grains et farines, lequel prix ne sera augmenté, en apporteront au Greffe de la Ville, les Lyndys de chacune semaine, Extraits d’eux signés certifiés, mesme exposeront dans leurs Chambres pareil Extrait, pour donner à connoistre au public et à leurs compagnons, qui entreront de rang sur les ports, les dits prix des dits grains et farines vendus sur les ports à peine d’estre responsable en leurs noms de la survente.⁵⁾

¹⁾ Dem oben angegebenen Abschnitt bei Delamarre und zwar speziell dem Titel mesureurs entnommen.

²⁾ Auf diese kommen wir weiter unten eingehender zurück.

³⁾ Damit sind auch die Schiffsleiter gemeint.

⁴⁾ Die nach Paris bestimmten Sendungen genossen gewisse Vorrechte, so z. B. dasjenige, dass die Städte ihnen gegenüber von ihrem Stapelrecht keinen Gebrauch machen durften; dazu liessen sich die Kaufleute vom Ausgangspunkte ihres Transports Geleitsbriefe ausstellen, die sie mit der Bescheinigung, ihre Waare nach Paris gebracht zu haben, wieder einliefern mussten. Thaten sie es nicht, so verloren sie für jenen Platz und für Paris das Recht eines Getreidehändlers.

⁵⁾ Preisaufschlag.

Während der Preisaufschlag verboten war, war der Preisnachlass¹⁾ jeder Zeit gestattet; ja er konnte sogar erzwungen werden. So sagt eine Ordonnance du lieutenant civil sur la police generale de Paris vom 30. März 1625²⁾, indem sie von den in Paris eintreffenden Getreidesendungen spricht: „Les dits Marchands seront tenus amener incessamment leurs grains ès marchez et ports et places publiques de cette ville, les vendre et débiter en personne ou par personnes de leur familles et non par personnes interposées,³⁾ le débiter dans le premier ou second marché après qu'ils y seront arrivez: et s'ils y demeureront jusqu'au troisième seront mis au rabais, sans qu'ils puissent retirer les dits grains ou farines du marché.⁴⁾

Den Messern als Gehülften beigegeben waren die Porteurs de grains. Zum ersten Mal hören wir von ihnen in dem Patentbrief Karl VI vom 4. Juli 1410⁵⁾ pour l'établissement de la confrairie des Jurez Porteurs de Grains des Halles de Paris. Danach waren sie eine Bruderschaft mit kirchlich religiösem Zwecke, comme pour l'honneur et reverence de la glorieuse Vierge Marie et de Monseigneur St. Louis et pour le grande affection et dévotion qu'ils ont à l'Église du St. Eustache à Paris et pour augmenter le divin Service en icelle . . . à faire chanter en ladite Église par chacune semaine devant ladite Confrairie trois Messes et une fois l'an Assemblée le Dimanche après la feste du dit Monseigneur St. Louis; pour appointer et ordonner ce qu'ils pourront pour le salut de leurs âmes Die confrairie wird darauf als solche anerkannt, pourvû toutefois que faisant ladite Assemblée soit appelé un de nos Officiers qu'en ladite Confrairie ne soit fait aucun monopole. Die Confrairie erhält also weder den Zunftzwang noch das Recht der Ausschliesslichkeit, was auch später bis ins achtzehnte Jahrhundert erhalten geblieben ist trotz

¹⁾ Rabais de prix.

²⁾ Vergl. Isambert XVI. 424 Del. I, 121.

³⁾ Hierauf kommen wir weiter unten eingehender zurück.

⁴⁾ Auch hierauf werden wir weiter unten eingehender zurückkommen.

⁵⁾ Vergl. Delamarre a. a. O. Th. II, Livre V, Titre VIII, Chap. VII.

vieler Versuche, welche sie machen, sich hier ein Monopol zu erwerben; einen grossen Prozess führen sie deshalb z. B. in den Jahren 1586—1599 und dann später wieder im Jahre 1716.¹⁾ Auch die Polizeiordnungen Karls IX und Heinrichs III sprechen ihnen ausdrücklich das Recht der Ausschliesslichkeit und des Zunftzwanges ab.

Als *Communeauté* finden wir sie zum ersten Mal in einem Patentbrief Ludwigs XII. vom Dezember 1504 erwähnt.²⁾ Im Jahre 1547 lassen sie sich ihre Statuten durch Franz II, im April 1594³⁾ durch Heinrich IV. bestätigen. Auch von Ludwig XIII. und Ludwig XIV⁴⁾ lassen sie sich *lettres de confirmation* ausstellen. Bei letzterer Gelegenheit wird ihre Zahl auf 55 angegeben.

Beim Eintritt in die *Communeauté* muss der Aufzunehmende einen Eid leisten, indem er sich besonders auch verpflichtet, den Händler, welcher gegen die Ordonnanzzen handeln wollte, und alle Unregelmässigkeiten beim *Prevost* oder beim *Chastelet* zur Anzeige zu bringen; dann muss er ein ziemlich hohes Eintrittsgeld zahlen und schliesslich seinen Genossen einen *Schmaus* geben.

Wann sie zu den Messern in ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältniss getreten und deren Gehülfen beim Messen geworden seien; steht nicht fest; wahrscheinlich ist es bald nach ihrer Anerkennung als *Communeauté* oder zugleich mit dieser Anerkennung geschehen. In ihrer amtlichen Thätigkeit geniessen sie das Recht der Ausschliesslichkeit, und dürfen die Messer sich keiner anderen Personen bedienen.

Als Gehülfen der Messer machen die *Porteurs de grains* dieselben Wandlungen durch wie die Messer; sie werden um 1450 königliche, 1719 wieder städtische und 1730 von neuem königliche

¹⁾ Vergl. für den ersten Prozess a. a. O., für den zweiten vergl. *Édits Arrêts du Roy* LX, 264 ff.

²⁾ Vergl. Delamarre a. a. O.

³⁾ Vergl. Isambert XV 88.

⁴⁾ Vergl. *Édits Arrêts du Roy* a. a. O.

Beamte. Bei letzterer Gelegenheit erfahren wir von einer ferneren Erweiterung der Marktbeamten, dass nämlich den Porteurs de grains auch noch sogenannte plumets (Gehilfen, junge Burschen) beigegeben sind; doch bleibt es den Gagnedeniers (Packträgern nicht von Beruf), abgesehen von der Hülfe beim Messen, auch fernerhin frei, dieselben Dienste zu leisten als die Porteurs und ihre Plumets. Ein ausschliessliches Recht erhalten sie auch jetzt nicht. Auch hier wird die Zahl jetzt auf 80 Jurez Porteurs de grains et farines, Leveurs de minots et autres mesures und 80 Plumets angegeben. Sie scheint demnach immer ebenso hoch, wie diejenige der Messer gewesen zu sein.¹⁾

Als Gehülfen der Messer erhalten die Porteurs de grains feste Gebühren und zwar wie diese bald in Geld, wie in Paris, bald in Naturalien, wie auf den meisten kleineren Märkten. Doch begegnen wir bei ihnen keinem Verbot, eine gemeinsame Kasse zu halten, und wissen überhaupt nicht, wie es bei ihnen in dieser Beziehung gehalten wurde.

Die Erhebung der Gebühren in Naturalien führte in späterer Zeit mancherlei Missstände mit sich, sowohl in Jahren mit sehr billigen Preisen, in denen die Messer und Träger nicht zufriedengestellt waren, wie in Theuerungszeiten, wo die Händler dann möglichst Märkte mit Naturalgebühren mieden. Dies veranlasste Ludwig XIV. im Jahre 1709 zu einem Versuch, das ganze Marktabgabewesen zu reformiren durch eine Deklaration vom 14. März:²⁾ „Nous voulons“, sagt die Ordonnanz, „que les droits de minage,³⁾ levage⁴⁾ strage,⁵⁾ mesurage,⁶⁾

¹⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy CVII, 33 ff.

²⁾ Vergl. Pierre Néron-Etienne Girard, Recueil d'Edits et d'Ordonnances Royaux. Paris 1720 Tome II unter obigem Datum.

³⁾ Das Geld, welches die Porteurs für das Aufstellen der Gewichte und Maasse erhielten.

⁴⁾ Das Geld, welches die Porteurs für das Befördern des Kornes zur Messstelle beanspruchen durften.

⁵⁾ Metzkorn, d. h. der Antheil, welchen der Marktherr von jedem auf dem Markte verkauften Scheffel Getreide erhielt.

⁶⁾ Das Maassgeld für die Messer.

l'aide,¹⁾ placage,²⁾ étalage,³⁾ stellage³⁾ Tonlieu⁴⁾ soient couvertis en argent. Bis zu einer endgültigen Regelung sollen sie derart bemessen werden, dass der Prozentsatz der Abgaben der alten bleibt, und als Kornpreis der höchste Marktpreis des ersten Markttages im Jahre 1709 angesetzt wird. Von dieser endgültigen Regelung hören wir in den nächsten Jahren jedoch nicht; es scheint unter der Macht der noch immer, auf Naturalwirthschaft hindrängenden Verhältnisse bei diesem einmaligen Versuche geblieben zu sein. Ein gleichzeitiger Versuch des Königs die Zehnten und ähnliche Abgaben besonders auch die Naturalabgaben der métayers an die propriétaires in Geld umzuwandeln, scheitern gleich beim erstmaligen Durchführungsversuche im Jahre 1710.⁵⁾ Beide interessierten Parteien, die Grundherren und die Kirche einerseits, wie die Bauern andererseits bestürmen, wie es in dem Revokationserlass heisst, den König, es beim Alten zu lassen. Für derartige Übergangsversuche zu einer Geldwirthschaft scheint die damalige Zeit noch ganz unreif gewesen zu sein.

Einen erneuten Versuch, alle Marktabgaben im ganzen Reich in Geldabgaben anstatt der Naturalabgaben umzuwandeln, macht Ludwig XV. in einer Deklaration vom 26. Oktober 1740.⁶⁾ Die Hauptbestimmung ist: „Ladite évaluation sera faite par provision pour le tems et l'espace d'une année seulement sur le pied du prix le plus haut que les Grains, les Farines et les Légumes . . . auront été vendus dans chaque lieu le premier jour de marché de l'année présente . . . Sur lequel pied les. dits Lieutenants Généraux regleront ce qui sera payé en argent au lieu de ce qui se payoit cy — devant en especes . . . et le Tarif des dits droits ainsi évalués sera déposé au Greffe de la Justice de chaque lieu

¹⁾ Wurde neben dem Metzkorn noch besonders von den Forensen erhoben.

²⁾ Speicherkorn für das Getreide, welches bis zum nächsten Markttage aufbewahrt wurde.

³⁾ Standgeld auf den offenen Marktplätzen.

⁴⁾ Standgeld in den Hallen.

⁵⁾ Vergl. auch Del. II. Suppl. 31 f.

⁶⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy CXXII (nicht numerirt).

de Marché. N'entendons rien innover à l'égard des lieux où ces droits ont été perçus jusqu'à présent en argent." In ähnlicher Weise wird ein Versuch mit den Pachtgeldern und grundherrlichen Abgaben gemacht. Von einer späteren dauernden Regelung hören wir aber auch jetzt wieder nichts.

Auf dem Pariser Markt waren die Abgaben, wie gesagt, in Geld zu entrichten. Während aus früherer Zeit sich nur einzelne verstreute Angaben darüber finden, die ein zusammenhängendes Bild zu gewinnen, nicht gestatten, ist uns aus dem Jahre 1730 eine vollständige Tabelle erhalten geblieben, von der hier aber nur das Wesentlichste angeführt werden kann.¹⁾

I. Für die Messer.

Pour chaque muid de grains et grenailles entrant par eau	27 sols.
Et entrant par terre	13 sols 6 den.
Par chaque muid de bled	12 sols.
Et pour les petites mesures à proportion.	

II. Für die Träger.

A. In der Halle und auf dem Markte.

Pour chaque muid de grains et grenailles entrant par eau	27 sols.
Et entrant par terre	13 sols 6 den.
Pour chaque muid de bled	8 sols.
Et pour les petites mesures à proportion.	
Pour le décharge par terre.	

Für die Hülfe beim Messen.

Pour chaque muid de grains et grenailles	18 sols.
Pour chaque muid de bled	14 sols.
Et pour les petites mesures à proportion.	
Pour lever et recharger un muid de bled et de grains grenailles	18 sols.
Et pour les petites mesures à proportion.	

¹⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy CXIX (nicht numerirt).

Pour porter à col le bled chez le Bourgeois tant près
que loin par muid 6 lves.

Et pour les petites mesures à proportion.

Pour faire conduire un muid de bled et de grains et
grenailles, fournir de charette, de sac et de plumet
pour le monter ès greniers des Bourgeois y compris
les 10 sols de relevage 6 livres 16 sols.

Et pour les petites mesures à proportion.

B. In den Häfen und an den Quais.

Pour chaque muid de bled, de grains et grenailles 24 sols.

Et pour les petites mesures à proportion.

Pour le décharge du bateau à terre en charette ou sur chevaux
tant près que loin.

Für die Hülfe beim Messen.

Par chaque muid de grains et grenailles et de bled 9 sols.

Et pour les petites mesures à proportion.

Pour relever et recharger un muid de bled de grains
et de grenailles 12 sols.

Et pour les petites mesures à proportion.

Pour porter à col le bled, le grain et les grenailles
chez le Bourgeois tans près que loin pour le muid 6 livres:

Et pour les petites mesures à proportion.

Pour faire conduire un muid de bled de grains et de
grenaille chez le Bourgeois tant près que loin, fournir
de charette, de sac et de plumet pour le monter ès
greniers y compris la décharge du bateau six livres 16 sols

Et pour les petites mesures à proportion.

Als Ludwig XIV. das Amt des Syndikus der Messer zu
einem besonderen königlichen Amt machte, werden die Messer
durch Edikt vom März 1705¹⁾ ermächtigt pour chaque muid de
Vesce, grains et grenailles 5 sols et pour chaque muid d'avoine

¹⁾ Vergl. XXXIII 961 a. a. O.

10 sols. über den bisherigen Satz zu erheben. Diese sollen die Einnahmen des Syndikus bilden. Ausdrücklich wird betont, dass für bled et farine ein Aufschlag nicht erhoben werden soll. Diese Abgaben sind sehr wahrscheinlich in den Tarif Ludwigs XV. vom Jahre 1730 schon eingerechnet.

In der Marktpolizei stehen den Messern in Paris als niedere Polizeibeamte die gardes de grains zur Seite.¹⁾ Auch dieses Amt war ursprünglich ein königliches. Im Jahre 1691 erwarb es aber die marchandise de bladiers²⁾ durch einen Patentbrief vom König. Seitdem blieb es immer mit dem Vorstand der genannten Innung verbunden.

Im Jahre 1641 wird durch Edikt vom März für die Pariser Messer, welche bisher dem Prevost und den Schöffen der Stadt Paris unterstanden, eine eigene vorgesetzte Behörde in den 10 Commissaires de police geschaffen. 1690 wird durch ein Edikt diese Behörde reformiert und von neuem bestätigt. Dazu kommen im Jahre 1704 durch Edikt vom Juli und Ordonnanz vom 16. September³⁾ 40 commissaires et Controlleurs généraux de la Police de l'Hostel de Ville sur les Quais et sur les Ports de Paris tant d'amont que d'aval. Ihre Funktionen sind: „Tiendront la main à ce que les officiers proposez pour la vente et le debit de toutes les Deurées et Marchandises sur les quelles les dits Prevost des Marchands et Eschevins ont Jurisdiction dans les Ports et sur les Quays de ladite Ville fassent leurs charges en personnes, et servent le Public fidelement aux heures portées par les Reglemens de ladite Ville. Veilleront à ce qu'il ne se commette aucun abus des ordres et confusions par les Marchands, Vendeurs, Officiers et qu'il ne soit rien exigé de nos Sujets outre et par dessus les droits assisteront à l'arrivée des Marchandises, sur les quelles les dits Prevost des Marchands et Eschevins ont droit de mettre le prix, et verront si elles sont de la qualité requise par les ordonnances Empescheront que les Regra-

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 1115 ff.

²⁾ Hökerinnung.

³⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy XXXII 4 et 72.

tiers, Hosteliers et autres sous de noms de Personnes de distinction, dont ils abusent, tiennent Magazins particuliers au préjudice du Public.

Ihr Gehalt setzt sich aus folgenden Theilen zusammen:

1. le tiers des amendes et confiscations qui seront adjugées contre les Contrevenus,
2. Für die Visitation bei Ankunft der Waaren il leur sera fait taxe raisonnable par les dits Prevost des Marchands et Eschevins,
3. dix mille livres de gages effectifs, aus dem Stadtsäckel zahlbar,
4. folgende Abgaben:
 - a) deux sols pour chaque Voye de Bois a brûler,
 - b) deux sols pour chaque muid de Vin, Cidre et Poiré,
 - c) cinq sols pour chaque muid d'eau de Vie et autres Liqueurs,
 - d) six Livres par Bateau de foin,
 - e) trois Livres pour les Margotas,
 - f) douze Livres pour les Foucets,
 - g) Vingt sols pour chacun des autres Bateaux, chargez de Charbon tant à brûler que de terre, Poissons, Thuiles, Fer Fruits, Grains . . . et autres marchandises.

Seront les Procès et contestations pour raison des fonctions et droits desdits Officiers jugez en première instance par lesdits Prevost des Marchands et Eschevins. Sie werden mit den durch die Edikte vom März 1644 und Mai 1690 geschaffenen 10 Commissaires de police vereinigt pour une seule et mesme Communeauté de faire bourse commune entre eux et de faire les fonctions et jouir en commun des droits à eux attribuez par nostre Édit du moi de Juillet dernier à l'exception des dix mille livres, lesquels seront repartis entre les 40 nouveaux Commissaires seulement. Für die Aemter findet der König, wie es ihm damals bei vielen der mindestens ebenso sehr aus fiskalischen wie aus administrativen Gründen geschaffenen zahlreichen neuen Aemter

geht, keine Käufer. Hier versucht er es noch einmal, indem er durch Deklaration vom 19. Mai 1705¹⁾ den Titel umwandelt in „Conseillers du Roy, Inspecteurs Visiteurs et Controlleurs generaux de la Police“, die Verbindung mit den 10 alten Commissaires de Police, welche nur den Rang eines Huissier, d. h. eines Subalternbeamten hatten, auflöst, die subalternen Aufgaben von dem Amte ganz loslöst et reduit les fonctions . . . à celles d'avoir seulement l'inspection sur les Officiers des Communeautés dependantes dudit Hostel de Ville, leurs Garçons, Facteurs et Commis et sur les Charretiers, Haquetiers . . . en cas de contravention, ils en feront leurs rapports verbalement aux Prevost . . . sans estre obligez d'en dresser aucuns Procès verbaux ny rapports par écrits. Die Einkünfte bleiben dieselben; die Regelung der Erhebungsweise bleibt ihnen überlassen, ebenso die Regelung ihrer gemeinsamen Kasse; in alledem will der König ihnen freien Willen lassen. Sie sollen Rang und Stimme in der Versammlung der Stadtsenatoren haben und eine Amtsrobe anlegen dürfen. Es folgt dann noch eine Reihe von Ehrenrechten. Die Aemter scheinen auf diesem Wege dann auch an den Mann gebracht zu sein; wenigstens bin ich keiner Verfügung begegnet, welche die Aemter wieder unterdrückte. Es bedarf wohl kaum des Hinweises, wie sehr diese Bestimmungen beweisen, dass es sich hier mehr um fiskalische als um administrative Zwecke handelt.

Die letzte Beamtenkategorie, welche endlich noch jener seltsamen Mischung von fiskalischen und administrativen Bestrebungen Ludwig XIV. ihre Entstehung verdankte, war die communeauté des 50 officiers jurez gribleurs,²⁾ welche durch eine Verordnung vom September 1704³⁾ geschaffen wurde. Bis dahin war die Thätigkeit von Privatleuten ausgeübt worden. Ludwig XIV. giebt ihnen die Rechte aber auch die Pflichten einer Communeauté; zu letzteren gehörte besonders, dass sie stets zu bestimmter Zeit am Platze sein mussten, nur bestimmte Gebühren fordern

¹⁾ Vergl. a. a. O. XXXIV (nicht numerirt).

²⁾ Kornsieber.

³⁾ Delamarre II, 740.

durften, die in eine gemeinsame Kasse flossen und am Ende jedes Monats unter alle Mitglieder gleichmässig vertheilt wurden, und dass sie ausser der in die königliche Kasse fliessenden Aufnahmegebühr monatlich noch eine bestimmte Summe an diese Kasse abführen mussten, zu den ersteren das Recht des Zunftzwanges und der Ausschliesslichkeit, die Freiheit von Einquartirung, Stadtwachen, Vormundschaften u. a. Aufgaben, endlich auch die Erlaubniss, ihr Amt frei zu vererben.

* * *

Wir wollen nunmehr versuchen, ein Bild zu gewinnen von den Rechten und Pflichten der auf dem Getreidemarkt, sei es als Käufer, sei es als Verkäufer auftretenden Personen. Da wären nun in erster Linie die Händler zu nennen.¹⁾ Ursprünglich scheint es in Paris nur eine einzige Kaufmannsgilde gegeben zu haben, die *nautes parisiennes* genannt, welche alle Kaufleute, grosse wie kleine, umfasste. An der Spitze dieser Gilde haben wir uns dann wohl ferner den *prevost* und die *eschevins des marchands* zu denken, zu denen mit den Funktionen der freien Gerichtsbarkeit später noch 24 *prud'hommes* traten. Der *prevost*, die *eschevins des marchands* und die *prud'hommes* waren aber zu gleicher Zeit auch die höchsten städtischen Beamten. Die städtische Verwaltung würde demnach also von Anbeginn an in der Hand der Gilde zu suchen sein. Diese Gilde zerfällt nun schon sehr früh in mehrere Sektionen, Korporationen genannt. Schon sehr früh muss es eine Korporation der *bladiers*²⁾ gegeben haben. Die ältesten uns bekannten Statuten dieser Korporation rühren von Étienne Boileau her, einem *Prevost des Marchands* aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts. Sie haben nur wenige Paragraphen. Danach kann sich in das Register der *bladiers*

¹⁾ Benutzt ist für das Folgende: Die allgemeinen einleitenden Kapitel aus Delamarre Bd. II und Dr. Alfred Dohren. Untersuchungen zur Geschichte der Kaufmannsgilden des Mittelalters, Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen herausgegeben von G. Schmoller. Bd. 12. H. 2, S. 68 f.

²⁾ Getreidehändler.

oder *marchands de grains* Jedermann einschreiben lassen. Die Zahl ist nicht geschlossen und die Aufnahme nur davon abhängig, dass der Aufzunehmende von untadelhaftem Rufe ist. Für die Aufnahme selbst ist keine Gebühr zu zahlen; im Gegentheil ist das Einfordern von solchem Aufnahmegeld streng verboten.¹⁾ Dagegen muss der Aufzunehmende eine auch in späterer Zeit sehr geringe Einschreibengebühr, die *droiture*²⁾ entrichten und durch das *tonlieu* sich einen festen Platz am Markt erwerben. Auch dieses Platzgeld war nicht sehr hoch. So dass man deutlich erkennt, dass Alles geschieht, um rechtlichen und zuverlässigen Leuten die Möglichkeit, die Stadt mit Getreide zu versorgen, in keiner Weise zu verschliessen. Wie die Korporation der *bladiers* nicht geschlossen war, so auch nicht die Zahl ihrer Lehrlinge und Gehilfen.

Seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts, so scheint es, vollzieht sich die Trennung zwischen den kleinen und den grossen Kaufleuten. Die Ersteren müssen aus der Gilde ausscheiden. Sie bleiben wohl zunächst noch unorganisirt unter der Aufsicht der Gilde, bis sie sich im 15. Jahrhundert organisiren. Seitdem müssen wir für Paris zwei mit dem Getreidehandel beschäftigte Korporationen unterscheiden, die Korporation der *marchands de grains*; der Grosshändler und die *maîtrise de greniers*, die Korporation der Kleinhändler. Jede dieser Korporationen hatte ihre eigenen Statuten; diejenige der *marchands de grains* baute die Statuten des Étienne Boileau weiter aus. Eine ihrer hauptsächlichsten Bestimmungen war, dass kein marchand de grains weniger als ein muid kaufen oder verkaufen durfte. Es geschah dies unzweifelhaft, um die *bladiers* auszuschliessen.

Die Statuten der *maitrise de greniers*, deren Mitglieder jetzt ausschliesslich *bladiers* hiessen, eine Bezeichnung, welche in späterer

¹⁾ Letztere Bestimmung ergibt sich aus den beiden Polizeigesetzen Karls IX. und Heinrichs III., aus denen ersichtlich ist, dass dies bis dahin stehende Regel gewesen war.

²⁾ Noch im Jahre 1699 betrug sie nur 50 sols.

Zeit unserem Grünkramhändler oder Höker entsprechen möchte, wurde erst im Jahre 1595 von Heinrich IV. in einem Patentbrief¹⁾ bestätigt. Sie erfuhren noch mehrmals Erweiterungen und Abänderungen, die sich aber alle im Rahmen des ältesten Statuts hielten, besonders den uns in jenem entgegentretenden Geist der Gemeinschaftlichkeit und Freiheit auch fernerhin athmeten. Die *bladiers* waren mit den *Regratiers* oder *Revendeurs*, welche Getreide im Grossen kauften, um es im Kleinen wieder zu verschleissen, identisch. Von Zeit zu Zeit versuchen auch nicht Angehörige der *maitrise* sich dieses Verschleisses zu bemächtigen. Doch hält die *maitrise* oder *communeauté*, wie wir sie in späterer Zeit meist genannt finden, mit Erfolg darauf, dass dieser ausschliesslich ihren Mitgliedern vorbehalten bleibt; dabei aber ist wohl zu merken, dass Jeder aufgenommen werden musste, der sich zur Aufnahme meldete, sofern nichts Ehrenrühriges gegen ihn vorlag, freilich nach den viel strengeren Begriffen der Zeit.²⁾ Wie ihre Zahl keine geschlossene war, so durften sie auch Lehrlinge und Gesellen in unbeschränkter Zahl halten.

Die Polizeiordnungen Karls IX. und Heinrichs III. schreiben im 5. Absatz des 2. Artikels vor, dass der gewerbsmässige Handel mit Getreide nur auf Grund einer von den zuständigen Beamten ausgegebenen Konzession ausgeübt werden darf. Diese Konzession muss jedoch allen tadellosen Personen mit Ausnahme der sogleich zu nennenden Kreise und ohne Entgelt ausgestellt werden. Wer im Besitz einer solchen Konzession ist, muss dann nach Erlegung der *droiture* und des *tonlieu* in die Korporation bzw. die *Communeauté* aufgenommen werden. Die Konzession ist in Paris vom Greffe der Stadt auszustellen, an dessen Stelle das *Chastelet* treten kann. Diese Vorschriften finden wir im Jahre 1629 durch Ludwig XIII. und 1699 durch Ludwig XIV. erneuert.³⁾

Der nächste Absatz verbietet die Konzession an Bauern,

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 1007 ff.

²⁾ Vergl. Delamarre 1135 ff.

³⁾ Vergl. Delamarre II, 710.

Edelleute, königliche und kommunale Beamte besonders Messer auszustellen und schliesst sie damit vom gewerbsmässigen Handel mit Getreide aus. Damit wird abgesehen von den Messern und den höheren mit der Marktaufsicht betrauten städtischen Beamten, für welche das Verbot schon stets bestanden hatte und auch in der Gegenwart noch gerechtfertigt erscheinen wird, der zum gewerbsmässigen Getreidehandel zugelassene Personenkreis gegen früher sehr eingeschränkt. Noch Franz I. hatte in einer Ordonnanz vom 20. Juni 1539¹⁾ verordnet, dass der gewerbsmässige Getreidehandel gestattet sein sollte à toutes personnes nos sujets de quelque qualité qu'ils soient. Die obige Bestimmung bleibt im ganzen 16. und 17. Jahrhundert in Geltung; noch im Jahre 1699²⁾ wird darauf hingewiesen. Eine Einschränkung findet das Verbot, sich dem Getreidehandel zu widmen durch ein Edikt des Königs vom Dezember 1701³⁾ portant que tous ses sujets nobles . . . excepté ceux qui sont actuellement revestus de Charges de Magistratures pourront faire librement toute sorte de Commerce en gros, tant au de dans que dehors du Royaume pour leur compte ou par Commission sans déroger à leur Noblesse.

Wer zum Getreidehandel zugelassen sein will, muss schwören, de bien et fidèlement de soy y conduire et garder les ordonnances.⁴⁾

Die Getreidehändler dürfen sich assoziiren, besonders zu dem Zwecke, dass der eine den Aufkauf in der Provinz, der andere den Absatz in Paris besorgt. Doch müssen dann alle Sozien einer solchen Handelsgesellschaft in das Register des Pariser Greffe eingetragen sein. Während offene Assoziationen erlaubt waren, waren die heimlichen streng verboten und wurden mit der Entziehung der Konzession, mit der Erklärung, dass der

¹⁾ Vergl. Antoine Fontanon. Les Édits et Ordonnances des Rois de France. Paris 1611 S. 947.

²⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy Bd. XXXIII unter dem 19. April.

³⁾ Vergl. a. a. O. XXXVII (nicht numerirt).

⁴⁾ Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. Artikel 2 Abs. 4.

Betreffende für alle Zukunft unfähig sei, eine Konzession zu erhalten, mit der Konfiskation aller bei ihm vorgefundenen Getreidevorräthe und hohen Geldbussen bestraft. Und doch beweist wohl gerade das häufige Wiederholen dieses Verbotes und der angedrohten Strafen, wie sehr heimliche Assoziationen an der Tagesordnung waren. Es wäre übrigens irrig anzunehmen, als seien Assoziationen überhaupt verboten gewesen. Abgesehen von der Unmöglichkeit eines solchen Verbots sprechen dagegen die häufig erlassenen Vorschriften, dass die Kaufleute ebenso wie ihren eigenen Namen und den Standort ihrer Magazine auch denjenigen ihrer Sozien anzugeben hätten, und sprechen ferner dagegen die Formen, in welcher Verbote gegen bestimmte Arten von Assoziationen erlassen werden. So heisst es in einem Edikt vom Dezember 1672¹⁾ in § II Art. XI., welches den Handel mit Lebensmitteln auf der Seine regelte: „Pour empescher le monopole et les mauvaises pratiques d'aucuns marchands, qui pour causer disette s'entendent sous prétexte de societez de ne point charger . . . en cette Ville . . . defenses sont faites à tous Marchands de contracter telles societez.

So wie heimliche Assoziationen verboten waren, so war es auch untersagt, als Kommissionär den Handel für einen anderen Kaufmann zu betreiben. Wer gewerbsmässig kaufte und verkaufte, sollte den Handel offen mit eigenem Namen und eigener Verantwortung decken. Deshalb befiehlt die Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. im Absatz 11 des Artikels 2 den auswärtigen Kornhändlern den Getreideverkauf in Person oder durch Familienangehörige nicht durch Kommissionäre vornehmen zu lassen.²⁾ Ausser dem schon angegebenen Grunde, dass es sich ziemlich zwecklos erwies, wenn man sich bei Gesetzeswidrig-

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 662.

²⁾ Vergl. auch Verordnung Ludwigs XII. vom Juli 1482, Franz I. vom November 1544, ferner Beschluss des Pariser Parlaments vom 13. Juli 1662. Eine Verordnung Ludwigs XIV. setzt darauf sogar dieselben Strafen wie auf heimliche Assoziationen. Delamarre II, 712 ff.

keiten an diese Kommissionäre hielt, kam wohl noch der zweite Grund für den Erlass dieses Verbotes hinzu, dass man damit rechnete, die auswärtigen Händler würden, wenn sie in Person in Paris sich aufhalten oder durch Familienangehörige sich vertreten lassen müssten, es mit dem Verkauf eiliger haben und darum zum Preisnachlassen eher geneigt sein. Es lässt sich nicht bestimmt feststellen, wie lange das Verbot wider die fremden Kaufleute, sich durch Kommissionäre vertreten zu lassen, gedauert habe. Wir finden es in den Jahren 1577, 1590, 1662 ¹⁾ erneuert, im Jahre 1661 wird nach diesem Verbot, als einem zu Recht bestehenden in einem Prozess entschieden; ²⁾ dann aber muss ein Umschwung erfolgt sein; denn im Jahre 1672 spricht der die Rechte und Pflichten der Messer regelnde schon oben erwähnte Patentbrief von den Kommissionären in einem Ton und in einem Zusammenhang, aus dem ersichtlich ist, dass sie gesetzlich zugelassen seien.

Über den Grund dieses Umschwunges in der Handhabung der noch immer zu Recht bestehenden Gesetzgebung gegenüber den Kommissionären erfahren wir nun Näheres aus Delamarre: ³⁾ „Ce bon ordre avoit esté interrompu à Paris depuis l'environ l'an 1652 que l'usage s'est établi de faire crédit aux Boulangers du Bled, qu'ils achètent sur les Ports. ⁴⁾ Comme les Marchands Forains ne connoissent point assez la solvabilité des Boulangers pour n'y estre trompez, il y en a beaucoup dont ils ont esté mal payez, quelques uns même qui leur ont fait banqueroute. Ce danger ai les Forains se sont vûs exposez leur a fait prendre le parti de s'accommoder avec les marchands de la ville et de leur

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 1013.

²⁾ Vergl. Delamarre II, 1028.

³⁾ Vergl. Delamarre II, 1069.

⁴⁾ Die Verkaufsstätte für die zu Schiffe anlangenden Getreideladungen, welche unter Aufsicht der Messer unmittelbar aus den Schiffen heraus verkauft werden konnten und nicht erst auf den Markt gebracht werden brauchten. Hier versorgten sie meist die Bäcker, Gastwirthe, Konditoren u. s. w., auch die reichen Privatfamilien.

confier la vente de leurs grains. L'on a reconnu en effet de ces dernières années de disette¹⁾ qu'il y avoit peu de Marchands Ferains qui n'eussent pour Facteur ou Commissionnaire un Marchands de la Ville et peu de Marchands de la Ville qui ne fussent Commissionnaires de Marchands Forains.“

Zu diesem Grunde, welchen Delemarre anführt, möchte nun noch ein weiterer gekommen sein, den er nicht anführt, dass nämlich die von fremden Kaufleuten in Paris eingeführten Waaren einem Zoll unterlagen, während die in Paris eingesessenen Kaufleute die Lebensmittel frei einführen durften. So heisst es in einem Edikt vom Dezember 1672, welches den Handel auf der Seine regelt, im § III Art. I.: „seront et demeureront les droits de la Compagnie Française étains et supprimez sans préjudice du droit de Hanse et sans qu'il soit fait autre distinction entre Marchands que de Forains et de Marchands de Paris, és cas portez par les Reglements.“²⁾ Freilich

¹⁾ 1706 ist dieser Theil geschrieben, also wird die Theuerung von 1699/1700 gemeint sein.

²⁾ Die Compagnie française war im Jahre 1170 für den nach Paris gehenden Handel auf der Seine gegründet worden. Sie hatte die ersten Hafenanlagen auf der Seine in nächster Nähe von Paris gemacht. Dieser Hafen besteht noch heute und liegt jetzt im Herzen der Stadt. Ludwig VII. (le Jeune) bestätigt die Compagnie noch im selben Jahre. Philipp August gewährte ihr im Jahre 1181 das Recht des ausschliesslichen Handels auf der Seine nach Paris. Dieses Recht wurde die Hanse genannt. Wer nach Paris handeln wollte, musste être aggregé à cette compagnie des Marchands de Paris. Les Lettres qui en estoient expediez fussent nommées Hanse. Les Etrangers qui remontrent la riviere aprez avoir obtenu ces Lettres de Hanse estoient encore obligez de se faire accompagner d'un François pendant tout leur séjour à Paris et jusqu'à la fin du débit de leurs marchandises. Ce François leur estoit aussi tôt donné par cette compagnie de Marchands de Paris avec une autre lettre qui le committoit pour veiller sur la conduite du Marchand étranger Pour l'une et pour l'autre de ces lettres de Hanse et de Compagnie Française, il se payoit par eux qui les obtenoient un certain droit. Dabei ist noch zu merken, dass François in diesem Zusammenhange mit de Paris identisch ist. Mehrere spätere gerichtliche von Delamarre angeführte Entscheide lassen dies ersehen. (Vergl. II, 651 ff.) Man wird die obige Stelle

barg das Kommissionswesen für die auswärtigen Getreidehändler, welche ihre Waaren in Paris absetzen wollten, auch mancherlei Misshelligkeiten in sich und führte zu mancherlei Klagen, die Delamarre zum Ausdruck bringt in den folgenden Worten: „Tout le commerce estoit entre les mains et en la disposition des Marchands de la ville. Les Forains eux mêmes se plainquirent beaucoup dans ces tems là ils représentèrent que les marchands de Paris les tenoient dans une espace de despendance.“

Dann kommt auf diese Kommissionäre ein Edikt vom September 1690 zurück, betitelt: Édit de création de soixante Commissionnaires Facteurs de toutes Marchandises sur les Ports et Marchez de Paris avec attribution de droits sur les grains. Dieses Edikt schafft staatliche Kommissionäre, welche allein mit der Vertretung auswärtiger Kaufleute am Pariser Markt betraut sein sollten. Hervorzuheben ist noch, dass das Edikt von ähnlichen Versuchen in den Jahren 1569, 1633, 1634, 1641 und 1648 spricht. Aus diesen Versuchen und den oben angeführten Erneuerungen des Verbots der Kommissionäre wird man wohl schliessen dürfen, dass das Verbot wider die fremden Kaufleute sich durch einheimische Pariser Kaufleute kommissarisch vertreten zu lassen, thatsächlich niemals durchführbar gewesen sei, dass man aber in Theuerungsjahren immer wieder darauf zurückgriff; denn Theuerungsjahre sind zumeist sowohl die Jahre, wo man das Verbot einfach erneuerte, wie die Jahre, wo man sich mit staatlichen Kommissionären zu helfen suchte,¹⁾ eine Einrichtung, die sich stets von neuem als unhaltbar erwiesen haben muss. Bei Ludwig XIV. hatte die Hervorsuchung eines schon lang nicht

wohl dahin verstehen müssen, dass der Compagnie Française wohl die übrigen Rechte genommen sind, besonders das Recht in Paris angesessene Grosskaufleute auszuschliessen, dass ihr aber die beiden bedeutendsten Rechte, welche sie den Forensen gegenüber besass, geblieben sind, nämlich erstens allein steuerfrei Waaren nach Paris einführen zu können, und zweitens nur solche fremde Händler in Paris zum Handel zuzulassen, welche durch einheimische Kaufleute als treu und zuverlässig empfohlen waren und die Berechtigung zum Handel durch Erwerb des sog. Hansebriefes erworben hatten.

¹⁾ Vergl. den zweiten Haupttheil.

mehr beachteten Verbots und der erneute Versuch, staatliche Kommissionäre zu schaffen, nicht eine Theuerung sondern fiskalische Zwecke zum Hintergrund. Durch den Verkauf der Aemter sollte einer vorübergehenden Ebbe in der Staatskasse aufgeholfen werden, wenngleich auch der Grund dabei mitspielen mochte, den das Edikt selbst angiebt, man wolle auf diese Weise dafür sorgen, que ceux qui s'y entremettent soient solvables et ayent les deniers du prix de la vente d'icelles ... en créant un nombre fixe et certain d'officiers dont la solvabilité, probité et fidélité soient connue ... la fonction desquels sera de vendre ou faire vendre lesdits bleds ... pour les Marchands Forains, Laboureurs, Fermiers ... et faire le recouvrement des deniers provenant de la vente desdites Marchandises sur les Boulangers ... de, la solvabilité desquels ils demeureront garants jusques à la concurrence, du prix des Marchandises, ... à l'effet de quoy ils seront obligez de tenir bons et fideles Registres demeurant toute la liberté ausdits Marchands Forains ... de faire eux mêmes la vente de leursdites Marchandises sans qu'ils en puissent faire faire la vente par ... autres personnes ... Ausquels ... Commissionaires ... nous ... attribuons les mêmes droits ainsi, que les ont perceus ceux qui se sont introduits es dites fonctions pour le droit de commission et facture. Bei hoher Geldstrafe wird in Zukunft privaten Personen untersagt, als Kommissionäre zu wirken.

Die Einkünfte der Kommissionäre, welche von der Stadt nur einen Jahresehrensold von 60 Francs bezogen, wurden in eine gemeinsame Kasse eingeliefert, aus der jeder Kommissionär gleichmässig besoldet wurde. Den Kommissionären war es verboten, als Eigenhändler aufzutreten. Sie stehen unter der Oberaufsicht der Pariser Stadtbehörde, des Prevost und der Schöffen, von denen sie auch dem Generalprokurator zur Annahme vorzuschlagen sind.

Im Juni des Jahres 1692 wird ihre Zahl auf 70 erhöht, aber auch bestimmt, dass die Kommissionäre auch von denjenigen Händlern und Landleuten, welche ihre Waaren selbst auf den

Markt brachten, die Hälfte der im vorigen Edikt bestimmten Abgaben erheben dürften. Diese letztere Bestimmung erregte aber einen derartigen Sturm der Entrüstung, dass der König auf Vorstellung der Kommissionäre selbst, die sich dadurch allen Arten von Gehässigkeiten ausgesetzt sahen, diese letztere Bestimmung durch Deklaration vom 1. März 1694 wieder aufhob.

Um die Durchführung auch dieses Versuches, die privaten Kommissionäre durch staatliche zu ersetzen, scheint es übrigens von Anfang an schwach bestellt gewesen zu sein. Schon in der letzten Deklaration heisst es: „leur exactitude n'a pas empêché que des particuliers cy devant Facteurs de Grains et autres personnes mal intentionnées n'ayent cherché de moyens extraordinaires.“ — Schon nach einigen Jahren wiederholen sich die alten Klagen der auswärtigen Kaufleute, dass sie gezwungen seien, sich mit den Pariser Kaufleuten zu assoziiren und sie thatsächlich als ihre Kommissionäre wirken zu lassen. Der Streit endet schliesslich damit, dass die Bestimmungen der alten Polizeiordnungen von 1567 und 1577 durch einen Staatsrathsbeschluss vom 20. November 1699 wieder in Kraft gesetzt wurden; die dann zu der Zeit, wo Delamarre schrieb (1706) noch zu Recht bestanden, schwerlich aber mehr Beachtung gefunden haben werden, als in den vorangegangenen Jahren; denn der Hauptgrund dieses Kommissionswesens, der Zwang, den Bäckern Kredit zu gewähren, die Unmöglichkeit der fremden Händler, die Kreditfähigkeit der einzelnen Bäcker zu kennen oder anderweitigen Rückhalt zu finden, die Vorzüge, welche die einheimischen Händler vor den auswärtigen bei der Einfuhr genossen, die Umständlichkeit des Absatzes, welche meist einen längeren Aufenthalt in der Stadt nöthig machte, wollte man sich vor grösserem Schaden beim Absatz schützen, waren bestehen geblieben und überwogen die Nachtheile des Kommissionswesens vor allen Dingen die grosse geschäftliche Abhängigkeit von den Kommissionären, welche sich mehr als Auftraggeber denn als Beauftragte gerierten, doch derart, dass die auswärtigen Händler immer von neuem auf diese Vermittelung

zurück griffen. Man scheint schliesslich auf ein derartiges Verbot verzichtet zu haben, und dies um so mehr, da es ja auf dem Wege der gesetzlich zulässigen und unmöglich zu verbietenden Assoziationen zwischen einheimischen und auswärtigen Händlern stets zu umgehen war.

Schon das Edikt vom Dezember 1701, welches dem Adel den Getreidegrosshandel wieder öffnet, spricht von den Kommissionären wieder in einem Tone, als habe nicht noch vor wenigen Jahren ein vergeblicher Kampf um die Vernichtung derselben getobt; und selbst in einer Zeit, welcher dem Getreidehandel so viele Schranken auferlegte, heisst es in einem Staatsrathsbeschlusse vom 7. November 1747¹⁾: „de representer aux sieux Intendants Commissionnaires . . . lesdits marchez et de justifier des ordres ou commissions.

Eine fernere Beschränkung, welche den auswärtigen Händlern auferlegt war, um sie zu einem möglichst schnellen und darum auch möglichst billigen Verkauf ihrer Waaren zu veranlassen, bestand darin, dass ihnen verboten war, ihr Getreide in Speicher und nicht direkt auf die öffentlichen Verkaufsplätze zu bringen, wenn sie nicht besondere Erlaubniss dazu erhalten hatten. Diese durfte nur ertheilt werden:

1. wenn das Getreide unterwegs gelitten hat, dann aber nur für die Dauer des Trocknens,
2. wenn in Nothzeiten die Stadtbehörde direkt dazu aufgefordert hat, Getreide zu den städtischen Speichern zuzuführen. In Paris war, wie überhaupt so auch in diesem bestimmten Falle Wiederausfuhr nicht gestattet; denn in Paris liess man, wie auch wohl in den meisten anderen Grossstädten, Getreide wohl herein, aber nicht wieder heraus.²⁾

Im Uebrigen werden dem Handel der auswärtigen Kaufleute keine Schranken auferlegt; vor allen Dingen wird auch

¹⁾ Édits, Arrêts du Roy CXXX (nicht numerirt).

²⁾ Vergl. Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. vom Jahre 1567 und 1577 Art. 2 Abs. 11.

scharf darauf gesehen, dass auch ihnen gegenüber die Marktpolizeibeamten in keiner Weise ihre Macht missbrauchen können.¹⁾

Fragen wir nun zum Schluss, wo die Händler ihr Gewerbe betreiben dürfen, so wird man unterscheiden müssen zwischen dem Aufkauf und dem Verkauf. Verkaufen dürfen sie, das scheint klar, nur auf dem Markte unter Aufsicht der Messer. Wir haben deshalb schon bei der Besprechung der Obliegenheiten jener alle für den Verkauf geltenden Vorschriften kennen gelernt, unter denen der Wichtigste das Verbot des Preisaufschlagens war, was für alle Verkäufer gleichmässig galt; aufkaufen dürfen dagegen die Händler auch ausserhalb des Marktes, jedoch mit folgenden Beschränkungen:

1. Während einer Theuerung dürfen auch sie nur auf offenem Markte kaufen.
2. War verboten der Fürkauf;²⁾ darunter verstand man Verschiedenes; in erster Linie das Aufkaufen der nach der Stadt bestimmten Getreidesendungen auf dem Wege.³⁾ Das älteste Verbot gegen den Fürkauf scheint aus dem Jahre 1299 zu stammen von Guillaume Thibaut, Prevost de Paris. „Nous defondons de par le Roy que nul n'aille contre les vivres qui viennent en la ville.“⁴⁾ Fast stets wird auf diese Art von Fürkauf Einziehung der Waare und des Kaufgeldes, eine beide Theile treffende Geldstrafe, und im Wiederholungsfalle Einziehung der Kaufmannsberechtigung (du commerce) angedroht. Als Für-

¹⁾ Vergl. a. a. O. Abs. 12—18.

²⁾ Für Fürkauf hat der Franzose keinen eigenen Namen; er sagt tel regrat oder rachat. Nicht jeder regrat oder rachat war selbstverständlich verboten; denn sonst hätte es keine bladiers geben können.

³⁾ Vergl. die Polizeiordnungen Karls IX. und Heinrichs III. Artikel 2 Absatz 8. Ordonnance du lieutenant civil sur la police generale de Paris vom 30. März 1625 Isambert XVI, 425, Delamarre I, 121, Verordnung Ludwigs XVI. vom Januar 1689 Delamarre II, 715.

⁴⁾ Delamarre II, 653.

kauf galt es auch und war darum in gleicher Weise verboten, auf dem Markte Waaren zu kaufen, um sie an demselben Markttage wieder zu verkaufen.¹⁾

Ein eigenthümliches Verbot, welches mit den sonstigen Bestrebungen, durch möglichst freie Entfaltung der Konkurrenz unter den Händlern, den Getreidepreis möglichst tief zu halten, nicht im Einklang stand, fand sich in den Statuten der Grosshändler sowohl wie der Bladiers, das war die *partage*, deren Uebertretung ebenfalls unter den unerlaubten *regrat* oder *rachat* gerechnet wurde. Hatte nämlich ein *Marchand de grains* oder ein *Bladier* eine günstige Kaufgelegenheit gefunden, so konnte jeder andere *Marchand de grains* oder *bladier*, welcher derselben *communeauté* angehörte, verlangen an dem Kaufe sich bis zu einem gewissen Bruchtheil zu betheiligen. Die ältesten Statuten, diejenigen des Étienne Boileau schreiben sogar vor, dass jeder Händler, so weit es in seiner Macht steht, seinen Genossen von solch günstiger Kaufgelegenheit Mittheilung mache. Hier machte sich der im Mittelalter äusserst rege Korpsgeist in einem besonders hervorstechenden Maasse geltend. Im Uebrigen galt diese *partage* überall auch zwischen den Bürgern. Sehr eingehende Vorschriften über die *partage* besitzen wir für die Bäcker und werden wir auf diese an der betreffenden Stelle zurückkommen.

3. War es den Händlern verboten, innerhalb des Bannmeilenkreises der Städte anders als auf offenem Markte zu kaufen.²⁾ Der Bannmeilenkreis war für gewöhnlich zwei französische Meilen, für Paris 7, später 8 und dann 10 Meilen; doch wurde dann Limours ausgeschlossen.³⁾

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 730.

²⁾ Vergl. Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. Artikel 2 Absatz 8., Isambert XVI, 424, Delamarre I, 121.

³⁾ Vergl. auch Sentence de Police vom 9. Dezember 1672, Staatsrathsbeschluss vom 8. Mai 1680, Delamarre II, 719.

Man wollte die in nächster Umgebung angesessenen Landleute dadurch zwingen, den Markt selbst zu beziehen, wo dann die Bürger vor den Händlern kauften; denn es war

4. den Händlern verboten, auf dem Markte vor den Bürgern und Bäckern zu kaufen, und zwar durften noch wieder die auswärtigen nicht vor den einheimischen und unter ihnen wieder die *marchands de grains* nicht vor den *bladiers* kaufen.
5. endlich war es den Händlern verboten, Getreide auf dem Halme oder unausgedroschen zu kaufen oder sich verpfänden zu lassen. Derartige Verträge sind strafbar für beide Betheiligte und civilrechtlich wirkungslos, in späteren Jahren finden wir in Theuerungszeiten dann häufig auch vorgeschrieben, dass das betreffende Getreide zu Gunsten des Staats eingezogen werden soll, was dann stets der Fall war, wenn es schon in die Hände des Händlers übergegangen war. Diese Vorschrift war ebenso zum Schutze der Verzehrer, wie der Landleute erlassen, um sie vor jeder Auswucherung zu schützen.¹⁾

Zu diesen Verboten kam noch speziell für die Grosshändler das Verbot, Getreide auf denjenigen öffentlichen Märkten zu kaufen, wo sie als Verkäufer eingetragen waren; in Paris war es auch den *bladiers* untersagt, sich im Bannmeilenkreise desselben auf den Märkten zu versorgen. Man wollte sie unzweifelhaft dadurch veranlassen, das Getreide, aus dem dem Bannmeilenkreise nächsten Gegenden heranzuziehen.²⁾ Wenn man schon den einheimischen Händlern verbot, sich auf den Märkten von Paris und innerhalb seines Bannmeilenkreises mit Getreide zu

¹⁾ Polizeiordnung, Absatz 10. Verordnung Ludwigs XI. vom Juli 1482, Franz I. vom 28. Oktober 1531, vom 20. Juni 1539 und vom 7. November 1544. Antoine Fontanon: *Les Édits et Ordonnances des Roys de France*. Paris 1611 S. 956, Isambert XVI, 424, Delamarre I, 121.

²⁾ Vergl. *Ordonnance de Police du Chartelet de Paris* du 23. Novembre 1546. Isambert XIII u. a. D.

versehen, so bedarf es wohl kaum einer Erwähnung, dass in Paris selbst der Getreidekauf für alle Auswärtigen verboten war.¹⁾

Eine verwandte Stellung mit den Händlern besonders den bladiers, für welche ursprünglich die Bestimmungen sogar gleich lauteten, nehmen die Boulangers, Hostelliers, Pâtissiers et Meuniers ein, dass heisst alle diejenigen, welche das Getreide, zu Brot oder anderweitig verarbeitet, an das Publikum weiter verkaufen. Sie dürfen stets erst nach dem übrigen Publikum kaufen, häufig wird ihnen auch ein Maximalquantum vorgeschrieben.²⁾ Mitunter wird auch noch weiter unterschieden zwischen den Feinbäckern und den Grobbäckern. So schreibt die Ordonnance de Police du Chastelet vom 30. März 1625 vor: „Defendons . . . aux boulangers et pâtissiers d'entrer ès dits marchez, sinon après les onze heures en esté et douze heures en hiver et aux boulangers de gros pain qu'après deux heures de relevée et non aux précédentes heures qui sont réservées aux bourgeois. Et ne pourront acheter en aucun marché scavoir les boulangers plus de deux muids de bled et les pâtissiers plus de trois septiers à peine de confiscation desdits et de quatre vingts livrées parisis d'amende. — Et pour le regard des boulangers forains, ne pourront faire aucun achat ny transport de bleds dès marchez et ports de Paris; ains leur avons enjoint d'aller faire leurs achats ès villes et marchez des environs de cette ville, sur les mêmes peines que dessus.

Eine sehr seltsame, sehr nach dem Fiskalismus riechende Verordnung findet sich aus der Zeit Ludwigs XIV. Die Messer von Paris hatten sich darüber beschwert, dass ihre Einnahmen dadurch sehr geschmälert würden, dass die Bäcker sehr viel auf den im Bannkreis der Stadt liegenden Märkten kauften, statt

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 731, 739, 761 und 765.

²⁾ Vergl. Polizeiordnung Karls VI. vom Februar 1415, Verfügung Karls VII. vom 19. September 1439, Ordonnance de Police du Chastelet de Paris vom 23. November 1519, Polizeiordnung Karl IX vom 4. Februar 1567, Heinrichs III. vom 21. November 1577, Ordonnance de Police du Chastelet vom 8. Januar 1622 und 30. März 1625. Delamarre II, 730.

auf den Märkten der Stadt selbst. Darauf schreibt ein Staatsrathsbeschluss vom 30. November 1686, welcher durch Deklaration vom September 1699¹⁾ bestätigt wird, vor, dass die Bäcker künftighin nur entweder auf den Pariser Märkten oder auf den ausserhalb des Bannmeilenkreises liegenden Märkten ihr Getreide kaufen dürften. Freilich wollte man damit in diesem Punkte wohl zugleich auch die Bestimmungen für die Bäcker denen für bladiers wieder mehr angleichen.

Endlich besitzen wir gerade für die Bäcker eine genaue Regelung der partage, die, wie schon an anderer Stelle erwähnt wurde, jedoch keineswegs nur auf die Bäcker beschränkt war, sondern unzweifelhaft allgemein gültig war. „Nul Bourgeois, ne nul Forain ne puet avoir partage en blé, que le Talemelier²⁾ Haubannier³⁾ de Paris achate pour son cuire, se il n'est demeurant dedans Paris: et se il est demeurant à Paris, il doit avoir un sextier pour son mangier en l'achapt que le Talemelier Hem-bannier faict. Se⁴⁾ il n'est Talemelier, qui soit Haubannier. Car le Talemelier qui n'est nie⁵⁾ Haubannier, n'a nie part avec celui qui est Haubannier; mais celui qui est Haubannier a part à celui qui n'est nie Haubannier, se il vient au marche avant que ly marchez soient accordez. — Se li homme demourant à Paris, veult avoir un sextier de blé pour son mangier en l'achapt que le Talmelier Haubannier a fait, avoir le puet, se il ou ses commandements y viennent avant que le sacq ou la vanne soit close, pourtant qu'en cel sacq ou en la charette ait deux sextiers ou plus de blé et se il n'y avoit que trois mines; li estayer de Paris auroit une mine pour leur mangier, mais plus n'en pourroit . . . il avoir.

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 721.

²⁾ Boulanger.

³⁾ War frei von Stadtwachen, zahlte geringere Abgaben beim Ein- und Verkauf und genoss noch weitere Vorrechte, wie die oben erwähnten.

⁴⁾ Se im Anfang eines Satzes wird im Altfranzösischen elliptisch gebraucht in der Bedeutung: „Anders aber wenn“. Der Sinn des Satzes ist also: Anders aber wenn er nicht ein Bäcker ist, welcher Haubannier ist.

⁵⁾ Point.

Estaigiers ¹⁾ de Paris peuvent barguigner et achapter blé ou ²⁾ Marchié de Paris pour leur mangier en la presence des Talemeliers Haubanniers, sans ce que le Talemelier Haubannier n'y aura jupart, ne autre Talemelier; et se Estaigier de Paris qui ne soit Talemelier vueille avoir part, avoir le puet pour tant qu'il vienne au denier Dieu bailler. ³⁾

Se le Talemelier Haubannier, ou son commandement veult avoir part en l'achapt des Talemeliers qui n'est pas Haubanniers, il convient qu'il viengne au marchié avant le marchié soit accordé entre le vendeur et l'achapteur. ⁴⁾

Zu dritt wäre in Betreff des Einkaufs im Besonderen noch der Landleute zu gedenken. Bis zum Jahre 1700 war es den Landleuten höchst wahrscheinlich nicht verboten, Korn zu kaufen. Seit diesem Jahre dürfen sie einem Parlamentsbeschluss vom 7. September gemäss Korn nur unter Beschränkungen kaufen. Die Bauern wollen die Erfahrung gemacht haben, que le changement de semence d'un territoire en un autre rend les terres plus fertiles. So waren sie auf den Markt gegangen, sich gegenseitig ihr Korn abzukaufen, pour ensementer leurs terres de ces grains, da fand man im Jahre 1700 heraus, dass la Profession des Laboureurs est de vendre et non pas d'acheter les grains, und das Parlement, pour faire cesser ces désordres ... fait deffenses à tous Laboureurs d'acheter des blez ailleurs que ... dans les Marchiez sans y en amener et vendre une pareille quantité; doch dürfen sie Saatgetreide auch ohnedem kaufen, wenn sie auf dem Markte eine schriftliche Bescheinigung ihrer Ortsbehörde beibringen, dass sie im letzten Jahre so wenig geerntet hätten, dass der Ertrag nur für ihren eigenen Bedarf gereicht hätte, und sie Saatgetreide nicht hätten zurückbehalten können. ⁵⁾

¹⁾ Gastwirth.

²⁾ Wahrscheinlich zu lesen au.

³⁾ Bei Zahlung des Handelsgeldes.

⁴⁾ Vergl.: Die Statuten der Bäckerinnung gegeben durch Étienne Boileau Delamarre T. II, Liv. V, Tit. XII, Chap. III.

⁵⁾ Del. Tome II, Liv. V, Titre XIII.

Endlich waren auch die Bürger selbst beim Einkauf gewissen Beschränkungen unterworfen, indem auch sie an jedem Markttag nur bis zu einem bestimmten Maasse kaufen durften. Merkwürdig ist in Bezug auf die den Bürgern gesetzten Schranken eine Marktordnung, welche Delamarre auf seiner Kommissionsreise während einer Hungersnoth erlässt. Er unterscheidet nämlich in dieser Marktordnung noch zwischen *menu peuple* et *bourgeois* und bestimmt in seiner Verordnung, dass während der ersten zwei Stunden nur das *menu peuple* nicht der *bourgeois* kaufen dürfte, und zwar jeder nur bis zu einer bestimmten kleinen Quantität, damit die Vorschrift nicht etwa durch vorgeschobene Personen umgangen werden könnte.¹⁾ Wenn nun auch durchaus noch nicht gefolgert werden darf, dass eine derartige Unterscheidung die Regel bildete, so geht doch soviel daraus hervor, dass sie gemacht werden konnte.

* * *

Von Preistaxen für Getreide waren nur wenige Beispiele aufzufinden. Die erste wurde während einer Hungersnoth im Jahre 1418 erlassen. Der eigentliche Beschluss dieser Preistaxe war nicht auffindbar, doch kommt auf den betreffenden Staatsrathsbeschluss eine *Ordonnance du Prevost de Paris* vom 4. April zurück, portant fixation du prix de grains. Die damalige Preistaxe erwies sich nicht als haltbar und musste bedeutend erhöht werden.²⁾ Aus dem Wortlaut der *Ordonnance* ergiebt sich, dass diese Preistaxe nicht als eine dauernde sondern nur für die Zeit der Theuerung gedacht war.

Die zweite Preistaxe ist aus dem Jahre 1430. Hier werden offenbar wieder während einer Theuerung, von dem Prevost von Paris in Gegenwart einiger Rätthe vom Pariser Parlament und einiger höherer Beamten des Chastelet mehrere angesehene

¹⁾ Vergl. den Reisebericht Delamarres im Anhang der zweiten Ausgabe des zweiten Bandes seines *Traité de Police*, auf den wir in anderem Zusammenhange noch eingehender zurückkommen werden.

²⁾ Vergl. Delamarre II, 991.

Getreidehändler beauftragt, eine bestimmte Getreidemenge in einigen Provinzen aufzukaufen und für einen bestimmten Preis auf den Pariser Markt zu bringen: „fut permis et ordonné à cieux Marchands vendre iceluy grain . . . le meilleur froment en prix de soixante deux sols parisis le septier et non plus et le petit bled du Pays de Constantin au prix de cinquante quatre sols parisis le sertier et ne plus sous peine d'amende. ¹⁾

Im Jahre 1630, wo in Paris die Noth so gross war, dass sie zu Volksaufständen ²⁾ führte, konnte man sich, so oft auch der Vorschlag einer Getreidepreistaxe auftauchte, doch nicht zu einer solchen entschliessen, mit der Begründung, dass dann die Zufuhren sehr bald ganz aufhören würden.

Im Jahre 1662 werden die Kommissäre des Pariser Chastelet durch Staatsrathsbeschluss vom 26. März bevollmächtigt, in einigen französischen Provinzen und im Bezirk des Pariser Parlaments en presence des Baillifs et Iuges des lieux faire faire ouverture des dits magasins et faire vendre les dits qui s'ytrouveront à prix raisonnables, wobei die Bürger der Gemeinden und nächst ihnen allein die Kommissäre des Chastelet kaufberechtigt sein sollten. ³⁾ Es ging dieses Verfahren in Wahrheit doch noch über das Festsetzen von Preistaxen hinaus; denn es war ein Zwangsverkauf, bei dem die Käufer selbst, wenn auch unter Mitwirkung der betreffenden Ortsbehörden — eine Mitwirkung, welche sehr illusorisch gewesen sein mag — den Preis bestimmten. Von dem gleichen Verfahren hören wir mehrmals in den Jahren 1692—1694 und in den Jahren 1708—1710. ⁴⁾

Daraus ergibt sich wohl, dass im allgemeinen in Frankreich eine grosse Abneigung herrschte gegen die Festsetzung von Preistaxen, dass man aber in der höchsten Noth selbst nicht vor Maassregeln zurückschreckte, welche über eine blosse Preistaxe

¹⁾ Delamarre II, 993.

²⁾ Delamarre II, 1014.

³⁾ Delamarre II, 1037.

⁴⁾ Delamarre II, 1038 ff. und Anhang zur zweiten Ausgabe; ferner die betreffenden Bde. der Édits Arrêts du Roy.

noch hinausgingen. Es ist dabei aber wohl zu merken, dass diese Maassregel sich stets auf das trotz ergangener Aufforderung zum Verkauf über das erlaubte Maass hinaus¹⁾ in den Speichern zurückbehaltene Getreide erstreckte, welches von den Kommissären der Behörden zwangsweise zu Markt gebracht wurde; niemals schreitet man aber zu Preistaxen für das freiwillig auf die Märkte gebrachte Getreide. Es ist ferner zu merken, dass, wie das Beispiel des Delamarre auf seiner zweiten Kommissionsreise lehrt, dem zwangsweisen Verkauf stets eine Aufforderung zum freiwilligen Verkaufe und eine Frist für diesen vorausgehen musste, und dass jene Aufforderung schon im Hinblick auf die Folgen der Unterlassung meist den gewünschten Erfolg zu haben pflegte. Den freiwilligen Verkauf auf den Märkten suchte man, soweit das Interesse der Konsumenten es irgend zuließ, vor zu gewaltsamer Preisbeeinflussung sogar möglichst zu bewahren; nicht nur soweit jene Zwangsverkäufe dabei in Betracht kommen, sondern selbst, soweit es sich um den Verkauf von Getreide handelt, das der König auf eigene Rechnung im Auslande hatte einkaufen lassen. Die Frage, ob der freie Getreideverkauf in Taxpreise zu zwingen sei, wird stets verneint, und besitzen wir noch eine sehr eingehende Erörterung dieser Frage aus dem Jahre 1708/9 im Staatsrath. Delamarre hat uns die einzelnen Fragen, welche dem Staatsrath vorgelegt wurden, und die darauf ertheilten Antworten erhalten.²⁾ Es würde jedoch zu weit führen, auf die Einzelheiten einzugehen. Im Allgemeinen laufen sie darauf hinaus, dass durch eine solche Maassregel jeder Wettbewerb der Getreidehändler im Aufkaufe von Getreide im Auslande lahmgelegt werden würde, und dass dann die Staatskasse derartige Aufkäufe allein würde vornehmen lassen müssen, wozu sie nicht im Stande sein würde, da die zu machenden Auslagen nicht schnell genug zurückkehren würden, um einen mehrmaligen Umsatz der zum Zwecke des Aufkaufs zur Verfügung stehenden

¹⁾ Siehe den nächsten Abschnitt dieses Kapitels.

²⁾ II Suppl. 54 ff.

Gelder zu ermöglichen. Um die Privatkonzurrenz nicht zurückzuschrecken wird auch der Getreidepreis im Anfang nicht so billig bei den Getreideverkäufen der Regierung angesetzt, wie es wohl möglich gewesen wäre; erst allmählich, wie es auch in den Jahren 1592—94 gewesen war, geht die Staatskasse mit ihren Preisen herunter.

* * *

Getreidespeicher darf zwar jeder Pariser Bürger halten, wie wir dies aus dem Gebührentarif der Träger gesehen haben; doch darf er in demselben keinen Vorrat für mehr als sechs Monate halten. Getreidespeicher dürfen auch die Bäcker und Bladiers halten, doch soll ihr Vorrath nicht grösser sein als der Verbrauch von sechs Monaten in ihrem Gewerbe. Dasselbe gilt von den Hostelliers et Pâtissiers.¹⁾ Auch die Bauern und andere Landwirthe dürfen Getreidespeicher halten, doch darf nur die Ernte von zwei Jahren aufgespeichert werden, „sinon²⁾ pour la provision de leurs maisons et neanmoins en cas de nécessité sera permis aux Officiers de la Police des lieux ouvrir les greniers en tout temps qu'en besoin sera.³⁾ Unbeschränkt sind in der Anlage von Getreidespeichern nur die marchands de grains, doch dürfen sie greniers nur in den Städten anlegen, wo sie als Verkäufer eingetragen sind oder durch die Ortspolizeibehörde sich die besondere Erlaubnis dazu erwirkt haben.⁴⁾ Dafür sind ihnen aber in anderer Beziehung wieder bestimmte Aufgaben auferlegt. Jeder marchand de grains muss mindestens einmal im Monat auf dem Marktplatz, wo er als Verkäufer eingetragen ist, eine im Einzelnen vorgeschriebene Getreidemenge au marché public feilbieten und zu dem Zwecke sich stets einen Vorrath halten, der das vorgeschriebene Quantum mindestens um das Sechsfache übersteigt.⁵⁾

¹⁾ Vergl. Delamarre II, 731.

²⁾ Ungerechnet dasjenige.

³⁾ Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. Artikel 2, Absatz 4.

⁴⁾ Delamarre II, 664.

⁵⁾ Vergl. Polizeiordnung Abs. 7.

Diese den Grosshändlern vorgeschriebene Getreidemasse war höchst wahrscheinlich so gross bemessen, dass sie insgesamt den Monatsbedarf der Stadt reichlich deckte. Ausserdem ersehen wir aus den vielen in Theuerungszeiten erlassenen Verordnungen, dass es der Polizeibehörde freistand, die marchand de grains zu zwingen, ihren ganzen über den Bedarf von sechs Monaten hinausgehenden Vorrath auf einmal zum Verkauf zu stellen, und, da die au marché public gebrachte Waare, wenigstens in Theuerungszeiten, nicht zurückgenommen werden durfte, ihn auch zu verkaufen. Da die in Paris zugelassenen marchands de grains ihre Getreidespeicher fast ausnahmslos an den Punkten zu haben pflegten, wo sie ihre Aufkäufe besorgten, so sollen sie gezwungen sein, anzugeben, wo sie diese Getreidespeicher halten, um stets prüfen zu können, ob sie den vorgeschriebenen Vorrath in Bereitschaft haben und im Nothfalle aus diesen Speichern auch grössere Vorräthe entnehmen zu lassen. Zwar wird auf die Verheimlichung der auswärtigen Getreidespeicher die Entziehung der Konzession und eine hohe Geldbusse als Strafe gesetzt; dennoch waren Ueberschreitungen dieses Gebots an der Tagesordnung, wie wir aus den Maassnahmen der Regierung in Theuerungszeiten entnehmen können. Endlich hatten auch die städtischen Gemeinden Getreidespeicher. Hierhin konnten auch die einheimischen Kaufleute ihr für den Verkauf in der Stadt bestimmtes Getreide bringen, nicht aber, wie wir gesehen haben, die fremden. Der Absatz 3 des Artikels 2 der oft erwähnten Polizeiordnung Karls IX. und Heinrichs III. schreibt den städtischen Gemeinden vor, Getreidespeicher von der Grösse anzulegen, dass darin der gesammte für die Bürgerschaft auf drei Monate nothwendige Vorrath aufbewahrt werden konnte. Niemals hören wir jedoch, abgesehen von den Aufkäufen der Städte in Theuerungszeiten, dass die Gemeinden dort ihnen selbst gehöriges Getreide aufgestapelt hätten. Das Halten von Getreidevorräthen von Seiten der Gemeinden scheint niemals und nirgends Gebrauch gewesen zu sein.

Kapitel II.

Der Handel von Provinz zu Provinz und der
auswärtige Handel.

Delamarre giebt uns am Schluss des zweiten Bandes seiner Kodifizirung des zu seiner Zeit bestehenden französischen Verwaltungsrechtes, der zahlreiche historische und geographische Exkursionen eingeflochten sind, eine Uebersicht über die Provinzen Frankreichs nach ihrer Fruchtbarkeit, nach ihrer Exportfähigkeit und nach ihren Hauptzeugnissen. Nach dieser Uebersicht ist die folgende Liste zusammengestellt.¹⁾

* *

Die älteste Geschichte des Handels von Provinz zu Provinz ist von der ältesten Geschichte des Aussenhandels nicht zu trennen, weshalb wir beide zusammen behandeln müssen. Delamarre ²⁾ sagt darüber: Le Baillis et les Sénéchaux avoient autrefois le pouvoir chacun dans son ressort, d'y deffendre ou d'y permettre la sortie des blez . . . ils retenaient dans leurs Provinces l'abondance pendant quelque fois que leurs voisins estoient dans la disette, ou s'ils permettoient des traittes, ce n'estoit qu'à quelques particuliers et par faveur pour les enrichir au préjudice des autres. Saint-Louis . . . l'an 1254 fait un grand reglement pour reformer les abus qui s'estoient introduits L'article de Traittes foraines ³⁾ porte que les Baillis et les Seneschaux ne

¹⁾ Siehe die folgende Seite. Von den einzelnen verstreuten Bemerkungen sei nur die zu Isle de France gemachte, weil sie besonders charakteristisch ist, zugefügt. In Valois, erzählt Delamarre habe der Hofadel seine Jagden und Kaninchengehege; das austretende Wild und die Kaninchen verwüsteten fast Jahr für Jahr die anliegenden Ländereien, so dass sie auf einem breiten Strich meist ganz verlassen wären.

²⁾ T. II, Livr. V, Tit. XIII.

³⁾ D. h. hier des über die Grenzen einer Provinz, sei ins Ausland, sei es es in eine andere Provinz gehenden Handels; das Bemerkenswerthe dieser Zeit ist eben, dass auch der letztere Handel als traite foraine behandelt wird.

Provinzen mit gutem Ertrage.	Provinzen mit schlechtem Ertrage.	Mit Ueberfluss.
Isle de France hauptsächlich Weizen		
La Brie hauptsächlich Weizen		La Brie
L'Hurepoix hauptsächlich Weizen		L'Hurepoix
La Beause hauptsächlich Weizen, ganz besonders gerühmt		La Beause
Le Vexin hauptsächlich Weizen		Le Vexin
Beauvois hauptsächlich Roggen, aber nur wenig über Mittel		Beauvois aber nur gering im Durch- schnitt
Soissonnois		Soissonnois
L'Amienois ganz besonders gerühmt		L'Amienois
Champagne in den meisten Gegenden überwiegt Roggen, stellen- weise Weizen, aber nur wenig über Mittel		Champagne
Senonois		Senonois
	Gastinois	
Orléannois		Orléannois
	Thiernerai	
Perche		Perche

Wohin?	Ohne Ueberfluss.	Weshalb?
	Isle de France	Paris
Paris		
Paris		
England und Holland und in zweiter Linie Rouen und Paris		
Paris		
Paris		
Paris		
Flandern, Hennegau, Normandie, Bretagne, Paris, England		
Paris		
Paris		
	Gastinois	sumpfig; doch hat man (1706) begonnen, die Sümpfe auszutrocknen und dadurch theilweise schon recht fruchtbares Weizenland ge- wonnen; heute gehört die Landschaft zu den frucht- barsten Frankreichs
Bretagnou, Anjou, in zweiter Linie auch Paris		
	Thiernerai gebraucht fast stets Zu- fuhr	Sandboden und steinig
Bretagne und Normandie		

Provinzen mit gutem Ertrage.	Provinzen mit schlechtem Ertrage	Mit Ueberfluss.
Rouen (Normandie)		Rouen
	Caën (Normandie)	
	Alençon (Normandie)	
Artois		
	Hennegau	
Flandern		
Lorraine hauptsächlich Weizen		Lorraine
Barois hauptsächlich Weizen		Barois
Alsace hauptsächlich Weizen		
Bourgogne jedoch sehr ungleich und theilweise sogar unt. Mittel und selbst schlecht		Bourgogne jedoch nicht sehr stark
Franche Compté jedoch sehr ungleich		Franche Compté jedoch sehr ungleich
Bourbonnois meist gute Mittelernte, aber oft v. Ueberschwemmungen heimgesucht		
Maconois		
Basse Auvergne hauptsächlich Weizen		Basse Auvergne
	Haute Auvergne	

Wohin?	Ohne Ueberfluss.	Weshalb?
in die anderen Theile der Normandie, England, Holland, Flandern, Paris	Caën gebraucht stets starke Zufuhr Alençon gebraucht nur in guten Jahren keine Zufuhr Artois Hennegau bedarf aber nur in schlechten Jahren der Zufuhr Flandern bedarf fast stets der Zufuhr	Sandboden und steinig theils steiniger Sandboden, theils Waldungen und Wiesen starke Garnison u. Industrie Die Witterung ist des Ardenner Waldes wegen eine sehr ungleiche, die Bevölkerung verhältnissmässig dicht sehr dichte Bevölkerung
Paris		
Paris		
	Alsace	dichte Bevölkerung
Lyon und Paris		
Lyon, Paris, Schweiz und Genf	Bourbonnois Maconois	für die Bevölkerung gerade ausreichend auch reich an Wiesen, Waldungen u. Weinbergen
Haute Auvergne	Haute Auvergne der Zufuhr sehr bedürftig	sehr unfruchtbar

Provinzen mit gutem Ertrage.	Provinzen mit schlechtem Ertrage.	Mit Ueberfluss.
	Lionnois	
	Forests	
	Beaugelois	
Bresse aber sehr ungleich		Bresse aber nur mässig
Dauphiné bei kalten Frühjahrs- nächten aber häufig von Missernten heimgesucht		Dauphiné aber sehr ungleich
Vivarais		
Gevaudan		
Haute Languedoc sehr gerühmt		Haute Languedoc
Basse Languedoc doch theilweise sehr trocken		
Basse Provence sehr gerühmt		Basse Provence
Haute Provence doch mit sehr vielen hohen Bergen, welche das ganze Jahr mit Schnee bedeckt sind		
Bretagne doch bei Nachtfrosten im Frühjahr oft von Missernten heimgesucht und dann der Zufuhr benöthigend, auch mit einigen sehr unfrucht- baren Strichen		Bretagne doch nur in guten Jahren
Haute Maine		Haute Maine
	Basse Maine	

Wohin?	Ohne Ueberfluss.	Weshalb?
Lyon	Lionnois	bergig
	Forests	waldig
	Beaugelois	mit grossen Städten
Provence und Languedoc		
	Vivarais	aber reich an Wiesen, Waldungen u. Weinbergen
	Gevaudan	Cevennen, obgleich die Thäler fruchtbar sind
Spanien, Portugal Italien		
	Basse Languedox	für die Bevölkerung ge- rade ausreichend
Italien, hauptsächlich Genua		
	Haute Provence	der hohen Berge wegen
Als Ballast für die Schiffe, welche nach Westindien fahren		
Basse Maine		
	Basse Maine der Zufuhr sehr bedürfend	harter Moorboden, der sehr schwer zersetzbar und bear- beitbar ist; heute wird hier eine blühende Viehzucht und ein sehr ertragreicher Weizenbau getrieben, hat grossen Gemüsehandel

Provinzen mit gutem Ertrage.	Provinzen mit schlechtem Ertrage.	Mit Ueberfluss.
Anjou Poitou aber in manchen Strichen sehr schlecht	Touraine	Poitou
	Berry	
	La Marche	
Angoumois		
Xaintonge sehr gerühmt		
	Limousin (Turgots Provinz)	
Périgord		Périgord
Quercy		Quercy
Rouergue		Rouergue
Foix		Foix
Commenges		Commenges
Armagnac		Armagnac
aber ungleich, die hohen in den Pyrenäen gelegenen Theile haben sogar strich- weise sehr schlechten Boden		

Wohin?	Ohne Ueberfluss.	Weshalb?
Angoumois und la Xaintonge	Anjou	hat grossen Gemüse- handel
	Touraine	es ist noch sehr wenig für die Hebung der Agrikultur geschehen; es könnte sehr reiche Erträge abwerfen; heute der Garten Frank- reichs genannt
	Berry	fleissig bearbeitet, aber von undankbarem Boden, ausser- dem reich an Weinbergen und hat im Anschluss da- ran eine in guter Entwick- lung begriffene Industrie
	La Marche Die arme Bevölkerung ist sehr genügsam u. hilft sich mit andern Nahrungsmit- teln, wie Kastanien; sonst würde das Land stets grosser Zufuhr bedürfen	sehr unfruchtbar
	Angoumois	Dorf an Dorf, stets bedarf es in Nothjahren daher noch der Zufuhr; eine blühende Hausindustrie
	Xaintonge	im Hafen von Brest liegt eine starke Besatzung; auch wird dort stets die Kriegs- flotte verproviantirt; daher bedarf es stets stark. Zufuhr
	Limousin der Zufuhr stets sehr bedürfend	wenn d. Kastanien, d. Buch- weizen u. der Roggen nicht gedeihen, bricht stets sofort die grösste Hungersnoth aus
Bordeaux		
Toulouse		
Bordeaux		
Languedoc		

deffendront point les transports du blé . . . qu'en cas d'une grande nécessité et que cela soit jugé nécessaire par un bon et sage conseil . . . ces deffenses ne seront révoquées que par un semblable conseil, et que, tant qu'elles subsisteront ils n'en exempteront personne par grace on par faveur.

Einheitliche Bestimmungen für das ganze Land gab es damals noch nicht, und offenbar galt für jede Provinz des Landes jede andere Provinz als Ausland und wurde mit jenem völlig gleichgestellt. Erst im Jahre 1455 macht Karl VII. durch einen Patentbrief den ersten Versuch einer einheitlichen Regelung für das ganze Land. Die königliche Verordnung bestimmt damals, dass während der Zeit der Hungersnoth die Ausfuhr ins Ausland gänzlich verboten sein sollte, und dass diejenigen Provinzen, welche Ueberfluss hätten, ihn nur an die anderen Provinzen abgeben dürften.

Immer mehr drängte die Frage aber auf eine einheitliche Regelung hin, nicht nur, dass die seit dem Jahre 1455 häufiger eintretenden Theuerungen eine Begünstigung der übrigen Provinzen vor dem Auslande bei den in den einzelnen Provinzen zu gewährenden Ausfuhrbewilligungen nöthig machten, so war eine neue Verwirrung dadurch geschaffen worden, dass die den alten Selbstverwaltungsbeamten der Provinzen, den Baillis et Seneschaux zur Seite gestellten königlichen Beamten, die Gouverneure für sich das Recht in Anspruch nahmen, über die zu gewährenden Ausfuhrpermissionen zu entscheiden, ohne dass die Baillis et Seneschaux die geringste Neigung gezeigt hätten, auf dieses damals sehr wichtige Recht zu verzichten.

Aus diesem Grunde entzog Franz I. den eben genannten Beamten das Recht, Ausfuhrpermissionen zu ertheilen und nahm dieses Recht für sich allein in Anspruch; so datirt vom 12. März 1515 der erste königliche Patentbrief betreffend die Erlaubniss der freien Ausfuhr in's Ausland, worin man aber nicht, wie Araskhiantz ⁴⁾ will, ein Zeichen des Aufschwungs des Acker-

¹⁾ Siehe das Vorwort.

baues vor Franz I. sehen darf, sondern, wie die Motive der gleichzeitigen Gesetze klar ersehen lassen, ein Zeichen, dass bei der in der letzten Zeit erfolgten starken Zunahme der Bevölkerung besonders in den mehr zunehmenden Grossstädten eine täglich nothwendiger erscheinende Vorsicht in der Handhabung der Getreidehandelspolitik nöthig war. Nicht weil der Bedarf mehr als sonst die Nachfrage überschritten hätte, sondern umgekehrt, weil man mit dem Verhältniss von Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Versorgung des ganzen Landes sehr genau rechnen musste, trat damals die gemeinsame Regelung für das ganze Land ein. Ein späteres Beispiel eines solchen Patentbriefes, der für den Umfang des ganzen Reiches ausgeschrieben war, theilt Delamarre dann für das Jahr 1534 mit. Dennoch maassten sich die Provinzialbehörden auch in späterer Zeit noch häufig die alten Befugnisse an, besonders dann, wenn die Könige der häufigen auswärtigen Kriege wegen im Auslande verweilten. Solange eine Zentralbehörde für die Regelung des auswärtigen Handels noch nicht geschaffen war, waren solche Eingriffe in der Abwesenheit des Königs beinahe nothwendig. Noch Franz I. hatte mehrfach Gelegenheit, solchen Erinnerungen an die früheren Zustände entgegen zu treten, so z. B. im Jahre 1539, wo der König ausdrücklich betont, dass er sich für die Zukunft allein das Recht vorbehalten habe, Getreideausfuhrpermissionen zu ertheilen.¹⁾ Später kommt auf diesen Patentbrief Franz I. Heinrich II. in einer Ordonnanz vom 4. Februar 1557 zurück, portant Permission à toutes personnes de mener et conduire marchandises par tout où bon leur semblera en terre d'amis ou d'ennemis exceptez bleds et autres grains.

Neben dieser Frage, von wem die Ertheilung der Ausfuhrpermissionen auszugehen habe, war für die damalige Zeit von einem untergeordneten und mehr fiskalischem Interesse die Frage der Verzollung des exportirten Getreides. In Bezug auf diese

¹⁾ Vergl. Antoine Fontanon: Les Édicts et Ordonnances du Roy de France Paris 1611 pag. 957.

Verzollung unterschied man in Frankreich damals ein inneres Zollgebiet — les cinq grosses fermes¹⁾; das waren die älteren Provinzen, welche die aide²⁾ zahlten, und ein äusseres Zollgebiet; das waren die mit dem Gesammtreich nicht völlig verwachsenen Provinzen, welche die aide noch nicht zahlten, mit dem Hauptlande gleichsam nur durch Personalunion verbunden waren und ihre eigene Verwaltung, wie die alte ständische Vertretung sich erhalten hatten, die Provinzen Languedoc, Provence, Dauphiné, Bretagne u. a., und drittens endlich das Ausland.

Bis zum Jahre 1488 war die Ausfuhr von Getreide vollständig frei geblieben von jeder Zollaufgabe. Seit dem 18. Dezember des genannten Jahres musste auch für die Ausfuhr von Getreide in die Provinzen der zweiten Gruppe und in das Ausland ein Zoll entrichtet werden und zwar ein Werthvoll von 3 ‰. Die Erhebung eines Werthzolles, zu allen Zeiten grossen technischen Schwierigkeiten belegend, musste dies noch mehr in damaliger Zeit. Am 20. November 1539 sah sich demnach Franz II. gezwungen, diesen Werthzoll in einen Mengenzoll umzuwandeln. In späterer Zeit hielt man im Prinzip an diesem Mengenzoll fest, wenn sein Betrag auch bald herabgesetzt, bald erhöht wurde.

* * *

Franz II. war der erste, der während seiner kurzen Regierung durch königliche Verordnung vom 20. Dezember 1559 eine dauernde Regelung des auswärtigen Getreidehandels herbeizuführen suchte: „Nous avons délibéré de donner et octroyer tous les ans Traittes de bleds . . . selon la quantité qui se trouvera que Provinces de notre Royaume pourront porter sans in-

¹⁾ Die fünf grossen Zollpachtungen.

²⁾ Unserer alten Bede entsprechend und wie diese der Vorläufer zu späteren neuen regelmässigen Steuern, welche aber in Frankreich den Namen aide behaupten, wenn sie nicht zur staatlichen Grund- (taille réelle) und Personalsteuer (taille personnelle) hinzugeschlagen wurden, so dass diese, auch abgesehen von der Bevölkerungszunahme, regelmässig wuchs.

commoder nostre dit Peuple, et afin qu'il ne soit plus fait les abus qui . . . se sont faits grandement préjudiciables . . . à nostre dits . . . Sujets, les quels quelque fois, pour avoir esté tiré trop grande quantité des dits bleds, s'en sont trouvez avant que de venir à la nouvelle recolte, en grande nécessité, d'autres fois, pour avoir tenu trop serrées les dites Traittes, leurs bleds . . . sont demeurez sur les bras . . . nous avons resolu d'ériger . . . en nostre Ville de Paris, un Bureau composé de huit Conseillers ou Commissaires y estant, un Secretaire de nos Finances qui signera les Expéditions qui seront ordonnés . . . un Tresorier qui recevra . . . le compte . . . de nous droits de Traitte, et deux Huissiers pour par lesdits Conseillers Commissaires . . . estre pourvu et donné ordre aus faits des dites Traittes . . . donnant par ces dites presentes aus dits Conseillers Commissaires plein pouvoir, autorité, commission et mandement spécial d'expédier à tous Marchands, tant François qu'Étrangers lettres de congié et permission pour tirer bleds . . . de nostre dit Royaume jusqu'à la concurrence du nombre et quantité qui au commencement de l'année aura esté arrêté selon la puplication qui nous en ferons faire. Et pour l'expédition de chacune des dites lettres de Traitte . . . ne sera payé . . . qu'un ecu . . . quelque quantité de bled . . . qui soit contenuë ès dites lettres, ès quelles seront expressément specifiez et déclarez les lieux . . . où se fera la Traitte, comment et en quelle sorte elle se devra faire et par devant qui se verifera le nombre et quantité des dits bleds . . . qu'il sera par icelles Lettres permis de tirer en revoquant et annullant par ces dites presentes; toutes autres Lettres de Traitte de bleds . . . cy devant par nous octroyées tant générales que particulières . . . voulons en outre qu'à iceux Conseillers Commissaires du dit Bureau seulement appartienne de bailler en et partout nostre Royaume les dites Lettres d'attache,¹⁾ qu'il ne sera plus besoin

¹⁾ Inhaltlich dasselbe wie lettres de permission oder de congié nur mit dem Unterschiede, dass diese von den zentralen, jene von den provinzialen und lokalen Behörden ausgestellt wurden.

d'avoir n'y recouvrer, donner aucun empeschement ou retardement à l'exécution des dites Lettres de Traitte les quelles sans aucune autre attache ni verification sortiront ¹⁾ leur plein et entier effet . . . sans ce qu'elles puissent estre par nous aucune-ment revoquées . . . en temps de paix ou de guerre.“

Dazu findet sich die Bemerkung: „François II. mourut au bout de l'an et ce Bureau finit avec la vie de ce monarque.

Nach 7 Jahren im Jahre 1565 wird der von Franz II. gemachte Versuch einer einheitlichen Regelung des auswärtigen Handels wieder aufgenommen; jedoch kommt es auch jetzt wegen der fortwährenden Unruhen im Innern, mit denen die Regierung zu kämpfen hatte, nicht zur Ausführung der betreffenden Verordnung; im Gegentheil verfahren gerade in dieser Zeit in Bezug auf die Getreidehandelspolitik die Provinzialbehörden jede für sich, wie es ihnen gut dünkt. So sagt das Reglement Karls IX. vom Juni 1571 ²⁾ sur les traittes et transports de blez dedans et dehors le Royaume über die Durchführung dieses neuen Versuches „au lieu d'y obéir et satisfaire, il est trouvé que plusieurs ³⁾ y ont contrevenu que nostre intention en cet endroit est toujours demeurée jusques icy inexécutée.

Ein anderer Beweis dafür, wie geringe Erfolge auch dieser Versuch gehabt, kann wohl auch darin gesehen werden, dass Karl IX. in seiner Polizeiordnung vom Jahre 1567 nur wieder den Wortlaut der schon mehrfach erwähnten Verordnung Franz I. vom Jahre 1539 nicht seine eigene vor zwei Jahren erlassene Vorschrift aufnimmt.

Den Versuch Franz II. nimmt dann Karl IX. noch einmal wieder auf in dem schon erwähnten Reglement aus dem Jahre 1571..

Absatz 1 betont, que la faculté, puissance et autorité d'octroyer permissions et congies de traittes et transports quel-

¹⁾ erlangen, erhalten.

²⁾ Vergl. Fontanon S. 964.

³⁾ Uebersetze „fast alle“.

conques hors nostre Royaume est droit Royal et domanial de nostre Couronne lequel nous n'entendons communiquer avec personne et qu'autre ne puisse consentir et accorder telles choses directement ou indirectement sous peine aux contrevenans d'estre envers nous declarez criminels de leze majesté.

Absatz 5 sucht von Neuem die Feststellung der in jedem Jahre zur freien Ausfuhr zur Verfügung stehenden Getreidevorräthe zu regeln:

„Tous nos Baillifs, Seneschaux ou leurs Lieutenants enverront par chacun an au moi d'Aoust leurs Commissions à nos Juges subalternes de leur Ressort, tant Royaux que de Seigneurs Hauts Justiciers; les quels en vertu d'icelles manderont aux Maires, Eschevins, Consuls ou autres administrateurs d'affaires publiques de nos villes, bourgs et villages appelez avec eux aucuns des principaux et plus nobles personnages bourgeois, qu'ils s'informent de l'abondance et fertilité ou stérilité et disette de bleds et autres grains de la cueillette de l'année. Diese Berichte sind durch die obengenannten Beamten zu sammeln und an die Centralstelle zu senden mit näherer Angabe darüber, pour quelle quantité de grains il sera expédiant d'ouvrir la Traitte d'Automne ensuivant.

Für diese Berichte wird dann noch eine Kontrolle geschaffen. „Nos Trésoriers de France en chacune de nos Generalitez s'informeront ainsi, chacun séparément et à paret du contenu de bleds. Sur ces avis nous ferons départir par nos Provinces et par nos Generalitez la quantité de grains que nous connoistrans pouvoir estre tirez hors nostre Royaume. Nos dits Baillifs . . . feront signifier par leurs détroits et ressorts, les lieux, les jours et les heures que chacun pourra se presenter pour prendre ladite Traitte entière ou portion d'icelle . . . jusques à la totale quantité qui sera par nous permise . . . les expediez lettres par nos Baillifs . . . auront lieu, force et autorité, sans ce qu'il soit besoin recourir à aucuns de nos Gouverneurs . . . pour avoir lettres d'attache.

Abs. 15 bestimmt zur Erleichterung der Ueberwachung der

Ausfuhr que les chargements et traittes faites dans et dehors de nostre Royaume ne se pourront désormais faire que par certains ports, barres et passages . . . ès quels nous établissons un Contrôleur et ses commis pour la sureté de nos deniers et pour empêcher tous abus et larrecins et seront et demeurerons tous autres ports et passages interdits et deffendus.

Für den Ausfuhrhandel werden wir in der Zukunft das Reglement als die Regel ansehen dürfen, daneben haben wir mit zwei Ausnahmeständen zu rechnen, nämlich erstens dem, dass für bestimmte Provinzen oder auch das ganze Königreich der Ausfuhrhandel ganz freigegeben ist; dann bedarf es für diese Provinzen bezw. für das ganze Land keiner besonderen Permissionen, oder aber, dass die Ausfuhr ganz untersagt ist; dann hat dieses Verbot meist auch rückwirkende Kraft, und werden auch schon die ertheilten und noch nicht benutzten Permissionsbriefe für nichtig erklärt. Von theilweisen Ausfuhrverboten für einige Provinzen findet sich kein Beispiel. Die unbeschränkte Ausfuhrerlaubniss und die absoluten Ausfuhrverbote gelten in der Regel nur für eine bestimmte Zeit. Selten heisst es, dass sie gelten sollten, bis anderes bestimmt werde.

Besondere Maassregeln werden noch für den Handel von Provinz zu Provinz auf dem Meereswege getroffen, der für Frankreich bei seiner Lage besonders wichtig war. Es handelt sich hierbei in erster Linie darum, zu verhindern, dass er nicht missbraucht werde, um verbotener Weise Getreide in's Ausland zu verführen.

Die älteste bekannte Verordnung in dieser Angelegenheit trifft Karl IX. in dem soeben erwähnten Reglement; dort heisst es: Les Marchands et autres qui enleveront bleds et grains pour les mener et conduire dedans le Royaume, prendront les congies et certifications en la ferme surdite, dans les quels ils seront tenus faire specifier les Ports, Havres et Passages où ils les voudront faire descendre et s'obligeront et bailleront caution de rapporter certification de Commis dudit de Troyes. Les Notaires qui recevront les Chartes parties, seront tenus d'en faire Registre

et d'icelles bailler une copie ausdits Commis et Receveurs qui en tiendront pareillement registre. Lesdits Commis seront tenus envoyer audit de Troyes par chacun quartier de l'an de tous les congies et certifications qui eussent été expediez par eux, et le dit de Troyes envoyer l'état de tout de six en six mois par devant les Intendans au fait de nos Finances.

Also doppelte gegenseitige Kontrolle und Kontrolle durch eine Centralstelle.

Diese Verordnung wurde im Jahre 1649 wegen vielfacher Missbräuche, zu der sie Veranlassung gegeben hatte, aufgehoben und dann erst nach beinahe 50 Jahren wieder erneuert. In der Zwischenzeit war das Verfahren das folgende: Der Kaufmann, welcher Getreide von einer Provinz in die andere ausführen wollte, konnte dies nur auf Permissionsbriefe für die Ausfuhr thun und unter Bezahlung des Zolles. Um nun aber an anderer Stelle den Nachweis führen zu können, dass er französisches Korn nur in einer anderen Provinz einführe, liess er es verplombiren. Dann brauchte er an der anderen Stelle den Einfuhrzoll nicht zu zahlen und erhielt für dasselbe Quantum eine erneute Permission zugleich mit der Bescheinigung, dass für dasselbe der Ausfuhrzoll schon entrichtet sei. Die Maassregel hatte den Missstand, dass dann gerade in Theuerungsjahren, wo Permissionen überhaupt nicht bewilligt wurden, und wo doch die bei weitem bequemere und leichtere Verbindung auf dem Seewege sehr erwünscht gewesen wäre, dieser Transport ganz ausgeschlossen war. Dieses hatte sich dann auch besonders fühlbar gemacht in der Theuerung der Jahre 1692—1694 und gab die Veranlassung, dass Ludwig XIV. in einer Ordonnanz vom 11. Oktober 1694 ¹⁾ auf die alte Verordnung Karls IX. zurückgriff, zunächst aber nur für den Handel innerhalb des Bezirks derselben Generalität, was aber für die Erleichterung des Handels von geringer Bedeutung war, so dass nach einigen Jahren ein Staatsrathsbeschluss vom 21. August 1703 ²⁾ den von Karl IX. geschaffenen Zustand voll-

¹⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy XIII 149.

²⁾ a. a. O. XXX, 130.

ständig wieder herstellte. Diese Bestimmungen finden wir dann in nächster Zeit in mehrfachen Staatsrathsbeschlüssen vom 27. September 1710, 5. Dezember 1711, 1. Oktober 1712 und 30. September 1721¹⁾ erneuert.

Wenn nun aber auch den Intendanten der Generalitäten und den Gouverneuren der Provinzen verboten war, dem Handel von Provinz zu Provinz irgend welche Schranken entgegenzusetzen, so darf man doch nicht glauben, dass derselbe deshalb unbehindert von statten gegangen sei.

Zunächst bildete das Königreich durchaus keine Zolleinheit; als solche konnte nur der innere Kern des Landes, seine ältesten Bestandtheile, die *cinq grosses fermes* betrachtet werden. Jeder von den anderen grossen Parlamentsbezirken, die Languedoc, Dauphiné Provence, Bretagne und die anderen jüngeren Provinzen, wie alle Erwerbungen seit dem Jahre 1550 bildeten für sich eine Zolleinheit und waren gegen die übrigen Teile des Reiches abgeschlossen. Ueberall mussten Ein- und Ausfuhrzölle bezahlt werden. War die Regierung einmal bei Kasse, dann verzichtete sie wohl auf diese Zölle; im allgemeinen aber wurden sie erhoben.

Zu zweit bestanden im Lande unzählige Wege-, Brücken- und Flussabgaben. Nachdem schon unter Ludwig XV. und während der Regierung Ludwigs XVI., worauf wir im letzten Haupttheil kommen werden, an 500 solcher den Handel sehr störender Abgaben aufgehoben waren, weil ihre Besitzer nicht mehr im Stande gewesen waren, ihre Berechtigung nachzuweisen, soll die Revolution noch an 1500 derselben beseitigt haben. Dazu kommen die schlechten Wege und die durch Fischerei-, Mühlen- und ähnliche Gerechtigkeiten behinderten Flussläufe.

Zu dritt endlich hatte fast jede Stadt das sogenannte Stapelrecht, das heisst sie konnte jeden Getreidehändler, der mit seinem Waarenzuge die Bannmeile der Stadt berührte, zwingen, seine Waaren auf dem Markte der Stadt einmal, auch zwei- oder dreimal zum Verkauf auszubieten. Dadurch wurde der Verkauf selbstverständlich ein sehr schleppender.

¹⁾ a. a. O. III C (nicht numerirt).

Von dieser Regel aber gab es eine sehr wichtige Ausnahme. Konnte nämlich der Getreidehändler nachweisen, dass die Waare für Paris bestimmt sei, so durfte sein Waarenzug nicht aufgehalten werden; ebenso befreite von der Unterwerfung unter das Stapelrecht der Städte ein besonderer Patentbrief des Königs. Diese Bestimmung findet sich schon in der Polizeiordnung Karls IX. Nachdem auf das Stapelrecht der Städte hingewiesen ist, heisst es weiter: „sice n'estoit par Lettres Patentes du Seigneur et singulierement pour achaptez destinez d'estre amenez en la Ville et lité de Paris, que ledit Seigneur veut estre toute fournie abondamment de grains. Später finden wir diese Bestimmung dann häufig erneuert und zwar stets fast mit demselben Wortlaut; besonders wird fast bei jeder Theuerung darauf hingewiesen. Das Recht, Patentbriefe im Namen des Königs auszustellen, üben dabei häufig die für die Zeit der Theuerung bestellten Kommissäre aus, welche Patentbriefe ausstellen sowohl um die Provinzen mit Getreide zu versehen, als auch um für die Zufuhr zu denjenigen Märkten zu sorgen, wo die Pariser Kaufleute einzukaufen pflegten; der schon erwähnte Reisebericht Delamarres belehrt uns auch hierüber am besten.

Ausser dem erwähnten Vorrecht besass Paris noch ein anderes sehr wichtiges Privileg, dessen wir schon mehrfach gedacht haben, dass nämlich alles Getreide, welches einmal die Thore von Paris passirt hatte, die Stadt nicht mehr verlassen durfte. Getreide konnte wohl ungehindert in die Stadt, brauchte sogar an die königliche Regierung keine Abgaben zu bezahlen und war auch auf dem Markte mit Abgaben möglichst verschont; aber heraus konnte es nicht wieder. Oft kehrt der folgende Wortlaut in diesbezüglichen Erlassen wieder: „sans qu'ils puissent, sous quelque prétexte que ce soit, faire remporter lesdits grains, mais seront tenus de les vendre, le premier ou second jour de Marché, et en cas qu'ils s'y trouvent encore le troisième seront mis au rabais.“

Zweiter Haupttheil.

Die Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1719.

Kapitel I.

Einleitung.

Herbert sagt in seinem *Essay sur la police générale des grains*¹⁾: „Il est rare, que l'on songe à se precautionner contre les besoins, quand on se trouve dans l'abondance; et en effet toutes nos ordonnances concernant la Police de grains n'ont été rendues que dans le tems de calamité.

Diese Darstellung ist theils falsch, theils richtig. Die allgemeinen Grundzüge der Getreidehandelspolitik des ancien régime waren schon gezeichnet durch die unsern Lesern bekannten Kornpolizeigesetze der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts; auf diese Gesetze greifen alle späteren Verordnungen zurück; die ganze spätere Zeit hat wenige Neuerungen geschaffen. Wenn die obige Darstellung dennoch als theils richtig bezeichnet wurde, so sollte damit angedeutet werden, dass die ganze Kornpolizei eigentlich nur für die Theuerungsjahre vorhanden war. Diesem Eindruck kann man sich nicht erwehren, wenn man die Edikte

¹⁾ Erschienen zu Berlin im Jahre 1755, S. 8.

und Verordnungen des ancien régime durchblättert. Alle kornpolizeilichen Verordnungen fanden in den Zeiten, wo keine Gefahr für die Volksernährung vorhanden war, sehr wenig Beachtung. Trat dann die Theuerung ein, so wunderte man sich über die vielen eingerissenen Missbräuche, über die vollständige Nichtbeachtung der königlichen Ordonnanzen, um schon einige Jahre nach der letzten Theuerung alles wieder in den alten Zustand gerathen zu sehen. Dass dem so war, kann jedoch nicht Wunder nehmen. Die Kornpolizei setzte eine bis ins Einzelste gehende Aufsicht jeder Bewegung aller im Lande vorhandenen Kornmengen voraus; wie sie sich eben in gewöhnlichen Zeiten nicht durchführen liess. Nicht einmal die Verordnung, welche man doch für die am leichtesten durchführbare hätte halten sollen, dass für gewöhnlich Getreide nur mit besonderen lettres de permission ausgeführt werden dürfte, wurde auch nur einigermaßen strickt beobachtet. Kamen nun Zeiten der Theuerung, so wurden in unzähligen Erlassen alle die alten Verordnungen von Neuem eingeschärft, und dann in den von der Theuerung besonders bedrohten Generalitäten und Provinzen besondere Kommissäre ernannt, um über ihre Durchführung und Einhaltung zu wachen. War die Noth und Gefahr vorüber, so wurden die Kommissionen wieder aufgelöst. Kein Mensch war dann in Wahrheit da, um darauf zu sehen, dass die Kornpolizei, welche doch als eine dauernde Einrichtung gedacht war, auch einigermaßen gleichmässig gehandhabt würde. Im Volke hatte man sich aber an derartige Verhältnisse schon in dem Maasse gewöhnt, dass thatsächlich selbst in interessirten Kreisen die Meinung verbreitet war, die Kornpolizei gelte nur für Theuerungszeiten und trete erst dann in Kraft, wenn sie durch die königlichen Ordonnanzen wieder aufgefrischt würde.

Als erste Aufgabe betrachteten es meist die ins Land gesandten Kommissäre, nach den an der Theuerung Schuldigen zu forschen, wie dies ja die französische Art bei jedem Ungemach ist. Herbert trifft auch hier den Nagel auf den Kopf, wenn er weiter unten ausführt: Jede Zeit suche nach aussergewöhnlichen

Gründen der Theuerungen. Auch seine Zeit habe sich wieder neue „Ungeheuer“ in der Phantasie geschaffen, die man für die Theuerungen verantwortlich mache. „Quand l'idée des Démoins et des Magiziens s'est évanoué, l'on a cru trouver des causes de disette plus raisonnables dans les manoeuvres des Usuriers, des Avars, des Monopolaires pour qui les Jurisconsultes on . . . inventé de nouveaux noms pour accabler d'injures les Marchands de grains, sans alléguer aucuns (?) faits, sans rapporter aucunes (?) preuves et sans songer à mettre à profit la cupidité des hommes toujours avantageuse au public quand les Loix savent la gouverner.¹⁾

Eine der Hauptursachen der Theuerung glaubte man stets in den Bönhasen des Getreidehandels zu sehen, das heisst den Personen, welche sich mit dem Getreidehandel befassten, ohne dazu konzessionirt zu sein. So heisst es in einer königlichen Ordonnanz vom 31. August 1699:²⁾ „Les soins que nous avons pris pour faire fournir les bleds à nos peuples dans quelques Provinces où ils en manquent, nous ont fait connoître que ce qui avoit les plus contribué à augmenter leurs besoins n'avoit pas tant été la disette des récoltes que l'avidité de certains Particuliers, qui, bien qu'ils ne fussent pas Marchands de bled de profession, se sont néanmoins ingérés à en faire le commerce. L'unique but de ces sortes de gens, étant de profiter de la nécessité publique, ils ont tous concouru par un intérêt commun à faire des amas cachés, qui, en produisant la rareté et la cherté des grains, leur ont donné lieu de les vendre à beaucoup plus haut prix qu'ils ne les avoient achetés.

¹⁾ a. a. O. S. 12.

²⁾ Vergl. Édits Arrêts du Roy. Jahrg. 1699 u. d. a. D.

Kapitel II.

Die Getreidehandelspolitik vor Heinrich IV.

Ueber die Getreidehandelspolitik der Regierung vor Heinrich IV. besitzen wir nur sehr sporadische Nachrichten, so dass es nicht möglich ist, aus ihnen ein zusammenhängendes Bild zu gewinnen und wir uns begnügen müssen, dieselben hier kurz zusammenzustellen.¹⁾

Die älteste Nachricht ist ein Patentbrief Karls VII. vom 15. Oktober 1455, welcher für Isle de France und die benachbarten Provinzen die Getreideausfuhr hors le Royaume verbietet, dabei ist zweifelhaft, ob unter Royaume nur jener Kern der cinq grosses fermes zu verstehen ist oder die damals mit jenem Reich durch Personalunion verbundenen Provinzen.

Im Jahre 1515 verbietet Franz I. durch Patentbrief vom 23. Februar die Ausfuhr aus den Provinzen Isle de France, Beausse, Vermandois et Picardie. Veranlasst war dies Verbot dadurch, dass in Folge einer in England herrschenden Hungersnoth die Ausfuhr dorthin derart forziert war, dass die genannten Provinzen selbst vor der Gefahr der Erschöpfung ihrer Vorräthe standen. Auch wollte Franz I. für den kommenden Krieg sein Getreide im Lande behalten. Im Jahre 1534 erlässt Franz I. am 20. Februar durch einen Patentbrief, wie aus dem Inhalt ersichtlich ist, die erste von einem französischen König überhaupt ertheilte allgemeine Ausfuhrpermission. Dem folgt im Jahre 1539 ein allgemeines Ausfuhrverbot.

Von Heinrich II. besitzen wir eine Ordonnanz vom 4. Februar 1557, welche die Ausfuhr allgemein verbietet und kaum ein Jahr später einen Patentbrief vom 29. August 1558 portant permission de Traittes foraines de grains à l'exécution de quelques provinces frontières et pour six mois.

¹⁾ Für das Folgende vergl. Delamarre II, S. 918 ff. und S. 959 ff., ferner auch Erster Haupttheil Kap. II.

Sieben Jahre später erlässt Karl IX. am 8. Juni 1565 einen Patentbrief, welcher die Getreideausfuhr aus dem Königreich verbietet. Als Grund müssen wir eine Theuerung im Lande annehmen, indem die Preise schon in jener Zeit noch mehr aber im folgenden Jahre anzogen.¹⁾ Im Jahre 1573 giebt eine Hungersnoth, welche die Preise auf das Dreifache ihres Durchschnitts in jener Zeit steigerte der Regierung Veranlassung zu sehr umfassenden Maassregeln.²⁾ Gleichzeitig werden durch ein königliches Edikt und einen Parlamentsbeschluss vom 20. Oktober die ertheilten und noch nicht benutzten Permissionsbriefe zurückgenommen; allen Beamten wird aufgetragen, den Missbräuchen aufs strengste nachzuspüren. Vor allen Dingen aber wird für die Versorgung der Stadt Paris gesorgt. In Verbindung mit den Beamten des Chastelet sollen der Prevot und die Schöffen in der Stadt angesessene und zahlungskräftige Kaufleute mit dem Aufkauf von Getreide in allen Provinzen des Landes und im Auslande beauftragen und das aufgekaufte Getreide, soweit es nicht sofort zur Vertheilung gelangt, aufspeichern. Der Handel soll vollständig auf Rechnung der Gemeindeverwaltung gehen, und auch die genannten Kaufleute nur als ihre Bevollmächtigten nicht auf eigene Rechnung den Getreideaufkauf besorgen dürfen. Zur Aufbringung der nöthigen Geldmittel überlässt der König der Stadt den Betrag mehrerer von ihm für das Jahr 1574 zu militärischen Zwecken ausgeschriebener Steuern, soweit solche aus Paris und seinen Vorstädten eingehen werden. Bis zum Flüssigwerden der genannten Steuern bevollmächtigt der König die Stadtverwaltung bei den wohlhabenderen Einwohnern der Stadt, den königlichen Beamten nicht ausgenommen, eine Zwangsanleihe aufzunehmen. Die reichsten Bürger der Stadt und die sämmtlichen kirchlichen Stifter können zudem durch den Prevot oder seinen Stellvertreter gezwungen werden Getreide aufzu-

¹⁾ Vergl. Anhang: Getreidepreise.

²⁾ Vergl. Antoine Fontanon. Les Edits et Ordonnances des Roys de France. Paris 1611, S. 969 ff.

kaufen und zu einem vorgeschriebenen Preise au marché public zu verkaufen. Da im Jahre 1574 die Gefahr der Theuerung noch nicht vollständig behoben ist, werden durch königl. Erlass vom 25. September 1574 die Verbote der Getreideausfuhr für ein weiteres Jahr erneuert.

Den Beschluss bilden endlich zwei Patentbriefe Heinrichs III. vom 21. November 1578 und vom 19. September 1587, der erstere verbietet für den Rest des Erntejahres die Ausfuhr aus der Picardie und der Champagne; der letztere bringt ein allgemeines Ausfuhrverbot; die Veranlassungen zu jenen Verboten sind nicht ersichtlich; im ersten Jahr stand der Pariser Preis eher unter Mittel als darüber und im zweiten Jahre fehlen die Preisangaben überhaupt.

Kapitel III.

Die Getreidehandelspolitik Heinrichs IV. und Sullys.

Die Getreidehandelspolitik Heinrichs IV. möchte ich in drei Abschnitte eintheilen von 1589—1595, von 1595—1601 und 1601—1610.

In der ersten Periode gewährte Heinrich IV. dem Getreidehandel freie Ausfuhr oder zeigte sich doch den Forderungen der Kaufleute nach Freiheit des Ausfuhrhandels ziemlich geneigt, wobei jedoch zu bemerken ist, dass unter Freiheit des Handels nicht der moderne Begriff, sondern nur die Freiheit von allen polizeilichen Eingriffen in den Ausfuhrhandel, zu verstehen ist. Heinrich IV. hat während dieser ersten Jahre seiner Regierung nicht nur den gewöhnlichen Ausfuhrzoll sondern auch noch eine surtaxe erhoben. Ob er in dieser Zeit prinzipieller Anhänger des Getreidehandelssystems wenigstens für Frankreich gewesen

sei, wage ich bei der Dürftigkeit des Materials nicht zu entscheiden, möchte es aber stark bezweifeln; Grund dazu giebt mir seine Stellung zum Friedenssystem in der zweiten Periode.

Im Jahre 1595 erliess er ein sehr streng gehaltenes Ausfuhrverbot für Getreide, das den Zuwiderhandelnden mit dem Tode bedrohte. Combien que l'experience nous enseigne que la liberté du trafic que les Peuples et Sujets des Royaumes font avec leurs Voisins et Étrangers est un des principaux moyens de les rendre aisez, riches et opulents et qu'en cette consideration nous ne voulions empêcher que chacun fasse son profit de ce qu'il a par le moyen et bienfice du commerce néanmoins après avoir reconnu que Dieu par sa sainte grace, nous a mis en mains un Royaume composé de diverses contrées et Provinces, chacune des quelles en son endroit est autant que nulle autre de Chrétienté, fertile et abondante de diverses commoditez, et que ce qui défaut en l'une se trouve facilement en l'autre; tellement que les habitans d'iceluy n'ont besoin pour leurs vivres et autres choses requises à l'usage commun; d'aller emprunter le secours du voisin, le quel de son costé est tous les jours contraint de venir chercher en nos terres; considerans aussi que si, sous prétexte de la liberté du trafic nous permettons les continuations des Traittes et transports de bleds et autres grains . . . aux Pays Étrangers, comme nous avons fait par le passé, il seroit à craindre que pensant ayder à autrui, nostre Royaume n'en demeurast tellement dégarni; que nos Sujets après avoir languì sous les faix de tant de miseres et calamiteuses afflictions que les Guerres civiles leur ont engendrées par une si longue suite d'années, ne vinssent à tomber en une extrême disette et famine insupportable, de la quelle s'ensuivroit la mort pitieuse et lamentable de plusieurs et une désolation generale de tout cet Etat.

Aus dieser Einleitung möchte der Standpunkt Heinrichs IV. hervorgehen. Frankreich vermag demgemäss seiner Meinung nach sich selbst zu genügen. Es ist nicht auf das Ausland angewiesen. Demnach kann es sich jederzeit, sobald dies für das allgemeine Interesse gut scheint, vollständig gegen das Ausland

abschliessen, ohne doch in Zeiten, wo die freie Ausfuhr für das ganze Volk keine Gefahren in sich birgt, den Einzelnen die aus jener sich ergebenden materiellen Vortheile vorenthalten zu brauchen. Von einem prinzipiellen Freihandel, als sei darauf allein das Glück der Völker gegründet, will er aber nichts wissen. Es waren also nicht nur politische Gründe, nämlich der drohende Krieg mit Spanien, sondern auch die gewonnene Einsicht, dass der prinzipielle Freihandel mehr den Einzelnen als der Gesammtheit des Volkes nütze, welche ihn zu dem Erlass vom 12. März 1595 veranlasste.

Anders will diese Motivirung Araskhaniantz auslegen. Er sagt: In der Motivirung des Dekrets instruiert er seine Unterthanen über die Gründe, die jene Maassregel nothwendig machten, hält jedoch das Prinzip (?) der Ausfuhrfreiheit in ausdrücklicher (?) Weise aufrecht und verspricht (?) die Prohibition gleich aufzuheben, sobald die Nothwendigkeit, die sie diktirt, aufhören werde. Ich muss gestehen von alledem im Dekret nichts gefunden zu haben, weder von einer Ueberzeugung, dass das Prinzip der Freiheit hoch zu halten sei, noch von ausdrücklicher Betonung desselben, noch von dem zuletzt erwähnten Versprechen, welches Heinrich IV. gemacht haben soll. Heinrichs IV. Standpunkt ist doch klar der oben gezeichnete. Wenn es aber noch zweifelhaft sein sollte, dass Heinrich IV. klar erkannte, dass die Ausfuhrfreiheit zwar vielen Einzelnen nützlich, unter Umständen aber der Gesammtheit sehr schädlich werden könnte, so sprechen dafür auch zwei Stellen aus diesem und dem nächsten hierher gehörigen Edikt vom Jahre 1601. Im vorliegenden Edikt sagt er bei den Strafandrohungen: „Et afinque, s'il y en a quelques uns d'entre nosdits Sujets, les quels pour n'estre si vivement touchez de l'affection, qu'ils doivent porter à leur Patrie, qu'il seroit bien necessaire, ne puissent estre contenus en leur devoir Im folgenden Erlass begründet er die Ausfuhrerlaubniss ausdrücklich damit, qu'il estoit impossible que ce qui estoit recueilli en iceluy y fut consommé; pour en éviter la perte et donner moyen à nos Sujets de s'en prévaloir en leurs necessitez, nous

aurions eu agreable So behutsam begründet die Ausfuhrerlaubniss doch wohl schwerlich ein prinzipieller Anhänger der Ausfuhrfreiheit für Getreide.

Des Weiteren muss schon hier, um späteren Ausführungen von Araskhaniantz zu begegnen, hervorgehoben werden, dass Heinrich IV. aus fiskalischen Gründen nicht nur den gewöhnlichen Zoll, sondern auch mehrere Jahre eine erst von ihm eingeführte surtaxe erhob, ganz im Gegensatz zu Ludwig XIV. und den ersten Jahren Ludwigs XV., welche, wie wir sehen werden, oft Jahre lang keinen Zoll erhoben bei völliger freier Getreideausfuhr.

In der dritten Periode ist wahrscheinlich auch auf die Frage der Getreidehandelspolitik Sully von überwiegendem Einfluss. Nach dem Memoiren und späteren aber fast gleichzeitigen Angaben der Zeit gewinnt es wenigstens den Anschein, als ob Sully nach der glücklichen Beendigung des Feldzuges gegen Savoyen, zu dessen glücklichem Ausgang er sehr viel beigetragen hatte, in allen Theilen der Staatsverwaltung einen derartig überragenden Einfluss gewann, dass der König nichts mehr selbstständig that, ohne Sullys Einverständnisses gewiss zu sein. Es fragt sich nun, ob wir Sullys Standpunkt in der Frage der Getreidehandelspolitik mit Hülfe des vorliegenden sicheren Quellenmaterials festzustellen vermögen. Nach Araskhaniantz hat Sully den Hauptzweck seiner inneren Politik in der Anlage eines Staatsschatzes gesehen und zu dem Zweck einerseits die Steuererhebung reformirt und andererseits den Bauernstand als Hauptquelle der Staatseinnahmen steuerkräftig zu halten gesucht. Zu dem letzteren Zweck schwebt ihm nach Araskhaniantz ein fester allseitig ausgebildeter Plan vor, den er auch mit Eifer und Geschick verfolgt. Um die Steuerkraft des Bauernstandes zu heben, sucht er ihm nach Araskhaniantz durch Annahme des Prinzips der freien Getreideausfuhr für Frankreich den weitesten Absatz zu sichern, arbeitet er an der Verbesserung der Wasserstrassen, sucht er die Viehzucht zu heben zur Erwerbung ausreichender Düngemittel und ergreift er endlich auch weitere zweckdienliche Maassregeln.

Hätte Sully in der That so zielbewusst, wie Araskhaniantz es hier darstellt, alle Fäden, welche zur Hebung der Landwirthschaft dienen mussten, erkannt und vereinigt, hätte seine Politik die ganz besondere Hebung der Landwirthschaft sich zur Aufgabe gemacht, so hätte er den von Araskhaniantz gezeichneten einheitlichen Plan seiner Politik sicherlich an mehr als einer Stelle seiner Memoiren ausführlich klargelegt. Man erinnere sich nur, wie oft er auf sein Hauptlebenswerk, die Reform der Steuererhebung und auf sein anderes Werk, die Befreiung Frankreichs von dem Brigantenwesen der Bürgerkriege immer und immer wieder zurückkommt, da lässt es sich unmöglich annehmen, dass ihm der von Araskhaniantz zugeschriebene, weit angelegte und einheitlich durchgebildete Plan zur Hebung der Landwirthschaft vorgeschwebt haben sollte, ohne dass er in seinen Memoiren einmal Gelegenheit genommen hätte, ihn zu entwickeln. Das vermag ich nicht zu glauben.

Aber wie ich nicht glaube, dass der Plan im ganzen bei Sully jemals durch gereift sei, so wenig glaube ich auch, dass Sully im Einzelnen alle jene von Araskhaniantz angeführten Wege lediglich zu dem Zwecke beschritten habe, hierdurch zu einer Hebung der Landwirthschaft zu gelangen. Der Plan des Kanalbaues sollte doch wohl schwerlich nach Sullys Absicht allein der Landwirthschaft und nicht weit mehr dem gesammten Binnen- und Exporthandel zu Gute kommen, wenngleich dabei immerhin zugegeben werden muss, dass der Getreidebau als Hauptproduktionsfaktor Frankreichs in der damaligen Zeit den grössten Vortheil davon gehabt habe. Dass Sully der Hebung der Viehzucht ein besonderes Interesse zugewandt habe, möchte ich überhaupt bezweifeln. Alle von Araskhaniantz angeführten Maassnahmen Sullys brauchen nicht für diesen speziellen Zweck vorgenommen zu sein, sondern nur, um die Sicherheit im Lande ganz allgemein wieder herzustellen. Dass diese Herstellung der Sicherheit von Person und Eigenthum aber nicht, wie es nach Araskhaniantz den Anschein gewinnen muss, für Sully ein Zweck dritten Grades gewesen sei, dafür zeugt die Bedeutung, welche

er selbst den hierbei von ihm erreichten Erfolgen in seinen Memoiren beimisst. Wenn die durch die strikte Durchführung des Verbots des Waffentragens im Lande erzielte Sicherheit am meisten dem Landmann zu Gute kam, so lag das eben in den Verhältnissen begründet, ohne dass es im ganz Besonderen zur bevorzugten Hebung der Landwirthschaft beabsichtigt sein brauchte; denn von der allgemeinen Unsicherheit und dem Brigantenwesen der vorangegangenen 30 oder, wenn man will, fast 40 Jahre des Bürgerkrieges hatte in erster Linie das flache Land auch nach Wiederherstellung des Friedens zu leiden gehabt.

Unter den weiteren zur Hebung der landwirthschaftlich zweckdienlichen Maassregeln Sullys hebt Araskhaniantz einen Erlass hervor, welcher den Gemeinden das Recht giebt, die ihnen während der Bürgerkriege abhanden gekommenen Güter zurückzuerwerben. Der Erlass muss, so vereinzelt, freilich den Eindruck hervorrufen, als sei darin eine besondere Begünstigung der bäuerlichen Gemeinden zu sehen. Ganz anders aber stellt sich die Lage dar, wenn wir sehen, dass ein gleiches Rückerwerbsrecht der in der Zeit der Bürgerkriege veräusserten Güter den Geistlichen, den Städten und dem Adel ertheilt wird. Dann erkennen wir hierin das allgemeine Bestreben, das sich auch im Rückerwerb der Domänen durch den Staat bemerkbar macht, die vor den Bürgerkriegen bestehenden Eigenthums- und Standesverhältnisse wieder herzustellen, weil Sully der wohl nicht ganz ungerechtfertigten Ansicht war, sie seien gesünder gewesen, als die Verhältnisse, welche die Wirren der Bürgerkriege geschaffen hätten. Dass aber diese Tendenz bei Sully vorlag, geht aus vielen Stellen seiner Memoiren hervor.

Araskhaniantz fasst endlich seine Ausführungen über Sully in den Satz zusammen: „denn er ging von der Ansicht aus, dass Frankreich ökonomisch eigentlich nur für den Ackerbau geschaffen sei, während die Manufakturindustrieen dem Auslande überlassen bleiben sollten. Dieser Gedanke schwebt ihm als harmonischer Plan einer höheren Ordnung vor, und erklärt er, es

sei diese von Gott gegebene Harmonie gerade dazu da, damit die verschiedenen Völker Europas einander nicht entbehren könnten; das sei die höchste Garantie des Friedens. Araskhaniantz giebt nun aber keine bestimmte Stelle an, wo er in den Memoiren Sullys diese Harmonienlehre gefunden habe; sie rührt in der That auch gar nicht von Sully her, sondern von dem Abbé L'Écluse, der die freilich an sich in Stil und Form gleich ungeniessbaren Memoiren Sullys im Jahre 1745 in einer etwas gefälligeren Form erscheinen liess. Dieser Abbé Écluse gehört nun aber den Physiokraten an und hat in seiner Bearbeitung der Memoiren Sullys diesem seine eigenen physiokratischen Anschauungen vielfach imputirt, indem er zu diesem Zweck selbst vor bewussten Fälschungen nicht zurückschreckte. Diese Bearbeitung und nicht die Originalausgabe hat Araskhaniantz aber benutzt und sein Urtheil über Sully dadurch wesentlich beeinflussen lassen.

Hätte dieser Gedanke der Arbeitstheilung unter den verschiedenen Völkern Europas, der aber zu sehr physiokratisch aussieht, als dass man an diese Annahme ernstlich glauben könnte, in der That schon Sully vorgeschwebt, so würden wir ihn sicherlich nach der ganzen Art der Darstellung der Memoiren, die bei keinem Anlass Sullys Licht unter den Scheffel stellen, an vielen Stellen erwähnt finden. Ich selbst muss aber gestehen, trotz aufmerksamer Lektüre der Memoiren Sullys niemals einen derartigen Gedanken in diesen ausgesprochen gefunden zu haben. Ausserdem pflegte Sully seine Ansichten nicht gerade in so salbungsvolle Worte zu kleiden, als es hier geschehen ist. Auch das Gewand, indem jene Lehre uns entgegentritt, sieht mehr nach einem Geistlichen als nach einem den Weltfreuden durchaus nicht abgeneigten Staatsmann aus.

Zu weit würde es führen, hier untersuchen zu wollen, wie weit Sully in der Hebung der Manufakturen unter Heinrich IV. betheiligt gewesen sei, nur das möchte ich noch erwähnen, dass ich mehrere Stellen gelesen zu haben mich erinnere, in denen Sully sich selbst ein Hauptverdienst für die Einführung der Seiden-

industrie in Frankreich zuschreibt. Leider habe ich es unterlassen, diese Stellen mir anzumerken.

Den allgemeinen Standpunkt Sullys möchte ich zusammenfassend dahin charakterisiren, dass Sully meiner Meinung nach keineswegs der einseitige Bevorzuger des Ackerbaues für Frankreich war, als den ihn Araskhiantz, selbst in seinem Urtheil durch den Abbé L'Écluse beeinflusst, hinstellt. Dabei können seine Reformen trotz alledem vielfach in erster Linie dem Bauernstande zu Gute gekommen sein, ohne dass es jedoch von Sully in einseitiger Interessenpolitik beabsichtigt war, sondern weil es in den Verhältnissen begründet lag, da einerseits kein Stand mehr unter den in den Bürgerkriegen eingerissenen Missständen zu leiden gehabt hatte, als der Bauernstand, und andererseits in Frankreich der Getreidebau damals noch den Hauptproduktionsfaktor darstellte, so dass alle Maassregeln, welche im Allgemeinen geeignet waren, die Produktionskraft des Landes zu heben, im Speziellen ganz besonders der Landwirthschaft zu Gute kommen mussten.

Gehen wir speziell auf die Stellung Sullys zur Getreidehandelspolitik ein, so soll Sully hier nach Araskhiantz, wenigstens was die Frage der Getreideausfuhr für Frankreich anbetrifft, ein überzeugter Anhänger des Freihandelsprinzips gewesen sein. Hierbei muss ich nun freilich schon das eine bemerken, dass es mich stutzig gemacht hat, dass Sully, wenn er während seiner ganzen Thätigkeit als Leiter der französischen Regierung an diesem Prinzip unentwegt festgehalten hat, sich daraus niemals in seinen Memoiren ein Verdienst zuschreibt. Im Uebrigen habe ich zwar starke Zweifel an der Richtigkeit der obigen Behauptung, wage aber doch auch nicht das Gegentheil zu behaupten und möchte es deshalb dem Leser überlassen, aus den Thatsachen selbst, wie sie uns Sully in seinen Memoiren darstellt, sich ein Urtheil zu bilden.

In einem Kolonialkrieg mit England und Holland begriffen, hatte Philipp III. von Spanien jede Handelsverbindung mit diesen beiden Ländern verboten; der Handel beider Länder mit Spanien

vollzog sich seit Erlass dieses Verbotes unter französischer Flagge; um nun auch dieser Umgehung seines Handelsverbotes zu begegnen, belegte Philipp III. auch die von Frankreich kommenden, wie die nach Frankreich bestimmten Waaren mit einem Werthzoll von 30 Prozent, Hiergegen galt es nun von französischer Seite Repressalien zu üben. An diesem Punkt setzen die Memoiren ¹⁾ ein: In einem Brief an Sully vom 28. April 1604 schreibt Villeroy der erste Sekretär des Königs: ²⁾ „Sa Majesté . . . loue vostre advis sur le point du Commerce d’Espagne et l’imposition de trente pour cent, car elle dit qu’il ne doit ceder à l’opiniastreté Espagnolle . . . Es ergiebt sich also hieraus, dass Sully der Urheber der Deklaration vom Februar 1604 war, qui interdit tout commerce soit par terre soit par mer avec l’Espagne.“ ³⁾ Um Contraventionen gegen dieses Verbot, wie sie ziemlich zahlreich vorgekommen waren, zu begegnen, lässt der König die Meeresküsten von der Mündung der Loire bis zur Mündung der Garonne besonders scharf bewachen ⁴⁾ und schärft Sully stets von Neuem die Nothwendigkeit ein, scharf gegen alle Kontraventionen vorzugehen. Da beide Parteien sich gegenseitig den Bruch des Friedens von Vervins vorwerfen, so nimmt der Streit derartige Dimensionen an, dass man den Ausbruch eines Krieges befürchtet. Dazu kommt, dass die Engländer, welche inzwischen mit den Spaniern Frieden geschlossen hatten, begannen, französisches Getreide aufzukaufen, um es auf englischen Schiffen nach Spanien zu befördern, wodurch der Hauptzweck des Ausfuhrverbotes vereitelt wurde, und obendrein die französische Handelsflotte grossen Abbruch erlitt; so drang man von allen Seiten in den französischen König das Ausfuhrverbot aufzuheben und andere weniger scharfe Repressalien gegenüber Spanien an-

¹⁾ Mémoires des sages et Royales Oeconomies d’Estat . . . de Henry le Grand . . . et des servitudes utiles . . . de Maximilian de Bethune (d. i. Sully). Amsterdam (1634).

²⁾ S. 218.

³⁾ Isambert XV, S. 290 N. 172.

⁴⁾ S. 223, 250, 255, 271, 275.

zuwenden. Der König bleibt jedoch fest, beauftragt aber Sully de voir Monsieur le Cardinal Buffalo,¹⁾ pour lui faire entendre que ceci nous jettera par force à la guerre si bien tost l'on n'y remédie, afin qu'il escrive au Pape, et qu'il le die à l'Ambassadeur d'Espagne, sa majesté estimant que cette crainte, aydera à faciliter et avancer cette resolution. England aber giebt der König durch seinen Kanzleichef Villeroy zu verstehen, que nous serions contrains faire des reglemens pour empescher que les Anglois . . fissent leur profit à nostre dommage de ce mauvais mesurage.“ Sully ist mit der Kriegsdrohung, dem scharfen England gegenüber angeschlagenen Ton und der Festigkeit des Königs gegenüber den Bittstellern um Freigabe der Getreideausfuhr nach Spanien ganz einverstanden, hält aber eine noch schärfere Bewachung der ganzen Grenze und ein noch strengeres Vorgehen gegen die Verletzer des Ausfuhrverbotes für angebracht; car chacun crie et nul n'escoute.²⁾ Aber gerade dem Andrängen seiner eigenen Unterthanen nach Freigabe der Getreideausfuhr hat der König in diesen Tagen ein geneigtes Ohr geliehen. Und im Gegensatz zu Sully, der eine schärfere Durchführung der für den Handelskrieg erlassenen Verordnungen wünscht, schlägt er halbe Maassregeln vor. Er schreibt darüber an Sully: „mais mon advis est que l'on ne doit lever lesdites deffenses, mais par sous main faire entendre aus Gouverneurs qu'ils permettent aus Navires d'y aller, d'autant que de lever lesdites deffenses, les Espagnols ne m'ayans fait aucune raison, il sembleroit que je le fisse par crainte d'eux, où, quand on le souffrira aus marchands par tollerance, nous pourrons toujours sur nos pieds faire republier lesdites deffences et les faire executer. Zu dieser halben Maassregel kommt es aber nicht mehr; denn inzwischen hatte Sully, indem er fest und unentwegt mit dem Kriege drohte, wenn Spanien die Zollmaassregel nicht aufheben und sich verpflichten würde, sie nicht zu erneuern, es

¹⁾ Der, was sehr bezeichnend für Spaniens damalige Stellung zu Vatikan ist, zugleich päpstlicher Nuntius und spanischer Ministerresident war.

²⁾ S. 276.

innerhalb weniger Tage erreicht, dass Spanien durch den Kardinal Buffalo die Aufhebung des Zolls von 30 % versprechen liess.¹⁾ Bevor die Ratifikation des Vertrages mit Spanien aus Madrid noch anlangt, schreibt der König am 17. Oktober 1604 ²⁾ an Sully: „Je suis bien de vostre advis qu'il est nécessaire d'avoir la ratification d'Espagne avant que de faire la publication; mais cependant parceque je sçay que c'est chose qui est fort désirée de mes Sujets, vous leur ferez entendre . . . que dès à présent je leur accorde la permission de faire transporter des bleds, sans les assujettir à prendre aucuns passeports n'y autre sureté que les advis que vous leur donnerez de ma volonté, reservant à leur donner la liberté entière d'autres marchandises, lorsque la ratification . . . Hierzu fügt der Schreiber der Memoiren: „La signature de ces articles ainsi resolue, vous fustes advertis que Messieurs de Villeroy et de Sillery vous portoient une grande envie, de ce qu'en si peu de temps vous aviez termine une affaire où ils avoient employé si long temps sans y rien avancer.

So wie Sully hier, handelt schwerlich ein überzeugter Anhänger des Freihandelsprinzipes. Er ist es, der das den Handel vor allen die Getreideausfuhr verbietende Edikt veranlasst, nicht er sondern der König ist es, der dem Andrängen der Kaufleute nach Freigabe des Handels ein geneigtes Ohr leiht, während Sully eher den König von zu bereitem Nachgeben zurückzuhalten sucht. Auch hat er es gar nicht so eilig, den Handelskrieg mit Spanien beizulegen. Nachdem er von französischer Seite die Repressalien angeordnet hat, überlässt er die weiteren Verhandlungen anderen und greift erst wieder ein, nachdem er direkt vom Könige dazu beauftragt ist. Zum Schluss endlich rühmt er sich nicht der Aufrechterhaltung des Freihandelsystems, sondern nur der schnellen und energischen Durchführung einer sehr verwickelten politischen Frage. Ich muss gestehen, das Auftreten Sullys scheint mir hier nicht dem eines überzeugten

¹⁾ S. 277.

²⁾ S. 279.

Freihändlers zu gleichen; eher noch dasjenige des Königs, dessen Auftreten sich aber ebenso gut aus seiner oben charakterisirten Stellungnahme zur Freihandelsfrage erklären lässt.

Dazwischen spielt nun noch als Intermezzo ein eigenmächtiges Eingreifen des Toulouser Parlaments in den Handelskrieg, aus dem Araskhaniantz insbesondere die prinzipielle Voreingenommenheit Sullys für den Freihandel hat herleiten wollen. Ich beschränke mich den Wortlaut des hierher gehörigen Briefes Sullys an den König anzuführen, indem ich es dem Leser überlasse, selbst zu urtheilen, ob die Ansicht Araskhaniantz gerechtfertigt sei oder nicht. Ich selbst bin davon freilich nicht überzeugt. „J'ai reçu des lettres des Tresoriers de France en Languedoc par les quelles ils me mandent que le Parlement de Toulouse de son autorité et directement contre cette de votre Majesté a deffendu la sortie des bleds hors la Province et que pour cette occasion les Fermiers des traittes, foraines domaniales patantes, disent ne vouloir plus payer le prix de leurs Fermes, de sorte que je prevoy que vos fortifications et vos Galleres demeureront sans payement: car il n'y a moyen de remedirer à cette entreprise de la Cour de Parlement, cela residant en vostre seule personne.¹⁾ J'ay d'ailleurs tant de remplacement à faire, tant pour les fermes qui ont manqué à l'interdiction du Commerce d'Espagne . . . que pour les nonvailleurs que je vois preparées sur le Tailles . . de cette année, à cause de la pauvreté du peuple qui va augmentant d'année en année et de la contagion qui afflige plusieurs Provinces, que pour y satisfaire il me faudra consommer une bonne partie du mesnage que j'avois fait les années passées. D'ailleurs je me voy chargé de tant de sortes de despences extraordinaires et nouvelles et néanmoins la plus part necessaires et voy si peu d'ordre pour diminuer les despenses non nécessaires que je ne sçay plus comment pourvoir à tant de choses moy seul.“

¹⁾ Languedoc war damals, wie der Leser sich erinnert, nur durch Personalunion mit dem Kern des französischen Reiches verbunden.

Ein stark fiskalisches und zwar von den augenblicklichen Bedrängnissen diktirtes Interesse finde ich hier wohl vertreten, aber keine prinzipielle Voreingenommenheit für den Freihandel. Ebenso hätte Sully es nicht nöthig gehabt, so eingehend die Forderung nach Aufhebung des von dem Toulouser Parlament erlassenen Verbotes zu begründen, wenn Heinrich IV. ein derartiger prinzipieller Anhänger des Freihandels gewesen wäre, wie Araskhaniantz ihn schildert.

Dann hat Araskhaniantz Sullys Voreingenommenheit für den Freihandel herleiten wollen aus dem folgenden Passus eines längeren viele einzelne Punkte berührenden Berichtes Sullys über die Vorfälle der letzten Tage.¹⁾ „Il est encore ce matin présenté une affaire où nous avons apporté le remede convenable tout aussitost, cest que le Juge de Saumur a fait deffenses de transporter les bleds hors de vostre Royaume et d'en vendre dans l'estendue de la jurisdiction. Si chaque officier en faisoit autant vostre peuple seroit bientost sans argent, et par consequent vostre Majesté. Nous avons cassé le jugement et donné adjournement personnel aux Officiers qui l'ont donné.

Es ist klar, dass es hierbei sehr auf die begleitenden Umstände ankommt. Nun sagt Araskhaniantz, es sei die Ernte durch grosse Ueberschwemmungen und einen ausserordentlich strengen Winter sehr beeinträchtigt gewesen. Als Beleg für diese Behauptung führt er an „Mémoire de Sully II 273 A—274 A, da er die Économies royales kurz vorher citirt, so ist augenscheinlich eine von der Originalausgabe verschiedene Ausgabe gemeint, ohne dass bei der Ungenauigkeit des Citats ersichtlich wäre, welche Ausgabe Araskhaniantz meint: soviel aber ist klar, dass die von Araskhaniantz angezogene eine gleichzeitige nicht mehr war; denn solche existiren nicht. Nun finde ich in der Originalausgabe keinerlei Nachricht, durch welche die obige Angabe bestätigt würde, wohl aber eine Stelle in einem Briefe, welche mich zu der Annahme zwingt, dass wir es hier nur mit

¹⁾ Bd. III, S. 99.

einem erklärenden Zusatz eines Editors zu thun haben, der, wenn er auch auf wahrem Hintergrunde beruht, doch zum mindesten stark übertreibt.

In einem Brief an einen Steuerkommissär sagt nämlich Sully kurz vor jenem an den König gerichteten Schreiben.¹⁾ „Monsieur Hanapier, ayant receu quelques plaintes de ceux de Chasteauroux et autres Paroisses du Grenier à sel de Buzançois des exactes recherches que l'on fait contre ceux, je n'y ay voulu adjouster foy, mais vous escrire . . . de regarder à soulager les sujets du Roy le plus qu'il vous sera possible; car ils en ont bon besoin, ayant fait infinies pertes les années passées et de la presente, tant de leurs bestiaux qu'autres biens, et estans d'ailleurs si fort chargés de Tailles et autres impositions, qu'il ne les peuvent quasi payer; et si vous les tourmentez d'amendes excessives et sans grande raison, il est certain que vous ferez perdre au Roy sur les deniers de ses Tailles, ce que vous ferez gagner au Partisan du sel sur la Ferme. Or estant Officier du Roy vous le devez preferer a tout autre encore qu'il vous paye et employe.

Hieraus scheint mir zweierlei hervorzugehen: erstens nämlich dass, wenn überhaupt eine Missernte in jenen Jahren in einzelnen Gegenden Frankreichs herrschte, sie von grossen Dimensionen nicht gewesen sein kann, da Sully sonst diesen Punkt auch unzweifelhaft in seinem Briefe hervorgehoben hätte; zweitens aber, dass in jenen Jahren der Getreideverkauf der einzige Weg war, auf dem die Bauern zu Geld gelangen konnten, um ihre Abgaben zu entrichten, da die schon von Sully in dem letztangezogenen Schreiben vom Jahre 1604 erwähnte Viehseuche auch in diesem Jahre (1607) noch grassirte. Dann aber hat jenes Schreiben auch wiederum rein augenblickliche finanzielle Bedrängnisse zum Hintergrund und gestattet meiner Meinung nach nicht, auf eine prinzipielle Voreingenommenheit Sullys für den Getreidehandel zu schliessen.

¹⁾ Bd. III, S. 95.

Wenn es auch nach alledem ebenso falsch wäre, zu behaupten, Sully habe im Prinzip dem Freihandel ungünstig gegenüber gestanden, so halte ich doch die von Araskhaniantz aufgestellte Behauptung für unbewiesen und komme meinerseits zu dem Resultat, dass bei Sully von einer prinzipiellen Stellungnahme für oder wider den Freihandel überhaupt keine Rede sein kann. Wie vom Könige, so glaube ich auch von Sully, dass er dem Begehren nach Ausfuhrfreiheit im Allgemeinen sympathisch gegenüber gestanden habe, ohne dabei zu vergessen, dass in einzelnen Fällen die Ausfuhrfreiheit doch mehr schaden als nützen könne, und man darum dieselbe nur mit einer gewissen Vorsicht gewähren dürfe. Im Allgemeinen scheint Sully dabei weniger bereit gewesen zu sein, bei bestimmten Gelegenheiten nachzugeben, als der König.

Kapitel IV.

Die Getreidehandelspolitik Frankreichs in den Jahren 1610—1660.

Die Getreidehandelspolitik Frankreichs in den Jahren 1610—1660 charakterisirt Araskhaniantz an verschiedenen Stellen folgendermaassen: „Die Freiheit des Getreidehandels wurde seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts auf ein halbes Jahrhundert hinaus gemeines Recht.“ ¹⁾ „Die Zeit zwischen 1610 und 1660 wird allgemein als die Epoche der Freiheit des Getreidehandels bezeichnet. Und in der That blieb die Getreidegesetzgebung in dieser Periode im wesentlichen dieselbe wie in dem kurzen Zeitraum von 1602—1610.“

¹⁾ S. 73.

Ohne mich über den Gesamtcharakter der französischen Getreidehandelspolitik auszusprechen, weil mir hierzu das vorliegende Material nicht ganz ausreichend erscheint, muss ich doch gestehen, dass die Auffassung Araskhaniantz's mir zum mindesten allzu rosig erscheint. Alles nämlich, was ich an urkundlichem Material über die Getreidehandelspolitik Frankreichs während der Jahre 1610—1660 habe vorfinden können, enthält fast ausnahmslos Ausfuhrverbote oder doch Ausfuhrerschwerungen. Ich führe das Material dem Leser hier kurz vor und überlasse es ihm sich zu entscheiden, ob er auch nachdem noch glaubt, dass in jener Zeit die Regierung der freien Getreideausfuhr im Allgemeinen günstig gegenübergestanden habe.

Déclaration du vingt-quatre novembre 1623 qui défend l'exportation des bleds¹⁾ mit der von Isambert beigefügten Anmerkung: „C'était crainte de disette: La France était en guerre avec L'Espagne et la guerre civile religieuse venait de recommencer.

Lettres patentes du 26. Mai 1626 portant deffenses des Traittes foraines de grains.²⁾

Arrest du 11. Decembre 1626 qui deffend les Traittes foraines.

Im Jahre 1629 schliessen sich sogar, ohne dass die Regierung einschreitet, einzelne Provinzen gegen die übrigen ab. Im Januar dieses Jahres erlässt der König ein Edikt, in dem es heisst: „Doresnavant la Traitte de Bleds . . . ne sera permise sinonque nous voyons deuement informez par nos Officiers des lieux, Maires et Eschevins des bonnes Villes, que nos Provinces en soient suffisamment fournies et qu'à cette fin les baux des Traittes foraines soient baillez à cette condition, de les permettre ou deffendre quand bon nous semblera.“

Auch im Jahre 1630 wird die Getreideausfuhr verboten.

Lettres Patentes du 30. Septembre 1631 portantes deffenses

¹⁾ Vergl. Isambert XV, 155.

²⁾ Delamarre II, 1013 ff.

de transporter hors le Royaume aucuns bleds et autres grains à peine de punition corporelle, weil man befürchtet, dass wegen der reichlichen Ernte des Jahres das Ausfuhrverbot als aufgehoben betrachtet werden könnte, was nicht geschehen soll, um erst Vorräthe im Lande sich wieder ansammeln zu lassen. Den Preisangaben nach ¹⁾ muss auch das Jahr 1632 wieder eine schlechte Ernte gehabt haben, so dass höchstwahrscheinlich auch dies Jahr und vielleicht auch nach dem Vorbilde von 1631 noch das Jahr 1633 ein Ausfuhrverbot hatten.

Arrest du conseil du Roy du 9. Avril 1643 portant deffenses de transporter aucuns grains hors le Royaume à peine de la vie. Aus dem Wortlaut des Beschlusses geht dabei hervor, dass vorangehende Ausfuhrverbote nicht die nöthige Berücksichtigung gefunden hatten, und die Regierung sich darum jetzt zur Androhung so hoher Strafen genöthigt sieht. In Folge des am 14. Mai 1643 erfolgten Thronwechsels und in Folge der neuen Ernte glaubten die Kaufleute Getreide wieder ausführen zu dürfen, darum untersagt ihnen dies ein neuer Staatsrathsbeschluss vom 22. Oktober 1643 und zwar wiederum bei Todesstrafe.

Es schliesst die urkundlichen Nachrichten aus dieser Periode ein Arrest du conseil du Roy vom 4. September 1649 portant deffenses de toutes Traittes de grains hors le royaume.

Freilich findet sich andererseits bei Quesnay in dem Artikel grains ²⁾ die Bemerkung „Les Anglais se plaignaient en 1621 de ce que les Français apportaient chez eux des quantités de blé si considérables et à si bas prix que la nation n'en pouvait soutenir la concurrence dans ses marchés.“ Die Klage, wenn auch im Jahre 1621 ausgesprochen, bezieht sich um so mehr, da sie sich in einem 1621 erschienenen wissenschaftlichen Werke findet, wohl auf Verhältnisse des Jahres 1620. Da hatte Frankreich für damalige Zeitverhältnisse in der That ganz ausser-

¹⁾ Siehe den Anhang.

²⁾ Éd. Berner, pag. 206.

ordentlich billige Preise; der beste Weizen kostete 14,67 Francs. Die Ernte muss also übermässig reichlich ausgefallen sein. Wenn Quesnay daran die Bemerkung knüpft: „le blé se vendait alors en France 18 livres de nostre monnaie actuelle; c'était un bas prix dans ce siècle,“ so ist diese Bemerkung also unrichtig; nicht der Preis von 18, sondern der Preis von 14 $\frac{1}{2}$ livres galt als niedrig.

Ebenso unrichtig scheint es, wenn Quesnay weiter bemerkt: „Il fallait donc que nos récoltes produissent dans ce temps là au moins 70 millions de sestiers de blé, elles en produisent aujourd'hui environ 45 millions: un tiers d'hommes de plus en consommait vingt millions au dela de notre consommation actuelle et le royaume en fournissait encore abondamment à l'étranger.“ Es ist unwahrscheinlich und unbewiesen, dass Frankreich 1620 ein Drittel Einwohner mehr gehabt habe als 1756. Der Bürgerkrieg von 1560—1600 ca. muss Frankreich ungeheuer entvölkert haben, das geht aus den Memoiren Sullys hervor; und die Bevölkerung kann auch in den folgenden Jahren, wo Misswachs und Seuchen die Zeiten der Noth niemals ganz aufhören liessen, nicht aussergewöhnlich gestiegen sein, dann aber warf nach acht Jahren des inneren Friedens der Tod Heinrichs IV. Frankreich wieder auf längere Zeit in die alten Unruhen zurück. Dagegen kann es kaum einem Zweifel unterliegen, dass Frankreich in den Jahren 1660—1690 eine sehr starke Bevölkerungszunahme hatte; mochte diese Zunahme auch in den Jahren 1690—1715 aufgehalten oder die Bevölkerungszahl selbst zurückgegangen sein; die langen Jahre seit dem Ende des spanischen Erbfolgekrieges bis 1757, während deren Frankreich in keinen seine Kräfte sehr anstrengenden Krieg verwickelt war, haben diesen Stillstand bezw. Rückschritt unzweifelhaft wieder ausgeglichen, so dass die Behauptung, Frankreichs Bevölkerung sei 1620 um ein Drittel stärker gewesen als 1757, welche, wie gesagt, durch nichts bewiesen ist, auch sehr wenig glaubhaft ist. Damit fällt auch die Legende der Physiokraten, als habe in jener goldenen Zeit Frankreich 70 Millionen Sestiers producirt, in sich zusammen. Wahr-

scheinlich ist es auch hier, dass die gesteigerte Exportmöglichkeit unter Ludwig XIV. und selbst noch Ludwig XV. trotz der starken Bevölkerungszunahme einer grossen Verbesserung der landwirthschaftlichen Technik zu verdanken gewesen sei. Eher weit unter als weit über 45 Millionen Sestiers hat Frankreich allem Anschein nach im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts an Getreide geerntet.

Kapitel V.

Die Getreidehandelspolitik Colberts.

Die Getreidehandelspolitik Colberts behandelt Araskhaniantz in einem Kapitel, welches überschrieben ist: „Die prohibitive Getreidehandelspolitik Colberts und seiner Nachfolger.“ Er charakterisirt sie mit folgenden Worten: „Die Getreidehandelspolitik Colberts wird ganz allgemein als die Periode der Schutzzoll oder auch der Prohibitivpolitik bezeichnet Aber auch (abgesehen davon) ist jene Bezeichnungsweise für die hier in Betracht kommende Periode nicht ganz richtig, weil speziell unter Colbert die Getreideausfuhr nicht immer verboten oder mit dem hohen Zoll von 20 livres per Septiers des Tarifs von 1664 belegt war. In einer Reihe von Jahren, allerdings mit vielfachen (?) Unterbrechungen, von 1670 anfangend war der Getreideexport nicht nur erlaubt, sondern bald dem halben, bald blos dem vierten Theil des Zollbetrages des Tarifs von 1664 unterworfen, bald auch von allen inneren wie äusseren Zöllen befreit Man wird sehen, dass unter Colbert die Ausfuhrverbote in solchen Jahren gegeben wurden, in welchen auch in der Periode 1610—1660 das Ausfuhrverbot als Regel galt (Nein! noch seltener) Der Getreidehandel erscheint nicht mehr als ein selbstständiger Zweig der nationalen Wirthschaftspolitik, der

seinen Zweck in sich hat, er wird zu einem blossen Mittel zur Sicherung der Interessen der nationalen Manufakturindustrie (!?) Nur wenn man das Zusammenwirken dieser Faktoren im Auge behält, wird die wirthschaftspolitische Stellung des Getreidehandels, wie sie Colbert zu gestalten suchte, richtig (?) erkannt Im Bunde mit der rastlosen Energie, mit der Colbert die französische Manufakturindustrie zu heben suchte (aber einseitig auf Kosten der übrigen grossen Produktionszweige, besonders der Landwirthschaft ?) musste eine der ersten Sorgen Colberts sein, das Leben im Inlande möglichst billig zu machen (ja, wenn er die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft hätte heben wollen und nichts von einer Interessenharmonie aller produktiven Stände gewusst hätte) und in den Lohnsätzen eine gewisse Beständigkeit herbeizuführen Wenn aber feststeht, welchen Einfluss auf die Getreidepreise die im Inlande befindliche Getreidequantität ausübt, (aber auch umgekehrt die Getreidepreise auf die durchschnittliche Produktionsmenge, sodass der erste Vortheil bald illusorisch wird, was Colbert keineswegs entging) und wie diese ihrerseits durch die Ein- und Ausfuhrverhältnisse berührt wird, (aber auch die durchschnittliche Produktionsmenge) so ergibt sich die Tendenz von selbst, der die Getreidepolitik unter Colbert folgen sollte (ja, wenn Colbert in seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen ebenso beschränkt gewesen wäre, wie die Staatsmänner des zweiten Viertels des 18. Jahrhunderts; deren volkswirtschaftliche Grundsätze, nicht diejenigen Colberts hat Araskhaniantz uns oben entwickelt). Das Streben nach der Herrschaft über die Getreidepreise im Interesse der Industrie (war Colbert hiervon erfüllt?) versetzte Colbert in die Nothwendigkeit im Getreidehandel nichts anderes zu suchen, als einen Regulator der Getreidepreise. (Der war freilich für Colbert der Getreidehandel aber im Interesse einer Harmonie beider Stände, nicht im Interesse der Manufakturindustrie allein.) Die industrielle Politik schrieb dem Getreidehandel eine andere Rolle vor, als die man ihm früher zumuthete: statt durch die Getreideausfuhr die fremden Völker zu ernähren und als Ersatz dafür

fremdes Geld ins Land zu ziehen, sollte das einheimische Getreide jetzt der einheimischen Industrie Brot liefern (passt in dieser schroffen Gegenüberstellung auf die Zeit Sullys nicht und auf die Zeit Colberts nicht, im zweiten Theil nur auf das zweite Viertel des 18. Jahrhunderts). Für den Gewinn des fremden Geldes sollte die Industrie sorgen.

Was den Ausfuhrhandel betrifft, so ist die Haltung Colberts im Prinzip seiner (?) industriellen Politik selbst bereits enthalten: prinzipielles Verbot der Getreideausfuhr oder sehr hohe Getreideausfuhrzölle in den Jahren, wo nicht ein grosser Getreideüberschuss und zwar ein solcher zu vermuthen ist, der hinreicht, die Löhne auf ihrem niedrigsten Niveau zu erhalten, und daneben noch eine grössere Quantität zur Ausfuhr übrig lässt. (Zum Glück für Frankreich war das nicht Colberts Getreidehandelspolitik.) Insoweit (das wäre sehr weitgehend gewesen) ist die Getreidegesetzgebung Colberts allerdings eine prohibitive gewesen, aber nicht eine prohibitive unter allen Umständen und zu jeder Zeit (Nein! überhaupt nicht, sondern nur eine vorsichtige) Die Ausfuhr des Getreides war nicht mehr Selbstzweck wie früher (auch damals nicht ausschliesslich Selbstzweck). Aber ebenso wenig hatte Colbert — nach seinen Tendenzen — einen Grund, sie in den Jahren mit überreichen (nur in diesen nicht?) Ernten zu hindern. Ja es kamen, soweit (nur soweit?) es sich nicht um die Erhaltung billiger Kornpreise handelte, für Colbert wichtige Interessen hinzu, die Ausfuhr zu fördern, nämlich die Interessen des Ackerbaues und der Handelsflotte.

Colbert war ein viel zu kluger Staatsmann, um nicht zu wissen, wie ausserordentlich ungünstig in überreichen Erntejahren das anormale Fallen der Preise, die Unmöglichkeit, die Ernteüberschüsse zu versilbern, auf den Landmann drückt, ohne dem Arbeiter oder der Industrie zu nützen. Und eben deshalb sehen wir ihn oft so freihändlerisch. (Wer zur Beurtheilung der Handelspolitik eines Staatsmannes nur die Frage aufwirft, ob er Freihändler oder Schutzzöllner, Agrarier oder Manufakturist gewesen sei, der wird einen Colbert freilich nie verstehen; Colbert hat

sich nie einseitig in den Dienst einer Partei gestellt.) Dass (seine) Worte viele Schriftsteller in Verlegenheit bringen konnten, in Colbert bald einen Kopisten von Sully zu sehen, bald „einen inkonsequenten Getreidepolitiker.“ Die zeitweilige Getreideausfuhr (nur diese?) war eben mit den strengsten Anforderungen der Industrie vereinbar, vorausgesetzt, dass die Freiheit der Ausfuhr zeitlich und örtlich richtig begrenzt und nach den Umständen abgemessen wurde.“

Dann kommt Araskhaniantz noch auf den Werth zu sprechen, den die Getreideausfuhr für die französische Flotte haben musste.

Im Allgemeinen wird der Leser schon aus den Zwischenbemerkungen entnommen haben, dass Verfasser hofft beweisen zu können, dass Colbert in der Handhabung der Getreidehandelspolitik weit liberaler gewesen sei, als man bisher stets angenommen hat, und es auch nach der Schilderung von Araskhaniantz noch scheinen muss, dass man Colbert von aller einseitigen Stellungnahme zu Gunsten der Industrie und zum Schaden der Landwirthschaft frei sprechen muss, wenn er auch ebensowenig ein einseitiger Agrarier war. Zu diesem Zweck versuchen wir wieder alles überlieferte urkundliche Material zusammen zu stellen.¹⁾

In den Beginn der Leitung der Regierung durch Colbert fällt:

Die grosse Hungersnoth der Jahre 1660—1662.

Delamarre²⁾ will die Ursache zum Ausbruch derselben den Machenschaften der Getreidehändler zur Schuld geben, welche durch Hintenanhalten der von ihnen aufgespeicherten Getreidemengen binnen Kurzem den Getreidepreis von 13 livres bis auf 34 livres hinaufgetrieben hätten. Er führt zum Beweis eine Reihe von Prozessen vor dem Pariser Chatelet gegen Kornwucherer

¹⁾ Die von A. gegebene Zusammenstellung ist unvollständig und giebt darum ein ganz falsches Bild.

²⁾ II, 1021 ff.

an. Wenn nun auch die Machenschaften der Kaufleute nicht die eigentliche Ursache waren, so geht doch so viel aus allen Nachrichten hervor, dass die Kaufleute, begünstigt durch das unentwickelte Nachrichten- und Verkehrswesen, begünstigt ferner durch die Unruhe, welche bei jeder ungünstigen Nachricht Volk und Regierung zu ergreifen pflegte, begünstigt endlich durch die Vielgeschäftigkeit ungeschickter Polizeibeamten, deren Thätigkeit oft verwirrend und aufregend anstatt ordnend und beruhigend wirkte, jede für eine Preisspekulation günstige Gelegenheit sofort nach Kräften ausnutzten und dadurch bei jeder Theuerung die Preise fast stets über Gebühr in die Höhe trieben.

Da durch die erhöhte Wachsamkeit des Pariser Chatelet es für die Kaufleute nicht mehr möglich war, ihr in Paris aufgestapeltes Getreide zu verheimlichen, so dass durch den zwangsweisen Verkauf der in ihren Magazinen gehaltenen Vorräthe der Preis binnen kurzer Zeit bis auf 11 livres herabsank, versuchten die Kaufleute jetzt, indem sie den nach Paris bestimmten Getreidetransporten schon mehrere Tagereisen ¹⁾ entgegen gingen, Getreidespeicher in grösserer Entfernung von Paris anzulegen, um dann von dort aus das Getreide nur langsam nach Paris gelangen zu lassen. Darauf beauftragt das Chatelet durch einen Erlass drei Kommissäre, diesen Getreidelagern nachzuspüren, sie unverzüglich öffnen zu lassen und das Getreide ohne Verweilen nach Paris zu senden. In der That können die Kommissäre grosse Getreidemengen auftreiben, wodurch der stark gestiegene Preis wieder in demselben Maasse fällt, wie er empor geschnellt war. Eine Reihe von Prozessen knüpft sich auch an dieses Vorgehen des Chatelet. Durch dieses Aufstöbern aller Getreidevorräthe in der näheren und bald auch in der weiten Umgebung von Paris, so weit der Bezirk des Pariser Parlament und seines Chatelet reichte, brachte man es dann auch zu Wege, dass während des Erntejahres 1660/61 der Getreidepreis sich noch in mässigen Grenzen hielt.²⁾

¹⁾ à fünf deutsche Meilen.

²⁾ Das ganze Vorgehen des Chatelet bedeutete unzweifelhaft einen tiefen

Das neue Erntejahr 1661/62 hatte aber wiederum eine mässige Ernte, und ging man in dasselbe ohne alle Vorräthe aus den vorangegangenen Jahren. Die Bedingungen für dieses Jahr waren also weit ungünstiger als im vorangegangenen, und konnte eigentlich erst in diesem Jahre von einer wirklichen Theuerung die Rede sein. Binnen ganz kurzer Zeit stieg der Preis wieder auf 30 livres. Dadurch fühlten sich endlich auch die Behörden der Stadt veranlasst einzugreifen und auf ihre Rechnung im ganzen Königreich Getreidevorräthe aufkaufen zu lassen. Dabei hatten sie es mit dem Stapelrecht der Städte zu thun, und es bedurfte erst mehrfach königlicher Anweisungen, damit sie ihr Getreide weiter transportiren konnten, trotz des seit Jahrhunderten der Stadt Paris zustehenden Vorrechtes, dass für diese Stadt bestimmte Waarensendungen von Lebensmitteln nirgends aufgehalten werden durften. Zu gleicher Zeit erhalten die Schöffen der Stadt Paris für mehrere Provinzen das Recht des Zwangsaufkaufes einer bestimmten Getreidemenge. Auch aus dem Auslande zogen die Kommissäre der Stadt Paris Getreidevorräthe heran. Durch alle diese Maassregeln konnte man es aber doch nicht verhindern, dass im April des Jahres 1662 der Getreidepreis schon bis auf 50 livres für das sestier stieg. Der König selbst liess nun Getreideaufkäufe in Danzig machen. Das angekommene Getreide wurde unter die einzelnen Familien nach folgenden Bestimmungen vertheilt:

1. un sestier au plus pour chacune famille,
2. sur les seuls certificats des anciens Commissaires de chacun quartier qui seront portez au Grenier dans les Galeries du Louvre,
3. Le quel certificat . . . sera signé du Commissaire de chacun quartier,

Eingriff in die Rechte der Pariser Polizei, die nicht zur Zeit eingegriffen hatte; dennoch wird die Pariser Stadtbehörde mit einem aus diesem Grunde geführten Kompetenzprozess von dem Staatsrath abgewiesen. Delamarre II, 1028.

4. Le Prix à raison de 26 livres le septier a les plus petites mesures à proportion.¹⁾

Zu gleicher Zeit soll eine Bestandsaufnahme in Paris erfolgen, um festzustellen, wie lange der ganze nunmehr vorhandene Vorrath reichen werde. Der Verkauf aus dem königlichen Vorrath liess auch auf dem Markte den Getreidepreis auf 40 livres fallen; darauf reduzirte die königliche Kasse ihren Preis auf 20 livres.

Die Hungersnoth war in Paris schon so weit, dass Epidemieen unter dem Volke zu grassiren begannen. In einem grossen Rath des Chatelet, dem der König selbst beiwohnt, wird darauf beschlossen, die Getreideverkäufe einzustellen, das Getreide vielmehr auf Rechnung des Königs in den in und um Paris liegenden Mühlen möglichst schnell vermahlen und verbacken zu lassen, und das Brot für 2 sous 6 deniers an die Armen zu verkaufen.

Nun erwies es sich aber, dass alle Händler, Müller und Bäcker ihre Vorräthe zurückhielten, um abzuwarten, bis der königliche Vorrath erschöpft sein werde, und dann zu den von Neuem gestiegenen Preisen zu verkaufen. Darauf wurden aber von Neuem die Kommissäres des Chatelet beauftragt nicht nur im Bezirk des Pariser Parlaments, sondern auch in verschiedenen anderen Provinzen allen Vorräthen nachzuspüren und unverzüglich zu deren zwangsweisen Verkauf zu schreiten. Hierdurch gelangte das Chatelet endlich in den Besitz von Getreidevorräthen, welche sich bis zum Einbringen der nächsten Ernte, welche wieder gut ausfiel, als ausreichend erwiesen.

Von einer Getreidehandelspolitik Colberts kann man eigentlich erst seit dem Jahre 1669 sprechen. Aus Pierre Clément: Histoire de Colbert ²⁾ ist ersichtlich, dass Colbert der Frage des

¹⁾ Also zwar noch sehr hoch, aber nur halb so hoch als die letzten Preisnotizen. Schon oben wurde bemerkt, dass die Regierung bei ihren öffentlichen Verkäufen immer Preise einzuhalten bemüht war, welche die Privatkonkurrenz nicht abschreckten.

²⁾ Pag. 364; ein übrigens sehr einseitiges und Colbert in keiner Weise gerecht werdendes Buch.

Getreidehandels zum ersten Mal näher trat im Jahre 1669. Bis dahin hatte er sich wesentlich der Politik seiner Vorgänger angeschlossen oder besser die Anordnungen in der Getreidehandelspolitik anderen überlassen. Aus dem Jahre 1669 besitzen wir von ihm einen Brief. Am 13. September schreibt er: „Les blés n'ayant aucun débit, ceux qui ont du bien ne peuvent rien tirer de leurs revenus, ce qui, par un enchaînement certain, empêche la consommation et diminue très sensiblement tout le commerce.¹⁾ Und nach einigen Monaten schreibt er: Le débit des bleds est très avantageux en ce qu'il pourroit apporter beaucoup d'argent.“ Derselbe Gedanke kehrt wieder in zwei Briefen, welche Colbert an den Intendanten von Bourgogne richtet: „Il n'y a rien de plus important que de remédier à la disette de la Provence et du Languedoc et d'attirer par ce moyen de l'argent dans les Provinces de Bourgogne et de Champagne. Der zweite Brief spricht sich ganz ähnlich aus. Im Jahre 1673 hatte Frankreich eine besonders reichliche Ernte, während Spanien und Portugal ganz besonders schlechte Ernten hatten. Damals schrieb er an den Intendanten von Bordeaux: „À l'égard de la sortie des blés, il y en a une si grande quantité dans le royaume, que sa Majesté n'a pas estimé à propos de l'empêcher; ainsi vous pouvez en laisser une entière liberté. Gegen Ende des Jahres 1674/75 tauchen Befürchtungen auf, dass man sich in der Ausfuhr überausverkauft habe. Ein Beschluss des Staatsrathes vom 6. Juli 1675 verbietet darum bis auf weiteres die Ausfuhr. Da schreibt Colbert an den Intendanten von Bordeaux, er solle mit Veröffentlichung dieses Beschlusses in seinem Bezirk warten, bis er ihm weitere Weisungen werde zugehen lassen, und im Hafen von Bordeaux, welches damals, da Spanien und Portugal auch noch in dem Jahre 1674/1675 von Theuerung heimgesucht waren,

¹⁾ Auch dieses Schreiben Colberts scheint mir dafür zu zeugen, dass die Regierung bisher in ihrer Ausfuhrpolitik keineswegs so liberal war, wie es nach der dem Leser bekannten Charakteristik von A. scheinen muss, dass seit Colberts Eingreifen die Regierung wieder entgegenkommender, nicht aber, wie man bisher annahm, sich ablehnender verhielt als vordem.

der Hauptausfuhrhafen für Getreide war, unterblieb die Ausführung des Ediktes gänzlich.

Wir sind nun in der glücklichen Lage durch 10 Jahre hindurch Colberts Getreidehandelspolitik genau verfolgen zu können.

20. Mai 1669: Arrest du conseil d'État du Roy qui permet les Traittes foraines de grains a tous les Sujets du Roy jusques au 1. Octobre sans payer aucun droits.

27. Septembre 1669: Arrest du Conseil d'État du Roy qui permet à quelques Provinces (Pertou, Touraine, Anjou, Normandie, Picardie, Soissonnois, Champagne, Bourgogne, Bourbonnois et Berry) les Traittes de leurs grains pendant six mois, sans payer aucuns droits.

Als diese Frist abgelaufen ist, wird sie bis zum 1. März 1671 also auf 11 Monate verlängert; zu denen genannten Provinzen kommt dabei für die Zeit vom 1. September bis zum 28. Februar auch die Auvergne; darauf wurde sie weiter ausgedehnt bis zum 1. Januar 1672.

31. Décembre 1671: Arrest du conseil d'Etat du Roy qui continue aux mêmes Provinces la permission de Traittes de grains hors le Royaume pendant un ans, en payant la moitié des droits.¹⁾

Durch Beschluss des Staatsraths vom 2. April 1672 verbietet der König den an der Rhone und Saone gelegenen Städten und den dort ansässigen Seigneurs von den ihnen zustehenden Schiffsabgaben mehr als die Hälfte zu erheben, wie es im Arrest heisst: „parceque Sa Majesté crut que ceux de ces Sujets à qui ces droits appartenvient, devoient suivre le grand exemple, qu'elle leur donnoit en faveur du commerce.“ Der Zweck war dabei, den Getreidehandel in die Provinzen Languedoc, Provence und Dauphiné zu leiten, weil von diesen Provinzen aus ein sehr vortheilhafter Handel nach Italien getrieben werden konnte.

¹⁾ Die droits waren durch Tarifgesetz vom Jahre 1664 geregelt; danach waren sie 20 livres le muid (nicht le septier, wie A. fälschlich sagt) für Weizen und Mischkorn und 15 livres für Roggen; dazu kam noch die Abgabe für die den Aussenhandel überwachenden Beamten von 2 livres.

Diese Absicht des Königs war dadurch vereitelt worden, dass die Kaufleute die Waaren nur bis Lyon und von dort aus zu Lande weiter brachten, darum werden Vorsichtsmaassregeln getroffen, wonach die Kaufleute die zweite Hälfte der Flussabgaben nachzahlen müssen, wenn sie die Waaren vor der Grenzstadt der Provence, Valence ausgeladen hätten.

26. Octobre 1672: Arrest du conseil d'État du Roy qui continue la permission des Traittés jusques au premier Janvier 1674 en payant la moitié des droits.

Durch Staatsrathsbeschluss vom 6. November 1672 wird dann noch für die Champagne und die Picardie der Zoll um ein weiteres Viertel bis zum 31. Dezember 1673 herabgesetzt, wofern sie das Getreide in die vom Könige kürzlich eroberten und noch nicht in das Zollgebiet des Königreichs einbezogenen holländischen, d. h. belgischen Städte ausführen.

Durch Staatsrathsbeschluss vom 25. April 1673 wird dann für die im Beschluss vom 27. September 1669 genannten Provinzen, soweit sie dem inneren Kern des Königreichs angehören, die Getreideausfuhr von jedem Zoll befreit. Durch Beschluss vom 13. Mai 1673 wird diese Zollfreiheit auf Poitou ausgedehnt, welches nicht zu dem inneren Kern gehörte. Durch Beschluss vom 19. April 1674 werden die durch Beschluss vom 25. April und 13. Mai 1673 gewährten besonderen Zollvergünstigungen aufgehoben, einestheils weil die Regierung der Einnahmen nicht länger entbehren kann, andererseits weil die im vorigen Jahr ungünstigen Absatzverhältnisse sich wieder besser gestaltet haben, die Intendanten der Provinzen werden noch besonders instruiert, dass mit der Aufhebung der Zollfreiheit keine Erschwerung des Ausfuhrhandels geplant sei, dass vielmehr auch ferner die Ausfuhrfreiheit im Willen des Königs liege.¹⁾

Inzwischen dauert die Ausfuhrfreiheit noch weiter bis zur Mitte des Jahres 1675, da verbietet ein Staatsrathsbeschluss vom 6. Juli in der Befürchtung, man habe sich im letzten Erntejahre

¹⁾ Siehe den oben angeführten Brief Colberts.

überausverkauft und gehe jetzt ohne Reserve in ein nur schwach mittleres Erntejahr, die Ausfuhr bis auf Weiteres, doch bleibt durch persönliches Eingreifen Colberts ¹⁾, der unter dem damaligen Verhältnissen wichtigste Hafen für die Ausfuhr, Bordeaux auch fernerhin frei. Am 31. Dezember wird das Ausfuhrverbot dann wieder ganz aufgehoben und die Verhältnisse der letzten Jahre treten wieder ein. Am 11. April 1676 verbietet dann jedoch ein neuer Beschluss die Ausfuhr aus denjenigen Provinzen, wo die zum Kriege gegen die Niederlande versammelten Truppen kantonirt waren, nämlich aus den Provinzen Poitou, Soissonnoix und Champagne, sowie aus den erst kürzlich von den Spaniern abgetretenen belgischen Provinzen, eine Maassregel, welche die Landwirthschaft schwerlich geschädigt haben wird und durchaus gerechtfertigt erscheint.

Durch Staatsrathsbeschluss vom 6. Juli 1677 wird dieses Ausfuhrverbot für die Zollstrecke zwischen Peronne und Calais aufgehoben. Ein Staatsrathsbeschluss vom 6. Oktober verbietet dann jedoch wieder zum Unterhalt des Heeres die Ausfuhr über die Grenzen der Picardie, Isle de France, Champagne, Bourgogne, Bresse, Pays de Gaix, Dauphiné, Lyonnais, Provence, Languedoc und Guyenne. Durch Staatsrathsbeschluss vom 18. Mai 1678 wird dann wieder der Provinz Languedoc, weil sie, wie es im Texte heisst, *était la plus éloignée du théâtre de la guerre*, die Ausfuhr gestattet, am 27. Mai wird diese Erlaubniss aus dem gleichen Grunde auf die Provence ausgedehnt, am 4. Juni wird bis zum Widerruf die Ausfuhr wieder aus dem Königreich gestattet, am 23. Juli diese Erlaubniss jedoch zurückgenommen für die Zollgrenze vom Eintritt der Maass in die Picardie bis zum Meere, am 7. Januar 1679 jedoch auch dieses Verbot wieder aufgehoben. Diese allgemeine Ausfuhrerlaubniss wird wieder zurückgenommen durch einen Staatsrathsbeschluss vom 16. Mai 1679,²⁾ welcher die

¹⁾ S. oben den Brief Colberts.

²⁾ Der beste Weizen verkaufte sich damals für 30 frcs.; das waren fast Theuerungspreise.

Ausfuhr allgemein verbietet. Ein Staatsrathsbeschluss vom Juni 1680 ¹⁾ gestattet dann aber wieder allgemein die Ausfuhr. Colbert ist dabei freilich noch etwas vorsichtig und gestattet den Intendanten der einzelnen Provinzen ihm Einwendungen zu machen gegen die Ausführung des Beschlusses, so schreibt er an den Intendanten von Rouen. ²⁾ *Pourvu que la fertilité vous paroisse si certaine, qu'il n'y ait rien à craindre pour la nourriture et subsistance des peuples, parce que, si vous trouviez le contraire, vous pourriez m'en donner avis.*“

Ueber die letzten Jahre der Leitung der Regierung durch Colbert habe ich leider nichts ermitteln können. Doch wird das bisher beigebrachte Material wohl genügend beweisen, dass auch in der Getreidehandelspolitik sowie in vielen Anderen Colbert den Fussstapfen Sullys gefolgt ist. Ich möchte die Charakteristik, welche ich oben für Heinrich IV. gegeben habe, auch auf Colbert anwenden.

Kapitel VI.

Frankreichs Getreidehandelspolitik von 1683—1703.

Die Periode von 1683—1703 soll nach Araskhiantz sehr an die Getreidehandelspolitik Colberts erinnern, das ist richtig, vorausgesetzt, dass man auch eine richtige Vorstellung von der Getreidehandelspolitik Colberts habe, was, wie wir sahen, bei Araskhiantz nicht der Fall war.

¹⁾ Histoire de Colbert par Pierre Clement pag. 367.

²⁾ Rouen war einerseits ein sehr gesuchter Markt für die Ausfuhr nach England und beherrschte andererseits ein Gebiet Frankreichs, das in Bezug auf die Getreideversorgung bei jeder Theuerung grossem Mangel ausgesetzt war.

Durch Staatsrathsbeschluss vom 22. Juni 1686 wird den schon im Beschluss vom 27. September 1669 genannten Provinzen und dann auch Orléannois die freie Getreideausfuhr gestattet, und zwar wieder nur gegen Erlegung des halben Zolles von 1664 bis zum 30. Juni 1687. Für das Jahr 1687/88, wo man eine weniger gute Ernte befürchtete, eine Befürchtung, die nicht eintraf, so dass man in das Jahr 1688/89 mit grossen Vorräthen ging, wird die Erlaubniss nicht erneuert, dann aber wieder für das Jahr 1688/89 bis zum 31. Dezember 1689, indem als neue Provinzen hinzutreten Xaintogne und Pays d'Aumix, und zwar ohne jede Zollentrichtung. Aus demselben Jahre ist noch eine Ordonnanz vom 28. Juli ¹⁾ merkwürdig, welche aus militärischen Gründen défend aux propriétaires des terres y désignées de les ensemençer de bleds, froments, méteils, seigles ni épiots pendant l'année 1689 et la suivante. Jene etwas sehr energische Kriegsführung, wie er sie im pfälzischen Feldzuge in Deutschland zur Anwendung brachte, trug Ludwig XIV. also im Notfall kein Bedenken auch auf sein eigenes Land zu übertragen, wenngleich dies Verfahren auch sehr stark an die Kampfweise der halb-wilden Barbaren gegenüber Darius erinnerte.

Die nächste Nachricht ist eine Ordonnance du Roy du 13. Septembre 1692 qui deffend la sortie par mer d'aucuns bleds, orges, seigles et autres grains de nostre Royaume, pour estre transportez dans les Pays Etrangers. Doch gilt dies Verbot nicht ausschliesslich, sondern nur sans nostre permission expresse; auch wird der Handel von Provinz zu Provinz auf dem Seewege zugelassen „de ne permettre aucune cargaison des dits grains qu'après avoir prévu les précautions nécessaires pour s'assurer que lesdits grains ne seront point envoyez dans les Pays Etrangers.“²⁾

Diese Ordonnanz führt also für die Ausfuhr zur See denjenigen Zustand ein, welcher dann bestand, wenn weder ein voll-

¹⁾ Isambert XX. pag. 84 N. 1526.

²⁾ Édits, Arrêts du Roy IX, 73.

ständiges Ausfuhrverbot noch eine unbeschränkte Ausfuhrfreiheit bestand. Da nun aber nicht anzunehmen ist, dass in den vorangegangenen Jahren ein vollständiges Ausfuhrverbot geherrscht habe, da die Preise in diesen Jahren niedriger als in den Jahren 1686/87 und 1703/04 waren, wo die Regierung die Ausfuhr vollständig gestattete, so bleibt nur übrig, dass, auch in den vorangegangenen Jahren der sog. Ausnahmezustand völlig freier Ausfuhr bestanden habe; denn irgend ein Anzeichen dafür, dass die Regierung in dieser Zeit zweimal in ihrer Handelspolitik gewechselt habe, ist nicht gegeben. Der Leiter der Handelspolitik bleibt Phélypeaux. Daraus, dass bestimmte Beschlüsse nicht auffindbar waren, möchte ich deshalb keinen Schluss ziehen, weil

1) Delamarre nicht von allen allgemeinen Ausfuhrpermissionen spricht, so haben wir für das Jahr 1680 oben eine solche bei Pierre Clément gefunden, die nicht bei Delamarre angeführt ist,

2) weil Delamarre bald darauf überhaupt mit den Nachrichten über den Getreidehandel abbricht,

3) weil die Sammlung der Édits, Arrêts du Roy im Besitz der königl. Bibliothek zu Berlin in diesen Jahren noch sehr spärlich ist.

Die grosse Hungersnoth der Jahre 1693/94.¹⁾

Schon das Jahr 1692 war in seinen Erträgen hinter dem Durchschnitt der früheren Jahre zurückgeblieben, was dem Könige die Veranlassung geboten hatte, für die Seegrenze den regelmässigen Zustand wieder einzuführen, dass die Ausfuhr nur auf Grund besonderer Permissionsbriefe gestattet war. Zu gleicher Zeit wird auch das zwar gesetzlich noch immer bestehende, aber, wie es in der betreffenden Verordnung heisst, seit langen Jahren

¹⁾ Die folgende Darstellung stützt sich, wo nicht besondere Angaben gemacht sind, auf die folgenden Nummern der in der königl. Bibliothek zu Berlin unter der Chiffre H. p. 2313 vorhandenen Sammlung: Édits Arrêts du Roy Bd. XI, Nr. 56, 59, 60, 64, 68, 72, 73, 77, 84, 97, 105, 106, 107, 109, 110, 119, 120, 123, 140, 150, 163, Bd. XIII, Nr. 2, 77 und auf Delamarre II, 1038 ff.

kaum noch beachtete Verbot erneuert, dass grössere Getreidemagazine nur von den königl. Behörden, den Gemeinden und den von den königl. und kommunalen Beamten mit Permissionsbriefen versehenen Personen angelegt werden dürfen. Ein Beschluss des Pariser Parlaments¹⁾ schärft diese Verordnung noch besonders für seinen Bezirk ein.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 16. Mai 1693 ordnet, da es sich schon erkennen lässt, dass die nächste Ernte wenig befriedigend ausfallen werde, und die Besorgnisse nicht unzutreffend waren, man werde mit ziemlich knappen Vorräthen in das neue Erntejahr gehen, eine Bestandsaufnahme an.

Da der König der Ansicht ist, dass bei dieser Bestandsaufnahme viel Korn von den Händlern verborgen sei und dass weniger ein effektiver Getreidemangel als die Missbräuche im Getreidehandel die Theuerung veranlasst hätten, so ordnet er durch eine königliche Deklaration vom 5. September 1693 an, dass die Bestandsaufnahme noch einmal vorgenommen werde unter Androhung schwerer Strafen für die Angabe falscher Daten und für die Verheimlichung vorhandener Vorräthe. Die Bestandsaufnahme soll auf Grund einer Selbstdeklaration der Getreidebesitzer, die bis zu einem bestimmten Termine abgegeben sein muss, erfolgen. Zugleich sollen die Besitzer der Getreidevorräthe, ebenfalls unter Androhung schwerer Strafen, sofern sie nicht Getreidehändler sind, gehalten sein, diejenigen Vorräthe, welche den eigenen Bedarf bzw. für die Bäcker den zu ihrem Gewerbe nothwendigen Bedarf von 6 Monaten übersteigen²⁾ an die königl. Kommissäre an bestimmten Terminen abzuliefern, gegen eine Entschädigung, welche diese im Einvernehmen mit den lokalen Behörden zu bemessen hätten; doch können die Besitzer sich auch vor den angesetzten Terminen mit den königl. Kommissären über einen freihändigen Verkauf einigen. Als End-

¹⁾ Vergl. a. a. O. X 2 und X 116.

²⁾ Das Halten grösserer Vorräthe war bekanntlich verboten, und konnte mit Einziehung und Geldstrafen belegt werden, so dass das Verfahren des Königs hier eigentlich noch ein mildes war.

termin für die freihändigen Verkäufe wird der 30. November festgesetzt. Desgleichen sollten auch die Landwirthe gehalten sein, bis zu dem genannten Datum ihren über den Bedarf bis zum 1. Juli hinausgehenden Vorrath an die Kommissäre unter den gleichen Bedingungen abzugeben, ebenso die Händler alles Getreide über die von ihnen bis zum 1. Juli auf Grund ihrer Konzession auf den Markt zu bringenden Getreidemengen. So hofft man in den Besitz alles noch frei verfügbaren Getreides bis zum Ende des Jahres zu gelangen, da die wirkliche Theuerung aller Voraussicht nach erst in der zweiten Hälfte des Erntejahres sich einstellen konnte.

Doch setzte man auf diese Bestandsaufnahme und die daran geknüpften Maassregeln auch jetzt noch kein allzu grosses Vertrauen und griff deshalb noch zu anderen Mitteln sie zu ergänzen. Merkwürdig ist in dieser Beziehung ein Brief des damaligen Generalprokurators Vicomte Louis Phélypeaux de Pontchartrain vom 26. September 1693 an den Erzbischof von Paris, in dem es heisst: „Sa Majesté ne doute pas, que ceux qui ont coustume de reserver leurs grains ne prennent toutes les précautions pour éluder l'effet de ses bonnes intentions. Elle a jugé qu'il n'y avait point de meilleur moyen pour sçavoir précisément la quantité de grains de chaque Paroisse, que de sçavoir combien les Curez en avoient recueilly de leurs Dixmes observant de marquer sur quel pied la Dixme se leve un Extrait de ces déclarations bien distingué par Paroisse“

Da die Ernte des Jahres 1694 wieder eine bessere zu werden versprach, und man darum nicht davor zurück zu schrecken brauchte, alle bis zum Eintritt der neuen Ernte in den Provinzen des Landes noch überschüssig vorhandenen Getreidevorräthe nach Paris zu schaffen, so ordnet eine königl. Ordonnanz gegen Ende dieses Erntejahres an, dass alle Getreidevorräthe, soweit sie für ihre Besitzer nicht bis zum 1. August zum eigenen Bedarf nothwendig seien, auf dem Markte feil zu bieten seien. Ein Endtermin wird den Besitzern für den freiwilligen Verkauf gestellt; dann soll nach der zu erneuernden Bestandsaufnahme wiederum

der Zwangsverkauf stattfinden; die Emissäre der Stadt Paris haben dabei zugleich nach den einheimischen Bürgern und Bäckern und den kleinen Händlern jeder Stadt das Vorkaufsrecht.

Scharf hält man auf die Durchführung aller dieser Maassregeln. Eine Ordonnanz des Pariser Intendanten Jean Phélypeaux de Pontchartrain, eines Bruders des oben genannten Generalprokurators, vom 27. Oktober 1693 veröffentlicht als abschreckendes Beispiel die Verurtheilung mehrerer Getreidehändler, denen wegen falscher Angaben bei der Bestandsaufnahme ihre Getreidevorräthe genommen waren und ausser der Erlegung einer hohen Geldstrafe auch noch die Entziehung der Berechtigung eines marchand de grains zudiktirt war.

Auch einer sentence des Messieurs les Prevost et Eschevins de la Ville de Paris concernant la Police des Bleds à l'encontre d'un nommé Tournois, Marchand de grains du 14. Août 1694 müssen wir hier gedenken. Der genannte Kaufmann ist von dem königl. Prokurator vor dem Prevot und den Schöffen der Stadt Paris angeklagt, d'avoir par monopoles et mauvaises voyes causé et entretenu la cherté des grains sur les Ports de cette dite Ville de Paris. Nach der Anklage soll er seinem Kompagnon zu Mary zu 24 verschiedenen Malen geschrieben haben, de ne point faire d'envois de bleds, à cause de la diminution du prix d'iceux sur les Ports ou de l'abondance qui y estoit; d. h. also, er hatte nur seinem Kompagnon mehrmals geschrieben, er wünsche vorläufig keine neuen Getreidesendungen. Auf Grund dieser Anklage wird Tournois verhaftet und alle seine Papiere beschlagnahmt. Dabei kommt nun der weitere Anklagegrund hinzu, dass er zweimal marchez de bleds sous seing privé abgeschlossen habe. Dieser Anklagegrund wiegt beim Prevot und bei den Schöffen der Stadt Paris als contravention faite aux Ordonnances et Reglemens concernant le commerce des grains achat et vente d'iceux, noch schwerer als der vorige Anklagegrund, und das Schöffengericht erklärt, que ledit Tournois est déclaré, deuëment atteint et convaincu d'avoir par Monopoles et mauvaises voyes causé et entretenu la cherté des Grains sur les Ports de

cette Ville de Paris. Er erhält einen öffentlichen Verweis, wird für dauernd unfähig erklärt, in Zukunft Getreidehandel zu treiben und muss zehntausend Pfund an das Armenhaus zahlen. Das Urtheil soll durch Anschlag an geeigneten Stellen veröffentlicht werden.¹⁾

Das waren die strengen Rechtsbegriffe einer Zeit, die sich noch nicht durch liberalisirende Schlagwörter die Köpfe hatte verdrehen lassen.

Zu gleicher Zeit mit diesen Erlassen über die Bestandsaufnahme wird das alte in letzter Zeit aber wegen der günstigen Verhältnisse in Vergessenheit gerathene Verbot erneuert, *d'arrester ou détourner sur leurs routes ou de forcer descendre au débit tous les grains qui sont chargez pour Paris, soit par terre, soit par eau*, und fügt die Verordnung noch hinzu, *qu'enfin pour favoriser ce Commerce; ils sont dechargez de tous peages et de tous impots extraordinaires*. Die königl. Beamten aller Provinzen werden beauftragt, den Emissären der Stadt bei ihren Getreideaufkäufen behülflich zu sein und sie auf die nach den früheren Beschlüssen zum Verkauf zu stellenden Getreidemengen aufmerksam zu machen. Ein fernerer Beschluss des Staatsraths bestimmt, *que les Ordonnances du lieutenant de Police pour les provisions et subsistances de Paris seront exécutées dans toute l'étendue du Royaume* und nicht nur in tous lieux du ressort du Parlement de Paris.

Bei der Bestandsaufnahme stellt es sich heraus, dass trotz der Theuerung im Lande *il c'est fait des congraisons*²⁾ de grains dans les ports de Bretagne et de Poitou pour les porter dans les Pays Étrangers. Worauf der König durch scharfe Verbote diesem Treiben Einhalt thut. Ein Erlass vom 24. September 1693 setzt auf die Getreideausfuhr die Todesstrafe für jeden dabei Betheiligten.

So energisch man darauf bedacht war, alle frei verfügbaren

¹⁾ Édits Arrêts du Roy XXV, 43 ff.

²⁾ Schiffsladungen.

Getreidemengen in die Hände der mit der Versorgung der Stadt Paris betrauten kgl. Kommissäre zu bringen, ebenso energisch suchte man zu verhindern, dass nicht etwa auf dem Markte selbst noch die Wirkung dieser königl. Verordnungen vereitelt würden. Ein Staatsrathsbeschluss vom 28. Mai 1694 verdoppelt darum in der schwersten Theuerung bis auf weiteres die Zahl der mit der Ueberwachung des Pariser Getreidemarktes beauftragten Polizeibeamten, in erster Linie der Messer. Auch wird in der Stadt Paris zur schleunigen Aburtheilung der schuldigen Kaufleute durch Ordonnanz vom 27. Juni 1694 ein ausserordentlicher Gerichtshof berufen.

Von Neuem hatten die königl. Behörden gegen die Gesetzwidrigkeiten der Kaufleute anzukämpfen, als die neue Ernte heranreifte. Als im Jahre 1694 die Ernte noch grün auf dem Halme stand, da versuchten die Getreidehändler schon, durch Aufkauf sich in den Besitz derselben zu setzen, dagegen wendet sich eine Ordonnance du Roy du 22. Juin 1694, qui fait deffenses à tous Marchands à tous autres particuliers de faire aucuns achats, marchez ou arremens de Grains en verd sur pied et avant la recolte, à peine de confiscation des dits Grains, du prix d'iceux, de mil livres d'amende, mesme de punition corporelle en cas de recidive et declare nuls tous les achats, marchez, traits et arremens qui peuvent avoir été faits.

So scharf man gegen die Besitzer von Getreidevorräthen vorgeht, welche nach den Anschauungen der Zeit ihren Besitz missbrauchen wollten, sowie gegen die Kaufleute, welche sich Gesetzwidrigkeiten erlaubten, so eifrig war man bedacht, sie gegen Gewaltthätigkeiten des Pöbels zu schützen. Die Anführer solcher Ausschreitungen werden im beschleunigten Verfahren zum Tode zu Galeeren, zur Deportation und zu schwerer Kerkerhaft, die Teilnehmer mit Kerker oder Prügel bestraft. Als die Unruhen des Pöbels dennoch nicht nachlassen, wird jeder dabei Betheiligte ohne Unterschiede mit dem Tode durch den Strang bedroht.

Am 16. September 1693 verbietet ein Staatsrathsbeschluss à toutes personnes sans distinction de brasser ou fabriquer dans toute

l'étendue du Royaume, des Bieres blanches et doubles et des Eaux de vie de Bled.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 27. Oktober setzt als Endtermin für das am 16. September erlassene Verbot Bier oder Branntwein aus Korn zu brauen bezw. zu brennen den 31. Dezember fest, *jusques à ce que la grande quantité de Bleds que sa Majesté a donné ordre d'amener des Pays Etrangers tant par l'Océan que par la Méditerranée fût arrivée.*

Durch mehrere Staatsrathsbeschlüsse wird aber der Endtermin noch mehrmals schliesslich bis zum 1. Juni 1694¹⁾ hinausgeschoben.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 14. November 1693 gestattet bis zur Aufhebung des Brauereiverbotes Dünnbier aus Gerste zu brauen.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 22. September hebt all und jede Verkehrsabgabe für Getreide bis zum 1. September 1694 auf und verbietet auch den Marktherren und Marktbeamten solche zu erheben, den königl. Marktbeamten insbesondere auch den erst kürzlich ernannten königl. Kommissionären für den Pariser Markt wird dafür Schadloshaltung aus der königl. Kasse versprochen. Spätere Staatsrathsbeschlüsse schliessen in diese gänzliche Abgabefreiheit auch Ris, Pois, Fèves et autres légumes ein. Da der König erfahren hatte, dass trotz der erlassenen Staatsrathsbeschlüsse doch in einigen Gegenden des Landes die Pächter die Wege- und Brückenabgaben von den mit Getreide beladenen Wagen erhöhen, so schärft ein Staatsrathsbeschluss vom 2. Januar 1694 ihnen ein, dass auch diese Abgaben in die obigen Beschlüsse mit einbegriffen seien.

Da die Bauern nicht die Felder bestellen wollten, aus Furcht, nicht genügend Getreide bis zur nächsten Ernte zu behalten, so versichert ihnen ein Staatsrathsbeschluss vom 13. Oktober, dass zum Aussäen und zur Ernährung des Volkes genügend Getreide vorhanden sei, und verspricht allen Bauern für die nächste Ernte vollständige Abgabefreiheit von der taille.

¹⁾ a. a. O. XIII. 39.

Sehr scharf geht man gegen das Arbeitslosen- und Vagabondenwesen in den grösseren Städten vor.

Schon unter dem 13. Februar 1693¹⁾ erlässt das Parlament von Bordeaux einen Befehl, dass alle auf Unterstützung angewiesenen Personen sich in ihre Parochie zurückzuziehen hätten; wer ausserhalb seiner Parochie der Armenpflege zur Last falle, werde als Vagabond behandelt werden.

Auch hier ist es aber wieder in erster Linie Paris, auf welches die Regierung ihr Augenmerk lenkt. Ein Beschluss des Staatsraths vom 29. Mai 1693 hält die Pariser Stadtverwaltung an, Arbeitshäuser in den verschiedenen Stadttheilen und in den Vorstädten zu eröffnen und jede arbeitsfähige Person, welche ohne regelmässigen Erwerb und Unterhalt sei, darin aufzunehmen. Die Zahl ist aber so gross, dass man sich bald auch in Paris genöthigt sieht, dem Beispiel des Parlaments von Bordeaux zu folgen. Ein Beschluss des Staatsraths vom 7. Juli 1693 bestimmt, dass alle Leute, welche kein bestimmtes Gewerbe betreiben, in Paris nicht ansässig seien und dem Arbeitshaus oder der Armenunterstützung zur Last fielen, sich in ihre Parochien zu begeben hätten. Die Arbeitsunfähigen seien dort zu unterhalten, die Arbeitsfähigen aber für die Feldbestellung und andere Arbeiten zu verwenden. Wer von ihnen arbeitsfähig sei, solle ohne Arbeit keine Unterstützung empfangen. Wer bis zu einem bestimmten Termin sich nicht in seine Parochie begeben und sich dort nicht, wenn er arbeitsfähig sei, zur Arbeit gemeldet habe, der solle als Vagabond behandelt werden.

Das scheint aber nur vorübergehend geholfen zu haben, solange bei der Landwirthschaft ausserordentliche Hülfskräfte eingestellt und andere im Freien zu verrichtende Arbeiten vorgenommen werden konnten. Seit Mitte des Oktober beginnt Paris sich wieder mit einem arbeits- und beschäftigungslosen Gesindel zu füllen. Deshalb erneuert das Pariser Parlament den obigen Beschluss des Staatsraths und nennt als Endtermin für die

¹⁾ a. a. O. X. 24 (geschrieben).

Säuberung der Stadt von diesen Leuten den 20. November. Noch zweimal muss diese Frist zuletzt bis zum 8. Dezember verlängert werden. Erst der letzte Beschluss, welcher mit schweren körperlichen Strafen droht, scheint etwas mehr gefruchtet zu haben.

Ziemlich zu gleicher Zeit dehnt der Staatsrath den Beschluss, dass jeder Berufs- und Beschäftigungslose sich in seine Parochie zurückzuziehen habe und ausserhalb derselben als Vagabond zu behandeln sei, auf das ganze Land aus, und setzt schwere Körperstrafen auf den unbefugten Aufenthalt in den Städten und das Vagabondiren auf den Landstrassen. Wieder scheinen diese scharfen Maassregeln auf einige Monate geholfen zu haben.

Im Frühling des Jahres 1694 sehen wir aber Paris sich von Neuem mit Arbeitslosen füllen. Da fasst das Pariser Parlament am 27. Mai 1694 wiederum den Beschluss, que dans trois jours mandians valides de la Campagne seront tenus de sortir de Paris et de se retirer dans les lieux de leur demeure ordinaire.¹⁾

Zur Unterstützung des Volkes lässt der König auch in diesem Jahre wieder nach den Erfahrungen der Jahre 1660/62 nicht Getreide sondern Brot an die kleinen Leute verkaufen; die auf Armenunterstützung Angewiesenen erhalten das Brot umsonst. Mit dem Verkauf und der Vertheilung des Brotes werden aber diesmal die Geistlichen betraut. Doch bewährt sich diese Maassregel nicht und sieht man darum bald wieder davon ab. Selbst diejenigen Armen, welche die Kirche zu unterstützen hatte, empfangen von den Geistlichen Geld, um sich dafür Brot in den königl. Verkaufsstätten zu kaufen.

Endlich seien noch einzelne Verordnungen erwähnt, welche sich mit dem Einbringen und dem Verkauf der neuen Ernte beschäftigen.

Ein Beschluss des Pariser Parlaments vom 28. Mai 1694 ordnet an, dass in jeder Parochie mehrere Flurschützen bestellt werden sollten, um die Felder in der Zeit der Einbringung der

¹⁾ a. a. O. XIII. 53.

Ernte vor dem auf den Feldern und den Landstrassen vagabondirenden Gesindel zu bewachen.¹⁾ Jeder Verdächtige solle sogleich eingeliefert werden.

Sehr wichtig ist eine Ordonnanz de messieurs de les Prevost des Marchands et eschevins de la ville de Paris concernant la Police des Grains vom 23. August 1694, weil sie beweist, welche Macht zum Zwecke der Brotversorgung der Stadt in ihre Hände gelegt war. Die neue Ernte war reichlich ausgefallen, es stellte sich aber heraus, dass die Landleute ihr Korn nicht dreschen und nicht zu Markte bringen wollten, pour entretenir la cherté d'iceux. Da heisst es nun in der Ordonnanz: Comme il estoit enjoint par les Ordonnances, Arrets et Reglemens concernant le commerce des Grains ausdits Marchands de garnir lesdits Ports et ausdits Laboureurs de fournir lesdits Marchez, afinque lesdits Marchands puissent en acheter pour la provision de cette Ville Nous et ouy ledit Procureur du Roy et de la Ville²⁾ enjoignons aus Marchands tant de cette Ville que Forains, trafiquans de Grains pour Paris de fournir lesdits Ports de cette Ville d'une quantité de Grains suffisante pour sa provision et à cet effet d'y en faire arriver incessamment et sans discontinuation; et à tous Fermiers, Laboureurs et autres de faire battre desdits Grains de leur recolte, et d'en faire conduire es dits Marchez de Ville et lieux circonvoisins des Rivieres les quantitez necessaires pour garnir lesdits Marchez à peine contre les contrevenans de mil livres d'amende au payement de laquelle ils seront contrains par toutes voyes duës et raisonnables mesme par corps³⁾.

Auf das Theuerungsjahr 1693/94 waren mehrere leidliche Jahre gefolgt, der König hatte in gewissen Zeitläuften ziemlich viele Ausfuhrpermissionen ertheilt, auch in einzelnen Zeiträumen

¹⁾ a. a. O. XIII. 54.

²⁾ Ungefähr unserm Polizeipräsidenten entsprechend, doch mit viel weitergehenden Machtbefugnissen.

³⁾ Schuldhaft.

generelle Ausfuhrpermissionen für ganze Provinzen gegeben. Die Getreidepreise standen ziemlich hoch und die Landwirthe waren, wie aus Boisguillebert ersichtlich ist ¹⁾, in diesen Jahren sehr zufrieden: „Les frequentes permissions ont été regardées dans la suite, comme une revocation de la disposition des anciennes Ordonnances, ce qui nous auroit obligé de temps en temps de renouveler les memes deffenses“. Trotzdem hörten die amas de Bleds et d'autres grains dans la vûe de les transporter dans les Pays Étrangers nicht auf, was schliesslich im Jahre 1698, obgleich nur einige Provinzen eine Untermittelernte gehabt hatten, sogar eine Theuerung herbeizuführen drohte.

Der König sieht sich veranlasst, einige besonders eklatante Fälle von Gesetzesübertretung vor den Staatsrath zu ziehen, wo sie abgeurtheilt und das Urtheil überall hin bekannt gemacht wird. ²⁾

Einen sehr scharfen Erlass bringt der 10. Februar 1699 ³⁾ concernant les mandians. „Voulons que tous mandians valides, lesquels ne sont point natifs de nostre bonne Ville de Paris, de ses Faubourgs et de douze lieues aux environs ayent à en sortir dans trois jours, après que la publication de ces presentes aura esté faite, et à se retirer dans leurs pays à peine d'estre enfermez durant quinze jours et pour la seconde des Galeres durant cinq ans à l'égard des hommes, et du fouet ⁴⁾ et du carcan ⁵⁾ à l'égard des femmes, qui seront agées les uns et les autres de dix huit ans et au dessus, et du fouet et de plus longue détention . . . pour les garçons et les filles.

Zu der Brot- bzw. Geldvertheilung schreitet der König dies Jahr nicht wieder, wenigstens nicht in dem Umfang von 1693/94, sie erstreckt sich dies Jahr nur auf die Arbeitsunfähigen, für

¹⁾ Siehe dritter Haupttheil Kap. I.

²⁾ a. a. O. XXI. 117 und 123 ff.

³⁾ a. a. O. XX. 893.

⁴⁾ Ruthe.

⁵⁾ Halseisen.

welche sie überhaupt von Seiten der Armenverwaltung stehend war; für die Arbeitsfähigen begnügt sich der König in grossen kommunalen Werkstätten Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wo sie sich das Geld zum Broterwerb verdienen konnten.

Auch in dem Erntejahre vom August 1699 bis zum August 1700 und im folgenden Erntejahre waren die Ernten noch immer ungenügende; die Getreidepreise standen weit über dem Durchschnitt, wenn man auch noch nicht geradewegs von einer Hungersnoth sprechen konnte. Erst das Jahr 1701 brachte wieder eine genügende Ernte und die Preise sanken wieder auf ihre normale Höhe hinab. Zum ersten Mal machte sich aber in der Centralleitung eine Strömung geltend, die prinzipiell gegen die Gestattung von Getreideausfuhr war. Das ganze Jahr 1701 und ebenfalls noch im Beginn des Jahres 1702 bleibt die Getreideausfuhr gänzlich verboten. Erst als man gegen Ende des Erntejahres 1702 sah, dass man theilweise mit sehr grossen Ueberschüssen in das neue Erntejahr gehe und dass die neue Ernte zu den besten Hoffnungen berechtige, wird für einige Küstenprovinzen, nämlich Provence, Poitou, La Rochelle und Pays d'Aumix bis auf Widerruf die Ausfuhr freigegeben;¹⁾ im Uebrigen aber das allgemeine Ausfuhrverbot aufrecht erhalten. Der Kampf zwischen der industriellen Partei und der agrarischen um die Freigabe der Ausfuhr dauert noch fort, bis er endlich im November des folgenden Jahres mit dem Siege der Agrarier endet. Diesen litterarischen Kampf wollen wir nun im folgenden Kapitel verfolgen. Wir sind dabei freilich in der unangenehmen Lage, die Argumente der Industriepartei nur aus den Schriften ihres Hauptgegners Boisguilleberts kennen zu lernen. Wichtig ist auch Vauban wegen seiner trefflichen Schilderung der socialen und wirtschaftlichen Lage der Landwirthschaft Frankreichs um die Wende des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Als ein Vertreter der vermittelnden Richtung tritt uns der ruhige und gemässigte Praktiker Delamarre entgegen, der sich völlig frei und un-

¹⁾ a. a. O. XXX. 183.

befangen von den Schlagwörtern der streitenden Parteien erweist.

Wie schon erwähnt, siegt in dem Streite endlich die agrarische Partei.

Kapitel VII.

Der Merkantilismus, Vauban, Boisguillebert, Delamarre.

Den literarischen Streit zu verstehen, der um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts in Frankreich ausgefochten wurde um die Freigabe der Getreideausfuhr, werden wir näher eingehen müssen auf die bisherige Entwicklung der Volkswirthschaftslehre als einer Wissenschaft.

Im Ausgange des Mittelalters hatte sich auch das ihm eigenthümliche Besoldungswesen, welches in einer Einweisung in ein Grundstück bestanden hatte, überlebt. Je länger, je mehr waren die Soldgüter in den Händen der belehnten Beamten- und Ritterschaft erblich geworden und mit ihnen auch die daran geknüpften Staatsämter. Der Staat sah sich am Ende dieser Entwicklung also ohne Beamten und ohne Heer und ohne eine Einnahmequelle, aus denen er einen Besoldungsfonds für ein neues Beamten- und Soldatenheer hätte schaffen können. In dieser Verlegenheit bot sich ihm ein willkommenes Aushülfsmittel in der sich belebenden Geldwirthschaft der Städte. Der Handel dieser Städte bedurfte des Schutzes gegen den Adel, der, auf seine ererbten Rechte pochend, den freien Weg durch eine Wegabgabe sich wollte abkaufen lassen, und, da die Städte diesem Verlangen nicht nachkommen wollten, zum Raubadel wurde; die Fürsten bedurften des Geldes der Städte, um gegenüber dem alten aufsässigen Beamten- und Ritterschaftsadel eine neue Beamtung, ein neues Söldnerheer zu schaffen. So hatten Städte und Fürsten einen ge-

meinsamen Gegner, den sie nur dann bekämpfen konnten, wenn sie ihre Hilfsmittel, das Geld einerseits, die Fähigkeit, mit diesem Gelde ein neues Beamtenthum, eine neue bewaffnete Mannschaft zu organisiren andererseits, mit einander verbanden. Daher das Bündniss der Städte und des Fürstenthums zum gemeinsamen Kampfe gegen den Feudaladel.

Sobald aber das Fürstenthum im Gelde das Mittel erkannt hatte, sich ein stetig abhängig bleibendes Heer und eine stetig abhängig bleibende Beamtschaft zu schaffen, musste es für sie ein Bedürfniss sein, die Quelle ihrer Einnahme in dauerndem Fluss zu erhalten. Diese Quelle aber war die Steuerkraft des Volkes. Die Frage, wie das Volk steuerkräftig zu erhalten sei, war also die erste Anregung zu einer nationalökonomischen Wissenschaft.

Die Frage nach „the wealth of nations“ war damit gegeben. Sie beherrschte seitdem die nationalökonomische Wissenschaft bis auf die Gegenwart. Doch eine wesentliche Aenderung hat die Behandlung dieser Frage im Laufe der Zeit nach zwei Seiten hin erfahren. War sie für die Merkantilisten und die Physiokraten noch Mittel zum Zweck der Hebung der Steuerkraft, so wird sie seit der Schule von Adam Smith Selbstzweck. Erst in neuerer Zeit ist dann hierzu unter dem Einfluss der Sozialisten, das neue Problem gekommen, dass es sich doch nicht nur um „the wealth of nations“, sondern auch um die „the distribution of riches“ handle. Die Frage, welche eine Geschichte der Nationalökonomik sich stets vorlegen muss, ist darum die, auf welchem Wege die verschiedenen Schulen „the wealth of nations“ und in neuerer Zeit auch „the distribution of riches“ zu erreichen suchen.

Waren so die allgemeinen Gründe für die Entwicklung einer neuen Wissenschaft, der Volkswirthschaftslehre gegeben, so fehlte es auch bald nicht an einer speziellen Veranlassung, sie ins Leben zu rufen. Die Veranlassung bot das Fallen des Geldwerthes und damit das Steigen aller Preise, in Folge der Gold- und Silberzufuhr aus Amerika, besonders Potosi. Diese rapide Steigerung innerhalb kurzer Zeit, war für die Völker von West-

und Mitteleuropa eine neue unerklärliche Erscheinung. Nun ist ein Preissteigen an sich ein die Produktion belebendes Element, weil die Kosten der Produktion durch die vorangehenden Preise bestimmt werden, mithin der Produzent, wenn er auf Grund niedrigerer Preise produziert und dann auf Grund höherer Preise verkauft, allein schon durch die Preissteigerung gewinnt. Man hätte mithin erwarten sollen, dass Jedermann mit den neu geschaffenen Verhältnissen hätte zufrieden sein können. Wenn dies dennoch nicht der Fall war, so lag es darin begründet, dass der Goldstrom sich auf die Völker und unter diesen wieder auf die einzelnen Volksschichten ganz verschieden vertheilte. Es waren zunächst die westeuropäischen Länder, in erster Linie Spanien und Portugal, dann aber bald auch die Niederlande, die diesen Goldstrom an sich zogen; es waren ferner die Leute, welche in Geldgeschäfte eingeweiht waren und Begabung für das Geldgeschäft aus alter Familientradition mitbrachten; es waren endlich die Besitzenden, welche die grössten Vortheile aus diesem Goldstrom zogen. Die Preise für die Produkte stiegen nicht gleichmässig und besonders die Preise für die landwirthschaftlichen Produkte und die Waaren des kleinen Handwerkers blieben hinter der allgemeinen Preissteigerung bedeutend zurück.

Für alle diese Erscheinungen suchte man vergeblich eine Erklärung und glaubte sie in den Machenschaften der Kaufleute zu finden. Da war es zuerst Bodin in seinem discours sur l'excessive cherté (erschienen 1574), der den wirthschaftlichen Grund der Preissteigerung und ihrer ungleichen Vertheilung auf die verschiedenen Produkte richtig herausfand. Ihn kann man darum gewissermaassen den Begründer der nationalökonomischen Wissenschaft nennen. Als Aufgabe der Staatsregierung sah er es an, einen Ausgleich in der Geldvertheilung zu vollziehen; dazu mussten zunächst die von der Geldvertheilung weniger betroffenen Nationen trachten, diesen ihren Antheil zu erhöhen. Damit war das Problem gefunden, welches auf Jahrhunderte hinaus die neue Wissenschaft, die Nationalökonomik, die älteste Schule, die merkantilistische und die nach ihr entstehende, die physiokratische,

wenigstens in ihren ersten Stadien noch beherrschen sollte. Bodin selbst hat jedoch noch nicht gesucht, die von ihm aufgeworfene Frage zu beantworten. Erst vierzig Jahre später machte der Italiener Serra in seinem *Trattato come far abundare d'oro et di argento gli stati maniante de maniere*,¹⁾ das von Bodin aufgeworfene Problem zum Gegenstand einer systematischen Erörterung. Es weist die Schrift auf die Beförderung des auswärtigen Handels hin, den man so zu gestalten suchen müsse, dass die Handelsbilanz ein günstiges Ergebniss aufweise. Der Grundgedanke des Merkantilismus, die Nothwendigkeit einer günstigen Handelsbilanz, wird also hier zum ersten Mal systematisch entwickelt. Seitdem häufen sich die nationalökonomischen Schriften. Es folgte schon nach 2 Jahren der *Traité de l'économie politique* von Montchrétien de Watteville, dessen grösstes Verdienst der Titel ist; denn sachlich steht er der erstgenannten Schrift nach.

Am Ende aber bedeutete doch der grosse Fortschritt der Wissenschaft, welchen Serra gemacht hatte, nur die Ersetzung des einen Problem, welches Bodin aufgeworfen hatte, durch ein anderes; denn die Frage blieb noch offen, auf welchem Wege man eine günstige Handelsbilanz zu erzielen suchen müsse. Holland schien hier das richtige Vorbild zu geben. Auf dem Wege des Zwischenhandels und des Freihandels hatte es sich zur weltbeherrschenden Handelsmacht entwickelt. In der That wollte der englische Kaufmann Thomas Mun in seiner Abhandlung *treasure by foreign trade or the balance of our trade is the rule of the treasure* auf diesen Weg hinweisen. Er stellte zwei Forderungen auf:

1) womit er auch durchdrang, dass man die verbotene Geldausfuhr wieder gestatte; denn der Zwischenhandel führe das Geld nur aus, um es in drei- bis vierfachem Betrage wieder einzuführen. Mun vergleicht die Thätigkeit der zum Zwecke des

¹⁾ Abhandlung, wie man den Staaten, welche des Goldes und Silbers entbehren, solches im Ueberfluss schaffe.

Zwischenhandels Geld ausführenden Kaufherren mit dem Ausstreuen der Saat durch den Landmann, um es in einem vielfachen Betrage zu ernten;

2) fordert er und fand hierin sehr viele Anhänger, Annahme des Prinzips des Freihandels von Seiten Englands.

Waren diese Vorschläge nun für England angebracht? Der erste wohl unzweifelhaft; desto weniger der zweite. Wir begegnen hier einem Fehler der volkswirtschaftlichen Schriftsteller, der uns leider nur allzu oft in der nationalökonomischen Litteratur begegnet, dass man aus Beobachtungen, die man irgendwo und irgendwann machen konnte, glaubte nun sofort allgemeine Schlüsse ziehen und allgemeine Aufstellungen darauf aufbauen zu dürfen. Was für Holland einst richtig gewesen war, als es ohne Rivalen den Welthandel an sich zu reißen suchte, das konnte für England, nachdem eine solche weltbeherrschende Macht sich ausgebildet hatte, nicht mehr das Richtige sein. Für England kam es daher zunächst darauf an, die Holländer erst von dem eigenen Markt zu verdrängen, ehe man mit ihnen den Kampf auf dem Weltmarkte aufnahm. Hier traf darum Cromwell mit seinen Navigationsakten durchaus das Richtige.

Doch war mit der Verdrängung des holländischen Zwischenhandels und der Emanzipation von der wirtschaftlichen Bevormundung dieses Landes erst die negative Seite gethan, und es musste der positive Neubau folgen. Colbert war der erste, welcher mit voller Klarheit zu der Erkenntniss gelangte, dass es nöthig sei, die produktiven Kräfte des Landes in jeder Beziehung zu heben, um die Grundlage zu einem ertragreichen auswärtigen Handel zu gewinnen. So wurde Colbert der Begründer des praktischen Merkantilismus, wie Bodin und Serra die Begründer des theoretischen Merkantilismus sind.

Man kann nun im Merkantilismus, wie bei jeder grossen historisch an sich berechtigten Bewegung zwei grosse Perioden unterscheiden, die Zeit des Aufsteigens, der Blüthe, der historischen Berechtigung und die Zeit des Niedergangs, des Verfalls, des historischen Sichselbstüberlebens.

Colbert und seine nächsten Nachfolger in Frankreich, Phéliepeaux de Pontchartrain u. a., um unsere fernere Betrachtung wieder auf dies Land zu konzentriren, gingen von dem Grundgedanken aus, um für einen ertragreichen auswärtigen Handel die Grundlage zu gewinnen, müsse der Staat die alte städtische Gewerbe- und Handelspolitik auf das Gebiet des ganzen Staates zu übertragen und gleichzeitig, da die Erwerbsthätigkeit eines Staates natürlich eine viel reichhaltigere sein müsse, als die einer einzelnen Stadt, erweiternd umzugestalten suchen; mit anderen Worten der Staat müsse alle produktiven Stände des Landes zu leiten und zu fördern und befruchtend auf allen Gebieten der Volkswirtschaft zu wirken suchen; dazu sei nöthig, alle Zweige der Produktion nicht nur vor der Konkurrenz des Auslandes, sondern auch vor den Schäden zu schützen, die ihnen durch die Unsolidität, Unerfahrenheit, Unwissenheit und Ungeschicklichkeit derer erwachsen könnten, welche sich selbstständig in den einzelnen Erwerbszweigen zu bethätigen suchen. Die Zollpolitik bis dahin einzig in dem Dienste der Finanzpolitik stehend, soll nunmehr in den Dienst einer systematischen Volkswirtschaftspolitik treten, „pour attirer l'abondance“. Alle inneren Zollschränken werden aufgehoben, an den Grenzen ein komplizirtes Zollsystem errichtet, ein einheitliches Gewerberecht, ein einheitliches Maass-, Gewichts- und Münzsystem durchgeführt. Für die gesammte Industrie werden nach dem Vorbilde der alten städtischen Gewerbepolizei Staatsreglements erlassen, welche Technik und Betrieb bis ins Einzelne genau ordnen und auf die Uebertretung dieser Reglements schwere zum Theil entehrende Strafen setzen. Nach aussen väterlicher Schutz, im Innern väterliche Bevormundung, ist, wie einst bei der städtischen Gewerbe- und Handelspolitik, das Prinzip des neuen Systems.

Dies System, später so scharf angegriffen, war in der Zeit seiner Entstehung völlig berechtigt, wie schon die glänzenden Erfolge beweisen, welche Colbert und die seinen Fussstapfen folgenden Staatswirthe erzielten. Auf der Höhe steht der

Colbertismus, als das freihändlerische Holland sich gezwungen sieht, dieses System zu acceptiren.

Mit der Theorie der Staatsintervention zum Zwecke der gleichmässigen Hebung aller produktiven Berufe verband der Merkantilismus seine Bevölkerungspolitik. Der Zusammenhang beider Theorien ist leicht zu finden. Der Merkantilismus hatte zwar schon besser als manche späteren Lehrmeinungen erkannt, dass Produktion nur möglich sei, durch ein Zusammenwirken aller drei Produktionsfaktoren, Natur, Kapital und Arbeit, es war ihm auch schon bewusst geworden die Wichtigkeit gegenseitiger Ergänzung von geistig leitender und vorwiegender Handarbeit, aber er vertrat doch die für seine Zeit gewiss nicht unrichtige Anschauung, dass Natur und Kapital untergeordnete Produktionsfaktoren seien, dass die Hauptsache ihre Belebung durch menschliche Arbeit sei, dass ferner die geistig leitende Arbeit der Unternehmer sich nur dann genügend bethätigen könnte, wenn ihr eine genügend grosse Menge vorwiegender Handarbeiter zur Verfügung stände. Er vertrat also den Standpunkt, dass für seine Zeit wenigstens — der Merkantilismus der ersten Periode ist niemals in den Fehler verfallen, ein für alle Zeiten gültiges Volkswirthschaftssystem aufstellen zu wollen — die Arbeit des vorwiegenden Handarbeiters ein sehr werthvoller Produktionsfaktor sei, den man darum auf alle Weise zu fördern suchen müsse. Und für seine Zeit hatte der Merkantilismus Recht. Leicht wird uns dies klar, wenn wir uns die Bevölkerungsverhältnisse West- und Mitteleuropas vergegenwärtigen zu der Zeit, da der Merkantilismus seine Bevölkerungslehre entwickelte. Frankreich war entvölkert durch den von der Reformation hervorgerufenen Bürgerkrieg, der mit kurzen Unterbrechungen fast in der ganzen zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts getobt hatte, durch die erneuten Unruhen, die sich an die Ermordung Heinrichs IV. geknüpft hatten, durch die Bedrückungen und Erpressungen, welche das verarmte Volk von Seiten der oberen Stände und der wucherischen Zollpächter erfuhr, durch Pest, Hungersnoth und ansteckende Krankheiten, welche die vielen

Kriege und die Armut der Bevölkerung hervorgerufen hatten; Englands wirthschaftliche Entwicklung war in Folge der hundertjährigen Kämpfe der weissen und rothen Rose, in Folge ferner der Frankreich gegenüber befolgten Eroberungspolitik sehr zurückgeblieben, seine Bevölkerung war noch sehr dünn. Für Deutschland genügt es die Worte „dreissigjähriger Krieg“ auszusprechen. Andererseits aber waren die Niederlande der am dichtesten bevölkerte und doch zugleich der reichste Staat in damaliger Zeit.

So war also in jener Zeit das Bestreben, die Dichtigkeit der Bevölkerung zu heben, ein durchaus berechtigtes. Zudem aber waren die ersten Merkantilisten auch keineswegs ganz einseitige Beförderer der Bevölkerungsdichtigkeit; sie waren sich der Wechselbeziehung zwischen Bevölkerung und Nahrungsspielraum wohl bewusst, vor allen Dingen auch dessen, dass es gelte, den Getreidebau und die Viehzucht zu heben.

Wir gelangen also zu dem Resultate, dass der Merkantilismus in der ersten Periode, wo er von wirklichen Staatswirthen gehandhabt und überall mit Maass und Ziel vertreten wurde, sich gerade um der auf allen Gebieten bethätigten weisen Mässigung willen, in jeder Beziehung segensreich erwiesen habe.

War der Merkantilismus der ersten Periode zeitgemäss und frei von jeder Einseitigkeit, so kann man dies durchaus nicht von dem Merkantilismus der späteren Zeit mehr sagen.

Colbert musste es noch erleben, wie die von ihm in einer bisher ungewohnten Weise gehobene Steuerkraft des Landes dennoch von der Regierung überanstrengt wurde, und wie zugleich ein grosser Theil seiner Schöpfungen von der Regierung selbst wieder vernichtet oder doch stark geschädigt wurde. Während der Widerruf des Edikts von Nantes, welcher dem alternden und frömmelnden Könige, von seinen bigotten Maitressen abgerungen war, den gewerbefleissigsten Theil der Bevölkerung aus dem Lande trieb, musste die Steuerschraube immer schärfer angezogen werden, um die Unsummen aufzubringen, welche die Verschwendung des prachtliebenden Königs und die ununterbrochenen Kriege verschlangen. Dieser Steuerdruck

lastete umsomehr auf den erwerbenden Klassen, als der Adel und die Geistlichkeit durch ihre Privilegien, die Kapitalisten durch Bestechung sich denselben entzogen, umsomehr ferner als gerade in den grössten Städten des Landes wie Paris, Lyon, Rouen u. a., in denen die grossen Kapitalisten sassen, anstatt der taille personelle, einer Art Einkommenssteuer, die ayde, eine unserer früheren Schlacht- und Mahlsteuer entsprechende Steuer erhoben wurde, die selbstverständlich die unteren Volksklassen verhältnissmässig viel stärker traf, als die oberen, umsomehr endlich, als die immer stärker verschuldete Regierung in eine dauernd zunehmende Abhängigkeit von den Steuerpächtern gerieth und die Steuern nicht mehr, wie einst zu Colberts Zeit, durch eigene Beamte einzog.

Hierzu kam, dass die Kriege auch den auswärtigen Handel mehr und mehr lahm legten. Die von Colbert wieder geweckte Schaffensfreudigkeit des Volkes erlag schliesslich unter diesem Druck. Schon längst hatte die Regierung, um ihre Kassen zu füllen, wieder zu den alten Mitteln des Aemterverkaufs und der Domänenveräusserung schreiten müssen. Doch versiegte diese Quelle bald. Schon am Ende des 17. Jahrhunderts gab es keine Aemter mehr, die man hätte verkaufen können, obgleich die Regierung eine grosse Kunstfertigkeit darin entwickelt hatte, immer neue Aemter entstehen zu lassen, waren alle Domänen veräussert, die Steuern und Zölle schon auf Jahre lang voraus verpachtet, der Staat mit Schulden überhäuft. Der grosse Bau Colberts war in kaum 10 Jahren wieder zu Grunde gerichtet und musste an einen vollständigen Neubau gedacht werden. Das System Colberts sollte von Neuem belebt werden, ohne dass man dieses doch in seiner Vielseitigkeit und Grossartigkeit begriffen hätte. Dazu fehlten der kleinen Zeit eben die grossen Männer. Die Zollpolitik artet in ein einseitiges Prohibitivsystem aus, die Interventionspolitik in ein oft unverständiges und mehr hemmendes als förderndes Reglementiren, in Vielregiererei, was um so unangebrachter war, als die Zeiten der Bevormundung vorüber waren, und die Industrie den Kinderjahren entwachsen war; die

Landwirthschaft wird vollständig in den Dienst der Industrie gestellt, jede Ausfuhr von Landesprodukten verboten, damit den Industriearbeitern billigere Lebensmittel gesichert bleiben, was doch nicht erreicht wird, da die Intensität der Landwirthschaft in dem Maasse abnimmt, wie ihr der Absatzkreis geschränkt wird.

Für die Richtigkeit dieser Politik berief man sich auf das Vorbild des Auslandes und zwar Englands. Aber man übersah, wie es eben bei solchen Berufungen meist zu gehen pflegt, dass dort die Verhältnisse doch so ganz anders lagen, als in Frankreich. Als in England um die Wende des 17. und des 18. Jahrhunderts die Regierung mit Energie den Gedanken aufgriff, England müsse das Industriezentrum der Welt werden, eine Idee, die amtlich zuerst in den Motiven zum sg. Methun Verträge mit Portugal im Jahre 1704 ausgesprochen wurde, da besass es auch das Monopol für den Erwerb aller zur Industrie im Besonderen nothwendigen Rohstoffe, theils für die Wirkereiindustrie in seinen Kolonien, theils für die Eisenindustrie in seinen Bergwerken, die ihm zugleich für die erwachende Maschinenindustrie die Steinkohlen in ausreichender Fülle boten. Zugleich versorgten seine Kolonien England auch noch nach vielen anderen Seiten hin mit billigen Lebensmitteln. Unter diesen Verhältnissen, begünstigt zudem durch seine ozeanische Lage und den grossen Vorsprung, den es vor den übrigen Nationen gewonnen hatte, konnte England das kühne Wagniss einer internationalen Arbeitstheilung wohl auf sich nehmen.

Als Frankreich diesem Beispiele zu folgen suchte, da kam es zu spät, wenn anders bei seinen doch ganz anders gearteten Verhältnissen ein solcher Versuch überhaupt durchführbar gewesen wäre. Es richtete seine Landwirthschaft noch mehr zu Grunde, ohne dass es in dem Gewinn seiner Industrie den genügenden Ersatz gefunden hätte.

Auch die Bevölkerungspolitik des Merkantilismus machte einen Wandel durch. Des Zusammenhanges des Bevölkerungsproblems mit der Erweiterung des Nahrungsspielraums war man

sich in dieser Zeit nicht mehr bewusst. In der absolut höchsten Bevölkerungszahl sah man das höchste Glück der Staaten. Dass Nahrungsmangel für eine solche eintreten könne, diese Frage wird nicht mehr behandelt. Stellt sich eine Hungersnoth dennoch ein, so wird in der kurzsichtigsten Weise einfach der „raubgierige“ Getreidehandel dafür verantwortlich gemacht, der nach allen Seiten hin chikanirt und beunruhigt wird.

Der erste Versuch der Durchführung dieser ebenso unzeitgemässen wie einseitigen und kurzsichtigen Politik wird nun in der Zeit gemacht, in der wir mit unserer Betrachtung der franz. Getreidehandelspolitik oben stehen geblieben sind, um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts. Noch aber gelingt es auf beinahe zwei Jahrzehnte die drohende Gefahr von Frankreich abzuwenden. Wie dies aber geschah, das soll uns die folgende litterarische Betrachtung zeigen, die wir mit Vauban beginnen wollen.

* * *

Von Vauban, der ein sehr fruchtbarer Schriftsteller war, kommt hier jedoch nur eine seiner kleineren Schriften der *dixme royale* in Betracht.¹⁾ Was er mit dieser Schrift bezweckte, geht aus der nach der Sitte der Zeit etwas langathmigen Ueberschrift hervor. *Projet d'une dixme royale, qui, supprimeant la taille, les aydes, les Donanes d'une Province à l'autre, les Décimes, les affaires extraordinaires et tous autres Impôts onereux et non volontaires, diminuant le prix du Sel de moitié et plus, produiroit au Roy un Revenu certain et suffisant, sans frais et sans être à charge à l'un de ses Sujets plus à l'autre qui s'augmenteroit considérablement par meilleure Culture des Terres.*

¹⁾ Vergl. Friedrich Lohmann: Vauban, seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie und sein Reformplan. (In Schmollers Forschungen XIII 4.) Leipzig 1896. Die Arbeit erschien leider zu spät, um noch eine eingehende Berücksichtigung finden zu können. Ueberzeugend weist Verfasser m. E. nach, dass Vauban sich in allen seinen Schriften im Gedankenkreise des Merkantilismus bewege.

Ein Zehntel des Volks sei im Besitz des ganzen Volksvermögens, ein weiteres Zehntel beziehe als besser gestellte Landpächter, als noch weniger ruinirte Handwerker und als kgl. Beamte ein einigermaassen ausreichendes Einkommen, wenn es auch ohne eigenes Vermögen sei, die sieben folgenden Zehntel lebten als heruntergekommene Métayers und Handwerker und als abhängige Arbeiter der übrigen Gewerbetreibenden von der Hand in den Mund, und das letzte Zehntel treibe sich vagabondirend und bettelnd auf den Landstrassen herum, unter ihnen die zerschossenen Invaliden, die der Noth und dem Elend preisgegeben seien.

Den Grund zu dieser weit verbreiteten Verarmung sieht Vauban in den zerrütteten Finanzverhältnissen des Landes. Die taille laste fast ausschliesslich auf den unteren Klassen, da der Adel und die Geistlichkeit sich derselben auf Grund ihrer Privilegien, die Kapitalisten auf Grund von Bestechungen entzögen, dieselbe ausserdem an den Hauptplätzen der Kapitalisten, in den grossen Städten, wie Paris, Bordeaux, Lyon, Rouen u. a. gar nicht erhoben würde, wo sie durch die ayde ersetzt sei, welche die unteren Volksklassen verhältnissmässig weit schärfer treffe als die oberen Besitzenden. Die taille sei ferner um so drückender, als sie nicht mehr von kgl. Beamten, sondern von den Steuerpächtern erhoben würden. Diesen seien die Landleute meist verschuldet und würden nun von ihnen in der wucherischsten Weise ausgebeutet. Dazu kämen die Lasten der Einquartierung, welche mit grosser Härte besonders auf dem Landmann ruhten, die vielen Kriegsfuhren und die Beihülfen zu den Festungsbauten, welche den Landmann an der richtigen Bestellung seiner Aecker hinderten und ohne Rücksicht auf die Jahreszeit verlangt würden. Die Noth treibe zudem die Landleute in die wucherischen Hände der Händler; stets seien sie gezwungen, ihr Getreide möglichst bald nach der Ernte auf den Markt zu bringen. Hierdurch sei das Angebot ein derart gesteigertes, dass die Händler den Landwirthen die Preise diktiren könnten, ohne dass doch die Städter einen Vortheil davon hätten; denn sobald die Händler alles

Getreide in die Hände bekommen hätten, stiegen die Preise stets sehr stark. Eine weitere Erhöhung der Preise gerade der nöthwendigsten Lebensmittel des kleinen Mannes in der Stadt besorgten dann die aydes.

Die Finanzverhältnisse des Staats, als die eigentliche Ursache des weit verbreiteten Pauperismus müssten darum neu geordnet werden. Beibehalten sehen will er nur die an den Grenzen erhobenen Zölle, während die vielen wieder von Neuem errichteten Binnenzölle zu beseitigen seien, beibehalten und erneuert werden sollten ferner die Luxussteuern, während die übrigen an den Stadtthoren erhobenen aydes aufzuheben seien. Die Salzpreise sollten auf die Hälfte herabgesetzt werden. Die taille solle künftig hin nicht mehr zur Erhebung gelangen, statt dessen eine alle Volkskreise ausnahmslos treffende Einkommenssteuer. Diese Steuer soll je nach den Bedürfnissen des Staats zwischen 5 und 10 % des (wie ihm später von den Physiokraten mit Recht vorgeworfen wird Roh-) Einkommens schwanken; bei kleineren Einkommen zwischen $3\frac{1}{3}$ und $6\frac{2}{3}$ %; denn diese sollen um ein Drittel niedriger als die besser Gestellten besteuert werden. Um die unteren Schichten vor ungerechter Besteuerung zu schützen, sollen der Einschätzungskommission Vertreter aus diesen Kreisen beigegeben sein, welche befugt sein sollten, an die vorgesetzten Behörden zu appelliren, ohne dass ihnen daraus irgend welche Kosten erwüchsen. Die Steuer darf nicht verpachtet werden, sondern soll durch kgl. Beamte eingezogen werden. Die Staatsschuldner sollen durch Rententitel entschädigt werden, die allmählich durch Rückzahlung zu amortisiren seien, und solle zu dem Zweck ein bestimmter Betrag alljährlich in den Staatshaushaltsetat eingestellt werden.

Gleich den Merkantilisten ist Vauban ein Anhänger der Populationstheorie. Er wünscht eine möglichst grosse Volkszahl aber nicht durch künstliche Eingriffe in das Wirthschaftsleben, nicht durch einseitige Bevorzugung und Unterstützung einzelner produktiver Zweige, sondern durch eine soziale Steuerpolitik. Wenn das Volk nicht mehr unter der ungerechten Vertheilung

der Steuerlast und ihrer wucherischen Erhebung durch die blutsaugerischen Steuerpächter schmachte; dann werde es sich auch stärker vermehren, als dies zur Zeit der Fall sei. Man wird zugeben müssen, dass diese Art, die Bevölkerungspolitik zu vertreten, eine durchaus sachgemässe und wohl für alle Zeiten zutreffende war. Bestrebungen dieser Art, die Bevölkerungszunahme zu heben, hatten nichts Künstliches an sich und mussten ihre Grenze in der best möglichen Erweiterung des Nahrungsspielraums von selbst finden.

Die Schrift wurde schon im Jahre 1699 dem Könige in Form eines Memorandum vorgelegt, von ihm aber ignorirt und wahrscheinlich auch gar nicht gelesen. Als Vauban sie dann aber im Jahre 1707 mit Umgehung der Zensur heimlich drucken liess, verfiel er in Ungnade. Er überlebte diese Enttäuschung seiner Hoffnungen, durch einen kühnen Schritt den König, von dem er bisher besser gedacht hatte, aus seiner Unthätigkeit herauszureissen, nicht lange und starb im März desselben Jahres.

*

*

*

Von Boisguillebert sind alle seine Schriften hier anzuführen. Es sind:

1) *Le Détail de la France sous le présent Règne* 1^{ière} éd. 1695, 2^{ième} éd. 1697, 3^{ième} éd. 1707 mit dem Supplément.

2) *Factum de la France ou moyens tres faciles de rétablir les finances de l'État* 1707.

3) *Traité de la Nature, Culture Commerce et Intérêt des Grains, tant par Rapport au Public qu'à toutes les conditions d'un État.* 1^{ière} éd. probabl. 1702 ou 1703, 2^{ième} éd. 1707.

4) *Dissertation sur la Nature des Richesses de l'Argent et des Tributs où l'on découvre la fausse Idée qui règne dans le Monde à l'égard de ces trois Articles.* 1^{ière} éd. probabl. 1703, 2^{ième} éd. 1707.

5) *Causes de la Rareté de l'Argent et Éclaircissement des mauvais Raisonnements du Public à cet Égard* 1^{ière} éd. probabl. 1703, 2^{ième} éd. 1707.

Der Reingewinn, welchen Frankreich aus seiner Landwirthschaft zöge, so führt er im *Détail de la France* aus, sei in den letzten 15 (in der 3. Ausgabe sagt er in den letzten 30) Jahren um die Hälfte und selbst noch mehr zurückgegangen. Als Gründe führt er dafür an:

1) den Preisrückgang der landwirthschaftlichen Produkte, denen in Folge der unaufhörlichen Kriege der Weltmarkt sich mehr und mehr verschliesse, während in Folge des allgemeinen Steuerdruckes auch die Kaufkraft des Inlandes zurückgehe und der Binnenhandel durch die inneren Verkehrsabgaben sehr gefesselt sei, welche abzulösen, es der Regierung an Mitteln fehle, obgleich es schon Colbert geplant habe,

2) die grosse Vertheuerung der Produktionskosten durch die Vertheuerung der Arbeitskräfte, weil die Industrie sie nicht nur im Uebermaass beanspruche, so dass das Arbeitsangebot für die Landwirthschaft ein zu geringes sei, sondern auch gerade die besten und fähigsten Kräfte für sich absorbire,

3) die Einschränkung der Anbaufläche, da die Differenz zwischen den Produktionskosten und den erzielten Preisen so sehr zurückgegangen sei, dass auf den unter den ungünstigsten Verhältnissen bebauten Grundstücken der Bauer nicht mehr habe bestehen können, darum lieber die Pacht aufgegeben habe und in die Stadt gezogen sei; so sei dies Land verwildert,

4) den Rückgang in der Intensität des Anbaues; dieser sei zurückzuführen auf den Rückgang in der Viehhaltung der Landwirthe in Folge der zunehmenden Verarmung. Der Grund zu dieser Verarmung sei aber nicht nur in den vorangegangenen drei Punkten zu suchen, sondern noch mehr in der vollständigen Zerrüttung des französischen Finanz- und Steuerwesens, das besonders hart auf den Landwirthen laste. Hier decken sich seine Ausführungen im Wesentlichen mit denen Vaubans.

Aehnlich wie Vauban fordert er in erster Linie eine Reform des Steuerwesens und zwar:

1) Ausdehnung der *taille personnelle* auf alle nicht schon anderweit Besteuernten ohne Unterschied des Standes, und zwar

solle jene in Form einer Thür-, Fenster- und Kaminsteuer erhoben werden,

2) eine taille industrielle

3) Beibehaltung der taille réelle,

4) Für die beiden letzteren die Selbsteinschätzung und die Ernennung besonderer Behörden, um die ärmeren Klassen vor Uebereinschätzung zu wahren,

5) Beseitigung der Aydes mit Ausnahme der Abgaben auf Luxusartikel

6) Beibehaltung der Douanes an den Grenzen.

7) Erhebung der Steuern durch königliche Beamte.

8) Abfindung der Steuerpächter durch amortisirbare Rententitel.

Zum Schluss betont er die Interessenharmonie aller Stände und die Nothwendigkeit für alle Verwaltungsbeamten dieser gerecht zu werden, hauptsächlich auf Grund einer genauen Kenntniss aller Berufsstände.

Das Supplement soll nur die Behauptung zurückweisen, dass es während des Krieges nicht möglich sei, so umfassende Steuerreformen, wie Boisguillebert sie in dem *Détail* gefordert hat, durchzuführen.

Denselben Gedankengang wie *le Détail* verfolgt im Wesentlichen das *Factum*. Nur fordert er hier noch Beseitigung der inzwischen schon eingeführten *capitation générale*, welche noch neben den verschiedenen *tailles* und *aydes* erhoben wurde, entgegen aber ihrem Namen Adel und Geistlichkeit gar nicht, die Reichen aber viel zu wenig traf. Von der *taille personnelle* und den *aydes* sieht er ganz ab und fordert statt dieser drei nach seinem Vorschlage zu beseitigenden Steuern eine wirkliche *capitation générale*, welche alle nicht schon anderweit besteuerten Einkommen, je nach ihrer Höhe von $\frac{1}{2}$ bis 10 % treffen solle, als eine reine auf Grund von Selbstdeklaration erhobene, progressive Einkommenssteuer. Kein Stand solle von der Steuer ausgenommen sein.

Noch spezieller als die genannten Schriften beschäftigt sich mit der Lage der Landwirthschaft die oben nächstdem angeführte,

ohne dass diese Schrift einseitig die Interessen der Landwirtschaft in den Vordergrund zu schieben sucht. Er betont auch hier wieder die Interessenharmonie aller Stände und fordert von diesem Standpunkte aus eine grössere Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft. Die Kosten der Landwirtschaft und die von ihr erzielten Preise ständen je länger desto mehr mit einander im Missverhältniss. Hier findet sich die bekannte oft erwähnte Kostenrechnung der Bebauung um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts. Die Bestellungskosten eines arpent mittlerer Güte belaufen sich nach seinen Angaben auf 35 bis 40 Francs, der Bruttoertrag dagegen nur auf 30—35 Franks. Diese Berechnung ist jedoch nach beiden Seiten hin in manchen Punkten unzuverlässig, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Soviel aber ist ersichtlich, dass der Landwirth nur immer mit sehr geringem Reingewinn rechnen konnte und darum bei besonderen Missständen sofort in Noth gerieth. Würde die Regierung, meint dann ferner Bodin, danach streben, den Preis der landwirthschaftlichen Punkte um $\frac{1}{3}$ zu heben, so würde für jede einzelne Arbeiterfamilie die Mehrausgabe sich auf 125 Franks das Jahr belaufen. Für diese Mehrausgabe sichere sich der Arbeiter mehr als bisher vor Hungersnoth; denn es sei eine allgemeine Erfahrung, die übrigens auch später von Herbert und Quernay wiederholt wurde und sich auch in den Getreidepreislisten bestätigt findet, dass auf Jahre mit sehr billigen Preisen die Hungersjahre fast unmittelbar folgten.¹⁾ Der Landmann werde muthlos, schränke den Umfang und die Intensität des Getreideanbaues sehr ein; der Ueberfluss werde theils ins Vieh verfüttert, theils zum Branntweinbrennen und Bierbrauen verwandt, theils im folgenden Jahre gründlich ausverkauft, so dass dann in dem

¹⁾ Nur muss man beachten, dass die nächsten auf den Tiefstand folgenden Jahre, meist einen Ueberfluss aus den vorangehenden Jahren haben, so dass die Theuerung erst ein oder zwei Jahre nach dem niedrigsten Tiefstand eintritt. Man vergl. im Anhang in der Preisliste die Jahre 1564—66, 70—74; 1688—94; 1706—1710, 21—25. Immer trifft die im allgemeinen zwar gültige Regel selbstverständlich nicht zu.

nächsten Jahre die Hungersnoth ganz unerwartet sich einstelle. Doch sei diese Sicherung vor Hungersnoth nicht der einzige Erfolg der Mehrausgabe. Durch die gehobene Kaufkraft der Landwirtschaft würden sich auch die Einnahmen der Industrie vermehren und die Mehrausgabe des Arbeiters zu diesem zu einem grossen Theile wieder zurückfliessen. Jetzt seien, was später Quesnay eingehend nachzuweisen sucht, Hungerjahre die einzige Zuflucht des Landwirths und dieser darum geradewegs an schlechten Ernten interessirt, weil in diesen Jahren die Preise mehr stiegen als der Gesamtertrag zurückgehe, so dass das Produkt von Ertrag und Preis sich für den Landmann günstiger stelle als in guten Erntejahren.

Zum Beweise, dass seine Ausführungen zuträfen, dass die gehobene Kaufkraft der Landwirtschaft auch der Industrie zu gute käme und ein allgemeiner Wohlstand sich verbreite, beruft er sich auf die nächsten sechs Jahre nach der grossen Hungersnoth von 1693/94, in denen gerade in Folge der gehobenen Getreidepreise alle ein reichliches Einkommen gehabt hätten. Die damaligen guten Einkommensverhältnisse seien noch zu sehr in aller Gedächtniss, als dass sie Jemand in Abrede stellen könne.

Zur Hebung der Getreidepreise fordert er, dass die Getreideausfuhr, die, wie wir aus dem vorigen Kapitel wissen, seit dem Jahre 1694, wo Frankreich von einer grossen Hungersnoth heimgesucht worden war, bis zu der Zeit, wo er sein Buch verfasste, also bis zum Jahre 1702 verboten war, wieder freigegeben würde. Nur wenn die Getreidepreise ein gewisses Maass überschreiten sollten, solle man in den Grenzprovinzen, welche für die Versorgung der Nachbarprovinzen und für die Versorgung von Paris besonders in Betracht kämen, die Ausfuhr verbieten. Sollten die Preise dann aber noch über ein bestimmtes Höchstmaass hinausgehen, dann dürfe sich ein allgemeines Ausfuhrverbot wohl rechtfertigen. Daneben solle die Ausfuhr durch ein Ausfuhrzollsystem und eine eventuell nöthig werdende Einfuhr durch ein Einfuhrprämiensystem geregelt werden.

Wir werden im nächsten Kapitel sehen, dass Boisguillebert

mit dieser Forderung durchdrang und dass damit, wie schon mehrfach erwähnt wurde, der einseitigen Bevorzugung der Industrie auf Kosten der Landwirthschaft, wie sie der extreme Flügel der Merkantilisten wünschte, für fast zwei Jahrzehnte noch einmal vorgebeugt wurde.

Des Weiteren fordert er, und auch diese Forderung muss in vielen Beziehungen für seine Zeit gerechtfertigt erscheinen, dass die Polizei bei Gefahr einer Getreidetheuerung weniger rigoros in das Privateigenthum eingreife. Die Vielgeschäftigkeit der Polizei trage oft noch besonders dazu bei, was auch später Männer, wie der besonnene Galiani behaupten, die Aufregung in der Bevölkerung zu vermehren.

Hatte B. hier nur den extremen Flügel der Merkantilisten und zwar, wie wir noch sehen werden, mit Glück bekämpft, so geht er durch diesen Erfolg ermuthigt, in der Abhandlung „Dissertation sur la Nature des Richesses“ direkt über zum Angriff auf die merkantilistische Lehre, dass es die Hauptaufgabe des Staatswirths sein müsse durch einen Aussenhandel mit günstiger Handelsbilanz recht viel fremdes Geld ins Land zu ziehen. Es war dies der erste systematische Angriff auf den Fundamentalsatz des Merkantilismus. Als solcher verdient er, dass wir uns näher mit ihm beschäftigen.

Der Reichthum bestehe nicht in der Menge des Geldes an sich, sondern neben dieser in seiner Kaufkraft. Erst das Resultat beider bedinge den wirklichen Reichthum. Die Kaufkraft des Geldes aber sei abhängig von dem Vorrath an besoins immédiats de la vie comme la nourriture et les vêtements, desquels personne ne saurait se passer. (Und die geistigen Genüsse?) Ce sont donc eux seuls qu'il faut appeler richesses. Statt dessen on a fait une idole de ces métaux et laissant là l'objet et l'intention pour lesquels ils avaient appelés dans le commerce, savoir pour y servir de gages dans l'échange et la tradition réciproque dans denrées on les a presque quittés de ce service pour en former des divinités, auxquelles on a sacrifié et sacrifie tous les jours. Ainsi il est à propos de faire un chapitre particulier de l'or et

de l'argent pour montrer par où ce désordre est entré dans le monde. On espère qu'après la découverte de ce source du mal, il y aura de chemin à faire pour arriver au remède, on espère qu'après vérification de ce fait incontestable que la misère des peuples ne vient que de ce qu'on a fait un maître on plutôt un tyran de ce qui était un esclave....

Die Hauptsätze des chapitre particulier de l'or sind nun die folgenden: „Ce n'est donc que comme garant tout au plus des échanges et de la tradition réciproque qu'il a été appelé dans le monde. Du moment qu'elle (sc. la marchandise) se peut procurer sans son ministère, il sera obligé de renfermer tout son orgueil à demeurer absolument inutile et immobile.“ Das aber ist möglich; so haben cuivre, bronze, de certaines coquilles, tabac diese Edelmetalle ersetzt. „Mais qu'est-il nécessaire d'aller si loin chercher des exemples pour vérifier cette doctrine que c'est une erreur grossière de regarder l'or et l'argent comme le principe unique de la richesse et de la félicité de la vie? Nous avons dans l'Europe un moyen bien plus facile que du cuivre, de la bronze, des coquilles, du tabac, qui coutent de la peine et du travail à recouvrer, c'est un simple morceau de papier qui ne coute rien et remplace néanmoins toutes les fonctions de l'argent pour des quantités de millions. De cette manière, voilà une opulence générale c'est à dire de biens sans le ministère de la moindre somme de l'argent.“ Die theoretische Grundlage zu dem späteren Law-schen Aktienschwindel war damit geschaffen, welcher Schwindel besser als alle theoretische Widerlegung den Beweis lieferte, dass diese Theorie nach der anderen Seite hin ebenso einseitig war, als die übertriebene Werthschätzung des Geldes, wie sie in den damaligen merkantilistischen Kreisen Platz gegriffen hatte.

Einen augenfälligen Beweis davon, wie sehr alle theoretische Betrachtung damals noch in den Kinderschuhen steckte, liefert dann das nächste Kapitel. La condamnation que Dieu prononça contre les hommes de ne pouvoir vivre ni subsister que par le travail et à la sueur de leur corps ne fut ponctuellement exécutée que tant que l'innocence du monde dura. Mais le crime et la

violence s'étant mis, avec le temps, de la partie, celui qui fut le plus fort ne voulut rien faire et jouir des fruits du travail du plus faible en se rebellant entièrement contre les ordres du Créateur; et cette corruption est venue à un si grand excès qu'aujourd'hui les hommes sont entièrement partagés en deux classes, savoir l'une qui ne fait rien et jouit de tous les plaisirs, et l'autre qui, travaillant depuis le matin jusqu'au soir, se trouve à peine en possession du nécessaire, et en est même souvent privée entièrement." Den weiteren Inhalt dieses Kapitels fasst der bekannte Herausgeber Daire sehr richtig in die Worte zusammen: „De l'importance que la civilisation fait acquérir à l'argent et des graves inconvénients qui en résultent. De quelle manière il déprécie la valeur des véritables richesses, et comme Lycurgue avait tenté de remédier à ce désordre. Conséquences désastreuses de l'introduction de l'argent." Das ganze weitere Kapitel erinnert sehr lebhaft an die bekannten sehr naiven Ausführungen des Aristoteles in seiner Politik über den gleichen Gegenstand.

„On a dit en général," beginnt das nächste vierte Kapitel, „en quoi consistait la véritable richesse savoir en une jouissance entière non seulement des besoins de la vie, mais même de tout le superflu et de tout ce qui peut faire plaisir à la sensualité!" Diese Auffassung erscheint B. aber verderblich. „Il est donc à propos d'en faire un détail plus particulier et de montrer que, si c'est une richesse que cette ample possession de tout ce que l'esprit peut découvrir au delà du nécessaire, c'est la situation la plus périlleuse et qui a le plus besoin de ménagement; autrement il arrive que ce qui a été institué pour faire jouir du superflu ne sert, quand les mesures sont mal prises, qu'à priver du nécessaire jetant en un instant un État du faîte de l'opulence au dernier degré de misère. — Pour prouver ce raisonnement il faut convenir d'un principe, qui est que toutes les professions travaillent les uns pour les autres et se maintiennent réciproquement, non seulement pour la fourniture de leurs besoins, mais même pour leur propre existence. Tout vendeur doit être

acheteur et vice versa; nécessité dans l'intérêt général, que tout échange profite aux deux parties entre lesquelles il a lieu. — Tantque les choses demeurent dans cet équilibre il n'ya point d'autre ressource que de forcer de travail et d'habileté sur son voisin pour le devancer en adresse. Cette émulation devenant générale par le désespoir de s'enrichir autrement, tous les arts se perfectionnent et l'opulence est portée au plus haut point où elle puisse être. L'argent bien loin d'être le tyran de la richesse et d'abimer toutes les denrées comme il fait dans la situation contraire, n'est que le très-humble valet du commerce.“ — Das ist nun aber, wird weiter ausgeführt, gegenwärtig nicht der Fall, weil beim Tausch der gewerbsmässige Händler immer in der Uebermacht ist, sei es dem Konsumenten, sei es dem Produzenten gegenüber; c'est par cela que cette harmonie est toujours déconcertée. Von der Interessenharmonienlehre eines Bastiat ist also B. sehr weit entfernt; vielmehr erkennt er sehr richtig, dass mit dem Aufkommen der Geldwirthschaft kaufmännische Begabung die werthvollste Beanlagung geworden sei, und ebenso verkennt er nicht, dass aus dem Goldstrom, den man durch die merkantilistische Staatswirthschaft ins Land zu leiten suchte, die Besitzenden den grössten Vorteil ziehen, wodurch die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen noch vergrössert wurde. „Cette disposition, qui est une maladie très dangereuse dans un Etat, n'est causée que par le déconcertement du prix des denrées. Mais comme leur dissension et par conséquence la misère n'est pas une chose fort inconnue dans l'Europe, il faut examiner, qui a le premier commencé la querelle. — On a dit, comme c'est la vérité, que ce sont les fruits de la terre et principalement les blés qui mettent toutes les professions sur pied.“ Dann kommt die erste der vielen seitdem auftauchenden Variationen des Themas: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“. Jetzt aber wolle jeder den Bauer ausnutzen und merke dabei nicht, dass er die einzige wirkliche Quelle des Wohlstandes seines Landes und damit seines eigenen Wohlstandes untergrabe.

Mit dem fünften Kapitel, welches von der misère handelt,

verlässt B. den Boden der theoretischen Untersuchungen, auf dem er sich mit so wenig Glück bewegt hat, und begiebt sich wieder auf den Boden der Thatsachen, indem er eine Schilderung der Verhältnisse seiner Zeit giebt. Hier ist er wieder auf dem ihm eigenen Gebiete, hier ist seine Darstellung wieder frisch und lebendig, während sie in den ersten Kapiteln häufig schleppend und ermüdend war. Das Gebiet theoretischer Erörterungen ist nicht das B. zusagende. Auf jenem Gebiete hat er darum die Wissenschaft wenig oder besser garnicht gefördert. Seine historische Aufgabe war es Frankreich noch einmal auf beinahe 2 Jahrzehnte vor den Missgriffen der Politik eines extremen Flügels der Merkantilisten zu bewahren. Die theoretischen Grundlagen des Merkantilismus im Allgemeinen zu untergraben, dazu war seine wissenschaftliche Schulung noch eine zu geringe, war auch die Zeit schwerlich schon angethan.

Von geringerer Bedeutung ist endlich die letzte der oben genannten Schriften B.'s. B. bestreitet, dass die Zirkulationsmittel Frankreichs sich thatsächlich in den letzten Zeiten vermindert hätten. „Vous en possédez plus que jamais (?). Seulement il se cache, il ne circule point par la raison bien simple que l'instrument des échanges doit ralentir sa marche, quand le nombre des échanges diminue, et que le nombre des échanges doit diminuer, quand des lois fiscales stupides empêchent, autant qu'il est en leur pouvoir, la consommation des produits de l'agriculture, qui sont, avec le travail, les termes nécessaires de tous les échanges“.

* *

Den zweiten Band von Delamarres „Traité de Police“, welcher zum grossen Theil der Darstellung des französischen Getreidehandels gewidmet ist, haben wir in den beiden ersten Haupttheilen häufig als Quelle angezogen. Hier interessirt uns derselbe insofern, als er in seinen allgemeinen Ausführungen, wie er sie vielfach den einzelnen Kapiteln voranschickt, uns die Ansichten der Regierungskreise über das im Getreidehandel Zweck-

mässige erkennen lässt. Aus diesem Grunde sind im Folgenden die markantesten Stellen dieser theoretischen Einleitungen ausgezogen worden.

„La bonne foi est l'âme du Commerce; elle doit se rencontrer dans l'acheteur, aussi bien que dans le vendeur... Mais si le vice opposé à cette vertu est si dangereux et si à craindre.... ce qui est principalement dans le commerce des blez.... dans tous les autres negoces, si le vendeur ou l'acheteur se trompent l'un l'autre, ce n'est tout au plus qu'un particulier qui souffre, et ordinairement la perte est aisée à réparer, mais dans celui-cy la moindre faute interesse presque toujours le public, et souvent il arrive que l'Estat même en reçoit le contre-coups.

Cette mauvaise foy à l'égard des Marchands de grains consiste dans cet unique point, d'en cacher l'abondance. Il sont persuadez que cette rareté ou disette apparente les feront rechercher avec empressement, qu'alors, faisant paroistre peu à peu ce qu'ils ont en reserve, ils y mettront tel prix, qu'ils jugerons à propos et qui n'a ordinairement d'autres bornes que celles de leur avarice insatiable.

Les pernicioeux moyens qu'ils mettent en usage pour y réussir se peuvent réduire à ces six principaux:

Les achats de grains en vert...

Les arremens de grains... dans les granges...

Les achats sur les chemins...

Les monopoles par des societiez deffendues...

Les dépôts cachés en magasins ou en greniers...

Les achats au banlieue des Villes...

Aus diesen Gründen ist er ein Anhänger der Kornpolizei und ihrer Ordonnances, qui doivent être observées en tout temps pour prevenir cette desolation publique et pour le faire avec plus d'ordre.

Die Geschichte des Kornhandels von Provinz zu Provinz und in das Ausland sowie von dem Auslande leitet er mit folgenden Ausführungen ein:

„Chaque estat doit estre consideré ou comme un seul corps

dont tous les membres se doivent un secours mutuel, ou comme une grande famille qui ne peut se conserver longtemps, si toutes les parties qui la composent ne concourent unanimement au bien commun. C'est une leçon dont l'auteur même de la nature a bien voulu nous instruire par ce penchant qu'il a mis au coeur de l'homme pour la société et ce vif sentiment de ses besoins, qui l'oblige d'avoir recours si souvent à ses semblables.“ Dieses gegenseitige Aufeinanderangewiesensein gilt von den Theilen der einzelnen Menschen, von den Mitgliedern einer Gesellschaft, von den Bürgern einer Stadt, von den Gemeinden einer Provinz, von den Provinzen eines Staates; dieser selbst aber hat nach möglichster Selbstgenügsamkeit zu streben. „Cette variété de biens ou d'indigence, qui entretient le commerce entre les Provinces paroist principalement dans les productions des fruits de la terre et surtout dans celle des grains dont se fait le pain.“ Nicht nur wegen der verschiedenen Fruchtbarkeit der einzelnen Provinzen, sondern auch wegen der grossen Abhängigkeit von der Witterung, in Folge deren oft selbst die fruchtbarsten Provinzen se trouvent dans un affreux besoin de cet aliment si nécessaire... Il est donc nécessaire à tous ceux qui se trouvent dans quelqu'une de ses tristes conjonctures, d'avoir recours aux lieux où l'abondance se rencontre; et il est naturel de s'adresser d'abord à ses voisins... C'est cette communication réciproque de biens et de commoditez d'une Province en une autre qui soustient les Etats, en fermentant ainsi l'union et la correspondance entre tous les Sujets qui les composent.

Mais il est important qu'à l'égard des provinces aussi nécessaires à la vie... ce transport... soit réglé avec beaucoup de prudence, de sagesse et d'économie. Chacun convient que la liberté est l'âme du commerce, et il est souvent bon de la favoriser... Mais aussi personne n'ignore qu'il y a des temps que cette licence doit estre tempérée par quelques précautions, autrement il seroit beaucoup à craindre que la Province abondante ne fût bientôt elle-même réduite dans la nécessité. Oft genug habe man es gesehen, dass aus Geldgier die Provinzen sich überaus-

verkauft hätten, dass die Kaufleute starke Aufkäufe gemacht und in ihren Magazinen zurückgehalten hätten, um die Preise zu beherrschen; die vorgeblich zum Zwecke des Transports in eine nothleidende Provinz gemachten Verladungen in Schiffe habe man sehr häufig zum Verkauf ins Ausland gemissbraucht. Dagegen hätten sich les loix sages de nos ancêtres rois gewandt.

Delamarre ist also weder ein Gegner noch ein Befürworter des auswärtigen Handels mit Getreide; er will die Frage überhaupt nicht vom einseitigen, generalisirenden und nach bestimmten Prinzipien vorgehenden Standpunkte entschieden sehen; obgleich ihm die einander entgegenstehenden Prinzipien offenbar bekannt sind, lehnt er es ab, sich auf die Prinzipienfrage einzulassen, weil sie ihm ganz unnöthig erscheint, und er auf dem durchaus zutreffenden Standpunkt steht, jedes Prinzip zu seiner Zeit, aber keins zu jeder Zeit. „S'il est avantageux, sagt er an anderer Stelle, d'attirer des richesses dans l'État par le transport de nos grains dans les Pays Étrangers, il est bien dangereux aussi que sous ce prétexte d'un commerce légitime, les Marchands toujours avides pour le gain, après avoir épuisés nostre abondance, ne nous enlèvent jusques à nostre nécessaire“. Oder an anderer Stelle: „Il est permis à ceux qui font le commerce des grains, de même qu'à tous les autres négocians d'avoir en vue un gain juste et legitime... L'on peut même ajouter que tout ce qui passe par leurs mains est si important à la vie et que l'État aussi bien que chaque particulier y est tellement intéressé, qu'ils méritent une protection toute singulière, que le profit... soit toujours proportional aux... soins qu'ils se donnent et aux fatigues qu'ils prennent pour nous procurer ce secours.

Voilà ce qui regarde les gens de bien.

Mais par la même regle, rien n'est plus pernicieux... que des gens qui sont appelez à ce commerce... qui sacrifient toutes ses sages dispositions à leur interest particulier. Ce sont ceux cy qui répandent de l'argent chez les Laboureurs pour arrher leurs bleds... qui les gardent ensuite aux magasins pour en cacher l'abondance... qui observent avec soin les temps et les saisons, pour y remarquer quelque dérangement ou quelque phenomene

préjudiciable aux grains de la recolte future, et qui sous les moindres apparences font courrir dans les Provinces de faux mauvais bruits de disette. — Ils contractent entre eux des societez pour se rendre les maistres de tout le commerce etc. etc. etc.

Kapitel VIII.

Frankreichs Getreidehandelspolitik von 1703—1720.

Seit dem Jahre 1700 beginnt nach Araskhaniantz die extrem-industrielle Getreidehandelspolitik.

„Die Ziele, die er (Colbert) verfolgte, waren keine durch eine gedankenlose Formel bezeichneten, wie wir das von der Politik aus der Zeit nach 1700 (muss heissen 1720) sagen müssen. In dieser Zeit herrschte nur noch eine kurzsichtige, nirgends auf den tieferen Zusammenhang der wirthschaftlichen Erscheinungen zurückgehende Furcht vor höheren Getreidepreisen. Man verstand nicht mehr anderen Interessen wenigstens die auch für den Standpunkt des Industrieschutzes möglichen Konzessionen zu machen, wie sie Colbert gemacht hatte. Jetzt erst wurde die Agrarpolitik das Aschenbrödel der Verwaltung, jetzt erst degenerirte die Industriepolitik, die billige Preise ohne jede Rücksicht forderte Die Getreidegesetzgebung vom Anfange (nein erst seit 1720) des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1764 steht wesentlich unter dem Einfluss des Gesetzes von 1699, indem das Ausfuhrverbot als Prinzip proklamirt ist (wo?) Die Unzweckmässigkeit des prinzipiellen Ausfuhrverbotes (soweit ging man nicht einmal nach 1720, man gewährte nur keine allgemeinen Ausfuhrpermissionen mehr) zeigte sich darin Diese unglückliche prinzipielle Voreingenommenheit gegen jede (?) Getreideausfuhr

Zu dieser Charakterisirung, die schon durch die Zwischenbemerkungen genügend kritisirt sein wird, möchten wir noch die Bemerkung machen, dass kein Versuch gemacht wird, sie durch Anführung von gesetzlichen Verordnungen zu belegen, sondern als einzige Belegstelle Savary: Dictionnaire du commerce Artikel blé angeführt ist, der aber leider seine völlige Parteilichkeit, seinen Ursprung aus der Feder eines eingefleischten Physiokraten zu deutlich an der Stirne trägt, als dass man ihm Zuverlässigkeit beimessen dürfte. Richtiger wird es wohl sein, auch hier die Thatsachen sprechen zu lassen, um so mehr, da wir aus dem reichen Quellenmaterial vom Jahre 1703 an die Getreidehandelspolitik der Regierung fast Jahr für Jahr zu verfolgen vermögen.

Durch einen Staatsrathsbeschluss vom 20. November 1703 wird bis zum 1. September 1704 die Getreideausfuhr in das Ausland generaliter gestattet, ausgenommen diejenigen Länder, mit denen Frankreich damals im Kriege lag, ohne dass ein Ausfuhrzoll zu bezahlen ¹⁾ war.

Dann fehlen mir für einige Zeit die Nachrichten; ich nehme aber doch an, dass die Ausfuhrerlaubniss nicht unterbrochen worden sei. In dem nächsten vorhandenen Staatsrathsbeschluss heisst es nämlich: „Le roy ayant par Arrest de son conseil du 28. Juillet 1705 prorogé jusqu'au premier Janvier de l'année 1706 . . .; also muss eine Ausfuhrerlaubniss vorangegangen sein, und zwar, da derartige Permissionen auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahr und selbst auf längere Zeit gegeben wurden, spätestens im Dezember 1704; doch kann es auch schon im September gewesen sein, was darum wahrscheinlich ist, weil bei den ziemlich niedrigen Preisen in der ganzen Zeit durchaus kein Grund erfindlich ist, warum die freie Getreideausfuhr in diesen wenigen Monaten sollte unterbrochen worden sein. Der Wortlaut des in Rede stehenden Beschlusses ist derselbe wie desjenigen vom 24. November 1703. Die Erlaubniss geht bis zum 1. Juli 1706. Durch Staatsraths-

¹⁾ Édits Arrêts du Roy XXX, 183.

beschluss vom 17. Juli 1706 wird diese Erlaubniss in der alten Fassung bis zum 1. Februar 1707 ausgedehnt,¹⁾ dann durch Staatsrathsbeschluss vom 11. Januar 1707²⁾ bis zum 1. Juli d. J., hierauf durch Staatsrathsbeschluss vom 14. Juni 1707³⁾ bis zum 1. Januar 1708, ein Beschluss des Staatsraths vom 21. Dezember 1707⁴⁾ verlängert diese Frist bis zum 1. Juli 1708. Es schliesst die Reihe dieser Permissionen mit derjenigen vom 7. Juni, welche die freie Ausfuhr nur bis zum 1. Oktober 1708 erlaubt, mit der ausdrücklichen Begründung, dass der zur Ausfuhr freie Vorrath eine längere Frist nicht gestatte. Auch wird die Normandie⁵⁾ dieses Mal von der Ausfuhrerlaubniss ausgenommen.

Wie sehr begründet diese Vorsicht war, ja dass das Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Wünschen des Handels eigentlich schon über das Maass des Zuträglichen hinausging, beweist der Umstand, dass im folgenden Jahre eine Hungersnoth ausbrach, schrecklicher als diejenige von 1694, weil sie die Finanzmittel des Staates völlig erschöpft fand.

Die grosse Hungersnoth der Jahre 1709—1710.

Der Winter von 1708 auf 1709 war ein äusserst kalter und dabei ein sehr schneearmer gewesen. So war in den höheren und den weniger geschützten Landstrichen die Aussaat vielfach völlig erfroren. Die Theuerungsgefahr drohte aber gegenüber derjenigen von 1693/94 deshalb um so empfindlicher zu werden, weil diesmal die Möglichkeit auswärtiger Zufuhr bei Weitem schwieriger war, als in jenen Zeiten; denn, wie eine Denkschrift⁶⁾ aus jener Zeit besagt, hatte der starke Frost nicht nur

¹⁾ a. a. O. XXXVIII, (nicht numerirt).

²⁾ a. a. O. XXXIX, (nicht numerirt).

³⁾ a. a. O.

⁴⁾ a. a. O.

⁵⁾ Siehe zum Jahre 1680 die Anmerkung über Rouen.

⁶⁾ Die folgende Darstellung stützt sich hauptsächlich auf den 45. Band der „Édits Arrêts du Roy“, wo die einzelnen Verordnungen im Inhaltsverzeichnis (geschrieben) unter grains zusammengestellt sind, für einzelne Angaben auch auf die Bände 43 und 44, bei denen eine Einzelanführung nicht

in Westeuropa, sondern auch in den osteuropäischen Ländern, wie in den transozeanischen geherrscht, kurz in allen für den damaligen Getreidehandel in Betracht kommenden Ländern. Sodann aber war die Staatskasse damals so völlig erschöpft, dass die Regierung sich zur zwangsweisen Einziehung aller Silbergeräthe gezwungen sah, damit sie in die Münze wanderten. Zu alledem kam die schwere Krise in dem spanischen Erbfolgekriege. Frankreich konnte seine Getreideschiffe nicht schützen, weil unter der schlechten Verwaltung von Hieronymus Phéliepeaux, Comte de Maurepas, dem unwürdigen und unfähigen Sohne des oben genannten, Frankreichs besseren Staatsmännern zuzurechnenden Generalprokurators, die französische Flotte fast systematisch zu Grunde gerichtet war. So blieb Frankreich also, wenngleich der König auch diesmal wieder Getreideaufkäufe machen liess, in der Frage, wie man der drohenden schweren Theuerung begegnen sollte, fast ganz auf sich selbst angewiesen. Die französische Regierung schlug einen doppelten, wie auch der Erfolg bewies, sehr zweckmässigen Weg ein.

Zunächst ergriff sie, wie auch schon im Jahre 1693/94, alle zweckdienlichen Maassregeln, um einerseits den Handel von Provinz zu Provinz in jeder Weise zu fördern und andererseits allen Missbräuchen im Getreidehandel, die gerade in solcher Zeit leicht und doppelt verderblich waren, mit allem Nachdruck zu begegnen. Alle Abgaben, die für gewöhnlich auf dem Getreidetransport lasteten, wurden für dies Jahr aufgehoben und ihre Erhebung den Berechtigten aufs Strengste untersagt. Die Markt- und Getreidehandelspolizei wird in diesem Jahre besonders streng gehandhabt. Meist griff man dabei auf die Maassregeln des Jahres 1693/94 zurück, die nicht selten in den Erlassen dieses Jahres direkt angeführt werden. Es wird berechtigt sein, diese Maassregeln hier nicht im Besonderen wieder anzuführen; sie laufen im Wesentlichen wieder darauf hinaus, dass die Landleute gezwungen werden,

möglich war, weil sie weder numerirt noch mit Verzeichniss versehen sind; nicht einmal die chronologische Folge ist bei diesen Bänden eingehalten.

alles Getreide, welches sie nicht zum eigenen Unterhalt gebrauchen, an den Markt zu bringen, und dass die Kaufleute gezwungen werden, ihrer Pflicht als Aufkäufer zu genügen und alle Getreidevorräthe an den Markt zu schaffen. Sie müssen, soweit sich Zwang nöthig zeigt, zu Taxpreisen verkaufen. Ihr Getreidehandel, der sich nur auf den öffentlichen Märkten vollziehen darf, wird scharf überwacht. Zu dem Zwecke werden für die von dem Froste besonders heimgesuchten Parlamentsbezirke bezw. Generalitäten sowie selbstverständlich auch wieder für den Pariser Parlamentsbezirk besondere Kommissionen eingesetzt, um gegen alle Missbräuche, welche bemerkt werden sollten, mit aller Schärfe und der grössten Schnelligkeit einzuschreiten.

In welcher Weise die Kommissare einschritten, davon ist ein Beispiel in dem Reiseberichte Delamarres¹⁾ erhalten, der selbst zu den Kommissaren gehörte und mit einem Kollegen zusammen die Provinz Champagne zugewiesen erhalten hatte. Am 19. August 1709 kam er in Troyes an und fand das Volk in grosser Aufregung, die er nur dadurch beizulegen vermag, dass er unverzügliche Abhülfe versprach, dagegen aber auch bei weiteren Unruhen den Rädelsführern mit schwerer Strafe droht. Darauf heisst es im Bericht weiter: „Pour m'acquitter de cette parole, que j'avois donnée au Peuple . . . j'envoyai le même jour la maréchaussée dans toutes les fermes de l'élection enjoindre aux laboureurs d'apporter au premier jour de marché une quantité (de leurs granges de leur bled proportionnée à celle) et greniers et leur donner avis que, si quelquesuns y manquoient, j'enverrois garnison chez eux, et confisquerois leurs grains. Je fis sçavoir la même chose aux principaux habitans qui avoient des bleds dans leurs maisons de la ville et dans leurs châteaux de la campagne, dont j'étois informé.

Je rendis en même tems une ordonnance qui contient tout ce qui devoit être observé dans ce commerce des grains . . . Voici ce qu'elle contient :

¹⁾ In der zweiten Ausgabe, Anhang zum 2. Bde. des „Traité de police“

Zunächst meldet sie, dass Delamarre von allem gesetzwidrigen Vorgehen mancher Privatleute, um Fürkauf zu treiben, unterrichtet sei, und erlässt das übliche Verbot dagegen, sowie die Verordnung, dass alle derartigen Verträge seroient nuls et de nul effect. Es wird dann die Marktordnung in einzelnen Artikeln eingeprägt. Nur einige scheinen hervorhebenswerth:

Artikel X verbietet, über eine bestimmte Getreidemenge an einem Markttage zu kaufen, dann aber fährt er fort: „leur permettons neanmoins après lesdites heures d'acheter des grains qui resteront à vendre au marché ce qu'ils en auront besoin aber nicht au delà de ce qui leur sera nécessaire pour leurs provisions et la subsistance de leurs familles.“

Nach Artikel XI dürfen die Kaufleute, marchands de grains sowie Blastiers erst nach der Bäckerstunde kaufen.

Dann heisst es in dem Bericht weiter: „L'on vit l'effet de tous ces soins, dès le premier jour de marché par l'abondance de bleds et d'orges . . . et par la diminution subite de moitié du prix que ces grains avoient été vendus le marché precedant . . . et j'eus la satisfaction de voir le peuple dans la joye et de l'entendre applaudir à cet heureux changement.“

Le même jour, le 26 Août et les suivans, je visitai toutes les maisons de la ville, les couvents et les monasteres du dedans et des environs.“

Dann visitirt er noch andere Städte und kommt endlich nach Vitry, welches für die Zufuhr nach Paris der Hauptmarkt in dieser Gegend war; von hier aus hatte er seine Inspektionsreise angetreten.

„Les marchands de Paris étoient alors à Vitry, ils avoient déjà envoyé sur nos ports cinq à six cens muids de bleds que je leur avois fait livrer. Je continuai de procurer ce secours en visitant de nouveau les magasins et les greniers des marchands; je dressai procès verbal de la quantité des grains qui leur restoient, et ils se soumirent de les vendre pour la provision de cette grande ville.“

Die Verkaufsgelegenheit durch die Pariser Kaufleute ¹⁾ lockte viele in Vitry nicht ansässige Kaufleute auf den dortigen Markt, so dass sich dort bald mehr Getreide findet, als die Pariser Kaufleute zur Zeit nach Paris verladen können. „cela m'obligea, pour ne les point dégoûter du commerce, de leur faire louer des greniers où ils mettoient leurs bleds au dépôt.“ Dem wollten sich aber die einheimischen Kaufleute, aufgebracht über den eingetretenen Preisfall, widersetzen, jedoch ohne jeden Erfolg.

Delamarre erlässt darauf eine Ordonnance über die Marktordnung, welche auch insofern merkwürdig ist, als sie unter den Bürgern selbst noch einen Unterschied macht und während der ersten zwei Stunden nur in sehr kleinen Quantitäten zu verkaufen gestattet, da diese zwei Stunden nur für die Armen und das menu peuple sein sollen, nicht für den „bourgeois“.

Artikel IX gestattet den fremden Kaufleuten, alle Tage den Markt zu beziehen, damit sie ihr Getreide möglichst bald verkaufen können.

Artikel XI gewährt ihnen eine weitere Erleichterung, indem er bestimmt, ne pourrons néanmoins les forains qui exposeront leurs grains en vente sur ladite place être contrains de les y vendre et livrer en détail au boisseau, mais seulement un septier à la fois, sauf à ceux du peuple ou des bourgeois qui l'achateront, à se joindre plusieurs ensemble et le partager entre eux.

Da Delamarre hört, dass auch in Lothringen, Barois und Elsass noch viel Getreide aufzubringen sein würde, entsendet er dorthin seine Emissäre, denen er die folgenden Vollmachten ausstellt:

„Il est permis au sieur . . . d'achepter de l'orge ou d'autres grains en quelques lieux que ce soit des États du Roy et de les faire charger . . . en cette ville de Vitry . . . les y vendre et débiter en gros où en détail . . . à quoi ledit sieur . . . s'est soumis et a promis de s'acquitter de ce commerce avec fidélité. Mandions à

¹⁾ D. h. die Emissäre der Stadt Paris, welche immer aus den angesehensten Getreidehändlern der Stadt ausgewählt wurden.

tous qu' il appartiendra . . . d'accorder audit sieur tout le secours . . . dont il aura besoin.“

Hierdurch gelingt es Delamarre, von Vitry aus noch zweimal je deux cens muids de grains nach Paris zu senden. Ende October schliesst er diese seine erste Visitationsreise. Mitte Dezember wird von den früheren Kommissaren wieder ein Theil ausgesandt, um neue Zufuhr für Paris herbeizuschaffen; unter ihnen befindet sich wieder Delamarre. Er findet 600 muids de grains in Vitry und ebensoviel in St. Dizier in Lothringen vor. Diese waren dort aufgestapelt worden, weil die Getreidehändler, aufgebracht über die Bevorzugung der Emissäre, ihre Thätigkeit ganz eingestellt hatten, sobald ihnen durch die Kommissare nicht mehr auf die Finger gesehen wurde und sie zu der in der Konzession übernommenen Verpflichtung, bestimmte Getreidemengen stets vorrätzig zu halten, nicht gezwungen wurden, der Auftrag der Emissäre der Stadt Paris aber zugleich mit der Rückberufung der Kommissare ebenfalls erloschen war. Auch an anderen Plätzen findet Delamarre grössere Vorräthe, die er sogleich durch die ihn begleitenden Emissäre der Stadt Paris aufkaufen und nach Paris schaffen lässt. Fast 2000 muids de bleds kann er so nach Paris senden, bis die grosse Kälte im Januar endlich dem weiteren Versand ein Ziel steckte. Während der ganzen Zeit setzt Delamarre ununterbrochen seine Recherchen fort, indem er zugleich die Pariser Kaufleute, welche nicht länger gewagt hatten, unthätig in Paris zu bleiben, wie die Kaufleute von Vitry, unaufhörlich antreibt, ihrer Pflicht als Aufkäufer zu genügen und das Getreide nach Paris zu entsenden, und zweimal in seinem ganzen Kommissionsbezirke eine Bestandsaufnahme vornehmen lässt.

Nach dieser Abschweifung verfolgen wir weiter die allgemeinen Maassregeln der Regierung, um der Theuerung zu begegnen. Die übliche Abstossung aller nicht ortsangehörigen, Armen, die Eröffnung von Arbeitshäusern für die ortsangehörigen arbeitsfähigen Armen, das schärfste Vorgehen gegen alle arbeitslosen Vagabonden sehen wir auch in diesem Jahre wieder eintreten. Da die Staatskasse erschöpft ist, so werden mit der

Armenversorgung in diesem Jahre die Parlamente und die Gemeindebehörden betraut. Um die ausserordentlichen Mittel zur Linderung der Noth aufzubringen, werden die betreffenden Behörden zur Erhebung ausserordentlicher Abgaben ermächtigt. Durch eine königliche Ordonnanz vom 22. Oktober erhalten die Pariser Stadtbehörden die Erlaubniss zur zwangsweisen Eintreibung einer Armensteuer und durch eine weitere königliche Ordonnanz vom 29. Oktober wird ihnen gestattet, alle von ihnen erhobenen Abgaben bis zum 1. Oktober des Jahres 1710 um ein Zehntel zu erhöhen.

Um die Ueberwachung der Pariser Bäcker zu erleichtern, wird ihnen durch einen Beschluss des Pariser Parlaments vom 8. Juni 1709 aufgetragen, nur zwei Arten von Brot zu führen, Weissbrot und Graubrot.¹⁾

Auch das Verbot des Bierbrauens sehen wir in diesem Jahre wiederkehren.

War der erste Weg, welchen die Regierung einschlug, derjenige, auf dem sie für gewöhnlich in Theuerungszeiten vorzugehen pflegte, so sehen wir sie auf dem anderen Wege Maassregeln ergreifen, wie sie nur den ganz besonderen Verhältnissen dieser Theuerung entsprachen. Die Regierung war nämlich bemüht, in jeder Weise auf die Bauern hinzuwirken, dass sie im Frühjahr des Jahres 1709 die Felder, auf denen die Wintersaat verfroren war, noch einmal mit Sommersaat bestellten. Eine königliche Verordnung verspricht für die Ernte der Neubestellung vollkommene Abgabefreiheit und verbietet auch den Grundherren, die Pachtgelder und ihre Antheile, sowie der Kirche, den Zehnten von der zu erwartenden Ernte einzufordern. Um das Volk leichter in den Besitz des Saatkorns zu setzen, wird denjenigen, welche den Bauern Saatkorn zur Aussaat leihen würden, eine besondere königliche Garantie für die Rückerstattung zugesagt, werden die Leihverträge unter besonderen königlichen Schutz gestellt und für diese Verträge vollkommene Abgaben-

¹⁾ blanc et bris blanc.

freiheit zugesichert. Zugleich wird in einer Denkschrift,¹⁾ welche das Pariser Parlament ausarbeiten lässt, und für deren weiteste Verbreitung Sorge getragen wird, das Landvolk darüber aufgeklärt, welche Getreidesorten sich zu einer Sommerbestellung am besten eignen.

Diese Denkschrift ist auch insofern interessant, als sie uns belehrt über den in Folge der Gemengelage zurückgebliebenen Ackerbau. Da wird zunächst dem Landmann gesagt, dass Weizen auch ein Sommerkorn sei, und über verschiedene dahin gemachte und geglückte Versuche berichtet. Wenig bekannt war damals noch der Anbau von Mais. Des Weiteren spricht die Denkschrift von Fenchel, Hirse, Eicheln, Kastanien, Raps als Nahrungsmitteln, welche das Getreide ersetzen könnten. Dann wird hingewiesen auf die Pflege der Obstgärten und Unterweisung gegeben, wie man durch besondere Aufmerksamkeit auch den Ertrag der Pfirsich-, Aprikosen-, Birn-, Apfel-, Pflaumen- und Feigenbäume steigern könne. Auch eine allgemeine Anweisung über die Pflege von Obstgärten findet sich. Für den Historiker, welcher die Technik der Landwirthschaft sich zur Aufgabe gemacht hat, ist diese Denkschrift von grossem Werthe.

Wie eine königliche Deklaration vom 20. Juli besagt, war die Ernte vom Sommerkorn eine reichliche; die Maassregel also vom besten Erfolge begleitet gewesen. Der König kann schon im August 1709 einige der drückendsten, den Handel im Innern beschränkenden Maassregeln aufheben, während die übrigen, sowie das vollständige Ausfuhrverbot noch bis zum 1. August des Jahres 1710 in Geltung bleiben.

Obgleich nun die eigentliche Theuerung behoben war, wenn die Preise auch noch immer ziemlich hoch waren, wollen doch die Bauern das Winterkorn nicht aussäen, sondern lieber das billigere Sommerkorn, theils, weil sie die in ihren Händen noch vorhandenen Vorräthe lieber verkaufen, theils, weil sie sich kein Saatkorn kaufen wollen. Dagegen schreitet aber der König diesmal ganz

¹⁾ Ebenfalls aufgenommen in Bd. XXXXIII.

energisch ein, nicht durch Erlass irgend welcher Steuern, wie 1693/94 und im Frühjahr dieses Jahres, sondern durch Zwangsmaassregeln. Die Grundherren werden verantwortlich gemacht für die rationelle Feldbestellung. Sie sollen den Bauern, wenn sie sich bis zu einem bestimmten Termin das Winterkorn zur Aussaat noch nicht beschafft hätten, das Sommerkorn wegnehmen und dieses verkaufen, bis der Ertrag des Verkaufes genügend wäre, um Getreide für die nächste Aussaat dafür zu kaufen. Auch bei allen Vertragsabschlüssen zur Erwerbung dieses Saatkorns soll Steuern- und Abgabefreiheit stattfinden.

Ein Beschluss des Pariser Parlamentshofes vom 8. September 1709 befiehlt den Bauern, welche mit dem Dreschen der neuen Ernte zurückhalten, um die hohen Preise zu behaupten, unverzüglich den Drusch vorzunehmen und das Getreide auf den Markt zu bringen. Die mit der Aufsicht über den Getreidehandel beauftragten Kommissare werden ermächtigt, sie unverzüglich zum Verkauf au marché publique anzuhalten. Allmählich werden auch diese Schwierigkeiten überwunden, und im Frühjahr können die mit der Aufsicht über den Getreidehandel beauftragten besonderen Kommissionen wieder aufgelöst werden, da die gewöhnlichen Gerichte jetzt wieder zureichen.

Fünf Jahre später haben wir wieder eine derartig reiche Ernte, dass der König durch einen Staatsrathsbeschluss vom 9. November 1715 generaliter die abgabefreie Ausfuhr de Bleds, Fromens, Seigles et Metails par tous les Ports, Bureaux et Passages jusqu'au premier Fevrier prochain gestattet, nachdem vorher, wie aus dem Wortlaut ersichtlich ist, Ausfuhrpermissionen für einzelne Provinzen gegeben sein müssen.¹⁾ Nur sollen ceux qui en ferons les envoys gehalten sein de donner au Sieur l'In-

¹⁾ Auch waren die Preise in den vorangegangenen Jahre keine niedrigen (siehe Anhang), und folgte nach gleichzeitigen oder wenig späteren Nachrichten auf die Theuerung von 1709 ein merkwürdiger wirtschaftlicher Aufschwung in Frankreich, der dem König nicht zum mindesten die endliche glückliche Durchführung des spanischen Erbfolgekrieges gestattete.

tendant de la Provinze d'où se fera l'envoy une déclaration de la quantité desdits grains, qu'ils voudront faire sortir du Royaume.¹⁾ Durch einen Staatsrathsbeschluss vom 11. Januar 1716 wird diese Erlaubniss bis zum 1. April ausgedehnt,²⁾ dann am 14. März bis zum 1. Juli,³⁾ am 24. Juni 1716 bis zum 1. September,⁴⁾ am 8. August, da die neue Ernte sehr reichlich ausgefallen ist, bis zum 1. März 1717,⁵⁾ dann weiter bis zum 1. September 1717 und darauf bis zum 1. März 1718⁶⁾, am 12. Februar 1718 bis zum 1. September 1718⁷⁾, am 5. September bis zum 1. März 1719⁸⁾ und endlich am 18. Februar 1719 bis zum 1. September 1719⁹⁾.

In dieser ganzen Periode sehen wir also die Getreidehandelspolitik Frankreichs vielleicht mit etwas mehr Zurückhaltung, im Allgemeinen aber doch im Sinne Sullys geleitet.

¹⁾ a. a. O. XXXXVI, N. 143.

²⁾ a. a. O. LIX Bl. 66 f.

³⁾ a. a. O. Bl. 238 f.

⁴⁾ a. a. O. LX. Bl. 216.

⁵⁾ a. a. O. LXII. Bl. 442.

⁶⁾ a. a. O. LXIX. Bl. 185.

⁷⁾ a. a. O. LXXV. N. 138.

⁸⁾ a. a. O. LXXX. (nicht numerirt).

⁹⁾ a. a. O.

Dritter Haupttheil.

Die Getreidehandelspolitik Frankreichs von 1720—1789.

Kapitel I.

Die Getreidehandelspolitik von 1720—1763.

Am 1. September 1719 wurde die Ausfuhrfreiheit nicht wieder erneuert; vielmehr datirt seit diesem Tage ein völliger Umschwung in den Ansichten der Regierung über die zweckmässigste Handhabung der Getreidehandelspolitik. Die Manufakturpartei hatte einen vollständigen Sieg errungen. Vom 13. März 1720 findet sich ein Beschluss des Staatsraths, qui ordonne qu'il sera payé pour le bled qui sortira du Royaume le triple des droits (scil. des Tarifs von 1664 bzw. 1699) mit der Begründung: „Le roi desirant conserver dans le Royaume l'abondance de bleds que la derniere recolte et celles des années précédentes y ont mis en les chargeant de plus grands droits à la sortie.“¹⁾

Dass es sich in der That um einen Prohibitiv- und keinen

¹⁾ Édits Arrêts, du Roy LXXX (nicht numerirt).

Finanzzoll handelt, möchte auch daraus zu entnehmen sein, dass derselbe Beschluss eine wesentliche Herabsetzung der Einfuhrzölle auf Schlachtvieh und ebenso eine Herabsetzung der bisher im Innern an den Stadtthoren erhobenen gleichen Abgaben für die königl. Kasse bringt. Auch diese Maassregel lässt einen Sieg der Manufakturpartei erkennen. Die Erhöhung des Getreideausfuhrzolls wird dabei noch bei verhältnissmässig sehr tiefen Getreidepreisen vorgenommen. Seltsamer Weise ist dieser Beschluss noch von demselben Phélypeaux gegengezeichnet, der auch alle früheren Beschlüsse des Staatsraths gegengezeichnet hatte. Dass erst um diese Zeit der Merkantilismus ins Kraut schiesst, beweisen die vielen Einfuhrverbote für Manufakturwaaren und die Ausfuhrverbote für die Rohprodukte; deren die Manufaktur bedurfte, gerade aus dieser Zeit.

Ein Beschluss des Staatsraths vom 30. September 1721 ¹⁾ verbietet trotz der ganz besonders niedrigen Getreidepreise in jener Zeit, voulant également procurer et conserver cette abondance dans tout le Royaume . . . jusqu'à ce que par Sa Majesté il en soit autrement ordonné . . . de transporter aucuns grains dans les Pays Estrangers sous les peines, portées par les Arrêts du Conseil des 27. Sept. 1710, 5. Déc. 1711 et 1ier Octobre 1712, ²⁾ revoquant à cet effet toutes les permissions qui pourroient avoir esté cy devant données pour le transport desdits grains hors du Royaume.

Dieses vollständige Ausfuhrverbot blieb nun, wie zum Verständniss des Folgenden vorweg bemerkt sei, bis zum Jahre 1743 bestehen.

Trotz oder wohl besser in Folge dieser Getreidehandelspolitik kam es schon im Jahre 1725 zu einer Theuerung, nachdem auch schon in den vorangegangenen Jahren die Preise erst langsam dann stärker angezogen hatten, so dass man bei einem Vergleich der Preise vor und nach dem Verbot zu der Annahme geführt wird,

¹⁾ a. a. O. IIIC. (nicht numerirt).

²⁾ Erlassen bekanntlich in der Zeit der schwersten Hungersnoth, welche Frankreich je heimgesucht hatte.

als habe die Ausfuhrgewährung eher preismindernd als preiserhöhend gewirkt, eine Beobachtung, die, wie beiläufig bemerkt sei, auch auf dem englischen Markte gemacht werden konnte. Die Erklärung dieser Thatsache ist an sich leicht zu finden, indem die Ausfuhrerlaubniss auf den Anbau in höherem Maasse fördernd wirkte, als der Ausfuhrhandel ihm neue Absatzquellen schaffen konnte. Es würde dies für die damaligen franz. Verhältnisse den Anhängern der freien Ausfuhr Recht geben, welche behaupteten, dass dieselbe preismindernd wirke. Selbstverständlich konnte sie diese Wirkung immerhin doch nur für eine beschränkte Zeit haben, und hat sie in der That in England auch nur für eine sehr beschränkte Zeit gehabt. Die Behauptung der Physiokraten, für den Augenblick zutreffend, war im Allgemeinen doch schliesslich falsch. Umgekehrt erreichte aber auch die durch das allgemeine Ausfuhrverbot herbeigeführte Preiserhöhung ihre Grenze wieder, indem der erhöhte Preis zu neuer Ausdehnung des Ackerbaues reizte. In beiden Fällen führte die Operation nur vorübergehende Schwankungen im Preise herbei. Die Landwirthschaft richtete sich bei ihrer Produktion doch bald wieder so ein, dass sie Preise erzielte, bei denen sie bestehen konnte. Dabei soll jedoch nicht in Abrede gestellt werden, dass das vollständige Ausfuhrverbot im Durchschnitt der Jahre eine langsam steigende, die Ausfuhrerlaubniss eine langsam sinkende Tendenz in den Preisen zeitigte, beide Staaten also gerade das Gegentheil von dem erreichten, was sie erstrebten; nur der gewaltsame Umschwung, mochte man ihn nun nach der einen oder nach der anderen Seite durch dieses oder jenes Mittel herbeizuführen suchen, liess sich nicht ermöglichen. Doch muss zur Erklärung der Erscheinung bemerkt werden, dass bei Frankreich sowohl wie bei England in der Zeit, da sie jene Experimente vornahmen, die Einfuhr nicht mitspielte. Hier handelte es sich um Experimente in der Ausfuhrpolitik ganz allein. Damit lassen sich noch keinerlei Folgerungen für die Frage ziehen, ob die Produktion des Inlandes in gleicher Weise im Stande sein würde, sich ähnlichen Experimenten in Bezug auf die Einfuhrpolitik anzupassen. Schliesslich aber

hatte England in seiner Einfuhrpolitik doch den Vorzug, dass seine Politik zu einer Erweiterung der Anbaufläche und einer Verbesserung der Kultur, diejenige Frankreichs zu einer Einschränkung der Anbaufläche und einer Deteriorirung der Kultur führte. England hatte zudem, wie wir späterhin aus Herbert ersehen werden, auch nicht ohne weiteres sich dem Prinzip der Begünstigung des Ausfuhrhandels sans phrase in die Arme geworfen, wie ja das langsame, besonnene, schrittweise Vorgehen eine besondere Eigenthümlichkeit der Engländer in allen gesetzlichen Regelungen und Neuerungen ist.

Im Jahre 1725 und 1726 begnügte man sich der Theuerung dadurch zu begegnen, dass man die Abgaben für die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris für diese Zeit aufhob,¹⁾ die bekannte Verordnung erneuerte, dass nur zwei Arten Brot gebacken werden dürften,²⁾ dass man auf strengere Beobachtung der kornpolizeilichen Maassregeln in Paris sieht.³⁾ Die Kaufleute sollen wieder die einzig Schuldigen sein, und das Pariser Chatelet erlässt une Sentence de Police contre ceux qui par malice ou affection répandent dans le Public et dans les Marchez des bruits qui tendent à interrompre l'abondance et l'apport dans les Marchez.

Als im Jahre 1730 die Preise etwas anzogen und vorübergehend bis auf 20 Frcs. in die Höhe gingen, glaubte man sich dies in Regierungskreisen nicht anders erklären zu können, als dass das Ausfuhrverbot von den Provinzialbehörden sowie den Grenz-, Hafen- und Zollbeamten nicht streng genug gehandhabt würde; ausdrücklich werden sie auf den Beschluss vom 20. September 1721 hingewiesen und angehalten, auf das gewissenhafteste über seine Durchführung zu wachen; den Kaufleuten aber, welche das Verbot übertreten würden, wird mit Einziehung des Getreides, Entziehung der Kaufmannsberechtigung, hoher Geldstrafe und im zweiten Falle selbst mit Galeeren und Depor-

¹⁾ Vergl. a. a. O. CIX, 625 und 1097, CXII. S. 18.

²⁾ Vergl. a. a. O. CIX, 613.

³⁾ Vergl. a. a. O. CXII, 240, CXIII, S. 259 ff., 279, 318, 331.

tation gedroht. Als dann die Preise wieder nachlassen, erinnert ein Staatsrathsbeschluss vom 13. Juli 1731 ¹⁾ noch einmal daran, dass der Staatsrath keineswegs nur für die Zeit der Theuerung das Ausfuhrverbot erlassen habe, dass es vielmehr jetzt dauernd zu gelten habe. Die Ermahnungen an die Behörden und die strengen Strafandrohungen gegen schuldige Kaufleute werden noch einmal wiederholt. Dann nimmt der König von Neuem am 11. September 1731 ²⁾ aus Anlass eines Staatsrathsbeschlusses, welcher sich mit der Ordnung der Binnenzölle für Getreide beschäftigt, Gelegenheit, das Verbot einzuschärfen.

Immer mehr kam Frankreich dabei, da trotz zunehmender Bevölkerung die Kultur des Bodens und die Anbaufläche zurückgingen, und die Landleute noch mehr Korn als vordem ins Vieh verfütterten, dem Zeitpunkt nahe, wo es ohne jede Nothreserve in ein neues Erntejahr ging; das erste Jahr mit wirklich schlechter Ernte musste dies der Regierung zum Bewusstsein bringen und sie belehren, wie falsch die von ihr eingeschlagene, ganz einseitige Getreidehandelspolitik sei.

Von 1733—1741 hatte Frankreich steigende Preise; die Periode begann mit ungefähr 7 Frcs. für das septier mittleren Weizens und schloss mit ungefähr 60 Frcs. In letzter Zeit hatten die Preise freilich besonders stark angezogen. Dieser dauernde und zunehmende Misserfolg des Merkantilismus liess die Regierung endlich doch an der Richtigkeit seiner Lehre zweifeln und bewog sie endlich, sich den Wünschen der Interessenten nach Freigabe der Getreideausfuhr wieder entgegenkommender zu zeigen. Zwar blieb zunächst noch während der Theuerung und im Jahre 1743 die Ausfuhr verboten. Doch schon in dem letzten Staatsrathsbeschluss vom 17. September 1743 ³⁾ findet sich der bisher schon stereotyp gewordene Hinweis auf den Staatsrathsbeschluss vom 30. September 1721 nicht mehr,

¹⁾ Isambert XXI. 361.

²⁾ Édits Arrêts du Roy CXX, (nicht numerirt).

³⁾ a. a. O. CXXV, (nicht numerirt).

dafür aber die Wendung, der König wünsche in dem Lande den Vorrat der beiden letzten Jahre als eine Nothreserve zu behalten, zu gleicher Zeit wird auch der Handel auf dem Seewege von Provinz zu Provinz wieder frei gegeben. Im Jahre 1744 finden wir dann endlich einmal wieder eine Ausfuhrerlaubniss. Sie erstreckt sich nur auf einige abgelegene Provinzen, nämlich nur auf die Bretagne, Poitou und La Rochelle, die nach dem Meere offen, nach dem Inlande zu fast abgeschlossen sind; und auch für diese Provinzen nur auf einige besondere Häfen. Als Ausfuhrzoll ist der dreifache Zoll des Tarifs von 1664 bzw. 1699¹⁾ zu zahlen. Die Ausfuhrmenge soll statistisch von den Zollbeamten festgestellt, und das zu führende Register den Intendanten der Provinzen vorgelegt werden, damit sie die Ausfuhr sofort aufhalten könnten, wenn sie eine gefahrdrohende Ausdehnung annehme.²⁾ Da dieser sehr ängstlich gemachte Schritt nicht zu der von den Merkantilisten zitternd vorhergesagten grossen Hungersnoth führte, wagte die Regierung auch für andere Provinzen wieder Ausfuhrpermissionen zu ertheilen, und es bildete sich jetzt³⁾ eine neue Praxis in der Handhabung der Getreidehandelspolitik aus. Die Ertheilung von Ausfuhrpermissionen für bestimmte Provinzen und Häfen auf unbestimmte Zeit und auf Widerruf gab die Regierung bald wieder auf und nahm deshalb auch durch Staatsrathsbeschluss vom 11. Oktober 1746⁴⁾ die am 10. Oktober 1744 für die dort genannten Provinzen erlassene Ausfuhrpermission wieder zurück. Aber auch die in den Verordnungen Karls IX⁵⁾ vorgesehene Weise der Ertheilung von

¹⁾ 62 livr : le muid (= 5 livr : 3 s. 4 den. le septier) für Weizen und Mischkorn und 47 livr : le muid (= 3 livr : 19 s. 2 den. le septier) für Roggen. Das entsprach für gewöhnlich unter den damaligen Verhältnissen einem Werthzoll von 30—50%.

²⁾ Beschluss vom 10. Oktober 1744, a. a. O. CXXVI (nicht numerirt).

³⁾ Vergl. im folgenden Kapitel Herbert, der eine treffende Kritik dieser neuen Wendung der Getreidehandelspolitik giebt, weshalb wir an dieser Stelle nur kurz auf das Wesen derselben eingehen.

⁴⁾ a. a. O. CXXVIII (nicht numerirt).

⁵⁾ Siehe erster Haupttheil, Kapitel 2.

Ausfuhrpermissionen acceptierte sie nicht, sondern bildete das folgende System aus: Glaubten die Intendanten der Grenzprovinzen, sei es in Folge der Anregung von Seiten der Interessenten, sei es aus eigenem Antriebe, dass die Ertheilung einer allgemeinen Ausfuhrpermission für ihre Provinz zweckmässig sein würde, so berichteten sie darüber an den Generalprokurator Frankreichs, der darauf den Bericht dem Staatsrath vorlegte. War dieser mit dem Vorschlage des Intendanten einverstanden, so bestimmte er die Häfen bezw. die Grenzorte und die Zeit, für welche die Ausfuhrpermission gelten sollte. Die Initiative zur Ertheilung von Ausfuhrpermissionen lag also vollständig in den Händen der Intendanten, und haben nach Herberts Darstellung, der Generalprokurator und der Staatsrath niemals die Initiative zur Ertheilung von Ausfuhrpermissionen ergriffen. Schon darin lag in Bezug auf die Ausübung dieser Getreideausfuhrpolitik eine grosse Unregelmässigkeit und Ungleichmässigkeit; von einem zielbewussten Vorgehen konnte dabei keine Rede sein. Ferner überwog das retardirende Moment schon dadurch sehr stark, dass die Centralleitung einzig nur als ablehnendes nicht als anregendes Organ fungirte. Dazu kam der hohe Ausfuhrzoll, der nur dann nicht den Charakter eines Prohibitivzolls hatte, wenn Frankreich gute, seine Absatzländer schlechte Ernte hatten. Dass es unter diesen Verhältnissen für den franz. Kaufmann sehr schwer sein musste, den seit Jahrzehnten verlorenen Getreidemarkt wieder zu erobern, liegt auf der Hand. Der Hauptmangel dieser Politik aber lag in der Ertheilung der Permission nur auf bestimmte Zeit; dadurch wurde der wildesten Spekulation Thor und Thür geöffnet. Schon nach einigen Jahren überzeugte die Regierung sich von dem letzteren Fehler ihrer Politik und kam deshalb wieder auf die im Jahre 1744 versuchte Taktik zurück. Vom 17. September 1754 findet sich ein Staatsrathsbeschluss, qui permet le commerce des grains dans le Royaume et leur sortie par quelques ports du Languedoc¹⁾ und zwar wieder bis auf Widerruf d. h. also wieder auf unbestimmte Zeit.

¹⁾ Herbert pag. IX.

Damit schliessen für diese Periode die Nachrichten über den Ausfuhrhandel von Getreide.

Merkantilistische Interessen machten sich auch bei der inneren Handelspolitik dieser Periode ausschliesslich geltend. Wie die Marktpolizei in jener Zeit noch gegen früher sehr verschärft wurde, wie denn erst in jener Zeit das Verbot, Getreide irgendwo anders als auf dem Markte einzukaufen, für die Kaufleute damals zu einem dauernden wurde, haben wir schon im ersten Haupttheil gesehen. Hier interessiren uns die Maassnahmen für den Verkehr zwischen den einzelnen Provinzen. Dieser erforderte von merkantilem Standpunkt aus möglichste Freiheit nicht nur von allen polizeilichen Hemmnissen sondern auch von allen Abgaben. Mit dem ersten Bestreben stand aber die stete Furcht, die Kaufleute möchten diese Freiheit in einem dem Merkantilismus zuwiderlaufenden Sinne missbrauchen, besonders bei dem nach der geographischen Lage des Landes für Frankreich so wichtigen Transport des Getreides auf dem Seewege von einer Provinz zur anderen, mit dem zweiten die finanziellen Kalamitäten, aus denen das ancien régime niemals herauskam, im Widerspruch. Unter diesem Gesichtspunkte finden wir den richtigen Anhalt für die Betrachtung der folgenden Verordnungen.

Nachdem zuerst nur vorübergehend alle Abgaben, welche beim Transport von den alten Provinzen, den cinq grosses fermes in die neuen Provinzen und umgekehrt zu zahlen waren, aufgehoben worden waren, wurden sie durch Beschluss vom 28. Oktober 1719 dauernd beseitigt mit Ausnahme der droits dependans de la Ferme des aides, d. h. mit Ausnahme der Lebensmittelzölle, welche beim Eintritt in die grösseren Städte des Landes wie Paris, Rouen, Bordeaux an Stelle der taille personnelle zu zahlen waren, welche in jenen Städten bekanntlich nicht erhoben wurde. Bestehen blieben dagegen noch die Zölle, welche beim Uebergange von einer der neuen Provinzen in eine andere nicht den cinq grosses fermes angehörigen Provinz zu entrichten waren.¹⁾

¹⁾ Vergl. a. a. O. LXXXV, 105, LXXXVI, 277.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 30. September 1721 dehnt die in dem letzten Beschluss verfügte Abgabefreiheit auch auf den Transport zur See zwischen den betreffenden Provinzen aus. Durch Beschluss des Staatsraths vom 13. April 1728 wurden dann beide Staatsrathsbeschlüsse sowohl der vom 28. Oktober 1719 wie der vom 30. September 1721 wieder aufgehoben. Lediglich Finanzschwierigkeiten zwangen die Regierung dazu.¹⁾ Da im Jahre 1730 in einigen Provinzen, wie schon an anderer Stelle bemerkt wurde, die Getreidepreise etwas angezogen hatten, wird dieser Staatsrathsbeschluss für die Zeit vom 15. Oktober 1730 bis 15. Oktober 1731 durch Beschluss vom 26. September 1730 aufgehoben. Den Städten wird verboten, für durchgehendes Getreide Abgaben zu erheben. Im Zusammenhange hiermit steht auch ein Arrest du Conseil d'État du Roy du 30. Août 1730 qui exempte des Droits dûs au Roy ou à ses Fermiers et des droits de Peage les Grains qui seront transportez des Provinces du Royaume dans celle de Provence pendant un ans à compter du 15. Septembre 1730. In der préambule heisst es: Le Roy estant informé que les recoltes de bleds en Provence ne sont pas suffisants pour la consommation.²⁾ Durch Beschluss vom 11. September 1731³⁾ werden die letzten den Verkehr im Inneren erleichternden Verordnungen bis zum 15. Oktober 1732, dann⁴⁾ bis zum 15. Oktober 1733 und endlich noch⁵⁾ bis zum 15. Oktober 1734 verlängert, dann tritt nur noch für die Provence, wo die Getreidepreise noch immer hoch standen jener Beschluss in Geltung.⁶⁾ Erneuert wird er dann wieder für das ganze Reich während der Hungersnoth der Jahre 1740 u. 1741.⁷⁾

¹⁾ Vergl. a. a. O. CXIX, (nicht numerirt).

²⁾ Vergl. a. a. O.

³⁾ Vergl. a. a. O. CXX, (nicht numerirt).

⁴⁾ Durch Beschluss vom 23. September 1742 a. a. O.

⁵⁾ Durch Beschluss vom 11. August 1733 a. a. O. CXXI, (nicht numerirt).

⁶⁾ Vergl. a. a. O.

⁷⁾ Vergl. a. a. O. CXXII, (nicht numerirt). Beschluss vom 26. Oktober 1740.

Für die Provence muss er auch jetzt wieder noch zwei Jahre länger aufrecht erhalten bleiben.¹⁾

Wie es aber bei alledem um die Verkehrsfreiheit von Provinz zu Provinz bestellt war, indem der Merkantilismus schliesslich nicht mehr fähig war, die von ihm gerufenen Geister zu zähmen, und, sich selbst widersprechend, über sein Ziel hinausschoss, das zeigen die folgenden Staatsrathsbeschlüsse. In einem Beschluss vom 17. September 1743²⁾ heisst es: „Le Roy, estant informé que la rareté des grains et la nécessité d'assûrer la subsistance des habitans de chaque province ont fait suspendre pendant plusieurs anneés la liberté du transport desdits grains d'une province du royaume dans une autre province du royaume; que les motifs qui ont donné lieu à cette suspension ne subsistent plus, et que l'abondance des grains rend à présent la liberté de ces transports nécessaire, pour pouvoir en procurer ausdits propriétaires des grains un débit avantageux . . . permet à tous marchands . . . de transporter . . . d'une province du Royaume dans une autre province . . . d'un port du Royaume dans un autre, wobei aber die uns schon bekannten Vorsichtsmaassregeln zur Vermeidung des Verkaufs im Ausland angewandt werden sollen. Auf diesen Staatsrathsbeschluss kommt ein Beschluss vom 7. November 1747³⁾ zurück. „Le roy . . . étant instruit qu'en abusant des dispositions dudit arrêt, par les marchez et enarrhemens considerables qu'ils ont fait sur les grains dans les provinces les plus abondantes par la recolte, cherchèrent à se rendre les maitres du commerce et du prix des grains, en occasionnant une rareté qu'ils sôutiendroient à leur gré, s'il n'estoient pris des mesures . . . ordonne que ledit arrêt du Conseil . . . sera exécuté, et néanmoins que tous négocians . . . seront tenus . . . avant de faire aucun enlèvement ou transport, de représenter aux sieurs Intendans Commissaires . . . les dits marchez . . . et de justifier

¹⁾ Vergl. a. a. O. CXXV, (nicht numerirt). Beschluss v. 17. Septbr. 1743.

²⁾ Vergl. a. a. O. CXXV, (nicht numerirt), nicht identisch mit dem vorigen.

³⁾ (Nicht numerirt) CXXX.

des ordres ou commissions . . . en vertu desquels ils les ont passez et des destinations qu'ils entendent leur donner . . . que dans les cas où lesdits sieurs Intendants auront reconnu la validité et l'utilité desdits Marchez, ils en ordonnent l'exécution et pourvoyent à ce que l'enlèvement et la traite desdits grains se fassent sans retardement pour être conduits aux lieux de leur destination et qu'à l'égard des marchez . . . qui n'auront point été dans la quinzaine représentés et approuvés par lesdits sieurs Intendants . . . ainsi que ceux, faits sans ordres ou commissions valables, demeureront nuls et sans effet, et que les arrhées soient perdues pour ceux qui les auront données.

Inzwischen waren jedoch schon für die am schwersten zu überwachenden Provinzen Bretagne, La Rochelle und Poitou die Erlaubniss, Getreide zu verschiffen, um es in einer Provinz wieder zu landen, sehr eingeschränkt worden. Ein Staatsrathsbeschluss vom 21. August 1747 ¹⁾ besagt: „Le roi, estant informé que, non obstant les dispositions, portées par l'arrêt du conseil du Roy du 11. Octobre 1746 . . . plusieurs des batimens qui ont été chargés dans lesdites provinces maritimes n'ont pas suivi leur destination et ont passé l'étranger, ce qui a privé lesdites provinces du royaume des secours qu'elles devoient en attendre; à quoi Sa Majesté voulant pourvoir . . . a suspendu . . . la permission accordée . . . de faire sortir des Provinces de Bretagne, Poitou et la Rochelle des grains pour quelque destination qu'ils puissent avoir, si ce n'est pas dans les cas où les propriétaires desdits grains seront porteurs des ordres exprès de Sa Majesté.

Durch Staatsrathsbeschluss vom 12. März 1748 ²⁾ werden dann aber diese Provinzen in den in Betracht kommenden Punkten den übrigen Provinzen wieder gleichgestellt.

Neben allen diesen kleinlichen Verordnungen, die heute getroffen wurden, um morgen wieder zurückgenommen zu werden, die für den Historiker im einzelnen ohne Werth sind und nur

¹⁾ a. a. O. CXXX, (nicht numerirt).

²⁾ a. a. O. CXXXI, (nicht numerirt).

in ihrer Gesamtheit dazu dienen, den pedantisch ängstlichen und misstrauischen Geist der Zeit zu charakterisiren, können wir nur einer folgenschwereren und segensreicheren Maassregel gedenken. Seit dem Jahre 1733 beginnt man mit der Prüfung aller auf den binnenländischen Verkehrsstrassen zur Erhebung gelangenden Abgaben und aller Fischerei- Mühlen- u. a. den Flussverkehr hemmenden Gerechtigkeiten. Gegen 200 derselben werden aufgehoben,¹⁾ was freilich bei einer Zahl von 1500 noch nicht sehr viel besagte.

Kapitel II.

Die Physiokraten: Herbert und Quesnay.

Um das Jahr 1750 ca. erwachte der Streit um die Freigabe der Getreideausfuhr von neuem, und zwar ging er aus von der jungen soeben erst in der Entwicklung begriffenen Schule der Economisten oder, wie man sie später nannte, der Physiokraten. Das physiokratische System ist auf franz. Boden aus doppelter Wurzel erwachsen. Es ist zunächst hervorgerufen durch die seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts immer misslicher werdende Lage der Landwirthschaft in Frankreich, es ist in zweiter Linie aber ein Erzeugniss des Rationalismus. An sich fasst die Bezeichnung Economisten oder, wie man später sagte, Physiokraten eigentlich kein einheitliches System und keine einheitliche Schule in sich zusammen, einige sind alle volkswirtschaftlichen Schriftsteller, die man als Physiokraten zu bezeichnen pflegt, eigentlich nur nach der negativen Seite hin, in der Bekämpfung der merkantilistischen Bestrebungen ihrer Tage,

¹⁾ a. a. O. CXX ff.

während sich im übrigen innerhalb der sog. Schule der Physiokraten zwei Richtungen scharf abheben, die anfangs ganz getrennt marschiren, dann auf kurze Zeit zusammengehen, so dass es den Anschein gewinnt, als sollten sie mit einander verwachsen, schliesslich aber sich sogar gegenseitig mitunter in sehr scharfer Weise befehlen. Die Führer dieser beiden Richtungen waren Gournay und Quesnay.

Gournay oder, wie sein voller Name lautet, Jaques Claude Marie Vincent Seigneur de Gournay war ursprünglich Grosskaufmann. Im Jahre 1749 zog er sich von seinen Geschäften zurück. Um jedoch sein Vermögen sicher anzulegen und zugleich sich eine angesehene und einflussreiche Stellung in der Gesellschaft zu wahren, kaufte er im Jahre 1751 das Amt eines der vier Handelsintendanten. Neigung und Amt bewogen ihn, den unabhängigen und vermögenden Mann, dann dazu, allgemeinen volkswirtschaftlichen Fragen näher zu treten. Ursprünglich ging er, der frühere Grosskaufmann allein von der Bemühung aus, in die Verwaltung des Handels einen etwas freieren Zug hineinzubringen. Erst allmählich erweiterte sich ihm dann der Kreis seiner Bestrebungen und richtete er immer allgemeiner sein Augenmerk darauf, die allen Gewerben von dem damaligen Merkantilismus auferlegten Fesseln zu brechen. Erst später wurde er mit dem Rationalismus bekannt und bestrebte sich nun, seine schon früher aufgestellte Lehre vom *laissez faire et laissez passer* mit den rationalistischen Lehren von der natürlichen Freiheit und dem natürlichen Eigenthumsrecht zu stützen. Bei alledem ist Gournay stets ein Anhänger der merkantilistischen Lehre, von der profitablen Handelsbilanz und der merkantilistischen Bevölkerungspolitik geblieben. Die merkantilistischen Ziele verfolgte auch er, nur ging er mit der damals herrschenden Richtung des Merkantilismus auseinander über die Mittel und Wege, wie jene Ziele zu erstreben seien. Er selbst hat seine Lehre niemals schriftstellerisch verbreitet, wohl aber einen grossen Schülerkreis um sich versammelt, die in seinem Sinne durch die Schrift wirkten. Unter ihnen haben sich in der Ge-

schichte der Nationalökonomik einen Namen erworben: Plumart de Dangeuil, Herbert, Cliquot de Blevache, Abeille, Turgot, Morellet, Montaudouin, Forbonnais.

Einen ganz anderen Entwicklungsgang als Gournay nahm Quesnay. Obwohl geboren im Jahre 1694, trat er doch erst im Jahre 1756, also in einem Alter von mehr als 60 Jahren als ökonomischer Schriftsteller auf. Man hat Anklänge zu seinem späteren ökonomischen System zwar schon in seinem ersten, 1736 erschienenen, halb physiologisch halb psychologisch gehaltenen Werke „Essay physique sur l'Économie animale“, besonders in dem Abschnitte „La Liberté“ finden wollen. Man wird aber selbst bei aufmerksamster Lektüre solche nicht entdecken können. Ausser einer im Jahre 1747 erschienenen, erweiterten Neubearbeitung dieses Werkes hat sich Quesnay erst im Jahre 1756 auf philosophischem Gebiete wieder schriftstellerisch bethätigt in einem Artikel Évidence, welcher für die von Diderot und D'Alembert herausgegebene Encyklopädie geschrieben war. Auch in diesem Werke wird man vergeblich irgend welche Anklänge an sein späteres ökonomisches System suchen. Man kann also wohl behaupten, dass bis zum Jahre 1756 keine Schriften von ihm erschienen seien, die annehmen liessen, dass er sich jemals mit ökonomischen Fragen beschäftigt habe. Um so wunderbarer muss es scheinen, dass die Herausgeber der Encyklopädie ihn, den mehr als sechzigjährigen mit der Bearbeitung einer Reihe von Artikeln betrauten, die sich auf agrarpolitischen, finanziellem, populationistischem und handelspolitischem Gebiete bewegten. Weniger wunderbar ist dabei, dass er überhaupt zur Mitarbeit herangezogen wurde. In seiner Stellung zum Hofe, als Leibarzt des Königs und der Pompadour konnte er auch sehr leicht in persönliche nähere Beziehung zu den beiden Herausgebern der Encyklopädie treten; zudem hat der erste Artikel, den er für die Encyklopädie lieferte, der schon genannte Artikel „Évidence“ vielerlei Berührungspunkte mit seinem grossen Werke „Essay physique sur l'Économie animale“, besonders mit der erweiterten zweiten Auflage. Wunderbar aber muss es scheinen, dass er

gerade mit Arbeiten wirthschaftspolitischen Inhalts betraut wurde.

In der That war Quesnay diesen Fragen erst seit wenig mehr als einem Jahre näher getreten, und war die Veranlassung dazu zunächst eine äusserliche gewesen. Im Januar des Jahres 1755 hatte er, nachdem er wenige Jahre zuvor vom Könige geadelt worden war, weil er den Dauphin von den Blattern geheilt hatte, vom Herzoge von Nivernais eine grosse Besitzung gekauft. Seitdem war sein Interesse für volkswirthschaftliche, besonders agrarpolitische Fragen erwacht. Quesnay's Wirksamkeit als volkswirthschaftlicher Schriftsteller kann man nun, obgleich sie nur 12—13 Jahre (1756—1768) umfasst, in 3 Perioden eintheilen.

Der ersten Periode gehören an, der für die Encyclopädie verfasste Artikel „Fermiers“, der erste Theil des ebenfalls für die Encyclopädie geschriebenen Artikels „Grains“ und die für die Encyclopädie ursprünglich bestimmten, aber niemals zum Abdruck gelangten Artikel „Hommes“, „Impôts“ und „Intérêts de l'Argent“, die aber vielleicht auch schon den Uebergang zur zweiten Periode bilden. Von den drei letztgenannten sind zwei „Impôts“ und „Intérêts de l'Argent“ bisher für die Wissenschaft verloren geblieben, während der erste unter ihnen „Hommes“ im Jahre 1890 von Stephan Bauer im Manuskript aufgefunden worden ist. Auch die „Questions intéressantes sur la Population, l'Agriculture et le Commerce, proposées aux académies et autres sociétés savantes des provinces“, in der popularisirten Uebearbeitung des M. de Marivelt, eine Uebearbeitung, welche wegen der häufig dunklen Schreibweise Q's. nöthig war, zuerst von Mirabeau im vierten Theil seines „Ami des Hommes“ veröffentlicht, gehören wohl, obwohl sie später erschienen sind, nach der Zeit ihrer Abfassung in die erste Periode.

Der zweiten Periode sind zuzutheilen der zweite Theil des Artikels „Grains“, das „Tableau économique“ und „die Maximes générales du Gouvernement économique d'un Royaume agricole et notes sur ces maximes“.

In die dritte Periode endlich, die von der zweiten durch eine

schriftstellerische Pause von 6—7 Jahren getrennt ist, fallen die Schriften „Le Droit naturel,“ welche Schrift für die Entwicklung der physiokratischen Lehre von der grössten Bedeutung war, „Du Commerce,“ „Sur les Travaux des Artisans“, „Analyse du Gouvernement des Incas de Pérou,“ „Despotisme de la Chine“, eine Zusammenfassung und zugleich die Krönung seines Systems, und eine grosse Reihe von kleineren Gelegenheitsaufsätzen aus Anlass der vielen litterarischen Fehden, in welche seine grösseren Arbeiten ihn verwickelt hatten.

In der ersten Periode sind seine Schriften im Sinne Boisguilleberts rein sachlich gehalten; in ähnlicher Weise wie dieser verfißt er die Freigabe der Getreideausfuhr. Von allgemeinen Ausführungen finden sich, wie die spätere Darstellung zeigen wird, nur sehr wenige und diese sind so vorsichtig und so mässig gehalten, dass sie in dieser Fassung auch für den Gegner jeder Prinzipienreiterei diskutabel sind. In der zweiten Periode verfißt er im grossen und ganzen die gleichen wirthschaftlichen Forderungen wie in der ersten, aber seine Methode ist eine andere geworden. Er hat sich die Methode des Rationalismus auch für die Behandlung volkswirthschaftlicher Fragen zu eigen gemacht. Diese Methode geht von dem Grundsatz aus, dass es in Bezug auf die Forschung und Untersuchung keinen Unterschied gebe zwischen den sog. exakten, den logisch-philosophisch-mathematischen und den historischen Geisteswissenschaften, die sich auf dem Gebiete der menschlichen Handlungen bewegen. Die Forschungsmethode der ersteren sei darum auch auf die letzteren zu übertragen. Wie die Philosophie, die Logik und die Mathematik es thun dürfen, glaubte der Rationalismus auch in den Erfahrungswissenschaften auf Grundlage nur weniger allgemeiner Sätze durch fortgesetzte Folgerungen aus diesen Sätzen ein grosses Lehrgebäude aufzuführen zu können. Noch aber macht Quesnay nicht die philosophischen Lehren des Rationalismus von einer natürlichen Freiheit und einem natürlichen Eigenthumsrechte zur Grundlage seines volkswirthschaftlichen Lehrgebäudes, sondern volkswirthschaftliche Sätze, die speziell der von ihm

vertheidigten Sache der Volkswirthschaft nahe liegen. Erst in der dritten Periode entwickelt er, nachdem ihm die Gournay'sche Schule hierin weit vorausgegangen war, die rationalistische Lehre von der natürlichen Freiheit und dem natürlichen Eigenthum, in einem Sinne, der spezifisch geeignet war, als Grundlage seines Systems zu dienen.

Nach diesen allgemeinen einführenden Bemerkungen müssen wir uns nun begnügen, von den vielen Schriften, die in jener Zeit von den beiden Richtungen der physiokratischen Schule für die Freigabe der Getreideausfuhr veröffentlicht wurden, nur einige der markantesten zu eingehender Skizzirung ihres Inhalts auszuwählen. Am geeignetsten, dem vorliegenden Zwecke zu dienen, scheinen zu sein:

1. Herbert: „*Essay sur la Police générale des Grains, sur leur Prix et sur les Effets de l'Agriculture*“. A. Berlin 1755. Diese Schrift lässt uns am besten die Anschauungen der Gournay'schen Schule um das Jahr 1755 erkennen, während später Morellet und Turgot uns die Schule in ihrer vollen Entwicklung zeigen sollen.

2. Von Quesnay die Artikel „*Fermiers*“, „*Grains*“ und zwar beide Theile, ferner das „*Tableau économique*“ und die „*Maximes générales*.“ Als Vertreter der dritten Periode der Quesnay'schen Lehre nehmen wir besser nicht ihn selbst, der im späteren Alter in seinen Schriften meist dunkel und unklar wurde, sondern wieder Turgot und Morellet, die eine vermittelnde Richtung zwischen Gournay und Quesnay einnahmen und mit den Deduktionen beider operirten. Auch lassen uns diese beiden das endgültige Zusammenwachsen der beiden anfangs getrennten Richtungen zur physiokratischen Schule am besten erkennen.

* *

Gehen wir nunmehr zur genannten Schrift Herberts über. Die Schrift war keineswegs die erste, welche die Fesselung des Getreidehandels durch die Politik der späteren Merkantilisten

bekämpfte. Ihr sind vielmehr schon zwei andere Aufsätze aus der Schule Gournays vorausgegangen:

1. Der Artikel „Agriculture“ für die Encyclopädie von Forbonnais, der schon, wie auch später Herbert, auf die englische Getreidehandelspolitik als Vorbild hingewiesen hatte, und

2. *Remarques sur les Avantages et les Désavantages de la France et de la Grande Bretagne, traduction de l'Anglais du chevalier John Nicols*“. Die Angabe es sei das Buch eine Uebersetzung, war aber eine trügerische; es waren nur der Titel und einige Einleitungskapitel aus dem kurz vorher erschienenen Werke des Engländers Tucker übernommen; die anderen, nämlich alle allgemeiner gehaltenen Partieen, die sich nicht speziell mit den englischen Verhältnissen beschäftigten, sondern aus ihnen die verallgemeinerten Lehren zu ziehen suchten, waren selbstständig von Plumart de Dangeuil hingefügt, der sich hinter dem Pseudonym „John Nicols“ verbarg.

Die beiden Aufsätze, von Gournay unzweifelhaft in ihrer Wirksamkeit durch ein persönliches Eintreten bei den maassgebenden Behörden unterstützt, hatten, wie wir aus dem vorigen Kapitel wissen, den gewünschten Erfolg; sie führten zu dem uns schon bekannten *Arrêt du Conseil* du 17. Septembre 1754, qui permet le commerce des grains dans le royaume et leur sortie par quelques ports du Languedoc. Die neue Schrift, welche Herbert jetzt veröffentlichte, hatte einmal die Aufgabe die Angriffe abzuwehren, welche gegen jenen Staatsrathsbeschluss von verschiedenen Seiten erhoben wurden, so dass die Gefahr vorlag, er könne widerrufen werden, sodann aber auf eine Erweiterung jenes Beschlusses hinzuwirken, den die Gournay'sche Schule nur wie eine Abschlagszahlung betrachtete.

Sehen wir aus den beiden angeführten Schriften nun schon, dass die Gournay'sche Schule ihr Interesse damals auch schon auf die Entfesselung der dem Getreidehandel hinderlichen Bande gerichtet hatte, so belehrt uns die Herbert'sche Schrift, dass schon diese Schule den Satz vertrat, dass der Ackerbau die Stütze der Staaten, die Grundlage des Handels und des Wohl-

standes sei. Das Neue, was Quesnay dem hinzufügt, ist nur die eigenartige Begründung und Weiterführung dieses Gedankens durch die Lehre vom produit net.

„L'on a dit cent fois“, heisst es schon in dem avertissement, „que l'agriculture est le soutien des États et la base du commerce et de l'aisance. Que la terre bien ou mal employée et les travaux des sujets bien ou mal dirigés décident de la richesse et de l'indigence des États. La physique du climat obéit aux précautions du législateur, la terre et l'ouvrier s'animent à sa voix bienfaisante. Les fruits de la terre sont les richesses les plus réelles des nations. Tout ce que l'art fait ajouter à la nature, ne produit que des richesses de convention sujettes à la vicissitude des tems et aux caprices des usages. L'agriculture seule ne peut éprouver ces révolutions. C'est toujours de la culture des terres, c'est de cette source féconde que coulent tous les biens, dont nous jouissons et elle ne peut s'altérer sans causer des dérangemens dans toutes les parties du gouvernement.“

Verfasser stellt an die Spitze seiner Erörterungen zwei Thesen:

1. nämlich, dass Frankreich bei durchschnittlicher Ernte nicht nur fähig sei, seinen vollen Bedarf selbst zu decken, sondern dass es auch einen grossen Ueberschuss für die Ausfuhr und für die Nothjahre hervorzubringen vermöge;

2. aber, dass, wenn Frankreich trotzdem ziemlich häufig von Theuerungen heimgesucht werde, hieran allein die franz. Kornpolizei die Schuld trage.

Die erste These zu beweisen, versucht er, gestützt auf ein statistisches Werk des uns bekannten Vauban, den Nachweis zu erbringen, dass Frankreich jährlich für 25 Millionen Menschen Getreide zu erzeugen vermöge, während es nur 19—20 Millionen Einwohner habe, wenn aber der Ackerbau sich so heben werde, dass Frankreichs Ernte auf den grösstmöglichen Durchschnittsertrag gesteigert werde, was, wie er zu beweisen hoffe, bei seinem Vorschlage unfehlbar der Fall sein werde, so werde seine Durchschnittsernte sogar für ungefähr 30 Millionen ausreichend sein.

Seine zweite These zu beweisen, geht Verfasser die einzelnen von der Kornpolizei getroffenen Maassregeln durch und prüft sie auf ihre Wirksamkeit. Er bespricht zuerst die kornpolizeilichen Maassnahmen zur Regelung des Binnenhandels und hebt hier vier Punkte hervor:

1. bespricht er die Maassregeln zur Kontrolle des Getreidehandels. Sie scheinen ihm von einem unberechtigten Misstrauen gegen die Getreidehändler diktirt zu sein, denen man in der Furcht, der Getreidehandel könnte die Preise zu stark anziehen lassen, wenn man ihm keine Schranken setze, Hände und Füße binde. An das Märchen von Kornwucherern, die in Nothzeiten das Korn zurückhielten, erklärt er nicht glauben zu können. — Sicherlich findet sich hier manches Zutreffende, aber in manchen Punkten schiessen seine Ausführungen auch weit über das Ziel hinaus, so z. B., wenn er die gegen das Bönhasenthum und die heimlichen Assoziationen gerichteten Bestimmungen als Hemmnisse des regelrechten und legalen Getreidehandels hinstellt; sie waren in erster Linie gerade zum Schutze des legalen Handels getroffen, ferner aber auch in einer Zeit des wenig entwickelten Nachrichten- und Transportverkehrs durchaus nothwendig, wenn sie auch oft mit übertriebener Schärfe gehandhabt wurden;

2. bespricht er die Vorschriften, dass alles Getreide, abgesehen von dem, welches für den Privatgebrauch bestimmt war und demnach je nach der Jahreszeit einen bestimmten Umfang nicht überschreiten durfte, in öffentlichen, von den Gemeinden zu errichtenden Speichern niedergelegt würde, damit die Vorräte stets kontrollirt und festgestellt werden könnte, ob sie dem voraussichtlichen Bedarfe genügen würden und im anderen Falle die Getreidehändler, wozu sie durch ihre Konzessionsurkunde verpflichtet waren, anzuhalten, für weitere Zufuhr zu sorgen. In diese Speicher mussten auch, wie wir wissen, die fremden Kaufleute, wenn sie nach dem Stapelrechte verpflichtet waren, das in den Bannmeilenkreis gebrachte Getreide an mehreren Markttagen zum Kauf auszubieten, ihre Getreide lagern. Hierbei nahm Paris, wie uns ebenfalls schon bekannt ist, insofern eine exzep-

tionelle Stellung ein, als einerseits alles nach Paris dirigirte Getreide auf anderen Märkten dem Stapelrecht nicht unterworfen werden durfte, und andererseits alles Getreide, das den Bannmeilenkreis von Paris auf zehn Meilen im Umfange berührte, diesen Bannmeilenkreis nicht wieder verlassen durfte, und, wenn es nicht auf anderen Marktplätzen innerhalb dieses Kreises zum Verkauf gelangte, nach Paris zum Verkauf zu bringen war. Getreide, das einmal die Thore von Paris passirt hatte, durfte nicht wieder aus der Stadt entfernt werden. — Auch diese Maassregeln waren wohl unter den damaligen, wenig entwickelten Verkehrsverhältnissen durchaus nothwendig und kann ihre Bekämpfung durch Herbert kaum gerechtfertigt erscheinen;

3. wendet er sich gegen den dem Landmann auferlegten Zwang, sein Getreide innerhalb einer bestimmten Zeit nach der Ernte auf den Markt zu bringen, soweit er es nicht für seinen eigenen Bedarf und die Aussaat nöthig hatte. — Diese Vorschrift war allerdings für gewöhnliche Zeitverhältnisse nicht gerechtfertigt und gab dem Getreidehändler ein kaum zu billiges Uebergewicht über den Landwirth, ohne dass doch die Konsumenten davon einen Vortheil gehabt hätten;

4. bekämpfte er die Vorschrift, die übrigens, wie wir aus dem ersten Kapitel des ersten Haupttheils wissen, erst seit dem Jahre 1720 existirte, dass aller Getreidehandel ausnahmslos sich nur auf dem Markte vollziehen dürfe und es dem Landwirthe nicht mehr gestattet sei, sein Getreide auch von seinem Speicher und seiner Scheuer aus an die Händler abzusetzen. Dadurch verlören die Landleute häufig viele Zeit mit unnützen Kornfahren und müssten andererseits manche gute Gelegenheit zum Verkauf vorübergehen lassen. Besonders ungerecht erweise sich diese Maassregel für die in abgelegeneren Ortschaften wohnenden Landleute. — Auch diese Ausführungen treffen wohl unbedingt zu; nur darf man nicht vergessen, dass die hier erörterten Bestimmungen in gewöhnlichen Zeiten gar nicht durchführbar waren, weil dazu das für die Beaufsichtigung nöthige Beamten-

personal fehlte, welches in Zeiten der Theuerung regelmässig aus anderen Ressorts sehr stark ergänzt werden musste.

Die Besprechung der inneren polizeilichen Regelung des Getreidehandels ist damit abgeschlossen. Uebergehend zu dem Aussenhandel, sucht er zunächst in einem besonderen, „Liberté“ überschriebenen Kapitel, den Nachweis zu erbringen, dass diejenigen Länder, welche den Aussenhandel vollständig freigelassen und niemals an Ausfuhrverbote gedacht hätten, weder jemals Theuerungen noch für den Landmann ruinöse Preise gesehen hätten. Er hat hierbei dann aber das Unglück, dass unter allen den von ihm angeführten Beispielen nur ein einziges, nämlich England ist, bei dem die Verhältnisse allenfalls ähnlich lagen, wie bei Frankreich. Auf dieses Beispiel kommt er dann im Kapitel „Exemples“ noch einmal zurück.

Gehen wir auf diesen Punkt etwas näher ein, da die Physiokraten sich immer und immer wieder darauf berufen, und auch Naudé noch neuerdings in seinem Werke über die Getreidehandelspolitik der west- und mitteleuropäischen Staaten bis zum Beginn der Neuzeit sich der Ansicht der Physiokraten angeschlossen hat: „L'Angleterre“ heisst es bei Herbert (S. 146), „avait souvent éprouvé, comme la France, ces facheuses inégalités sur le prix des grains, qui découragent la culture, et font périr multitude de misérables. Elle en entrevit la cause; et commença en 1660 à permettre la sortie des grains, quand la mesure (le quarter) ne vaudrait que 24 schelins. Trois ans après, en 1663, elle n'hésita pas à en permettre l'extraction, quand la mesure ne passerait pas le prix de 48 schelins et elle chargea en même temps le bled étranger d'un droit de 5 schelins 4 deniers. En 1670 elle haussa ce droit de 5 schelins jusqu'à 16 schelins. En 1686 enfin, non content d'avoir poussé la liberté de la sortie jusqu'à 48 schelins et d'avoir accablé de droits le bled étranger, ils accordèrent une gratification de 5 schelins par mesure, payable sur le champ, pour chaque quarter de bled, qui serait embarqué pour le pays étranger, quand la mesure ne vaudrait que 48 schelins.“ Aus späterer Angabe Herberts ergibt sich dann

aber, dass die Ausfuhrprämie auch dann nicht gezahlt wurde, wenn der Getreidepreis unter 30 schelins hinabgesunken war, was für die Beurtheilung dieser Prämie von wesentlicher Bedeutung ist.

„Depuis l'an 1689“, fügt Herbert obigem Bericht hinzu, „qu'ils ont adopté cette méthode, on a point vu l'Angleterre affligée d'aucune disette, ni d'aucune cherté marquée.“ Wie steht es zunächst nun um diese Behauptung? Zunächst ist es klar, dass bei einem Schutzzoll von 16 Schilling eine Ausfuhrprämie von 5 Schilling unter normalen Verhältnissen ziemlich wirkungslos sein musste. Wenn sie aber dann bei niedrigem Preisstande sogar gar nicht gezahlt wurde, so hob das die Wirkung des Gesetzes fast ganz auf. In der That giebt Herbert selbst an, dass in den Jahren 1725—1745 im Durchschnitt jährlich nur 2 000 000 livres Prämien gezahlt seien, was auf eine jährliche Ausfuhr von 750 000 septier schliessen lässt. Erst in späteren Jahren, wo die Preise der Nachbarländer überall fast die Höhe der englischen Getreidepreise erreicht hatten, machte sich die Ausfuhrprämie geltend; in den sechs Jahren von 1746 bis 1751 führte England beinah 11 Millionen septiers Getreide aus, also beinah 2 Millionen in jedem Jahre. Diese forzierte Ausfuhr führte jedoch dazu, dass England in den folgenden Jahren und dann nach kurzer Unterbrechung noch einmal fast Theuerungspreise hatte, und dass seit 1765 eine dauernde starke Steigerung der Getreidepreise sich einstellte. Dies war also die vielgerühmte Wirkung der Ausfuhrprämie.

Aber auch die Preisschwankungen waren in England kaum geringer als in Frankreich, ja seit 1720 sogar stärker. Betrachten wir zu dem Zwecke eines Vergleiches ¹⁾ zwischen beiden Ländern zunächst die Jahre 1689—1700. In England wie in Frankreich ziehen die Preise seit dem Jahre 1689 dauernd an und erreichen ihren Höhepunkt im Jahre 1694. In Frankreich ist der Preis aber indessen auf das Vier- bis Fünffache des Anfangs dieser

¹⁾ Vergleiche die Preislisten im Anhang.

Periode gestiegen, in England auf das Zwei- bis Dreifache. Frankreich hat dann in den nächsten Jahren Preise, die für den Konsumenten nicht gerade unerschwinglich waren, während der Landwirth mit ihnen wohl zufrieden sein konnte; in England bleiben die Preise fast während der ganzen Zeit anormal hoch, wenn man den Preis von 48 Schilling gemäss dem Gesetze, was den sonstigen englischen Preisverhältnissen kaum entspricht, noch als normal betrachten will. In den Jahren 1699—1700 macht England die franz. Theuerung wieder mit, freilich wieder nicht ganz in dem Umfange wie Frankreich. Vergleichen wir dann die Jahre 1701—1710, so finden wir in Frankreich bis zum Jahre 1707 einen zuerst ziemlich schnellen dann langsameren Preissturz, bis die Preise ganz anormal niedrig sind trotz der offiziellen Freigabe der Ausfuhr, weil eben der Krieg die thatsächliche Ausfuhr hinderte. In England macht sich eine ähnliche Tendenz bemerkbar, wird aber hier zeitweise unterbrochen, weil England mit dem seebeherrschenden Holland im Bunde zu gleicher Zeit sich selbst zur Seemacht ersten Ranges zu entwickeln beginnt. Die Preise, wenn auch sehr niedrig, sind doch niemals ganz anormale. Dann macht England die französische Theuerung wieder mit. Während aber in Frankreich der Uebergang sich sehr schnell vollzieht und die Preise hier auf das Sechsfache des vordem erreichten Tiefstandes hinaufschnellen, sehen wir in England sich die Theuerung allmählich vorbereiten, so dass die Bevölkerung sich leichter in die veränderten Verhältnisse hineinfinden kann, und gehen die Preise nur bis auf das Dreifache des vordem erreichten Tiefstandes hinauf. Seltsame Preisverhältnisse finden wir dann aber in Frankreich in den Jahren 1711—1719. Während bis zum Jahre 1715 die Ausfuhr durch die Kriege noch gehemmt ist, halten die Preise sich auf einer für die Landwirthe sehr vortheilhaften Höhe, fast unmittelbar nach dem Kriege aber, wo nichts die Ausfuhr hemmt, sinken sie auf ein bis dahin noch nie dagewesenes Niveau herab. In England macht sich, wenn auch mit zeitweiligen Unterbrechungen ebenfalls eine sinkende Tendenz geltend. Wenn sie die französischen Dimen-

sionen nicht annahm, so lag das wohl weniger an der Ausfuhrfreiheit an sich, als an dem ganz exorbitant hohen Einfuhrzoll von 16 Schilling für das Quarter. Wenn in Frankreich das septier mit 9 livr. notirte, so entsprach das ungefähr einem Preise von 15—16 Schilling für das quarter, addiren wir hierzu die 16 Schilling Schutzzoll, so kommen wir fast genau auf die englische Preishöhe. Nur die Nichtgewährung des Schutzzolles, nicht die Versagung der Ausfuhr liess also damals die französischen Preise so sehr tief sinken. Dass aber Frankreich damals keinen Grund zur Gewährung eines Schutzzolles hatte, ist leicht zu ersehen. Man müsste denn etwa glauben, dass Russland heutigen Tages in der Lage sein würde, durch einen Schutzzoll seine Preise aufzubessern.

Der volle Unterschied in der französischen und der englischen Getreidehandelspolitik konnte sich eigentlich erst geltend machen seit dem Jahre 1720. Vergleichen wir nun zu dem Zwecke, die Wirksamkeit der politischen Maassnahmen beider Länder kennen zu lernen, die französischen und die englischen Getreidepreise. In der folgenden Tabelle sind die im Anhang für septiers und livres gegebenen französischen Getreidepreise auf quarter und schilling umgerechnet. Ein Quarter ist dabei auf 2,07 septiers und ein Schilling auf 1,2 livr. angesetzt, was annähernd richtig ist und die gefundenen Werte abgerundet worden, was für unseren Zweck genügt.

Ueberblicken wir diese Tabelle, so finden wir unmittelbar nach dem Ausfuhrverbot in Frankreich grosse Schwankungen. In Folge des Ausfuhrverbotes sinken zunächst die Preise ziemlich stark; dann aber tritt, wies dies schon mehrfach erwähnt wurde, auf den grossen Tiefstand eine Theuerung ein, die jedoch nicht so stark ist, wie in anderen Jahren und die Regierung nicht zu besonderen Maassnahmen veranlasst. In den Jahren bis zum Jahre 1738 hält sich dann, abgesehen von den Jahren, wo die englischen Getreidepreise anormale sind, der französische Getreidepreis immer in einem ziemlich gleichen Abstände von dem englischen Getreidepreise, so dass dieser zwischen 2—7 Schilling

Jahr	franz. Preise	engl. Preise	Differenz ¹⁾
1720	19	33	14
1721	21	32	11
1722	31	31	0
1723	44	33	— 11
1724	62	44	— 18
1725	38	41	3
1726	31	37	6
1727	21	48	27
1728	28	42	14
1729	27	32	5
1730	27	32	5
1731	31	29	— 2
1732	22	24	2
1733	18	25	7
1734	18	33	15
1735	19	38	19
1736	21	36	15
1737	24	34	10
1738	31	32	1
1739	38	33	— 5
1740	47	49	2
1741	64	42	— 22
1742	35	28	— 7
1743	19	22	3
1744	18	22	4
1745	19	24	5
1746	24	34	10
1747	26	31	5
1748	33	33	0
1749	31	33	2
1750	29	29	0
1751	33	34	1
1752	41	40	— 1
1753	33	39	6
1754	33	30	— 3

höher ist als der französische. Nur im Jahre 1731 erreicht der französische Getreidepreis einmal den englischen. Alle Anormalitäten des englischen Getreidepreises, die für die damaligen Ver-

¹⁾ Der engl. Preise zu den franz.

hältnisse hohe Steigerung in den Jahren 28 und 29, sowie 34 bis 37 macht der französische Getreidemarkt nicht mit, so dass für diese Jahre, was die Gleichheit der Preise anbetrifft, die Verhältnisse sicherlich für Frankreich die günstigeren waren. In den Jahren 39—42 wird dann freilich England viel weniger von der Theuerung getroffen als Frankreich, doch steht sein Getreidepreis im Jahre 1740, freilich nicht dem schlimmsten der ganzen 4 Jahre, höher als der französische. In den ganzen folgenden Jahren vollzieht sich aber dann eine noch grössere Angleichung der französischen Getreidepreise an die englischen, nur dass Frankreich die Theuerung, von der England im Jahre 1746 heimgesucht wird, gar nicht mitmacht und sich von der Theuerung des Jahres 1752 schneller erholt als jenes, bei dem die Theuerung auch noch im folgenden Jahre anhält. Diese Tabelle spricht also eher gegen als für die englische Getreidehandelspolitik, die unzweifelhaft mit dem exorbitant hohen Einfuhrzoll und der Exportprämie ebenso einseitig die agrarischen Interessen vertrat, wie Frankreich die industriellen. Bisher gelangen wir also nicht zu dem Resultat, dass das englische Beispiel ein so besonders glücklich gewähltes gewesen sei.

Doch hören wir, was Herbert weiter anzuführen hat. „Il est prouvé“, fährt er fort, „au contraire, que les grains avant cette époque, étaient plus chers en Angleterre, que depuis qu'ils ont éloigné le bled étranger et poussé le leur au dehors“. Zu dem Zwecke, dieses zu beweisen, vergleicht er den Durchschnittspreis der Jahre 1646—1688 mit dem der Jahre 1689—1731 und findet, dass sie sich verhalten wie 112:100;¹⁾ für die folgenden 23 Jahre findet er dann noch eine weitere Herabsetzung von 100 auf nicht ganz 79.

Wie aber nun, wenn wir eine ähnliche wenn auch nicht ganz so starke Preisherabsetzung für Frankreich konstatiren

¹⁾ Im Text sagt er dabei ohne jedes Bedenken „le prix commun a baissé de plus d'un cinquième (?); ce qui est constaté par des calculs authentiques, que nous rapporterons ci-après“.

können; denn etwas geringer werden wir sie freilich erwarten müssen, da die französischen Preise sich allmählich den höheren englischen Preisen angleichen. Stellen wir nun aber dieselben Verhältnisszahlen für Frankreich fest, so erhalten wir, wie 26,51 : 23,42 : 17,39 oder 112 : 100 : 74. Trotzdem also Frankreichs Preise, sich denen Englands angleichen, stellt sich dennoch das Verhältniss für Frankreich noch günstiger als für England, weil Frankreich nicht so häufig an eine Theuerung angrenzende Preise hatte als England. Die Beweisführung Herberts muss also auch in diesem Punkte als missglückt angesehen werden, womit dann auch alle von ihm gezogenen Folgerungen in sich zusammenfallen.

Kehren wir nunmehr zu unserm Schriftsteller zurück.

Herbert geht dann auf die kornpolizeilichen Maassnahmen zur Regelung des auswärtigen Getreidehandels näher ein und scheidet hier wieder zwischen Aus- und Einfuhrhandel.

Wir wissen, dass die Einfuhr seit 1754 unter dem Vorbehalt des Widerrufs nur in einigen Häfen der Languedoc freigegeben war; freilich waren diese Häfen, nachdem England durch einen hohen Zoll verschlossen war, und auch die Niederlande seit Kurzem begonnen hatten, einen Einfuhrzoll zu erheben, für Frankreich die wichtigsten Ausfuhrhäfen. In allen anderen Häfen herrschte noch das Permissionswesen, dessen grosse Umständlichkeit wir schon kennen. Die Behörden der Ausfuhrhäfen konnten die Ausfuhrerlaubniss nicht direkt ertheilen. Sie gaben die Gesuche vielmehr zunächst an die vorgesetzte Provinzialbehörde und diese dann weiter an die Pariser Zentralbehörde, wobei sie jedesmal über die Preisverhältnisse in ihrer Provinz zu berichten hatten. Auf demselben Instanzenwege ging der Bescheid dann an den Antragsteller zurück. Bei der bekannten Schnelligkeit, mit der „gründliche“ Behörden zu arbeiten pflegen und damals erst recht arbeiteten, bei der geringen Entwicklung des Estafettenverkehrs, musste dabei selbstverständlich stets sehr viel Zeit verloren gehen, so dass der betreffende Händler nach Bewilligung des Gesuches dann oft gar nicht mehr

in der Lage war, von der Konzession Gebrauch zu machen, weil die günstigen Marktverhältnisse, auf die er gerechnet hatte, schon von anderen ausgenutzt waren. Durch diese Umständlichkeit und Unsicherheit liessen sich die meisten in Betracht kommenden Kaufleute abschrecken, überhaupt dauernde Handelsverbindungen anzuknüpfen, und eine vorübergehende Ausnutzung günstiger Chancen war auch nur selten. Dazu kam, dass dieses System zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Punkten sehr verschieden gehandhabt wurde, je nachdem wie die meist sehr häufig wechselnden Provinzial- und Zentralbehörden mit mehr oder minder grosser Liberalität den Gesuchen um Ausfuhr Gehör zu schenken bezw. dieselben zu befürworten bereit waren. So fand denn bald ein Ueberausverkauf statt, konnten bald die Landwirthe ihren Ueberschuss absolut nicht losschlagen. Beides wirkte gleich schädlich, beides trug sehr dazu bei, dass auf gute Ernten bald schlechte Jahre folgten. Konnte nämlich in guten Jahren der Landmann seine Ernten nicht zweckmässig verwerthen, sondern musste den Ueberschuss zum Branntweinbrennen, Bierbrauen und Verfüttern verwenden, soweit er ihn nicht geradewegs musste verkommen lassen, so entmuthigte ihn das derart, dass er in den nächsten Jahren die Anbaufläche sehr einschränkte. Fiel dann zu der Einschränkung der Betriebsfläche auch die Ernte weniger reichlich aus, weil in den vorangegangenen Jahren wegen der durch die günstigen Witterungsverhältnisse verursachten guten Lösung der Nährfaktoren dem Boden sehr viele fruchtbildende Substanzen entzogen waren, die bei der ungenügenden Düngung durchaus noch nicht wieder ersetzt waren, weil ferner die Landwirthe auch weniger tief und gründlich gepflügt hatten, so waren Hungersnoth und Theuerung die Folgen. Waren andererseits bei grossem Entgegenkommen der Behörden die Ausfuhrgelegenheiten günstige, so kam es meist zu einem Ueberausverkauf, bei dem dem Landmann oft nicht einmal das zur Aussaat genügende Getreide blieb, geschweige denn, dass man an eine Nothreserve für das kommende Jahr gedacht hätte. Kamen dann die Jahre mit schlechten Ernten — und solche konnten,

wie wir oben sahen, kaum ausbleiben — so waren wiederum Hungersnoth und Theuerung die Folge. In den Jahren 1720—54 sehen wir diesen Vorgang sich zweimal um 1725 und um 1741 in markanter Weise vollziehen.

Alle die geschilderten Zustände erkannte Herbert klar und deutlich und wollte ihnen durch eine einheitliche, von dem Gutdünken (*arbitraire*) der jeweiligen Beamten völlig unabhängige, d. h. durch eine gesetzliche Regelung abhelfen, die an Stelle der damals geltenden verwaltungsmässigen Regelung treten sollte. Zu diesem Zwecke schlägt er darum einen nach den Pariser Preisen sich richtenden Skalenzoll für die Getreideausfuhr vor, der einen bestimmten Bruchtheil des Pariser Getreidepreises betragen und innerhalb nicht zu grosser Perioden für alle Ausfuhrplätze gleichmässig bestimmt werden sollte.

So treffend die Herbert'schen Beobachtungen hier im Einzelnen sind, so war doch die von ihm gesuchte Begründung der von ihm beobachteten Erscheinungen eine zu einseitige, und hiess der von ihm gemachte Vorschlag, den Teufel durch Beelzebub austreiben. Man wird sehr bezweifeln dürfen, ob das Permissionswesen mit seiner grossen Umständlichkeit und seiner unregelmässigen willkürlichen Handhabung die einzige Ursache zu den oben beschriebenen scharfen Schwankungen zwischen guten Jahren und Theuerungen gewesen sei. Wir können jene von Herbert seiner Zeit gemachte Beobachtung, dass gute Ernten entweder einen zu starken Ausverkauf von Getreide oder aber bei geringer Absatzmöglichkeit eine sehr starke Einschränkung der Anbaufläche zur Folge haben, noch heute in Amerika und Russland machen und erkennen heute klar, wie diese Erscheinungen durch die Weltmarktverhältnisse geboten sind. Freilich verstärkte das Permissionswesen in Frankreich wohl derartige ungesunde Schwankungen, anstatt ihnen zu begegnen, wie beabsichtigt war. Es hatte also wohl gerade die entgegengesetzte Wirkung, die es haben sollte. Dass ferner der Vorschlag des Verfassers, durch ein sehr komplizirtes Zollskalensystem den Ausfuhrhandel zu regeln, hiess, den Teufel durch Beelzebub aus-

treiben, bedarf wohl heute keiner Begründung mehr. Jeder mit dem Getreidehandel einigermaassen Vertraute weiss, dass damit der wildesten Spekulation Thor und Thür geöffnet worden wäre.

Uebergehend zu dem Getreideeinfuhrhandel, erweist sich Herbert auch hier wieder als ein sehr scharfer Beobachter. Nach den damaligen französischen Verhältnissen war in der That, wie er es schildert, eine Getreideeinfuhr nur dann möglich, wenn durch kgl. Ordonnanzen bestimmte Korporationen direkt damit beauftragt wurden. Verfasser verlangt völlige Freigabe des Einfuhrhandels und Regelung desselben durch ein Zollskalen-system. Hierbei übersieht er nun wohl, dass unter den damaligen Verhältnissen für den Getreidehändler an regelmässige Handelsverbindungen mit dem Auslande zum Zwecke der Einfuhr überhaupt noch nicht zu denken war, dass solche vorübergehend nothwendig werdenden Handelsverbindungen sich sehr schwer anknüpfen liessen, und dass darum die einzelnen Händler nur schwer dafür zu haben waren, so dass die Regierung geradewegs gezwungen war, bestimmte Korporationen mit der Einfuhr zu beauftragen und ihnen dafür bestimmte Vergünstigungen zu gewähren, weil sonst an eine genügende Einfuhr auch in Theuerungszeiten überhaupt nicht zu denken war.

Wenn Herbert am Ende zu dem Ergebniss gelangt, die Franzosen erhielten bei der Getreideausfuhr zu geringe Preise und müssten bei der Einfuhr zu hohe Preise zahlen, und hierfür dann die Regierung verantwortlich macht, so möchte er insofern Recht haben, als die Maassnahmen der Regierung diese Missstände eher verschärften als verringerten; andererseits aber waren diese Misstände doch durch die Verhältnisse selbst bedingt, weil Frankreich damals in einem Uebergangsstadium begriffen war, wo es sowohl für den Ausfuhr- wie für den Einfuhrhandel schwer war, regelmässige Handelsverbindungen anzuknüpfen, weil weder an eine regelmässige Ausfuhr noch an eine regelmässige Einfuhr zu denken war. Konnten aber Ein- und Ausfuhr nur unregelmässige sein, so waren die mit einer solchen Unregelmässigkeit verknüpften Missstände unvermeidlich. Die Maassregeln freilich,

welche die Regierung ergriffen hatte, um diesen Missständen zu begegnen, verschärften sie, anstatt sie zu beheben und zu mildern.

Wir verlassen damit Herbert und wenden uns Quesnay zu.

* *

Die erste hierher gehörige Schrift Quesnay's ist der im sechsten Bande der „Encyclopédie“ 1756 erschienene Artikel „Fermiers“: Die Schrift ist noch weit entfernt von den allgemeinen Prinzipien und Maximen, mit denen Quesnay später sichtet. Es findet sich in diesem ganzen Artikel nur eine allgemein gehaltene Behauptung, die ausserdem noch derartig vorsichtig gefasst ist, dass man ihr wohl zuzustimmen vermag; „Fermiers“, beginnt der Artikel, „sont ceux qui afferment et font valoir les biens des campagnes et qui procurent les richesses et les ressources les plus essentielles pour le soutien de l'État: ainsi l'emploi du fermier est un objet très important dans le royaume et mérite une grande attention de la part du gouvernement.“ Damit ist doch ganz etwas anderes behauptet, als wenn Dupont de Nemours, der sich einen Schüler Quesnays nannte, 13 Jahre später schrieb: „La terre et les eaux sont les seules sources d'où le travail de l'homme peut retirer des richesses, et les travaux qu'on a confondus sous le nom générique des travaux d'industrie, ne font que s'exercer sur les richesses déjà produites sans y rien ajouter“.

Das zeigt uns gewissermaassen den Anfangs- und den Endpunkt der Bahn, welche die physiokratische Lehre in ihrer Entwicklung durchläuft.

Nach der einen sehr vorsichtigen allgemein gehaltenen Behauptung¹⁾ geht Quesnay sofort auf die französischen Verhältnisse

¹⁾ Ausserdem findet sich nur noch eine einzige etwas allgemeiner gehaltene Bekämpfung der merkantilistischen Bestrebungen seiner Zeit, die aber selbst heute noch schwerlich mit Erfolg angefochten werden möchte. (Ed. Aug. Oncken. Berner Beiträge zur Geschichte der Nationalökonomie S. 189) „Les manufactures et le commerce entretenus par les désordres du luxe, accu-

seiner Zeit über und lässt auch seinen Leser keinen Augenblick im Zweifel darüber, dass er nur diese im Auge habe. Er fährt nämlich fort: „Si on ne considère l'agriculture en France que sous un aspect général, on ne peut s'en former que des idées vagues et imparfaites . . . ce coup d'oeil ne nous instruit pas du produit des récoltes, ni de l'état de la culture et encore moins des profits qu'on peut retirer des bestiaux et des autres parties

mulent les hommes et les richesses dans les grandes villes, s'opposent à la mélioration des biens, dévastent les campagnes, inspirent du mépris pour l'agriculture, augmentent excessivement les dépenses des particuliers, nuisent au soutien des familles, s'opposent à la propagation des hommes et affaiblissent. La décadence des empires à souvent suivi de près un commerce florissant. Quand une nation dépense par le luxe ce qu'elle gagne par le commerce, il n'en résulte qu'un mouvement d'argent sans augmentation réelle de richesses. C'est la vente du superflu qui enrichit les sujets et le souverain. Les productions de nos terres doivent être la matière première des manufactures et l'objet du commerce: tout autre commerce qui n'est pas établi sur ces fondements est peu assuré; plus il est brillant dans un royaume, plus il excite l'émulation des nations voisines et plus il se partage. Un royaume riche en terres fertiles ne peut être imité dans l'agriculture par un autre qui n'a pas le même avantage. Mais pour en profiter, il faut éloigner les causes qui font abandonner les campagnes, qui rassemblent et retiennent les richesses dans les grandes villes. Tous les seigneurs, tous les gens riches, tous ceux qui ont des rentes ou des pensions suffisantes pour vivre commodément fixent leur séjour à Paris ou dans quelqu'autre grande ville où ils dépensent presque tous les revenus des fonds du royaume. Ces dépenses attirent une multitude de marchands, d'artisans, de domestiques et de manouvriers: A cette mauvaise distribution des hommes et des richesses a-t-on d'abord beaucoup contribué en protégeant plus les citoyens que les habitants des campagnes . . . Le commerce paraît florissant dans les villes, parce qu'elles sont remplies de riches marchands. Mais qu'en résulte-t-il, sinon que presque tout l'argent du royaume est employé à un commerce qui n'augmente point les richesses de la nation? Si une partie des richesses immenses qu'il retient et dont l'emploi produit si peu au royaume, était distribué à l'agriculture, elle procurerait des revenus bien plus réels et plus considérables. L'agriculture est le patrimoine du souverain: toutes ses productions sont visibles; on peut les assujettir convenablement aux impositions; les richesses pécuniaires échappent à la répartition des subsides, le gouvernement n'y peut prendre que par des moyens onéreux à l'État.“

nécessaires de l'agriculture . . . Les différentes manières de traiter les terres . . . ce sont les différentes sortes de culture qu'il faut bien connaître pour juger de l'état actuel de l'agriculture dans le royaume.“ So spricht doch wohl schwerlich ein Mann, der von dem hohen Werth der Prinzipien durchdrungen ist, so kann nur ein Mann sprechen, der den vollen Werth der Erfahrung und der eigenen Beobachtung erprobt hat. Dann kommt, wie wir also gesehen haben, nur für Frankreich berechnet, die bekannte Schilderung zwischen der Ergiebigkeit der Landwirthschaften, welche mit ausreichendem Kapital arbeiten, und derjenigen, qui n'ont pas les avances pour faire bien valoir les domaines qu'on leur confie.

Die Gründe hierfür sieht Quesnay, indem er, wohl verstanden, nur die französischen Verhältnisse seiner Zeit im Auge hat und den Leser hierüber nie im Unklaren lässt, in verschiedenen Punkten:

1. „Les terres sont communément cultivées par des fermiers avec des cheveaux (la grande culture des grains) et par des métayers avec des boeufs (la petite culture des grains).“ Dann folgt eine sehr eingehende Berechnung, dass der Gebrauch der Pferde bei der Feldbestellung vortheilhafter sei, als der von Ochsen. Letztere könnten aber von den métayers deshalb nicht benutzt werden, weil sie einerseits selbst nicht die Mittel auf-treiben könnten, sich ein eigenes Gespann zu halten, und weil andererseits der Grundherr nicht wagen könnte, ihnen Pferde anzuvertrauen, welche einer viel sorgsameren Pflege bedürften als die Ochsen.

2. „Les métayers négligent tellement la culture que, si le propriétaire n'y apporte pas d'attention, la plus grande partie reste en friche.“ Da der Theilbauer die Hälfte seiner Erträge abgeben müsse und andererseits fast gar keine persönlichen Ausgaben habe, weil alles der Boden, die Ochsen, die Geräthschaften, das Haus, der Lebensunterhalt bis zur ersten Ernte ihm vom Herrn gegeben würden, so habe er kein Interesse daran, mehr

zu ernten als das Doppelte des für seinen eigenen Lebensunterhalt nöthigen Ertrages.¹⁾

Manches freilich sei hier schon insofern besser geworden, als man in vielen Gegenden von der Halbtheilung abgesehen habe und dazu übergegangen sei, que les métayers leur payent un revenu en argent; mais ce revenu est fort modique.

3. „Les propriétaires n'osent pas ordinairement leur confier des troupeaux de moutons.“ So entgehe dem Boden fast jede Düngung; denn der Ochse, der nur im Winter im Stall gehalten werde, im Sommer aber Tag und Nacht auf der Weide sei, liefere nicht genug Dung. Die fermiers gebrauchten zugleich den Stallmist der Pferde und den Dünger der Schafe. Daher komme es auch, dass der métayer fast durchgängig noch immer Zweifelderwirthschaft mit abwechselnder Brache habe, der fermier Dreifelderwirthschaft mit Brache nur im dritten Jahre, indem er das Feld in einem Jahr mit Winterkorn, im zweiten mit Sommerkorn bestelle und im dritten brach liegen lasse. Dazu komme aber noch, dass der fermier von der rationellen Schafzucht, zu der er sein Weideland benutze, nicht nur einen reichlicheren Fleischertrag habe als der Theilbauer von den Ochsen, sondern auch noch den grossen Ertrag von der Wolle der Schafe, mit dem

¹⁾ Aus späterer, wie es scheint, sehr zuverlässiger Darstellung Quesnay's ergiebt sich folgende Zusammenstellung:

Im Durchschnitt erntet der métayer für 100 ausgesäete Körner	680 Körner
davon werden zurückbehalten für die nächste Aussaat	100 „
werden als Zehnt an die Kirche geliefert	65 „
Es bleiben mithin für den propriétaire und den métayer	<u>515 Körner</u>

Davon erhält jeder 255 Körner. Von seinem Antheil muss der métayer aber noch die Taille bezahlen, wozu der Geldwerth von ungefähr 25 Körnern nöthig ist, so dass dem métayer im Durchschnitt 230 Körner bleiben. Dieser rechnungsmässige Durchschnitt ist aber thatsächlich noch etwas grösser, denn in schlechten Jahren kann der propriétaire dem métayer nicht die volle Hälfte abnehmen, sein Durchschnittsertrag vermindere sich also etwas, während der des métayer sich um ebensoviel hebe. Durchschnittlich könne man annehmen, dass für je 100 ausgesäete Körner der propriétaire 245 und der métayer 245 Körner erhalte.

der Ertrag der Rinderhäute in keiner Weise wetteifern könne. Endlich trügen die besser bestellten Felder des fermier durchschnittlich das 11., der schlechter bestellte Boden des Theilbauers nur das 7.¹⁾ Korn ein. Die Rentabilitätsberechnung zwischen der Bewirthschaftung durch die fermiers und durch die métayers stelle sich also folgendermaassen: Der Theilbauer gewinne von seinem Boden auf dem arpent, wenn man annehme, dass ein halb septier zur Bestellung nöthig sei, was im Allgemeinen zutreffe, in sechs Jahren: $3 \cdot \frac{3}{4} \cdot 2,9$ ²⁾ = 6,5 septiers Brotgetreide und $3 \cdot \frac{1}{4} \cdot 2,9 = 2,1$ septiers menus grains, die er aber in seinem landwirthschaftlichen Betriebe verbrauche, theils als Zukost zur Grasfütterung, während der Bestellungszeit und in den Wintermonaten, theils zur Mästung von Federvieh; den letzteren Betrag wolle er darum gleich abrechnen. Der fermier gewinne $2 \cdot 1 \cdot 5 = 10$ septiers Brotgetreide und $2 \cdot 1 \cdot 5 = 10$ septiers menus grains; von denselben müssten aber, der obigen Rechnung entsprechend, $1\frac{1}{2} \cdot 5 = 7,5$ septiers menus grains als nothwendig zur Pferdefütterung, zur Mästung der Schafe und des Federviehs abgezogen werden. Die Rechnung stelle sich also 6,5 septiers Brotgetreide gegen 10 septiers Brotgetreide und 2,5 septiers menus grains. Setzte man den Werth der menus grains auf die Hälfte des Brotgetreides an, was im Durchschnitt eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein möge, so stelle sich der Werth wie 6,5 : 11,25. Nun sei aber der Werth des vom fermiers gewonnenen Getreides, seines grösseren Mehlgehaltes wegen, durchschnittlich um $\frac{1}{5}$ höher als derjenige des vom métayer gewonnenen Brotgetreides. Das Rentabilitätsergebniss sei also schliesslich 6,5 : 13,25. Dazu komme noch der Mehrertrag aus der Schafzucht gegenüber der Rinderzucht, so dass man ohne Bedenken behaupten könne, die Bewirthschaftung durch die fermiers sei doppelt so rentabel, wie diejenige durch die métayers.³⁾

¹⁾ Genauer das 6, 8. Korn.

²⁾ Das Saatgetreide ist hier, wie weiter unten, in Abzug gebracht.

³⁾ Für die Richtigkeit dieser Behauptung an sich spricht sehr viel; nur

Nach diesem Schlussergebniss stellt Quesnay es nun als das für die französische Landwirthschaft erstrebenswerthe Ziel hin, die métayers überall durch fermiers zu ersetzen. Sei dieses Ziel überall erreicht, so würde man, auch unbesorgt um die ausreichende Versorgung des Volkes mit Brotgetreide ungefähr ein Sechstel des jetzt zum Getreidebau benutzten Bodens dieser an sich für den betreffenden Boden unrationellen Bewirthschaftung wieder entziehen und ihn, wozu er sich mehr eigne, in rationell gepflegte Wiesen und in Weinberge umwandeln können.

Dieses zu beweisen, stellt er folgende Rechnung auf: Jetzt sei von dem mit Getreide bebauten Lande $\frac{1}{6}$ in Händen von fermiers, $\frac{5}{6}$ in Händen von métayers. Nach der obigen Rechnung ergebe sich folgendes Verhältniss des Ertrages, wenn einerseits alles Land in die Hände von fermiers gegeben würde und andererseits das Getreideland um $\frac{1}{6}$ eingeschränkt würde.

$$\begin{array}{lcl} \text{Gegenwärtig} & \frac{1}{6} \cdot 12 + \frac{5}{6} \cdot 6,5 & = 7,4^1) \\ \text{Nach der Reform} & \frac{5}{6} \cdot 12 & = 10 \end{array}$$

Nun hofft aber Quesnay auf demselben Wege der zur Umwandlung alles métayer-Landes in fermiers-Land führen soll, es auch zu erreichen, dass auch der Ertrag des fermiers-Landes sich durchschnittlich um $\frac{1}{5}$ heben würde und erhält $\frac{7,4}{12}$ d. h. der Mehlertrag der Ernte soll trotz der Verminderung der Fläche um $\frac{1}{6}$ sich um ca. 60 % vermehren.²⁾

übersieht Quesnay bei der späteren Nutzanwendung derselben, dass die Bewirthschaftung durch die fermiers sich überall auf dem besseren Boden, diejenige durch die métayers sich überall auf dem schlechteren Boden fand, so dass durch die obige Rechnung noch keineswegs bewiesen war, dass durch eine vollständige Verdrängung der métayers durch die fermiers sich überall der Ertrag des bisher von diesen bebauten Landes verdoppeln musste; das nimmt aber Quesnay bei seinen späteren Berechnungen an.

¹⁾ Oben hatten wir als Kornerntrag 10:6,5; nun sollte aber das Korn der fermiers um $\frac{1}{5}$ mehlhaltiger sein, wir erhalten also für den Mehlertrag das Verhältniss von 12:6,5.

²⁾ Ueber den Grundfehler dieser Berechnung siehe die vorletzte Anmerkung.

Quesnay erwartet also von der vollständigen Verdrängung der fermiers durch die métayers:

1. Eine Vermehrung der Gewinnung von Brotgetreide um ca. 60 %.
2. Eine Vermehrung der Gewinnung von menus grains um mehr als das Doppelte.
3. Eine Vermehrung der Fleischproduktion durch den Uebergang von der Rindviehzucht zur Schafzucht.
4. Eine Vermehrung der Fleischproduktion durch die Anlage rationell gepflegter Wiesen.
5. Eine Vermehrung der Wollgewinnung, die jetzt sehr gering sei, während die Gewinnung von Rindleder wegen der rationellen Wiesenkultur kaum zurückgehen werde.
6. Eine Vermehrung aller Gartenprodukte durch Vermehrung des Gartenlandes.
7. Eine Vermehrung der Weingewinnung, die er als sehr bedeutend anschlägt.
8. Eine Verminderung der Produktionskosten durch Uebergang vom Gebrauch der Ochsen zum Gebrauch der Pferde.
9. Eine Verminderung der Produktionskosten in Folge der Verdrängung der schlecht arbeitenden métayers durch beaufsichtigte und besser angeleitete Arbeiter der fermiers.

Der Reinertrag der Landwirthschaft würde sich dadurch nach Quesnay heben um ca. 900 Millionen Frcs., davon kämen:

auf die Vermehrung der Korngewinnung	300 Mill. Frcs.
auf die Vermehrung der Fleischproduktion	400 „ „
auf die Vermehrung der Wollgewinnung	60 „ „
auf die Ausdehnung des Garten- und Weinbaus	40 „ „
auf die Verminderung der Produktionskosten	100 „ „
	900 Mill. Frcs.

Wie sei nun dieser Uebergang von der métayers- zur fermiers-Wirthschaft zu erreichen? Man müsse dafür sorgen, dass für die kapitalkräftigeren Elemente im Lande die Landwirthschaft wieder einen grösseren Anreiz gewinne, dazu wären aber nöthig

gesicherte Steuerverhältnisse und wenn auch nicht viel höhere, so doch gleichmässigere Preise. Darum fordert Quesnay:

1. dass die *taille* fest geregelt und nicht mehr arbiträr sei, und ihre Erhebung auf Grund einer Selbstdeklaration der *tailles* beruhe,

2. die dem Handel auferlegten Schranken nach Möglichkeit behoben würden; darum solle das Ausfuhrverbot nur unter den zwingendsten Gründen erfolgen, und alle den Verkehr im Innern hemmenden Abgaben beseitigt werden. Der Landmann solle sein Getreide jederzeit verkaufen dürfen, ohne erst gezwungen zu sein, damit den Markt zu beziehen. Im Uebrigen will er, im Gegensatz zu den späteren Physiokraten, hier noch nicht die Getreidepolizei beseitigt sehen.

Wie alle Liberalen beruft sich auch Quesnay mit seiner Forderung, die Theilbauern durch Pächter abzulösen, auf das Beispiel Englands; ebenso schwebt ihm dieses Land vor bei seiner Forderung nach möglichster Freiheit des Binnen- und Aussenhandels mit Getreide. Er sieht hier aber den Vortheil weniger, wie der uns schon bekannte Herbert, in den niedrigen Preisen, welche durch die Ausfuhrerlaubniss erzeugt werden sollten, wie in den gleichmässigen Preisen: „*A cause de la liberté du commerce, il n'y a point eu des variations excessives dans le prix des différentes années, la nation n'essuie ni disette ni non-valeurs.*¹⁾ Cette régularité dans le prix des grains est un grand avantage pour le soutien de l'agriculture, parceque le laboureur, n'étant point obligé de garder ses grains, peut toujours par le produit annuel des récoltes, faire les dépenses nécessaires pour la culture“.

Auch bei ihm findet sich wieder die Behauptung, dass auf

¹⁾ Schon oben S. 174 und 175 wurde der Nachweis zu erbringen versucht, dass England in der Zeit von 1720—1754 mehr Preisschwankungen habe durchmachen müssen als Frankreich. Unmittelbar die nächste Zeit zeigte dann wieder sehr starke Preisschwankungen, so dass die Behauptung Quesnays auf nicht minder schwachen Füßen stand, wie diejenige Herberts. S. Anhang.

Jahre mit billigen Preisen bald Theuerungsjahre zu folgen pflegten; denn nach mehreren sog. guten Jahren folge gewöhnlich eine Einschränkung der Getreidefläche, dazu erschöpfe sich der Boden meist durch mehrere gute Jahre, so folgten auf gute Jahre fast stets Jahre mit schlechteren Erträgen. Ganz irrig sei es aber zu glauben, dass durch das Ausfuhrverbot dafür gesorgt sei, dass in den Jahren mit reichen Erträgen Vorräthe für die schlechten Jahre hinterlegt würden. Der Landmann verfüttere in jenen Jahren lieber einen grossen Vorrath ins Vieh, besonders zur Hammelmast; er komme so besser zu seinem Gelde, als wenn er sein Korn erst ausgedroschen und dann auf den Markt gebracht hätte. „On estime, année commune, que les récoltes produisent du blé environ pour deux mois plus que la consommation d’une année: mais l’estimation d’une année commune est établie sur les bonnes et les mauvaises récoltes, et on suppose la conservation des grains que produisent de trop les bonnes récoltes. Cette supposition étant fausse, il s’ensuit que le blé doit revenir fort cher, quand il arrive une mauvaise récolte.“ Da nun nicht nur kein Vorrath angehäuft sei, sondern der schlechte Preis der letzten Jahre den Landmann a fait négliger la culture, so folgten auf mehrere Jahre mit billigeren Preisen sehr häufig Jahre mit Theuerungspreisen. Durch das Niedrighalten der Preise Sorge man also auch nicht für den Arbeiter in der Stadt; denn dieser müsste das, was er in guten Jahren zu wenig zahle, in schlechten Jahren sehr reichlich zuzahlen, ohne dass dann jedoch der Landmann in den theuren Jahren für die vorangegangenen Jahre entschädigt würde; parcequ’il en a peu à vendre dans les mauvaises années.¹⁾

„Le prix commun qu’on forme des prix de plusieurs années n’est pas une règle pour lui; il ne participe point à cette compensation qui n’existe que dans le calcul à son égard.“

Dann kommt zum Beweis dessen, dass der Landwirth in

¹⁾ Dies stimmt sehr wenig zu der später von ihm aufgestellten Behauptung, dass der Landmann an schlechten Ernten interessirt sei.

Die relative Berechtigung dieser Behauptung, soweit sie in Opposition zu der damaligen Ausfuhrpolitik der franz. Regierung aufgestellt wurde, kann zugegeben werden, ohne dass damit auch zugegeben ist, dass allein nur die Ausfuhr- und Steuerpolitik der Regierung die Schuld an den schlechten Absatzverhältnissen für das franz. Getreide getragen habe; diese waren zum grossen Theil auch darin begründet, dass Frankreich den neuen Konkurrenzländern, besonders den osteuropäischen auf dem Markte nicht mehr voll gewachsen war.

Doch sei dies, dass die Ertragsfähigkeit des Bodens in den meisten Jahren nicht gehörig ausgenutzt werde und ein sehr bedeutender Theil des im Lande gewonnenen Getreides in einer durchaus zweckwidrigen Weise angewandt werde, nicht der einzige Schaden, welcher dem ganzen Lande aus der falschen Ausfuhrpolitik der Regierung erwachse. Auch abgesehen davon, dass der Arbeiter in der Stadt, ohne dass der Landmann davon einen Vortheil habe, in Theuerungsjahren Preise bezahlen müsste, die den Durchschnittspreis für ihn doch zu einem ziemlich hohen machten, werde er auch dadurch noch geschädigt, dass die übrigen Lebensmittel sehr vertheuert würden; denn, wenn der Hauptzweig der Landwirthschaft Noth leide, müssten auch die übrigen Erwerbszweige der Landwirthschaft davon ergriffen werden. „La viande, le beurre, le fromage, les oeufs, les légumes etc. etc. etc. sont à prix très extraordinaires et très exorbitants. Das würde alles sehr viel billiger werden, wenn man auf Hebung der Viehzucht und auf Anlegung von Kulturgärten sehe, wozu freilich reichlicher Mist gehöre. Was der städtische Arbeiter an Auslagen für Getreide spare, wenn er im Durchschnitt der Jahre überhaupt daran spare, das setze er hier reichlich wieder zu. Auch die Kleidung würde ihm vertheuert, indem man nicht darauf sehe, durch Hebung der Wollzucht die Gewinnung des Rohproduktes für die einheimische Textilindustrie zu fördern; so sei der Vortheil, welchen der städtische Arbeiter von billigen Getreidepreisen haben solle, nur ein eingebildeter; er werde im Gegentheil dadurch ebenso benachtheiligt wie der

Landwirth; unter zu billigen Getreidepreisen leide eben das ganze Land. Zudem komme noch, dass der nicht kaufkräftige Landwirth auch geringere Bedürfnisse habe, und so dem Industriearbeiter die beste und sicherste Absatzquelle genommen werde, welche in Frankreich stets allein nur die gesicherte Grundlage einer blühenden Industrie bilden könne; denn wo in einem Lande der grösste Erwerbszweig leide, da müssten alle anderen Berufe davon nothwendig mitergriffen werden; der wichtigste Erwerbszweig werde aber für Frankreich stets der Ackerbau bleiben.¹⁾ Genügende Getreidepreise würden darum dem ganzen Lande zum Vortheile gereichen.

Die missliche Lage der Landwirthschaft habe aber auch dazu geführt, dass selbst viele fermiers sich der Bestellung mit Ochsen zugewandt hätten, dadurch würden viele paysans²⁾, welche auf ihrem kleinen Landgute nur l'avoine, l'orge, le blé noir, les pommes de terre et d'autres produits de vil prix bauten, aller Nebeneinnahmen beraubt. Sie könnten sich auf dem flachen Lande nicht halten, ihre Zahl schmelze sehr zusammen, in den Städten aber mehre sich das arbeitslose Proletariat, während das Land ringsum mehr und mehr entvölkert werde. Auch treibe die Entwicklung auf Aufsaugung der petits seigneurs durch die grands seigneurs hin, weil die kleinen Herren von den veringerten Abgaben nicht mehr leben könnten; ein hungernder, lungernder, missgestimmter kleiner ländlicher Adel werde dadurch geschaffen,

¹⁾ Nach der bisherigen Geschichte Frankreichs war er wohl berechtigt, diese letztere Behauptung aufzustellen. Im Uebrigen findet sich in diesem Zusammenhang ein Satz, der als Beweis dafür angeführt werden könnte, dass Quesnay schon in diesem Aufsatz jene verallgemeinernten Phrasen und Doktrinen der späteren Zeit aufgestellt habe. Er sagt hier: „On desole les campagnes qui sont la source des vraies richesses de l'État; d'ailleurs ce dessein réussit mal.“ Den Satz allgemein zu fassen, verbietet aber der Umstand, dass Quesnay l'État (mit dem bestimmten Artikel) in diesem Aufsatz stets gleichbedeutend mit le royaume, notre royaume gebraucht; d. h. das dass für ihn hier l'État immer La France ist. Doch ist es in diesem Zusammenhange nicht der Platz, den Beweis hierfür, der etwas weiter ausholen müsste, zu erbringen.

²⁾ Sie entsprechen ungefähr unsern westphälischen Heuern.

der sehr dazu beitrage, die Missstimmung auf dem Lande immer weiter zu verbreiten.

Nachdem er alle Schäden der niedrigen Preise für Frankreich nachgewiesen hat, kommt er auf den Ausgangspunkt zurück: Erleichterung des Handels. Seine Erörterungen beginnen bezeichnender Weise mit den Worten: „Si on veut en restreindre ou en gêner le commerce dans les temps des bonnes récoltes . . . Man erkennt also hier, dass Quesnay sich nur gegen die Uebertreibungen seiner Zeit, nicht gegen jede Möglichkeit für die Regierung, die Ausfuhr zu verbieten, wenden will. Mit den mit generalisirenden und allgemein gültigen Behauptungen operirenden Physiokraten der späteren Zeit hat er hier noch nichts gemeinsam.

Die nächste hierher gehörige Schrift Quesnay's ist der im siebenten Bande der „Encyclopédie“ im Jahre 1757 erschienene Artikel „Grains“.

Es wären hier zunächst die Gründe anzugeben, nach denen ich meine, dass dieser Artikel in zwei zeitlich von einander getrennte Theile zerfalle. Aller Wahrscheinlichkeit nach schloss der Artikel ursprünglich schon viel früher als er jetzt endet, und ist der ganze zweite Theil „observations sur l'exportation des grains“ mit den „maximes générales du gouvernement économique“ erst später hinzugefügt. Vier Gründe bestimmen mich zu dieser Ansicht:

1. Die Inhaltsangabe, welche Quesnay selbst (S. 195) für den ursprünglichen Artikel giebt, weiss von dem ganzen zweiten Theil nichts. „Nous allons“, sagt Quesnay, „examiner le revenu que 45 millions de septiers de bled peuvent procurer au roi conformément aux deux sortes de culture qui les produisent, nous examinerons aussi ce qu'on retire pour la dîme, pour le loyer des terres et pour les grains du cultivateur, nous comparerons ensuite ces revenus avec ceux que produirait le rétablissement parfait de notre agriculture, l'exportation étant permise.“

2. Nachdem diese Abhandlung ganz offiziell mit einem in Form einer adhortatio gehaltenen Schluss endet, schliessen sich daran ganz unvermittelt die „observations“ an.

3. Quesnay beruft sich in der zweiten Hälfte auf die oben besprochene Schrift Herberts, die er offenbar bei der Abfassung des ersten Theils noch nicht gekannt hat; denn sonst hätte er gerade im ersten Theil leicht Gelegenheit gehabt, sich auf diese Schrift zu beziehen. Ferner citirt er nur im zweiten Theil den von ihm für die Encyklopädie bestimmten Artikel „Impôts“, während er sich auf den Artikel „Fermiers“ in beiden Theilen bezieht. Offenbar liegt zwischen der Abfassung des ersten und des zweiten Theils ein längerer Zeitraum, in dem er die Schrift von Herbert studirte, und den Artikel „Impôts“, vielleicht auch die beiden Artikel „Hommes“ und „Intérêts de l'Argent“ für die Encyklopädie verfasste.

4. Die Methode ist in beiden Theilen eine vollständig verschiedene. Im ersten Theil glaubt man mitunter geradewegs Boisguillebert zu hören, merkt man wenigstens die Schulung Quesnays an den Schriften jenes Autors überall heraus, im zweiten Theil ist die Methode vollständig eine rationalistische.

Gehen wir nunmehr zu dem Artikel selbst über.

Er beginnt mit der Klage, dass die Regierung den Ackerbau, den wichtigsten Erwerbszweig im Lande vernachlässige, um Industriezweige zu pflegen, für die in Frankreich alle Voraussetzungen fehlten. So lange man noch Industriezweige zu fördern bemüht gewesen sei, für welche die wirthschaftliche Grundlage in Frankreichs Reichthum an Rohprodukten und in Frankreichs Aufnahme- und Absatzfähigkeit gegeben war, hätte sich nichts gegen die Pflege dieser Industrieen von Seiten der Regierungen einwenden lassen: „Les manufactures des toiles et des étoffes communes peuvent augmenter beaucoup la valeur des chanvres, des lins et des laines et procurer la subsistance à beaucoup d'hommes qui seraint occupés à des travaux si avantageux. Mais on aperçoit aujourd'hui que la production et le commerce de la plupart de ces denrées¹⁾ sont presque anéantis en France. De-

¹⁾ In dieser Bedeutung wird denrées sonst nie gebraucht, sondern statt dessen stets marchandises.

puis longtemps les manufactures de luxe ont séduit la nation; nous n'avons ni la soie, ni les laines convenables pour fabriquer les belles étoffes et le drap fin, nous nous sommes livrés à une industrie qui nous était étrangère, et on y a employé une multitude d'hommes dans le temps que le royaume se dépeuplait, et que les campagnes devenaient dévastées et désertes. On a fait baisser le prix de nos blés, afin que la fabrication et la main-d'oeuvre fussent moins chères que chez l'étranger; les hommes et les richesses se sont accumulés dans les villes; l'agriculture, la plus grande, la plus féconde et la plus noble partie de notre commerce, la source des revenus du royaume, n'a pas été envisagée comme le fond primitif de nos richesses . . . pour favoriser des manufactures préjudiciables à notre propre commerce . . . nous nous sommes principalement attachés à la fabrication et au commerce des denrées que nous pouvions tirer de l'étranger; et par un commerce de concurrence trop recherchée nous avons . . . entre eux et nous un commerce réciproque qui est pleinement à notre désavantage; ils ont interdit chez-eux l'entrée de nos denrées, et nous achetons d'eux par contrebande et fort cher les matières que nous employons dans nos manufactures. Pour gagner quelques millions à fabriquer et à vendre de belles étoffes, nous avons perdu des milliards sur le produit de nos terres . . . nous avons peut être surpassés les autres nations par notre industrie; mais cet avantage a été principalement soutenu par notre propre consommation.¹⁾

Im Folgenden finden wir wieder eine allgemein gehaltene, aber gewiss zutreffende Behauptung, die kaum von irgend einer Seite bestritten werden möchte und mit den sonst üblichen Gemeinplätzen der späteren Physiokraten nichts gemein hat. „La consommation qui se fait par les sujets est la source des revenus du souverain, et la vente du superflu à l'étranger augmente les richesses des sujets. La prospérité de l'État dépend du concours de ces deux avantages; mais la consommation entretenue par le luxe est trop bornée; elle ne peut se soutenir que par l'opulence;

¹⁾ Vergl. die Anm. S. 181.

les hommes peu favorisés ne peuvent s'y livrer qu'à leur préjudice et au désavantage de l'État.

Dass Quesnay hier die allzu weitgehende Begünstigung der Luxusindustrie durch die Gewerbe- und Handelspolitik der Regierung bekämpft, muss nach dem, was wir auch von vielen anderen Zeugen der Zeit hören, als durchaus berechtigt erscheinen. In der That scheint man hier damals weit über die durch die damaligen Verhältnisse gesteckten Grenzen hinaus gegangen zu sein.

Wir übergehen Wiederholungen aus dem Artikel „Fermiers“ und wenden uns sogleich seiner bekannten Tabelle zu, aus welcher unter den in Frankreich bestehenden Ausfuhrverhältnissen das Verhältniss zwischen den Produktionskosten und den erzielten Preisen für die grande culture des grains sich ergeben soll, selonque les années sont plus ou moins favorables à nos moissons.

Années	Septier par arpent ¹⁾	Prix du septier	Total par arpent	Frais par arpent ¹⁾	Reste par arpent
Abondante	7	10 livr.	70 livr.	60 livr.	10 livr.
Bonne	6	12 „	72 „	60 „	12 „
Moyenne ²⁾	5	15 „	75 „	60 „	15 „
Faible	4	20 „	80 „	60 „	20 „
Mauvaise	3	30 „	90 „	60 „	30 „
Par an ²⁾	5	17,4 livr.	77,4 livr.	60 livr.	17,4 livr. ³⁾

¹⁾ Das Saatkorn ist beidemal in Abzug gebracht.

²⁾ Das sonderbare Ergebniss, dass in der ersten Rubrik der Durchschnitt zwar mit der Angabe, „moyenne“ übereinstimmt, in den übrigen Rubriken aber die Durchschnittsangaben höher sind als in der Spalte „moyenne“ liegt daran, dass rechnungsmässig der fermier bei schlechten Ernten mehr gewinnt, als er bei guten verliert; doch ist, wie schon oft hervorgehoben wurde, dieser Mehrgewinn nur ein rechnungsmässiger, weil der Landwirth dann eben so viel weniger zu verkaufen habe und den grössten Theil des Korns für sich behalten müssen.

³⁾ Eine Tabelle für die métayers-Lande giebt er nicht, sondern deutet sie nur an; sie würde sich nach diesen Andeutungen folgendermaassen stellen:

Der Gesamtertrag der Ernten der grande culture des grains in einem Durchschnittsjahre vertheilt sich nach Quesnay im Geldwerth ausgedrückt folgendermaassen:

I. für das Brotkorn.

Pour les frais	120 000 000	livr.	
Pour la taille	7 000 000	„	} 21 907 795 livr.
Pour la dîme	14 907 795	„	
Pour les propriétaires	21 000 000	„	
Pour les fermiers	7 000 000	„	
Somme	169 907 795	livr.	

II. für das Sommerkorn.

Pour les frais	10 000 000	livr. ¹⁾	
Pour la taille	4 000 000	„	} 7 000 000 livr.
Pour la dîme	3 000 000	„	
Pour les propriétaires	10 500 000	„ ²⁾	
Pour les fermiers	5 500 000	„	
	33 000 000	livr. ³⁾	

Années	Septier par arpent	Prix du septier	Total par arpent	Frais par arpent	Reste par arpent
Abondante	4,1	8 livr.	33 livr.	25 livr.	8 livr.
Bonne	3,5	10 „	35 „	25 „	10 „
Moyenne	2,9	13 „	38 „	25 „	13 „
Faible	2,3	19 „	44 „	25 „	19 „
Mauvaise	1,7	30 „	51 „	25 „	26 „
Par an	2,9	16 livr.	40,2 livr.	25 livr.	15,2 livr.

¹⁾ Die Bestellungskosten fallen hier zum grossen Theil weg, da in den für das Winterkorn bestellten Boden hineingesät wird. Es wird nur die Saatsfurche gezogen und diese dann übergeeggt.

²⁾ Die Pacht für das Brachejahr ist oben ganz mit eingerechnet, fällt also hier weg.

³⁾ Der geringe Betrag kommt daher, dass mehr als $\frac{1}{2}$ des Bruttoertrages in die zur Bestellung dienenden Pferde verfüttert wird. Mit Berück-

Beides zusammen addirt ergibt

Somme totale 203 000 000 livr. .

Dieser an sich schon geringe Gesamtbetrag sei nun thatsächlich aus den schon oft angeführten Gründen nur rechnerisch vorhanden und thatsächlich noch geringer.

Um l'état de la petite culture vorzuführen, exemplifizirt er zunächst an einem bestimmten Gute, qui produit, année commune pour la part du propriétaire environ 3000 livr. en blé . . . les terres sont bonnes et portent environ le cinquième ¹⁾ grain . . . il y en a 400 arpents. Er stellt folgende Rechnung auf:

Die Ausgaben des Eigenthümers stellen sich:

Verzinsung und Amortisation des Geldwerthes der	
40 Ochsen, jeder zu 200 Frcs. mit 10 %	800 Frcs.
Verzinsung und Amortisation des im ersten Jahre gemachten Vorschusses von 500 Frcs. mit 10 %	50 „
Verwaltungsausgaben und Reparaturkosten	200 „
130 Heuwagen à 10 Frcs.	1300 „
Pacht für 100 arp. Weide à 15 sous	75 „
	Summa 2425 Frcs.

Seine Bruttoeinnahme ist 3000 Frcs.

Mithin ist seine Nettoeinnahme 575 Frcs.

d. h. auf den arpent rund 1¹/₂ „

Das treffe aber nur bei dem besten métayers-Lande zu, der gewöhnliche métayer-Boden trage dem Eigenthümer kaum die Hälfte ein, schlechterer Boden noch weniger; für Farmerland erziele man dagegen bei bestem Boden 8 Frcs. und selbst mehr, für mittleren 5—6 Frcs. und für schlechteren Boden selten unter 4 Frcs. Pacht.

Noch geringer seien bei dem obigen Gute die Baareinnahmen des métayer.

sichtigung dessen würde sich das Werthverhältniss zwischen Brot- und Sommerkorn stellen rund wie 2:1.

¹⁾ Wir würden nach heutiger Ausdrucksweise das sechste Korn sagen, da Quesnay stets das Saatkorn gleich in Abzug bringt.

Er und seine Familie verzehrten selbst die Erträge von 2400 Frcs.

An taille habe er zu zahlen	350 „
Folglich blieben ihm für seine Baarausgaben	<u>250 Frcs.</u>

Sei der Boden schlechter, so erziele der métayer gar keine Baareinnahmen und sei zur Befriedigung seiner baaren Ausgaben auf Nebenerwerb angewiesen; darum gehe in solchen Gegenden die Anbaufläche Jahr für Jahr zurück. „Les métayers emploient le plus qu'ils peuvent les boeufs . . . à faire des charrois . . . pour gagner quelque argent, et les propriétaires sont obligés de tolérer cet abus pour se conserver leurs métayers: ceux-ci . . . négligent beaucoup la culture . . . laissent les terres en friche pendant longtemps . . . elles se couvrent d'épines et . . . restent toujours dans cet état, parce qu'elles couteraient beaucoup plus que leur valeur . . . défricher. Dann wandern die Theilbauern in die grossen Städte, wohin ihnen die ländlichen Arbeiter schon vorausgegangen sind. So werde das platte Land entvölkert, und in den Grossstädten häufe sich das arbeitslose Proletariat.

Der Gesamtertrag der Ernten der petite culture des grains in einem Durchschnittsjahr vertheilt sich nach Quesnay in Geldwerth ausgedrückt folgendermaassen:

Pour les frais	285 000 000 Frcs.	
Pour la taille	15 000 000 „	} 52 802 000 Frcs.
Pour la dîme	37 802 000 „	
Pour les propriétaires ¹⁾	45 000 000 „	
Pour les métayers ¹⁾	15 000 000 „	
Somme	<u>397 802 040 Frcs.</u>	

Danach berechne sich in einem Durchschnittsjahre der Gesamtwert der französischen Ernte auf rund 600 000 000 Frcs.

Nach Quesnay ist der Ertrag der französischen Ernte in Brotkorn seit dem Jahre 1660 ca. langsam und stetig zurückgegangen von 50 000 000 septiers auf nicht mehr voll 44 000 000 sep-

¹⁾ Gemeint sind hier die baaren Einnahmen; beim métayer ist das, was er selbst mit seiner Familie verzehrt in die frais hineingerechnet, beim propriétaire das, was er sich als Zinsen und Amortisation für die gemachten Vorschüsse rechnen muss.

tiers. Er sucht nach den Ursachen dieses Rückganges.¹⁾ Ausser den uns schon bekannten führt er auch den folgenden an, den er hier nur vorübergehend erwähnt, während der ganze zweite Theil sich darauf stützt, weshalb wir ihn schon an dieser Stelle im Auge behalten müssen. „On n'y a pas même reconnu dans l'emploi des hommes la différence du produit des travaux qui ne rendent que le prix de la main d'oeuvre avec celui des travaux qui payent la main d'oeuvre et qui procurent des revenus.“ In diesen Worten haben wir, wie wir sehen werden, das physiokratische System vor uns. Gemeint ist damit, wie sich weiterhin ergeben wird, der Ackerbau fördere deshalb stets mehr Werthe als die Industrie, weil beim Ackerbau die im Erdboden ruhenden Kräfte unentgeltlich mitarbeiteten. Diejenige Werthschaffung, welche beim Ackerbau der Handarbeit zuzuschreiben sei, komme oder solle wenigstens zum Ausdruck kommen in dem Antheil, welchen der Landmann vom Ertrage des Landes erhalte, diejenige Werthschaffung, welche dabei den in dem Erdboden ruhenden Kräften zuzuschreiben sei, komme oder solle wenigstens zum Ausdruck kommen in der Rente des Eigenthümers des Bodens und in den öffentlichen Abgaben. Bei der Manufaktur arbeiteten aber keine Naturkräfte²⁾ mit, sondern nur die Hand des Menschen, mithin könne sie niemals gleichviel Werthe zu Tage fördern als die Landwirthschaft; denn die Arbeit des Menschen sei nicht mehr werth als das, was er an Nahrung und Kleidung für sich und seine Familie verbrauche, Revenüen, Werthüberschüsse, die eine wirkliche Vermehrung des Volksvermögens

¹⁾ Den er übrigens, wie schon an anderer Stelle hervorgehoben wurde, durchaus nicht genügend zu beweisen vermag.

²⁾ Daraus schloss später eine besondere Richtung des Physiokratismus mit Recht, dass nur die Landwirthschaft besteuert werden könnte. Irrthümlich ist es jedoch zu glauben, wie man dies in vielen Lehrbüchern finden kann, es sei dies eine allgemeine physiokratische Lehre gewesen. Dupont de Nemours, der Führer der Physiokraten nach Quesnays und Gournays Tode bekämpfte in seinen „Ephémérides“ diese Lehre aufs nachdrücklichste. Es ist jedoch hier nicht der Ort, auf diesen inneren Streit der Physiokraten einzugehen.

bedeuteten, könnten dadurch nicht erzielt werden. Die Arbeit des Industriearbeiters bestehe darum nur in der Umsetzung einer Werthform in eine andere und sei deshalb nicht produktiv.

Unproduktiv nennt also Quesnay die Arbeit des Industriearbeiters aus zwei Gründen:

1. weil er unter produktiver Thätigkeit nicht eine solche versteht, welche Werthe an sich schafft, sondern eine solche, welche mehr Werthe schafft als die thätige Person täglich zum Unterhalte für sich selbst und für ihre Angehörigen braucht;

2. weil er die für seine Zeit sehr wahrscheinlich zutreffende Beobachtung gemacht hat, dass der Industriearbeiter stets nur einen Lohn erzielte, der gerade zu seinem und zum Unterhalt seiner Familie ausreichte,¹⁾ ohne dass die Industrie nennenswerthe Erträge für den Leiter des Manufakturbetriebes abgeworfen hätte.²⁾

Aus diesen Gründen müsse ein aufgeklärter Staatsmann die Landwirthschaft stets bis zu ihrer völligen Ergiebigkeit zu fördern suchen. Von dem hätten aber die französischen Staatsmänner seit Jahrzehnten das Gegentheil gethan, während Colbert diesen Staatsmännern entgegengehalten wird, der es verstanden habe, die Industrie zu fördern, ohne die Landwirthschaft zu schädigen. „M. Colbert, quoique tout occupé des manufactures a cru cependant qu'il fallait diminuer la taille et faire des avances aux cultivateurs pour relever l'agriculture“. Freilich hat auch er ihm nicht genug gethan „il ne parle pas des moyens essentiels, qui consistent à assujettir la taille à une imposition réglée et à établir invariablement la liberté des grains“. Wir erkennen hier seine doktrinäre Weiterentwicklung gegenüber seinem Standpunkt in dem vorangegangenen Jahre, wo er seine Erörterungen über die Getreidehandelspolitik eingeleitet hatte mit den Worten:

¹⁾ Schon bei den Physiokraten findet sich in seinen Grundzügen das sog. eherne Lohngesetz, freilich anders begründet als bei Lasalle, worauf hier jedoch nicht eingegangen werden kann.

²⁾ Er übersah hierbei freilich, dass die Revenüen in die Hände der Kaufleute, besonders der Exporteure glitten.

„si on veut en restreindre ou en gêner le commerce dans les temps de bonnes récoltes.“ Der Einfluss des für strikte Handelsfreiheit schwärmenden Gournay in der Zwischenzeit ist unverkennbar. Doch muss hervorgehoben werden, dass Quesnay trotzdem noch nicht aus Prinzip Freihändler ist, sondern weil er meint nach Durchführung der von ihm in diesen beiden Aufsätzen dargelegten Reformen, die bei gutem Willen jederzeit in Angriff genommen werden könnten, würde sich der Ertrag der französischen Landwirthschaft schnell derart heben, que nous recueillerions dans une mauvaise année à peu près autant de blé, que nous en fournis aujourd'hui une bonne récolte. Ainsi on ne pourrait sans des accidents extraordinaires ¹⁾ éprouver la disette dans un royaume où les moindres récoltes, jointes à ce qui resterait nécessairement des bonnes années, seraient toujours au dessus des besoins des habitants.

Interessant ist es zu sehen, wie er hier das Gesetz der Wechselwirkung betont. Die Freiheit, sagt er, werde es Frankreich ermöglichen den Ertrag der Ernte so zu steigern, dass man die üblen Folgen von dieser Freiheit nicht zu erwarten brauche. Er vergisst dabei nur eins, dass nämlich gerade die in Wechselwirkung stehenden Folgen sich nur langsam vollziehen, und dass darum gerade bei ihrer Inaugurirung die grösste Vorsicht erforderlich ist; dass man also gerade deshalb nicht plötzlich von einem Extrem zum anderen überspringen darf; dass eintretende üble Folgen dann ferner zugleich das ganze System mit seinem berechtigten Kern beim Volke kompromittiren müssen; wie es denn auch wirklich geschah.

Von der Freiheit des Handels erhofft Quesnay weniger eine grössere Steigerung der Preise, weil eben durch das Hinzutreten Frankreichs die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine grössere sein werde, als eine grössere Gleichmässigkeit. Dies zeigt sich, wenn man die folgende Zusammenstellung mit der entsprechenden früheren vergleicht.

¹⁾ Für die accidents extraordinaires muss man doch wohl annehmen, will auch er ausserordentliche Maassregeln; d. h. ausserordentliche Eingriffe in den sonst freien Getreidehandel zulassen.

Années	Septier par arpent	Prix du septier	Total par arpent	Frais par arpent	Reste par arpent
Abondante	8 livr.	16 livr.	128 livr.	66 livr.	62 livr.
Bonne	7 „	17 „	119 „	66 „	53 „
Moyenne	6 „	18 „	108 „	66 „	42 „
Faible	5 „	19 „	95 „	66 „	29 „
Mauvaise	4 „	20 „	80 „	66 „	14 „

Dann würde auch wieder, wie die Zusammenstellung zeige, der Landwirth an guten Erträgen interessirt sein, wie es als natürliches Verhältniss anzustreben sei.

Die weiteren obigen Tabellen würden sich nach seiner Ansicht dann folgendermaassen zusammenstellen:

Der Gesamtertrag der Ernten mit Fortfall des Unterschiedes zwischen grande culture et petite culture des grains, den es dann nicht mehr geben würde, würde sich in Durchschnittsjahren, in Geldwerth ausgedrückt, folgendermaassen vertheilen:

I. für Brotkorn.

Pour les frais	660 000 000 livr.	
Pour la taille	100 000 000 „	} 199 500 000 livr.
Pour la dîme	99 500 000 „	
Pour les propriétaires	200 000 000 „	
Pour les fermiers	100 000 000 „	
Somme	1 159 500 000 livr.	

II. für Sommerkorn

Pour les frais	50 000 000 livr.	
Pour la taille	25 000 000 „	} 43 580 000 livr.
Pour la dîme	18 580 000 „	
Pour les propriétaires	100 000 000 „	
Pour les fermiers	25 000 000 „	
Somme	218 580 000 livr.	

Beides zusammen addirt ergibt:

Somme totale: 1 378 000 000 livr.

Dazu komme noch der Ertrag aus der	
Wiesen-, Garten-, und Weinkultur mit	4 37 000 000 „
	1 815 000 000 livr.

würden sich also als Gesamtertrag der Landwirthschaft in Durchschnittsjahren ergeben, während er sich jetzt berechne auf:

aus der culture grande des grains	203 000 000 livr.
aus der culture petite des grains	397 802 040 „
aus der Wiesen-, Garten- und Weinkultur	200 000 000 „
	Summa 800 000 000 livr.
	Differenz 1 000 000 000 „

Der Ertrag würde sich also reichlich verdoppeln und würde dazu zum grössten Theil das Ausland beitragen.

Im zweiten Theil des Artikel interessiren uns besonders die „Maximes générales du Gouvernement économique“. Darin, dass Quesnay, der in der Einleitung zu dem ersten Aufsatz den hohen Werth der Erfahrung und Beobachtung gegenüber den „idées vagues“ betont hatte, hier eine ganze Reihe solcher allgemeingültigen Maximen aufstellt, mit der Begründung: „Pour mieux comprendre les avantages du commerce des grains avec l'étranger, il est nécessaire de faire quelques observations fondamentales sur le commerce des marchandises de main d'oeuvre et sur le commerce des denrées du cru“ erkennen wir wieder den Einfluss des doktrinären Theoretikers Gournay. Alle diese Maximen sind ein Ausfluss der schon oben dargelegten und näher besprochenen Theorie von der différence du produit des travaux qui ne rendent que le prix de la main d'oeuvre avec celui des travaux qui payent la main d'oeuvre et qui procurent des revenus.

Es wird im allgemeinen genügen, die Maximen hier nur zu wiederholen und nur bei einigen auf die Begründung einzugehen.

1. „Les travaux d'industrie ne multiplient pas les richesses.“

2. „Les travaux d'industrie contribuent à la population et à l'accroissement des richesses“, dadurch nämlich, dass sie einer

Devastation des Volksvermögens vorbauen, indem sie denjenigen Theil des Volkes, der sonst nur Verzehrter sein würde, Gelegenheit geben, den von ihm aufgezehrten Theil des Volksvermögens in eine andere Werthform umzusetzen. Sie sorgen also dafür, dass die Revenüen der Landwirthschaft nicht unbenutzt verloren gehen. Die Industrie sei darum nur insofern von Vorthail, als sie alle in der Landwirthschaft bei ausgebreitetster Thätigkeit nicht mehr verwendbaren Arbeitskräfte aufsaugt.

Darum lautet die dritte These:

3. „Les travaux d'industrie qui occupent les hommes au préjudice de la culture des bien-fonds, nuisent à la population et à l'accroissement des richesses.“

Aus der zweiten These ergibt sich dann leicht auch die vierte:

4. „Les richesses des cultivateurs font naître les richesses de la culture, weil neben den Abgaben eben nur die Revenüen der „propriétaires“ wirkliche Ueberschüsse sind.

5. „Les travaux d'industrie contribuent à l'augmentation des revenus des bien fonds, et les revenus des bien fonds soutiennent les travaux d'industrie“. Erkennt man die richtige Bedeutung der Landwirthschaft an, so wird sich auch die günstige Wirkung einer nicht gestörten Interessenharmonie aller Berufsstände geltend machen, indem der vergrösserte Absatz bei der Industrie die Landwirthschaft zu stetiger Verbesserung der Technik führt, und umgekehrt die gesteigerte Kaufkraft des flachen Landes auch der Industrie wieder zu statten kommt.

6. „Une nation qui a un grand commerce de denrées de son cru, peut toujours entretenir du moins pour elle un grand commerce de marchandises de main d'oeuvre“; denn das ausgeführte Getreide stelle baare im Lande nicht verzehrte Revenüen dar, sei also ein Beweis von dem Reichthum des Landes, mithin könne ein solches Land sich den Luxus gestatten, sich den Industriefleiss anderer Länder zu nutze machen.¹⁾

¹⁾ Mit Recht hält Galiani dem später entgegen, dass die Ausfuhrmöglichkeit nur ein Zeichen einer ungenügenden Bevölkerung sei, und dass ein

Im Gegensatz zur vorigen These lautet dann die folgende:

7. „Une nation qui a peu de commerce de son cru et qui est réduite pour subsister à un commerce d'industrie est dans un état précaire et incertain;“ denn es zehre am Mark seines Lebens; für 100 Frcs. Arbeitskraft erhalte es vom anderen Lande 50 Frcs. Arbeitskraft und 50 Frcs. Naturkräfte; diese 50 Frcs. erhält also das andere Land umsonst; sie dienen ihm zur Förderung seiner Kultur, während das erste Land nur sehr wenig zur Förderung ja selbst nur sehr wenig zur Erhaltung seiner Kultur thun könne, da ihm hierzu die nöthigen Revenüen fehlten. Das Volk mühe sich ab, die Kultur anderer Völker zu heben, während seine eigene Kultur sogar in Gefahr käme, zurückzugehen. Quesnay sieht jedoch sogleich ein, dass man dieser These Beispiele von Ländern wie Holland u. a. entgegenhalten werde, und spricht darum diesen Ländern den Charakter wirthschaftlich selbstständiger Staaten ab; nur politisch seien sie selbstständig, wirthschaftlich müssten sie als das losgelöste Appendix einer grösseren Nation angesehen werden.

Mit dem inneren Getreidehandel beschäftigen sich die folgenden Thesen.

8. „Une nation qui a un grand territoire et qui fait baisser le prix des denrées de son cru pour favoriser la fabrication des ouvrages de main d'oeuvre se détruit de toutes parties“; denn es lässt die Landwirthschaft zurückgehen und damit auch die durch die freiwaltenden Naturkräfte erzeugten Revenüen der propriétaires, welche wiederum die Hauptstütze des Binnenhandels der industriellen Produkte sind; dieser Binnenhandel wird stets be-

Land am besten daran thue, danach zu streben, in seinem Lande so viele industrielle Arbeitskräfte zu beschäftigen, als aus den Revenüen der Landwirthschaft ernährt werden könnten; dadurch blieben die Revenüen im Lande; ihr Nutzen sei ein dauernder, nicht, wie bei der Ausfuhr ein vorübergehender; wo diese Bevölkerungshöhe jedoch noch nicht erreicht sei, da sei es freilich besser, die Revenüen auszuführen und so nützlich zu verwenden. Nur sei es falsch, in der Ausfuhrmöglichkeit an sich ein Glück für ein Land zu sehen.

deutender sein als der Aussenhandel. Dem Hinweis auf Nationen wie Holland begegnet er in derselben Weise wie oben.

9. „Un grand commerce intérieur de marchandises de main d'oeuvre ne peut subsister que par les revenus des biens fonds.“

Die nächste These:

10. „Les avantages du commerce extérieur ne consistent pas dans l'accroissement des richesses pécuniaires“ wendet sich gegen die starke Uebertreibung des Geldes als eines Produktionsfaktors von Seiten der Merkantilisten. Der wahre Vortheil bestände darin, dass die Landwirthschaft sowohl durch ihren Absatz ins Ausland, wie durch den wachsenden Absatz im Inlande in Folge der gesteigerten Produktionskraft der Industrie ihre Technik immer mehr verbessern könnte. Jemehr aber die Agrikulturtechnik sich steigere, desto mehr werde auch die Bevölkerung ohne jede Gefahr anwachsen können. Die französische Agrikultur auf dem Höhepunkt der Technik und der weitmöglichen Ausdehnung werde eine mehr als doppelt so starke Bevölkerung, wie sie seiner Zeit war, ernähren können. Die inneren Kräfte zur Vermehrung der Bevölkerung zu beleben, dazu sei der Aussenhandel da, aber nicht um Geld ins Land zu ziehen; das könne höchstens nur ein Mittel zum Zweck, aber niemals der Zweck selbst sein.

11. „C'est par le commerce intérieur et par le commerce extérieur et surtout par l'état du commerce intérieur qu'on peut juger de la richesse d'une nation.“

12. „Une nation ne doit point envier le commerce de ses voisins, quand elle tire de son sol, de ses hommes et de sa navigation le meilleur produit possible.“ Alle diese Möglichkeiten treffen aber seiner Meinung nach für Frankreich zu, was wohl auch nicht unzutreffend war; wenn irgend ein Land damals fähig war zu abgeschlossener Selbstgenügsamkeit, so war es Frankreich.

Gewissermaassen nur eine Wiederholung der sechsten These ist die folgende letzte:

13. „Dans le commerce réciproque, les nations qui vendent

les marchandises les plus nécaissaires ou les plus utiles on l'avantage sur celles qui vendent les marchandises de luxe“.

Quesnay zieht also, kurz gesagt, die Landwirthschaft der Industrie vor, weil jene sich die Naturkräfte dienstbar gemacht hat und Revenüen abwirft, diese aber nicht. Wie würde der Schöpfer des physiokratischen Systems über das Verhältniss von Landwirthschaft und Industrie wohl urtheilen, wenn er sähe, in welch grossartiger Weise die Industrie es verstanden hat, sich die Naturkräfte dienstbar zu machen, und welche ungeheuren Gewinne sie jetzt abwirft, trotz der Ueberwindung des sog. ehernen Lohngesetzes?

Grundrenten und Kapitalrenten haben also, von den Gesichtspunkten Quesnays ausgehend, das Eine gemeinsam, dass sie basirt sind auf dem Besitz der Mittel, welche dazu dienen, die freiwaltenden Naturkräfte in Wirksamkeit zu setzen.

Mit Quesnays Argumenten für eine möglichst weitgehende Förderung der Landwirthschaft zu wirken, möchte darum heute unmöglich sein; denn schwer wäre wohl zu beweisen, dass die Landwirthschaft fähiger sei, den Nationalreichthum zu fördern als die Industrie. Deshalb muss heute von seinen Argumenten ganz abgesehen werden, und können die Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen, wenn sie ihren Standpunkt mit dem Standpunkte einer allgemeinen Interessenharmonie in Einklang bringen wollen, jenen nur auf sozialem und politischem Boden verfechten, ein Boden, auf dem wir seltsamer Weise den Streit in jener Zeit gar nicht sich auskämpfen sehen. Keinen der Gegner und keinen der Freunde der Landwirthschaft sehen wir derartige Gesichtspunkte auch nur andeuten. Treffend sagt vielmehr Daïre in seiner Einleitung zu den Werken Turgots: „Les physiocrates recherchaient les principes immuables de la science pure, et non les règles plus ou moins changeantes de l'économie politique.“ Bei Daïre ist das freilich ein grosser Vorzug der Physiokraten.

In der zweiten erweiterten Ausgabe der *Maximes générales du gouvernement générale* ist nur eine der neuen Thesen die neun-

zehnte besonders zu erwähnen: „Le bon marché des denrées n'est pas avantageux au petit peuple“. Dies wird in folgender Weise begründet: „Le salaire de la journée du manouvrier s'établit naturellement (?!?) sur le pris du blé et est ordinairement le vingtième du prix d'un septier. Sur ce pied, si le prix du blé était constamment à vingt livres, le manouvrier gagnerait dans le cours de l'année environ 260 livr.; il en dépenserait en blé pour lui et pour sa famille 200 livres, et il lui resterait soixante livres pour les autres besoins; si au contraire le septier de blé ne valait que 10 livres, il ne gagnerait que 130 livr.; il en dépenserait 100 livr. en blé, et il ne lui resterait pour les autres besoins que 30 livres.“¹⁾ Dazu kommt dann noch die folgende Verwechslung von Ursache und Wirkung: „Ainsi voit-on que les provinces où les blés sont chers sont beaucoup plus peuplées que celles où ils sont à bas prix.“

Das Tableau économique enthält die berühmte Quesnaysche Ständeeintheilung: Er unterscheidet „la classe productive, la classe des propriétaires,²⁾ et la classe stérile.“³⁾ Die classe pro-

¹⁾ Eine viel zutreffendere Erklärung giebt später Necker. Er sagt, der französische Industriearbeiter arbeite im Jahre ungefähr 265 Tage, indem ungefähr 100 Tage wegen der Feste, der Sonntagsruhe und persönlicher Vorkommnisse des Arbeiters in Abrechnung kämen. An diesen Tagen müsse der industrielle Arbeiter den Lohn für 10 Septiers Korn und eine bestimmte Summe verdienen, die aber insofern nach den Getreidepreisen schwanke, als damit auch die gewöhnlichsten Lebensmittel im Preise aufwärts und abwärts gingen. Nach dem sog. ehernen Lohngesetz, das er freilich mit diesem Namen noch nicht tauft, müsse sein Tageslohn darum sein der Preis eines Septiers Korn multipliziert mit $\frac{10}{260}$ und eine Summe die zwischen 50 und 40 Frcs. ungefähr schwanke. Wenden wir dies auf das obige Beispiel Quesnays an, so erhalten wir im ersten Fall, dass der Arbeiter verdiene $\frac{140}{260} = 0,54$ Frcs. und im zweiten Fall $\frac{250}{260} = 0,96$ Frcs. Beides ungefähr der 20. Theil des Preises von einem septier Korn. Nur fällt hier der von Quesnay konstruirte Vorthail des Arbeiters an hohen Getreidepreisen ganz weg.

²⁾ Bei Turgot zutreffender disponible genannt.

³⁾ Bei Turgot zutreffender stipendiée genannt.

ductive, d. h. die Klasse, welche „survaleurs“ schafft, ist die landwirthschaftliche, die classe stérile, welche nur valeurs aber keine survaleurs schafft und darum, auf sich beschränkt, keinen Schritt vorwärts thun könnte im Wohlstande und in der Kultur, das sind die Industriellen. Erst spätere, Freunde und Gegner Quesnays, haben diese Begriffe dann falsch verstanden, woraus dann jene Irrlehre von produktiven und unproduktiven Ständen entstand, die produktiv im Sinne von werthschaffend verstand, woran Quesnay, wie uns die beiden vorangehenden Aufsätze gezeigt haben, niemals gedacht hatte.

Fragen wir uns nun, worin die Fehler und die Vorzüge Quesnays zu suchen seien, so möchten die ersten gefunden werden in der Verallgemeinerung der ihm vorschwebenden Verhältnisse, in den generalisirenden Prinzipien und Maximen, die er darauf aufbaut; seine Vorzüge aber sind seine ungetrübte Beobachtungsgabe und sein auch von aller Vorliebe für das „Déräsonniren“ nicht völlig unterdrückter historischer Sinn, so dass seinem System doch wenigstens eine relative Berechtigung innewohnt, während die Systeme seiner Nachfolger meist alle in die Luft gebaut sind, und jedes realen Untergrundes entbehren; so stolz sie sich auch ausnehmen mochten, so sind sie doch alle nur Luftschlösser.

Kapitel III.

Die Jahre 1763 und 1764.

Quesnay hatte durch seine Stellung als Leibarzt Ludwigs XV. Gelegenheit, seinen Ideen am Hofe Eingang zu verschaffen, und seinen Bemühungen hatten die Landwirthe es zu verdanken, dass die Regierung auf der im Jahre 1754 betretenen Bahn liberaler Reformen fortfuhr.

Die Deklaration „pour la circulation des grains dans le royaume, en exemption des droits, du 25. May 1763“¹⁾ will, wie das Préambule besagt, restreindre la rigueur des réglemens, précédemment rendus dans le commerce des denrées. Sie hebt das Verbot auf, Getreide nur an den öffentlichen Verkaufsstellen zu handeln, und führt den Zustand zurück, wie ihn die alte Kornpolizei kannte; sie giebt ferner den Getreidehandel für jedermann frei und beseitigt die alte Vorschrift, que quiconque voudra jouir de la liberté de faire le commerce des grains et farines sera tenu de déclarer et faire inscrire au greffe des juridictions ordinaires des lieux où il exercera ce commerce, son nom, ses qualités, demeure et domicile, ensemble les noms, qualités, demeures et domiciles de ses associés ou commettants, de tenir en bonne et due forme un registre d'achat et de vente des grains ou farines dont il fera commerce.²⁾ Die inneren Abgaben, die Wege-, Brücken- und Flussgelder und die Marktgelder bleiben jedoch bestehen, weil sie alle in den wohlerworbenen Besitz von Privatleuten übergegangen waren, und es an Mitteln zu ihrer Ablösung gebrach.³⁾

Das Edikt giesst, wie das der Liberalismus überhaupt liebt, das Kind mit dem Bade aus und beseitigt das Gesunde und Lebenskräftige und durchaus noch Zeitgemässe mit den übertriebenen und überspannten Einrichtungen, welche die extremen Forderungen ihrer Gegner erst vor einigen Jahrzehnten geschaffen

¹⁾ Vergl. Isambert: Recueil général des anciennes Lois Françaises. Paris 1850, Tome XXII. u. a. D.

²⁾ Nur dort, wo jemand Speicher anlegen wollte, musste er sich als Kaufmann eintragen lassen, weil nur Händlern die unbeschränkte Anlage von Speichern gestattet war. Die Eintragung musste jedoch erfolgen, wenn die betreffende Person nicht bescholten war: Dass man an dieser Eintragung noch festhielt geht aus Galiani hervor, welcher diese Vorschrift bekämpft. (Siehe das folgende Kapitel!)

³⁾ Auch das Bannmeilen- und Stapelrecht der Städte blieb bestehen. Aufgehoben wurde also die Beaufsichtigung des Getreidehandels, soweit es sich um den Getreideaufkauf und die Getreideaufspeicherung durch die Grosshändler handelte.

hatten. Was von der Zeit überhaupt gilt, kann auch hier Anwendung finden, dass man nämlich anstatt den richtigen Mittelweg einzuschlagen, anstatt vorsichtig nur das Unzeitgemässe auszusondern und das an sich Berechtigte zeitgemäss umzuformen, von einem Extrem zum anderen schwankte. Dabei war selbstverständlich keine der beiden Parteien fähig, etwas Dauerndes zu schaffen und in unaufhörlichem Schwanken sehen wir sie sich deshalb bis zum Ende des ancien régime in kurzen Zwischenräumen ablösen. Zunächst war der Liberalismus noch am Ruder und schritt auf der betretenen Bahn weiter vor.

Von dem „Édit concernant la liberté de la sortie et de l'entrée des grains dans le royaume du juillet 1764“¹⁾ bringen wir hier, weil es den fast vollständigen Sieg der Physiokraten ersehen lässt, das „Préambule“ vollständig zum Abdruck. „L'attention, que nous devons à tout ce qui peut contribuer au bien de nos sujets, nous a porté à écouter favorablement les vœux qui nous ont été adressés de toutes parts pour établir la plus grande liberté dans le commerce des grains et de révoquer les lois et les réglemens qui auroient été faits précédemment pour le restreindre dans les bornes les plus étroites. Après avoir pris les avis des personnes les plus éclairées en cet égard et en avoir mûrement délibéré en notre conseil, nous avons cru devoir déférer aux instances qui nous ont été faites pour la libre exportation et l'importation des grains et farines, comme propres à animer et à étendre la culture des terres, dont le produit est la source la plus réelle et la plus sûre des richesses d'un État, à entretenir l'abondance par les magasins et l'entrée des blés étrangers, à empêcher que les grains ne soient à un prix qui décourage le cultivateur, à écarter le monopole par l'exclusion sans retour de toutes permissions particulières et par la libre et entière concurrence dans ce commerce; entretenir enfin entre les différentes nations cette communication d'échange du superflu avec le nécessaire, si conforme à l'ordre établi par la divine Providence et aux vues

¹⁾ Vergl. Isambert XXII. S. 403 (bei Araskhaniantz ganz übergangen).

d'humanité, qui doivent animer tous les souverains. Nous avons reconnu qu'il étoit digne de nos soins continuels pour le bonheur de nos peuples et de notre justice, pour les propriétaires des terres et pour les fermiers de leur accorder une liberté qu'ils désirent avec tant d'empressement, et nous avons même cru devoir mettre par une loi solennelle et perpétuelle les marchands et négociants à l'abri de toute crainte de retour aux lois prohibitives.“ Bis hierher geht der vollständige Sieg der Physiokraten, deren Prinzipien wir sämtlich in diesem Préambule vereint finden; nun kommt eine, wenn auch schwache Einschränkung zu Gunsten der Oekonomisten: „Mais pour ne laisser aucune inquiétude à ceux qui ne sentiroient pas encore les avantages que doit procurer la liberté d'un tel commerce, il nous a paru nécessaire de fixer un prix au grain, au delà duquel toute l'exportation hors du royaume en seroit interdite, dès que le blé seroit monté à ce prix, et comme nous ne devons négliger aucune occasion d'exciter l'industrie, nous avons résolu de favoriser en même temps la navigation française, en assurant aux vaisseaux et aux équipages français, exclusivement à tous autres, les transports des grains exportés.“

Schon am 7. November 1764 finden wir dann die beiden vorangehenden kgl. Verordnungen eingeschränkt durch Lettres patentes qui fixent les droits de sortie et d'entrée sur les grains, et qui permettent la circulation et sortie de toutes espèces de grains en payant les droits y mentionnés.¹⁾ Wenn dieser Zoll auch nur gering war, so war es doch immerhin ein grosses an die Merkantilisten gemachtes Zugeständniss, dass sowohl die Ausfuhr aus dem Königreich, wie die Ausfuhr von einer Provinz in die andere von neuem mit einem Zoll belegt war. Freilich spielten dabei wohl wieder finanzielle Interessen mit.²⁾

Doch die Hauptsache ist es, zu fragen, wie diese Verordnungen ausgeführt wurden. Da ergiebt sich nun für uns aus dem Studium

¹⁾ Vergl. Isambert XXII. u. a. D.

²⁾ Indem Araskhaniantz nur dieses Edikt mit Uebergang des vorigen bringt, erscheint es bei ihm in einem ganz falschen Lichte.

der gleichzeitigen Litteratur, welche in damaliger Zeit sehr reichlich floss, dass Roscher die Verhältnisse sehr treffend geschildert hat, wenn er sagt:¹⁾ „Die Freiheit des Getreideverkehrs hatte im Jahre 1764 gesetzliche Geltung erlangt; in die Sitten des Volkes war sie jedoch ebensowenig übergegangen, wie in die Praxis der Behörden. Alle Augenblicke wurden Korntransporte angehalten, selbst durch Polizeibeamte, welche sich in ihrem Sprengel beliebt machen wollten; obrigkeitliche Preistaxen, Verkaufsbefehle etc. waren ebenso häufig, wie Bedrohungen und Insulten der Kornhändler durch den Pöbel“. Waren Intendant und Parlament einer Provinz einig, und sie waren meist einig, so wurde aus der Ausführung des Ediktes nichts.

Fragen wir nun ferner, ob die Zeitverhältnisse für eine unbedingte Freigabe des Getreidehandels schon reif waren, so möchten wir auch diese Frage verneinen. Dafür spricht schon der schlechte Erfolg dieser Edikte, die ungeheure, weit über das wohl selbst von den Physiokraten gesteckte Ziel hinausgehende Preiserhöhung, die sich in einigen Provinzen bis auf 100 Prozent belief. Man könnte nun freilich einwenden, dass offenbar, da auch in andren Ländern von einer Preiserhöhung in jenen Jahren die Rede ist, die allgemeinen Weltmarktsverhältnisse eine Preiserhöhung bedingten. Dem ist aber doch entgegenzuhalten, dass erstens der Preisaufschlag in den andren Ländern zu demjenigen in Frankreich in keinem Vergleich stand, und dass zweitens der Umstand, dass die Weltmarktsverhältnisse einen so grossen Umschwung bewirken konnten, der bei einer Beibehaltung der Kornpolizei schwerlich in diesem Maasse eingetreten wäre, doch der beste Beweis dafür ist, dass die allgemeinen Verkehrsverhältnisse damals für eine völlige Aufgabe der Kornpolizei noch nicht reif waren.

Als zweiten Grund für unsere Annahme, dass die völlige

¹⁾ Wilhelm Roscher: „Kornhandel und Theuerungspolitik.“ Stuttgart und Tübingen 1852. Vergl. auch M. Eugène Daire: „Oeuvres de Turgot, nouvelle édition.“ Paris 1844, „observations de l'Éditeur“.

Freigabe übereilt war, möchten wir den anführen, dass auf Seiten einer Mässigung Männer wie Necker und Galiani stehen, d. h. Männer, die an Höhe wissenschaftlicher Auffassungsweise wie an Sachkenntniss alle an dem Streite damals Betheiligten weit überragten, während auf der anderen Seite, abgesehen von dem in Bezug auf die Zukunft zwar allzu optimistischen, sonst aber doch den Boden der gegebenen Verhältnisse nicht völlig verlierenden Quesnay, stets nur mit den allgemeinsten Gemeinplätzen gefochten wird, und sie mehr oder weniger jedem sachlichen Kampfe mit Absicht aus dem Wege gehen.¹⁾

Als dritten Grund möchten wir angeben, dass selbst ein Mann wie Morellet, worauf wir noch kommen werden, sich genöthigt sieht, die sonderbarsten Vorschläge zu machen, um einer Gefahr der Hungersnoth zu begegnen, dass Turgot, unter den späteren Verfechtern des Freihandels der hervorragendste weder als Intendant von Limousin, wo er auf administrativem Wege für eine öffentliche Getreidezufuhr sorgen musste, noch als Minister, wo er die später von neuem erlassenen Ausfuhrverbote auch fernerhin noch eine Zeit lang beibehalten musste, streng die von ihm vertretenen Prinzipien durchführen konnte.

Als vierten Grund möchten wir endlich noch einen allgemeinen entwicklungsgeschichtlichen angeben, den Kant einst in die Worte kleidete „nihil per saltum fit“. Ein jäher Uebergang von der den Kornhandel in jeder Weise einschränkenden und bevormundenden Kornpolizeiordnung, wie sie sich in ihrer stärksten Form mehr als ein Menschenalter hindurch behauptet hatte, zu einer vollständigen absoluten Freigabe des Kornhandels konnte unmöglich, wenn nicht gerade sehr günstige Verhältnisse eintraten, ohne die schwersten Missstände und ohne heftige Rückschläge vor sich gehen.

Das Alles scheint dafür zu sprechen, dass die Zeit des unbedingt freien Getreidehandels noch nicht gekommen war.

¹⁾ Siehe das nächste Kapitel.

Kapitel IV.

**Der wissenschaftliche Streit um die Frage
der Freiheit des Getreidehandels im Anschluss an
das Edikt von 1764.**

Für die Wissenschaft war der Streit noch keineswegs entschieden; im Gegentheil wurde er erst jetzt heftig und zugleich auch interessanter, indem jetzt auch die Gegner des prinzipiellen Getreidefreihandels in die Schranken traten, und andererseits in der Zwischenzeit die Physiokraten ihr Lehrgebäude zu einem vollständigen System ausgebaut hatten. Wir wenden uns sogleich der bedeutendsten Schrift dieser Periode zu, welche von dem Abt Galiani ¹⁾ verfasst war.

Galiani ²⁾ war 1728 zu Chieti in den Abruzzen geboren. Sein Oheim liess dem früh geweckten und reich begabten Knaben eine vortreffliche Erziehung angedeihen. Durch den Marchese Rinuccini, einen vornehmen Florentiner, wurde er auf das Studium der Handels- und Staatswissenschaften hingeleitet. Wir besitzen von ihm Werke über das antike Münzwesen, eine sehr eingehende Abhandlung über die Theorie der Münzpolitik und eine Neu-redaktion der von Kaiser Friedrich II. für Neapel erlassenen Reichsgesetzgebung. Die erste Anregung, sich mit der Frage des Getreidehandels zu beschäftigen, erhielt er durch ein Gespräch des Königs Karl von Savoyen mit dem Herzog von Savoyen, dem er in einer Audienz, die ihm am 12. September 1752 bewilligt war, beiwohnen durfte. Das Gespräch drehte sich um

¹⁾ Abbé Ferd. Galiani: Dialogue sur le Commerce des Blés; Londres (Paris, Berlin) 1770.

Dasselbe, augmenté de deux Lettres de l'Auteur, Berlin 1775.

²⁾ Vergl. Ersch und Gruber: Encyklopädie der Wissenschaften und Künste, Bd. 52 S. 360 ff.

die Beförderung des Ackerbaues. Dann empfing er eine neue Anregung, dieser Frage näher zu treten, durch eine von seinem Freunde Intieri erfundene Maschine, um das Korn zu vieljähriger Aufbewahrung zu trocknen. Diese Erfindung war die Veranlassung zu der 1754 von ihm herausgegebenen Abhandlung „Della perfetta conservazione del Grano, Discorso di Bartolomme Incontri.“ Im Jahre 1759 wurde er neapolitanischer Gesandtschaftssekretär in Paris. Hier erwarb er sich schnell die Gunst des französischen Hofes und benutzte dieselbe, um im Jahre 1760, wo eine grosse Theuerung in dem Königreich beider Sizilien herrschte, von dem französischen Könige die Erlaubniss zu einem grossen Getreidetransport von Marseille nach Neapel zu erwirken. Als das Getreide dort anlangte, war es jedoch theils verdorben, theils wegen des hohen Preises unverkäuflich. Darüber entstand ein heftiger und langwieriger Streit, den Galiani in einem eigenen Werke geschildert hat. Es führte den Titel: „Istoria vera della controversia di grani di Marsiglia sulla giustizia delle pretensioni delle partiligenti.“

Das Jahr 1764, in dem, wie bekannt, Ludwig XV. die Verordnung über die völlige Freiheit der Getreideausfuhr erlassen hatte, brachte ganz Westeuropa noch tief bis in Deutschland hinein eine schlechte Getreideernte, gewiss ein für die Durchführung einer so wichtigen Neuerung sehr ungünstiges Zusammenreffen der Ereignisse. Darüber entstand in Frankreich ein sehr hitziger Streit über die Nützlichkeit des Freihandels von Getreide. Auch Galiani, der in Folge seines langjährigen Aufenthalts in Frankreich für die Vorgänge dieses Landes ein grosses Interesse gefasst hatte und auch der Frage des Getreidehandels schon seit Jahren näher getreten war, griff in diesen Streit mit zwei Schriften ein: „Storia di cio' che arvenne in Francia vogli editti del commercio di grani promulgati negli anni 1763 et 64.“ Die Schrift ist meines Wissens niemals gedruckt worden. Das zweite ist unser vorliegendes Werk. Auch dies war ursprünglich nicht für den Druck bestimmt, sondern sollte nur als eine Denkschrift der französischen Regierung vorgelegt werden, da Galiani

es für bedenklich hielt, in die inneren Verhältnisse eines Landes öffentlich einzugreifen, bei dessen Gesandtschaft er attachirt war, so lange er seinen Posten noch bekleidete. Als er aber im Jahre 1769, in Folge seiner Berufung in den neapolitanischen Kommerzienrath, Frankreich verliess, übergab er es seinem Freunde Diderot, der im Beginn des Jahres 1770 die Drucklegung und zwar zuerst in London besorgen liess.

Die Schrift erschien nunmehr gleichsam als eine Vertheidigungsschrift, da die französische Regierung auf mehrere in derselben gemachten Vorschläge eingegangen war und das Edikt in mehreren Punkten abgeändert hatte und zwar theilweise im liberalen Sinne, theilweise im Sinne der Vertheidiger der alten Ueberlieferung. Diese Abänderungen wurden von beiden Seiten ebenso heftig angegriffen wie freudig begrüsst; ganz zufrieden aber war keine Partei. Auch Galianis Schrift selbst fand, da sie sich eben für keine der beiden Parteien unbedingt erklärte, sehr getheilten Beifall. Im Allgemeinen glaubten freilich, wenn auch sehr mit Unrecht, die Gegner des Freihandels ihn den Ihrigen zurechnen zu dürfen, während die Freihändler in dem gleichen Missverständniss ihn aufs heftigste angriffen. Turgot schrieb an den Abbé Morellet, auf den wir weiter unten noch zurückkommen werden: „On ne peut soutenir une chose bien mauvaise avec plus d'esprit, plus de grâce, plus d'adresse, de bonne plaisanterie, de finesse même et de discussion dans les détails.“ Da der Verfasser sich zudem bemüht hatte, auch dem Colbertschen Standpunkte gerecht zu werden, so galt es von Anfang an als ausgemacht, dass man in ihm einen Gegner des freien Aussenhandels zu sehen habe und einen Anhänger der Colbertschen Politik. Noch Araskhiantz glaubt ihn richtig zu beurtheilen, wenn er sagt: „Galiani will die Getreidepolitik Frankreichs den Forderungen einer industriellen Entwicklung des Staates unterordnen“. Naudé, in seiner vortrefflichen Abhandlung „Die städtische Getreidehandelspolitik vom 15–17. Jahrhunderts“¹⁾ wird unserm

¹⁾ Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Schmoller, Bd. VIII. Heft 5.

Schriftsteller schon gerechter, wenn er ihn in der folgenden Weise beurtheilt: „Galianis Werk . . . ist ein merkwürdiges Zeugniß, wie sehr dieser Sohn des 18. Jahrhunderts seiner Zeit vorangeeilt ist. Er ist, wie nur irgend ein Jünger des 18. Jahrhunderts, ein historisch denkender Kopf“. Das ist aber auch wohl ein Hauptgrund, dass er, abgesehen von dem ihm an wissenschaftlicher Begabung vielleicht noch überlegenen Necker, von seiner Zeit so vollständig missverstanden wurde, während dann die irrige Anschauung seiner Zeit noch bis auf Naudé, der ihn seit einem Jahrhundert zum erstenmal wieder gründlich gelesen zu haben scheint, die herrschende blieb. Wenn er aber bis auf unsere Tage nicht richtig verstanden und richtig gewürdigt ist, so trägt dazu noch ein anderer Umstand bei. Die Sucht, geistreich und unterhaltend zu sein, lässt ihn oft schwülstig und breit schreiben und sehr oft von dem eigentlichen Stoff abschweifen, so dass der treffliche Kern der Schrift fast unterdrückt wird von der Wucht des ihn umgebenden Ballastes. Auch hindert ihn die Furcht, bei seinem Leser durch längeres Verweilen bei einem Gegenstande Langeweile zu erwecken, tief und gründlich auf irgend einen Punkt einzugehen. Die Schrift ist mit französischem Esprit aber auch mit französischer Légèrité geschrieben. Die Sucht nach Abwechslung hindert ihn ferner, eine einheitliche, systematische Disposition einzuhalten. Fortwährend verflucht er die verschiedenartigsten Fragen mit einander, lässt hier einen Faden fallen, um ihn an ganz anderer Stelle wieder anzuknüpfen, und nimmt dort eine Frage schon theilweise vorweg, um das Interesse seiner Leser möglichst frühzeitig darauf hinzulenken. Das Bestreben, die Aufmerksamkeit seiner Leser gespannt zu erhalten, wie in einem Roman, lässt ihn mit seiner wirklichen Ansicht bis zuletzt zurückhalten, so dass man bis zum letzten Augenblick nicht weiss, welchen Standpunkt der Autor zu der von ihm behandelten Frage einnimmt. Diese beabsichtigte, für einen Roman sehr zusagende, für eine Schrift der Aufklärung aber wenig passende Unklarheit, hat es denn auch wohl schliesslich in letzter Linie mitbewirkt, dass Verfasser

von seiner Zeit und demgemäss auch von den meisten Späteren so völlig missverstanden wurde.

Endlich sind auch die einzelnen Theile der Schrift von sehr verschiedenartigem Werthe, je mehr die Schrift ihrem Ende zu-geht, desto mehr vermisst man die Frische und die Gründlichkeit des Anfangs. Am besten sind diejenigen Theile gerathen, wo er seinen allgemeinen Standpunkt gegenüber der Kampfweise der beiden im Felde stehenden Lager entwickelt, dann kommt gegen den Schluss noch einmal eine vortreffliche Partie, wo er sich über die Tragweite des Edikts ausspricht; dazwischen kommen weniger gute, ja selbst sehr mässige Partien und ganz am Schluss fällt der Aufsatz vollständig ab. Musste schon dies der Schrift grossen Abbruch thun, so kommen dazu die grossen Lobeserhebungen, die er sich in der Schrift selbst spendete. Er führt sich selbst als Chevalier Zenobi ein, und diesem werden nun von seinen beiden Widerparts fortwährend die grössten Elogen gemacht; dagegen behandelt er die Écrivains, d. s. die Physiokraten sowohl wie die Merkantilisten, mit einer ziemlich weitgehenden Verachtung, indem er sie als gutmüthige geistige Durchgänger hinstellte, deren Broschüren es sich nicht lohne zu lesen.

Den allgemeinen Standpunkt des Autors kennen zu lernen, werden wir ihm am besten selbst das Wort geben: „Lorsqu'on suit une idée raisonnable, et que l'on se fonde sur une expérience ou sur un fait vrai et épouvé, mais qui ne s'adopte point, qui ne saurait appliquer au cas dans lequel on est, on croit bien faire et l'on fait une faute . . . l'exemple doit être pris à simili. L'expérience doit avoir été faite sur un objet tout pareil, tout semblable; sans quoi il ne prouve rien“ . . . M.: „J'allais vous demander, si vous faites de l'exemple de l'Angleterre autant de cas qu'on en fait ici: car l'Angleterre est le grand cheval de bataille des exportateurs“. Ch: „Je n'en fait aucun cas et toujours par la même raison; c'est que la France et l'Angleterre ne se ressemblent point: ainsi ce qui se fait là ou là, ne prouve rien du tout

pour ici . . . Je ne suis pour rien. Je suis pour „qu'on ne déraisonne pas“.

So wäre es falsch, daraus, dass in Rom das aus der römischen Kaiserzeit stammende Kornmonopol sich als verwerflich erwies, schliessen zu wollen, dass nun in Frankreich alles was irgendwie an dieses System erinnern könnte, über den Haufen geworfen werden müsste; so wäre es falsch, daraus, dass in England die Aufhebung des Ausfuhrverbotes von glücklichem Erfolge begleitet war, ohne weiteres zu folgern, dass dies nun auch in Frankreich der Fall sein müsste. Erst gelte es, sich die besonderen Verhältnisse beider Länder klar zu machen, und dann sich zu fragen, ob gerade diejenigen Verhältnisse, unter denen dort das System als völlig veraltet gelten musste, hier die Neuerung den gewünschten Erfolg hatte, auch in der That für Frankreich zutrafen. Das zu untersuchen, habe man völlig unterlassen.

So wie man nicht Folgerungen für sein eigenes Land ziehen dürfe aus den Erfahrungen eines vielleicht gerade in den in Betracht kommenden Punkten vom eigenen Lande abweichenden Landes, ebensowenig dürfe man aus den Erfahrungen der Vergangenheit ohne weiteres für die Gegenwart folgern. Die Maassregeln Süllys und Colberts möchten für ihre Zeit gut gewesen sein; aber sie auf die Gegenwart anwenden zu wollen, möchte darum kaum angehen, parceque la France d'aujourd'hui ne ressemble pas à cette du temps de Colbert ou de Sully qu'à l'Angleterre ou à l'Italie d'à présent. Imitons le grand Colbert et ne le suivons pas. Imiter et suivre sont des choses très différentes, quoique bien des gens s'y méprennent. Faisons ce qu'une bonne tête, comme celle du grand Colbert, aurait fait aujourd'hui.

Wie es aber falsch sein würde, Verordnungen der Vergangenheit, weil sie für jene Zeiten passten, für die Gegenwart anwenden zu wollen, so sei es auch umgekehrt ganz falsch, die Güte der alten Verordnungen danach prüfen zu wollen, ob sie für die Gegenwart passten. In diesen Fehler seien aber alle diejenigen verfallen, welche Männer, wie Colbert und Sully und

die Urheber aller alten Polizeiverordnungen, Tyrannen und Dummköpfe genannt hätten, weil jene Verordnungen für die Gegenwart nicht mehr alle passten. Nur danach müsse man fragen, ob die Gesetze für ihre Zeit und ihr Volk gut gewesen seien; davon aber sei er wenigstens nach dem Erfolge jener Gesetze überzeugt. „L’histoire, le seul tableau qui vous reste des mœurs passées nous est garant de la sagesse et de l’utilité d’un grand nombre de loix qui ne sont plus bonnes aujourd’hui, parcequ’elles ne sont plus à propos. Admirons la sagesse de nos Pères et tâchons de l’imiter en faisant ce qui convient à notre siècle.“

Wie er sich hier dagegen wendet, dass der Kampf auf beiden Seiten mit der Heranziehung übel angewandter Beispiele geführt werde, so an anderer Stelle dagegen, dass man auf beiden Seiten nur immer allgemein gültige Maximen gegen verallgemeinerte Prinzipien aufstelle. Einzelne dieser allgemeinen Sätze zieht er heran und zeigt ihre Haltlosigkeit, sobald man sie als allgemeine Sätze hinstelle, die keine Ausnahme duldeten. Man sage, der niedere Preis des Getreides sei den Manufakturen am zuträglichsten, weil der Arbeitslohn dadurch wohlfeiler werde. Wie sei es aber um die Richtigkeit dieses Satzes bestellt, wenn es sich erweisen sollte, dass ein Land, wie Holland, trotz hoher Preise für die Lebensmittel doch eine lebenskräftige Manufaktur besitze? Von anderer Seite behaupte man, dass der Ackerbau der Grund des Reichthums eines jeden Landes sei. Treffe dieser Satz auch dann zu, wenn das Land, wie Genf, ein Stadtstaat oder, wie Holland, ein auf engem Gebiet zusammengepresster mächtiger Handelsstaat sei; oder sei nicht vielmehr für den einen Staat seine Industrie für den anderen der Handel die Grundlage seines Reichthums geworden? ¹⁾

¹⁾ Diesem Einwurf war, wie wir wissen, schon Quesnay durch den nicht unberechtigten Hinweis begegnet, dass diese Staaten zwar politisch frei seien, wirtschaftlich aber nur für das losgelöste Appendix eines grösseren Staates angesehen werden könnten. Die Behauptung, der Ackerbau sei die sicherste Grundlage für den Reichthum eines grossen nationalen Territorialstaates konnte in jener Zeit schwerlich durch irgend ein Beispiel widerlegt werden.

Ein anderes (auch in unserer Zeit oft gehörtes) Prinzip sei, habe der Bauer Geld, habe es auch die ganze Welt. Gewiss könne dieser Satz für manche Verhältnisse zutreffen; aber auch für alle? Sollte nicht auch das gegentheilige Axiom bisweilen eben so richtig sein, dass eine aufstrebende Industrie auch den Ackerbau mit sich emporziehe? Wie, wenn Jemand aufstände und bewiese, dass nicht die Exporterlaubniss allein in England den Ackerbau gefördert habe, wie ja diese durch die Grenze, welche ihr gesteckt war, schon seit Jahren wirkungslos geworden sei,¹⁾ sondern die starke gesteigerte Nachfrage der manufakturreichen Städte nach Lebensmitteln?

Interessant ist es dabei, wie er die auch in unserer Zeit oft gleichmässig einseitig aufgeworfene, wie einseitig beantwortete Frage, ob man einen Staat als Ackerbau- oder als Industriestaat betrachten sollte, in einem durchaus auf der Höhe moderner Wissenschaft stehenden Sinne entscheidet: „Je conviens que dans un grand Pays il y a du tout, que les Provinces mêmes, qui le composent ne se ressemblent point, qu'il y en a d'industrielles, qu'il y en a d'agricoles et de demi-parties.“ Landwirthschaft und Industrie müsse man darum in einem Staate möglichst gleichmässig fördern, und meist sei dies durch kluge, ganz speziell auf die besonderen Verhältnisse des Landes berechnete Maassnahmen möglich, wozu freilich auch gehöre, dass man diese Verhältnisse genau kenne. Wenn aber die Interessen der Landwirthschaft und der Industrie sich in einem durchaus unversöhnlichen Gegensatze befänden, was aber stets erst nach eingehendster Prüfung aller einschlägigen Punkte behauptet werden könnte und nach seiner Meinung wohl nur äusserst selten der Fall sein dürfte, dann freilich müsse man der Industrie den Vorzug vor der Landwirthschaft geben, weil nach seiner Meinung

Und heute? Wer will behaupten, dass England schon die Feuerprobe bestanden habe, dass es ungestraft habe seine Landwirthschaft zurückgehen lassen, um seine Industrie zur ersten der Welt zu machen.

¹⁾ Das Gesetz wurde bald darauf ganz aufgehoben.

eine blühende Industrie eher fähig ist, einer zeitweilig nothleidenden Landwirthschaft wieder aufzuhelfen, als eine blühende Landwirthschaft einer darnieder liegenden Industrie. Den Grund hierfür sieht er in der ganz allgemein geringeren Bedürftigkeit der von den Verkehrs- und Kulturzentren entfernteren Landwirthschaft, wobei er freilich, was nicht vergessen werden darf, mit den gegenüber unserer Zeit sehr primitiven Nachrichten und Verkehrseinrichtungen seiner Zeit rechnet. Die seit Jahrhunderten gleichgebliebenen Transportmittel lassen ihn übersehen, dass eine Verbesserung der Verkehrstechnik auch dem Landmann die sozialen Bedürfnisse der Stadt näher bringen könnte, und lassen ihn darum entgegen seinem sonst sehr historischen, mit allen Relationen rechnenden Standpunkt, hier ein durchaus nicht immer gültiges generelles Axiom aufstellen. Ferner aber übersieht Verfasser, dass doch nicht nur wirthschaftliche Vorthelle, sondern unter anderem auch politische Zwangslagen, die z. B. durch die geographischen Verhältnisse geschaffen sein können, wie dies z. B. bei uns der Fall ist, mit in Betracht zu ziehen sein möchten. Freilich, gegenüber der Art, wie unsere letzte und neueste Handelspolitik inaugurirt ist, hätte unser Verfasser wohl unzweifelhaft eine viel sorgfältigere Prüfung aller Verhältnisse, als man sie leider für nöthig befunden hat, gefordert. Ganz entschieden würde unser Autor, lebte er gegenwärtig noch, sich dagegen sträuben, als Gewährsmann für unsere neueste, durchaus einseitige Handelspolitik ausgenützt zu werden, selbst in Anbetracht dessen, dass er oben selbst in den von ihm so sehr gerügten Fehler verfällt, ein generelles Axiom aufzustellen.

Aber wenn Verfasser hier das politische Moment, welches bei der Entscheidung der in Rede stehenden Frage so sehr ins Gewicht fällt, ganz ausser Betracht lässt, so widerspricht er auch damit schon der folgenden von ihm gemachten sehr werthvollen und sehr beachtenswerthen Bemerkung: „Le blé peut être regardé comme une production du sol, et sous cette vue il appartient au commerce et à la législation économique. Ensuite il peut et

doit être en même temps regardé comme la matière de la première nécessité et le bon besoin dans l'ordre civil des sociétés, et sous ce point de vue il appartient à la politique et à la raison d'État“. Damit fasst er zugleich die beiden in den beiden Lagern für und wider die Freigabe des Getreidehandels vertretenen Gesichtspunkte in scharf gesonderter Gegenüberstellung zusammen und anerkennt für jeden seine relative Berechtigung. Noch kürzer und treffender sagt er an anderer Stelle: „Nos aucêtres envisageaient le blé comme un objet d'administration, nous en voulons faire un objet de commerce“.

Leider hat der Kampf um diese Frage schliesslich in unserer Gegenwart zur fast völligen Unterdrückung der zweiten Seite geführt, und drohen wir mehr und mehr, wie dies z. B. in England schon der Fall ist, in das der Stadt- und Territorialgetreidehandelspolitik entgegengesetzte Prinzip zu verfallen, das Getreide nur noch für einen Gegenstand des Handels zu betrachten.

Aber auch einen dritten methodischen Fehler begeht Verfasser bei der Beweisführung dieser seiner Behauptung; er bringt für dieselbe eigentlich nur einen negativen Erfahrungsbeweis. Nach seiner Ansicht ist das Fehlen der Industrie in und um Rom und Madrid die Ursache des völligen Daniederliegens der Landwirthschaft in weitem Umkreise dieser Städte. Einen weiteren Grund könne es schon deshalb nicht geben, weil z. B. Städte, wie Bologna und Sevilla, obgleich sie unter derselben Verwaltung ständen, in ihrer Umgegend eine blühende Landwirthschaft hätten. Mithin könne der Unterschied in der Lage der Landwirthschaft nur auf den Hauptunterschied der beiden Städtegruppen, auf den Mangel oder das Vorhandensein der Industrie zurückgeführt werden. Hierbei begeht er nun noch einen weiteren sehr groben methodischen Fehler, den man bei einem so eminent historischen Kopfe, wie es unser Autor ist, kaum erwarten sollte; er vergisst nämlich zu fragen, wie weit die Vorgeschichte der von ihm betrachteten Gegenden auf die ver-

schiedene Lage der Landwirthschaft in derselben hingewirkt habe; dann wäre er wohl zu einem ganz anderen Resultat gelangt und hätte kaum noch den Muth gehabt, gerade diese Beispiele für seine Behauptung anzuführen.¹⁾ In dem einzigen Falle, wo Galiani also ein allgemein gültiges Axiom aufstellt, hat er entschieden Unglück; ein schlagender Beweis dafür, wie schwer es möglich ist, irgend ein wirklich allgemein gültiges Axiom zu finden, so dass man behaupten möchte, es gäbe kein solches, wenn dieser Satz sich nicht in sich selber aufhöbe.

Doch folgen wir Galiani weiter in seinem Kampf gegen die von seiner Zeit hüben und drüben gleich Steckpferden gerittenen Prinzipien. Auch gegen das Gournaysche Axiom des *laissez faire et laissez passer* (nicht aller sagte Gournay) und gegen die freilich noch nicht in dem modernen Gewande, das ihr später Bastiat anhängte, auftretende Harmonienlehre, dass alle Gegensätze sich am besten dann ausgleichen, wenn der Staat sie sich selber auswirken lasse, wendet sich Galiani, und er thut dies in wahrhaft klassischer Weise: M. l. Pr. „Je m'étais fait un tout autre système. Je croyais que la Nature, laissée en liberté, amènerait tout à l'équilibre, qui est l'état naturel des choses et le plus convenable à l'homme, qu'il y avait un ordre nécessaire et enchainé, qui se présenterait de lui même, et qui serait aisé à retrouver, si les hommes ne lui avaient pas fait toujours violence et ne l'avaient pas barré par mille inventions. Qu'ainsi par ces trois points fondamentaux seuls Nature, Liberté, Équilibre on pouvait espérer de parvenir au bonheur.“

Ch: „Rien n'est si vrai, rien n'est si faux . . . c'est une vérité lumineuse dans la tête d'un métaphysicien, parceque l'homme, qui méditise, peut devenir presque aussi grand et aussi vaste que la Nature entière . . . on ne tient pas compte de la durée des époques du retour; on balance les inégalités par des compensations, qui n'existent pas, et on prend des termes moyens, qui

¹⁾ Vergl. Dr. Karl Oldenberg: Die römische Campagna, Leipzig 1888.

n'existent jamais ailleurs que dans la méditation. Mais ce que vous dites est très-faux sous la main d'un Praticien, parceque l'homme, lorsqu'il agit, devient aussi petit, aussi faible qu'un animal de cinq pieds doit être, parcequ'il sent alors le frêle de sa structure, le court espace de sa vie, l'instantanéité de ses besoins, le raboteux des plus grandes inégalités, et qu'il ne peut rien compenser, rien rabatre sans souffrir ou sans mourir. Je veux appliquer ces principes à la théorie des blés; rien n'est si vrai que les prix des blés, laissés en liberté, se mettent en équilibre; rien n'est si vrai que le commerce, rendu libre, répandra du blé partout, où il y aura de l'argent et des consommateurs; rien n'est si vrai en théorie, parceque tous les hommes courent après le gain . . . Mais prenez garde en pratique, qu'il faut un temps physique à la poste des lettres, pour envoyer la nouvelle du défaut de blé d'une ville à un Pays qui en a, qu'il faut un autre espace de temps, pour que le blé arrive; et si cet espace de temps est de quinze jours, et que vous n'ayez des provisions que pour une semaine, la ville reste huit jours sans pain, et cet insecte, appelé homme, n'en a que huit jours de trop de jeûne pour mourir . . . Ainsi le théorème va bien, le problème va fort mal."

Damit giebt Verfasser zugleich den tieferen Grund der Nothwendigkeit der Kornpolizei für seine und alle vorangegangenen Zeiten kurz und treffend an; er war zu suchen in der geringen Ausdehnung des Nachrichten- und Waarenverkehrs und in der damit verbundenen geringen Uebersichtlichkeit des Weltmarktes. Erst die ungeheuren Fortschritte der Neuzeit auf diesem Gebiete gestatteten es, von der Kornpolizei vergangener Jahrhunderte abzusehen. Wenn wir in der Gegenwart vielleicht wiederum uns gezwungen sehen werden, zu kornpolizeilichen Maassnahmen, wenn auch ganz anderer Art, zurückzukehren, so ist die Veranlassung dazu nicht die Furcht vor dem Mangel, sondern die Furcht vor der Ueberschwemmung, die uns den bei unsern politischen und sozialen Verhältnissen und unserer geographischen Lage durchaus nothwendigen Stand der Landwirths zu unterdrücken droht, die unsern Ackerbau in einem Maasse unrentabel machen

könnte, dass wir in Kriegszeiten bei Abschneidung des Verkehrs durch feindliche Heere, feindliche Flotten der schwersten Aus-
hungerung entgegen sähen.

Zweier Hauptfehler haben demgemäss seiner Ansicht nach die bisherigen Rufer im Streite sich schuldig gemacht, auf welcher Seite sie auch stehen mögen; sie haben die Erfahrungen ihrer Zeit auf alle Vergangenheit und Zukunft und die Erfahrungen eines Landes auf alle Länder anwenden wollen; sie haben sich ferner in generalisirenden Prinzipien ergangen, wo sie nur sehr vorsichtige Forderungen für ihre Gegenwart und ihr Land hätten aufstellen sollen. „Je connais pour ainsi dire toutes les tanières...anières d'où sortent les erreurs: car elles ne sont pas en grand nombre. Ce sont toujours ou les moeurs où les idées dans lesquelles l'auteur a vécu, le ton dominant des „beaux Esprits“ d'alors ou un Écrivain célèbre, qui aura maîtrisé son siècle. Mais la grande source des erreurs, celle dans laquelle tous les hommes tombent plus ou moins, celle dont on ne se garantit point, c'est l'habitude de généraliser une idée particulière. On en s'apperçoit d'autant moins, que c'est une faute à demi. L'idée est vraie dans quelques cas ou dans quelques circonstances particulières; le seul tort est de la généraliser. Montesquieu, le grand Montesquieu n'a fait que des fautes de ce genre; heureux à découvrir les idées les plus fines, les rapports les plus délicats, il a bien vu ce qu'il a vu dans un objet particulier, dont il était fortement affecté, en le méditant, mais ensuite il l'a généralisé.“

Zu diesen zwei Fehlern komme noch ein dritter, welcher das aus dem Beobachteten zu ziehende Urtheil oft sehr fälsche und trübe. „Prenez garde de ne pas confondre les effets et les causes, c'est l'erreur de tous les hommes, et pour l'éviter, croyez que tout ce que vous rencontrez toujours ensemble est lié par une chaîne nécessaire, et que l'un est cause et effet en même temps de l'autre.“ Hier haben wir also den Satz der Gegenseitigkeit und Wechselwirkung, eine der grössten Errungenschaften unserer modernen Nationalökonomik, in reinster und klarster Form schon vor uns. Wohl in keinem Punkte wirthschafts-

politischen Erkennens ist Galiani seiner Zeit mehr vorangeeilt als in diesem; seine Zeit aber übersah vollständig diese wichtige These, weil sie durchaus noch kein Verständniss dafür besass.

Eine vierte Fehlerreihe bemerkt er aber noch bei den Reformern, die ebenfalls von seiner eminent historischen Veranlagung zeugt. Sie rechneten in keiner Weise mit dem historisch Gewordenen; nachdem sie einmal gewisse Thorien und Prinzipien als generell und richtig angenommen hätten, indem sie die Erfahrungen, die sie irgend wo und irgend wann gemacht hätten, sogleich überall als zutreffend betrachteten, wollten sie alles nach diesen ihren Theorien ummodeln, ohne sich um Land und Leute, wie sie denn nun einmal historisch geworden seien, zu bekümmern. Sie machten den Eindruck von Leuten, sagt er kurz und treffend in dem zweiten Briefe, *qui veulent corriger la nature et changer les hommes*. Alle, welche sich bisher an dem Kampfe für und wider die Getreideausfuhr betheiligt hätten, seien von dem Schlage jener edelen Menschenfreunde, die so sehr von ihrer Idee enthusiastirt seien, dass sie sich weder die Zeit liessen, um ihre Theorien nach allen Seiten hin an den Erfahrungen der Praxis zu prüfen, noch auch es verständen, auf einem oft eher zum Zwecke führenden Umwege ihrem Ziele zuzustreben, sondern stets geradewegs auf ihr Ziel lossteuerten, ohne zu fürchten, dabei Schiffbruch zu erleiden; dabei macht er die feine und oft zutreffende Bemerkung, dass die Völker meist dann nach einem liberalen Regimente sich sehnten, wenn es ihnen leidlich gut gehe, und sie ihre Glieder etwas recken möchten, indem sie gänzlich vergässen, dass die einschränkende Wirthschaftsordnung der letzten Jahre diesen verhältnissmässigen Wohlstand nicht zum geringsten Theil mit verursacht habe.

So könne demnach die Frage, ob ein Land den Getreideexport freigeben sollte, nur nach Erwägung aller für das betreffende Land in Betracht kommenden Punkte entschieden werden. Eine wichtige Frage sei z. B. gleich diejenige, welche Lage die einen Getreideüberschuss erzeugenden Provinzen zum

Gesamtlande hätten. Lägen sie inmitten des Landes und sei der Verkehr zur Küste ein schwieriger, so sei es schon weniger bedenklich, den Getreideexport zu gestatten, weil das Getreide, welches die übrigen Landestheile gebrauchten, auf dem Wege zur Küste, schon in jenen Gegenden werde angehalten werden, weil es sich dort günstiger verkaufen lasse, als auf weitere Entfernungen. Lägen die kornreichen Gegenden an der Küste, oder sei der Weg zu der Küste durch Wasser und andere Verkehrsstrassen von jenen Provinzen aus sehr leicht, so sei es sehr bedenklich, den freien Kornhandel ohne weiteres zu gestatten, weil der Transport zur See für den kaufmännisch Rechnenden sich leicht mehr empfehlen könne, als derjenige zu Lande. Darum müsse man zum mindesten dann dafür sorgen, durch einige Erschwerungen des Aussenhandels den Binnenhandel in den Bedingungen gleich zu stellen.¹⁾

Doch er wolle nicht einzelne Punkte herausgreifen, sondern die Frage methodisch und systematisch untersuchen. Wie verfährt er nun dabei? Wir müssen es gestehen: durchaus nach der Art der modernen Methodik und Systematik. „On aurait du leur dire comme Hamilton: „Bélier, mon ami, ne pourrais tu pas commencer par le commencement“? voir les cas les plus simples, les combinaisons les moins compliquées, les Gouvernemens en petit“.

So fängt er denn mit dem Beispiele eines Stadtstaates, mit Genf an. Für diese Staaten sei die Magazinierungsmethode der im Ausgange des Mittelalters entwickelten städtischen Getreidehandelspolitik auch heute noch die richtige. Dann kommt er zu den auf engen Raum zusammengepressten Handelsstaaten wie Holland, Genua, Venedig u. a. zu sprechen. Sie könnten ihres Handels, ihrer allseitigen Verbindungen, so wie der nicht allzu grossen Einwohnerzahl wegen freie Handelspolitik treiben; denn zu ihrer Versorgung stände ihnen die ganze Welt offen, und gäbe

¹⁾ Hierauf begründet er später einen seiner Abänderungsvorschläge des Edikts von 1764.

es darum für sie schlechte Jahre nicht; es müsse denn etwa der äusserst seltene Fall eintreten, dass auf dem ganzen Erdenrund eine Theuerung einträte;¹⁾ dagegen wäre aber selbst mit den schärfsten Kornpolizeimaassregeln wenig anzukämpfen. Auch das brauchten jene Staaten nicht zu fürchten, dass sie erfahrungsgemäss im Durchschnitt höhere Getreidepreise als die anderen Länder hätten; denn wenn dadurch auch der Arbeitslohn erhöht würde, so könnten sie doch auch bei höheren Herstellungskosten noch eine blühende Manufaktur beschäftigen; denn ihre weiten Handelsverbindungen gestatteten ihnen nach dem Grundsatz zu verfahren: „Grosser Umsatz, kleiner Gewinn“. Etwas freilich gäbe es, was auch jene Staaten für ihre Getreideversorgung fürchten müssten, das sei der Krieg. Leider verfolgt er diesen für unsere Zeit höchst interessanten und mit immer zwingenderer Nothwendigkeit Beachtung heischenden Punkt dann aber nicht weiter. Man habe nun gemeint, dass Frankreich es Holland nachthun sollte, um durch grösste Bevorzugung des Handels sich von allen Folgen der Ernteverschiedenheit frei zu machen. „Comment? voulez-vous que ce qui convient à un ou deux millions d’habitans puisse convenir à un nombre plus de douze fois plus grand? Pouvez-vous réduire vingt millions d’hommes à n’être que Manufacturiers ou Navigateurs? Et où trouver le débit petant de marchandises, et l’occasion d’employer une aussi grande navigation? La Nature a mis des bornes en tout; on ne la viole jusqu’à ce point. Vous ne ferez des ports de mer de vos montagnes de l’Auvergne.“ In geistreicher Weise hebt er dann noch alle Unterschiede zwischen Holland und Frankreich hervor.

Und doch muss man auch hier wieder sagen: er irrte; aber er irrte verzeihlich, indem er eine grosse Konstanz gerade auf derjenigen Seite des Wirthschaftslebens voraussetzte, wo die Neuzeit die grössten Umwälzungen geschaffen hat, während seine Zeit

¹⁾ Nach den neuesten Erfahrungen bekanntlich etwas nicht ganz Ausgeschlossenes.

auf ein Hunderte von Jahren währendes Beharren zurücksah, d. i. in der Verkehrstechnik. So konnte er sich freilich wohl niemals die Möglichkeit vorstellen, dass einst ganz Westeuropa nicht vor der Gefahr einer Theuerung und Hungersnoth, wie sie die früheren Jahrhunderte sahen, sondern vor der Gefahr einer Ueberschwemmung mit ausländischem Getreide stehen würde. In diesem Punkte waren ihm seine Gegner, so phantastisch auch ihrer Zeit ihre Pläne und Projekte erscheinen mussten, tatsächlich überlegen. Aber wollen wir behaupten, dass sie darum einen weiteren Blick besessen, dass sie die Umwälzungen der Neuzeit auch nur geahnt hätten?

Darauf geht er über zu den reinen Ackerbaustaaten und unterscheidet solche von geringerer Ausdehnung, wie Flandern, und solche von grösserer Ausdehnung, wie die Türkei, Russland, Polen u. s. w.

Die letzteren könnten noch auf lange Zeit unbehindert eine freie Getreidehandelspolitik treiben; denn in den noch unangebauten Flächen ständen ihnen reiche, ja fürs erste noch unerschöpfliche Hilfsquellen für eine weitere Beschaffung von Getreidevorräthen offen. Die grosse Ausdehnung des Landes gewähre ihnen eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass schlechte Ernten sich nur äusserst selten auf das ganze Land erstrecken würden, dass sie darum den Ausfall einer Gegend durch den Ueberfluss der anderen decken könnten. Diese Länder hätten darum nur nöthig für die Nothjahre sich ein Ausfuhrverbot vorzubehalten, nicht aber Sicherungsvorräthe für die Theuerung anzusammeln.

Die reinen Ackerbaustaaten von kleinerer Ausdehnung müssten damit rechnen, dass eine Missernte das ganze Land treffen könnte. Würden sie also nicht an die Ansammlung von Sicherungsvorräthen für Missernten denken, so machten sie es wie ein Spieler, der an einem Abend den letzten Heller verspiele, um am nächsten Morgen nicht zu wissen, wovon er seinen Morgenimbiss bezahlen solle. Ferner aber müssten diese Länder stets mit dem früher oder später erfolgenden Uebergang zur Manufaktur neben der Landwirthschaft rechnen, und wenn sie

auch vorläufig noch nach Vorkehrung aller Maassregeln zur Anlage und Füllung von Getreidespeichern die Ausfuhr freigeben könnten, so müssten sie doch fortwährend prüfen, ob die Verhältnisse auch noch dieselben geblieben seien als vordem.

Dies giebt ihm zugleich Gelegenheit von dem Uebergang eines reinen Agrarstaates zur Industrie zu sprechen. Diesen Uebergang da verhindern zu wollen, wo er durch die Aenderung der Verhältnisse geboten sei, hält er für einen grossen Fehler und schildert mit fetten, saftigen Farben die daraus sich ergebenden Verhältnisse einer faulenden Stagnation, einer der besten aber auch am meisten missverstandenen Abschnitte, der ihm im besonderen den Vorwurf eines einseitigen Vertreters manufakturereller Interessen zugezogen hat: „Telle a été et serait encore la France, si ce grand génie n'avait ramené votre nation de la fainéante indigence de l'État Agricole et de la féroce Anarchie de la Chevalerie à la tranquillité de la soumission, au calme de l'aisance et au luxe de l'industrie. C'est lui qui a rendu les Français moins caracolans à la vérité dans les tournois, moins adroits à rompre les lances, mais plus navigateurs sur l'Océan et plus adroits dans des ouvrages des arts et du scavoir“. Eine kürzere und treffendere Würdigung Colberts möchte kaum möglich sein.

Als das beste und empfehlenswertheste Stadium des Uebergangs erwärmt sich Verfasser dabei für die Hausindustrie als Nebengewerbe der Landwirthschaft, wobei man aber nicht in die umgekehrte Praxis verfallen dürfe, die Landwirthschaft als Nebengewerbe der Industrie betreiben zu wollen. Sei in einer Gegend die Industrie so weit gediehen, dass sie mehr Arbeitszeit heische, als die Landwirthschaft, dann müsse man beide scharf trennen und dürfe sie nicht mehr vermengen; wenigstens dürfe dann die Landwirthschaft von den Manufakturarbeitern nicht mehr zu gewerblichen Zwecken, sondern nur zur Ergänzung des eigenen Haushaltes betrieben werden.

Gewiss eine höchst feine und für das gegenseitige Verhältniss

von Industrie und Landwirthschaft leider noch bis zur neuesten Gegenwart sehr wenig befolgte Bemerkung.

Thöricht sei es nun aber darin, dass die Industrie sich im Verhältniss zu der Landwirthschaft ein immer grösseres Feld erobere, ein nationales Uebel sehen zu wollen. Mit der Vermehrung der Bevölkerung sei diese Verschiebung von selbst gegeben. Die Vermehrung der Bevölkerung müsse aber ein Hauptziel der staatlichen Wirthschaftspolitik sein.

Hier erkennen wir einmal Galiani als einen Sohn seiner Zeit; von den Irrthümern der populationistischen Theorien seiner Zeit die in der Volksvermehrung an sich einen Vortheil sah, und nicht in einem zwar langsamen, aber doch stetigen und gleichmässigen Anwachsen der Volkszahl, ist auch er befangen. Freilich hatte die Geschichte ihm noch keine Beispiele für das Ungesunde einer übertrieben starken Volksvermehrung geboten. Die fortwährenden Kriege und die stärkere Sterblichkeit auch in Friedenszeiten wegen der geringen medizinischen Kenntnisse und der noch geringwerthigeren prophylaktischen Maassregeln gegen verheerende Ansteckungskrankheiten hatten es bis zu seiner Zeit im modernen Europa dahin noch nicht kommen lassen. Beispiele aus dem Alterthume heran zu ziehen, dafür war die Kenntniss jener Zeit noch nicht genügend vorgedrungen. Hier operirte man noch mit der reinen Theorie.

Erst am Ende seiner geographischen Betrachtungen kommt er auf England zu sprechen; denn *L'Angleterre est la machine la plus compliquée en politique qui soit à présent en Europe, et qui ait peut-être jamais existée dans le monde entier. Le Pays est à la fois agricole, manufacturier, commerçant: il est malgré son étendue par la nature tout en ports de mer.*

England müsse, so seltsam es klingen möge, doch jenen Ländern zugerechnet werden, welche wegen zu geringer Volkszahl noch auf längere Zeit mit einem durchschnittlichen Getreideüberschuss rechnen könnten; denn auf einem Flächenraum, der ebenso gross sei wie Italien, ernähre es nur 10 Millionen Menschen, während Italien deren 18 Millionen zähle. Es komme

somit jener Staatengruppe nahe, als deren Beispiel er oben Flandern angeführt habe, aber auch mit jener Staatengruppe müsse man es vergleichen, als deren Repräsentanten Holland, Genua, Venedig u. a. Staaten anzusehen seien. So hätten die Engländer sich schon aus den oben bei jenen Staaten angeführten Gründen den Luxus einer Getreideausfuhr gestatten können, zumal da sie in doppelter Weise Vorkehrungen getroffen hätten, sowohl um in Nothjahren aufgespeichertes Getreide zu besitzen, wie auch, um zu rechter Zeit den freien Handel ganz unterbinden zu können. Das Erstere hätten sie damit bewirkt, dass sie keinerlei Magazinierungsverbote für Privatleute im Innern erlassen hätten, das Letztere, indem sie die freie Ausfuhr vom Preise des Getreides abhängig gemacht hätten. Die beiden Vorsichtsmaassregeln, die er oben für Flandern gefordert hätte, seien also in England thatsächlich getroffen worden. Zudem ständen England noch dieselben Ressourcen offen wie Holland, und man habe dieselben noch verstärkt durch die für Nothjahre festgesetzten Einfuhrprämien. Man könne also für das Edikt von Frankreich garnicht auf England exemplifiziren; denn erstens lägen hier die Verhältnisse ganz anders als in Frankreich, zweitens aber habe man nur die eine englische Vorsichtsmaassregel nachgeahmt und auch diese nicht einmal voll, indem man einerseits die Ausfuhr erst bei wirklichen Theuerungspreisen verboten habe, d. h. für Zeitverhältnisse, wo es eigentlich schon zu spät sei, und andererseits die alten Magazinierungsbeschränkungen beibehalten habe.

Erst jetzt, nachdem er durch seine historisch geographischen Exkursionen sich den Weg zu einer Kritik des Edikts glaubt gebahnt zu haben, geht er auf dieses Edikt selbst ein. Auch hier nimmt er einen weit über den Parteien seiner Zeit stehenden Standpunkt ein: „Il ne m'est pas permis de dire qu'une loi est défectueuse, si je ne le prouve; et je ne dois point blâmer une loi, si je n'en indique point une meilleure. Quiconque ne sait que médire et critiquer est un sot; il est le plus misérable des

hommes: car rien n'est parfait dans ce monde, et tout est bon, jusqu'à ce que l'on connaisse le mieux."

Er beginnt seine Kritik damit, dass er ausgeht von den angeblichen Voraussetzungen, unter denen die Freihändler das Edikt empfohlen hatten, und von den Erwartungen, welche sie an deren unbezweifeltes Vorhandensein geknüpft hatten. Die Befürworter der Handelsfreiheit sowohl von der Gournayschen wie von der Quesnayschen Richtung hatten bekanntlich als ganz unumstösslich die Behauptung hingestellt, dass Frankreich bei dem für die damaligen Verhältnisse höchstem Grade agrikultureller Technik fähig sein werde, selbst in schlechten Erntejahren noch seinen Bedarf zu decken, so dass jede künstliche Maassregel, um den Vorrath guter Jahre im Lande zu erhalten, unnöthig, sei dass es vielmehr genüge für ganz ausserordentliche Fälle, wenn etwa Frankreich und seine gewöhnlichen Absatzländer zugleich eine schlechte Ernte haben sollten und sich von anderer Seite kein bequemer Ersatz biete, der Regierung ein Ausfuhrverbot vorzubehalten, dass aber alle sonstigen Beschränkungen des Handels nur schädlich seien, weil sie Frankreich hinderten, jenen höchsten Grad agrikultureller Technik zu erreichen, vielmehr seinen Anbau langsam zurückgehen liessen nach Güte sowohl wie nach Ausdehnung.

Wenn die von den Freihändlern gehegten Erwartungen wirklich zutreffen würden, dann freilich könnten die Befürchtungen, welche man bisher an die Freigabe der Getreideausfuhr geknüpft habe, als unberechtigt erscheinen; sie seien aber in keiner Weise bewiesen worden. Die statistischen Berechnungen seien sehr hypothetisch; — Verfasser ergiesst über dieselben die ganze Fülle seines Spottes — statt ihrer hätte man lieber auf die Lehre der Erfahrung dringen sollen. „Pour le scavoir, il aurait fallu pouvoir garder les bleds des années abondantes et les consommer dans les années stériles. Or dites-moi franchement, a-t-on fait ce qu'il fallait pour cela? A-t-on vu combien on peut garder des masses de blé? Quels en sont les frais?“ Spott hat er auch nur für die Herbertsche Behauptung, die Freigabe der Getreideaus-

fuhr werde den Getreideanbau sich ausdehnen lassen. Wo habe denn Frankreich noch so viel Land zum Neubruch, wie dies in England der Fall gewesen sei, wie werde man den Ertrag der Ernte, der bisher das sieben bis achtfache Korn der Aussaat ergeben habe, so weit steigern können? Wolle man denn gegen die Grenzen der Natur mit Handelsgesetzen ankämpfen? Aber gesetzt auch, eine verstärkte Absatzfähigkeit, sofern sie dem Landmann wirklich zu Gute komme, werde durch die Gewalt des Anreizes es ermöglichen, die durchschnittlichen Ernteerträge um ein Drittel zu vermehren; was beweise denn, dass die verstärkte Absatzfähigkeit den Landwirthen und nicht vielmehr in weitaus grösserem Maasse den Zwischenhändlern zu Gute kommen werde, was das weitaus wahrscheinlichere sei? Die Erfahrung beweise, dass der Zwischenhändler in allen derartigen Fällen den Löwenantheil für sich nehme und den Produzenten und Konsumenten nur schmale Bissen abgebe.

Es sei dies auch durch die Verhältnisse geboten; denn das Getreide repräsentire von allen Handelsartikeln bei grösstem Umfang den kleinsten Werth, der relative Antheil der Transportkosten am Werth müsste also der grösste sein, zweitens sei sein Transport mit dem grössten Risiko verbunden und erfordere fortwährende Vorsichtsmaassregeln, das Getreide vor dem Verderb auf dem Transport zu bewahren; trotzdem verderbe aber doch stets ein grosser Theil; das erhöhe die Transportkosten und zwinge den Händler eine grosse Risikoprämie zu fordern; der Getreidetransport falle gerade in die für jeden Transport ungünstigste Zeit; der ins Ausland ausführende Getreidehändler müsse jedes Jahr ein neues Absatzgebiet aufsuchen; denn nur wenige Länder gebe es mit dauerndem Bedarf; er könne also nicht regelrechte Handelsverbindungen unterhalten; der Getreidehandel sei ein Handel auf Kredit; das gehe so fort bis zum Konsumenten; selbst dieser bezahle immer seltener sogleich bei der Entnahme; von ihm aus müsse dann das Geld die Rückwanderung zum Exporteur machen, der also grössere Summen auf längere Zeit und auf die Ungewissheit des Rückempfanges müsse aus-

stehen lassen; da er und die Zwischenglieder bis zum Konsumenten dies weder könnten noch wollten, so dränge sich von selbst der Wechselverkehr ein, der eine neue Preisvertheuerung bedinge; der Getreidehandel mache alle Zwischenstufen vom Detailaufkauf bis zum Detailverkauf im kleinsten durch, und dabei erleide die Waare von ihrer Umformung von Getreide bis zur Backwaare mancherlei Abänderungen. Alle diese Schwierigkeiten bewirkten, dass nur die Geschäftsgewandtesten ihm gewachsen seien, und darum der Getreidehandel mehr oder minder einen monopolartigen Charakter annehme.

Im ersten und dritten Punkt wird man Galiani voll beipflichten können; die statistischen Berechnungen besagten allerdings bei der damals höchst mangelhaften Statistik, die mit ganz groben Ueberschlägen rechneten, nichts oder besser weniger als nichts, d. h. sie führte eher in die Irre, als dass sie belehrte; und bei den mangelhaften Verkehrsverhältnissen kommen die Vortheile der Getreideausfuhr dem Landwirth und den Produzenten wohl in der That sehr wenig zu Nutzen; dagegen hat in der Annahme der Steigerung der Ertragsfähigkeit der Ernte die Geschichte den Gegnern Galianis nicht nur vollauf Recht gegeben, sondern ihre Erwartungen noch weit übertroffen. In Frankreich erntet man jetzt in mittleren Jahren und auf mittlerem Boden das 15. und in besonders guten Jahren auf bestem Boden bis zum 20. Korn, und die Anbaufläche ist ebenfalls noch sehr gewachsen. Nur wird man dies kaum der Wandlung der Getreidehandelspolitik, sondern nur den grossen physikalischen Fortschritten der Agrikulturtechnik zuschreiben müssen, auf welche die Getreidehandelsgesetzgebung schwerlich einen Einfluss ausgeübt haben wird, und an die ferner die Befürworter des Ediktes unmöglich schon gedacht haben können. Galianis nicht völlig zutreffende Einwendungen beruhen aber auch hier wieder auf dem leicht verzeihlichen Irrthum, durch Jahrhunderte unveränderte Verhältnisse für absolut unveränderlich gehalten zu haben.

Im Allgemeinen wird man Galiani also doch beistimmen können, wenn er aus den bisherigen Erörterungen den Schluss

zieht, die Voraussetzungen, unter denen das Edikt erlassen sei, träfen nicht zu oder seien zum mindesten doch nicht als zutreffend bewiesen, und die Erwartungen, welche man an dasselbe geknüpft habe, würden sich für Frankreich garnicht oder doch nur im bescheidensten Umfange erfüllen.

Dafür würde der freie Getreidehandel aber andere wichtige Aufgaben erfüllen. Erstens würde er den unruhigen Massen in den grossen Handelszentren, welche nichts als ihre Muskelkraft auf dem Markt anzubieten hätten, Beschäftigung gewähren; freilich auch nur dann im vollsten möglichen Maasse, wenn man die Getreideausfuhr nur auf einheimischen Schiffen mit einheimischer Bemannung gestatte, wie das Edikt, freilich unter grossem Widerspruch seiner litterarischen Urheber, auch vorschreibe; zweitens würde den Schiffen, welche mit Manufakturwaaren nicht hinreichend befrachtet werden könnten, der zweckmässigste Ballast gewährt werden, da der Getreidetransport doch immerhin einigen Nutzen abwerfe. Zur Hebung der Flotte und des Manufakturwaarenhandels empfehle sich also die Freigabe des Getreidehandels. Zudem könne es ja immerhin möglich sein, wenn es auch bisher nicht bewiesen sei, dass Frankreich im Durchschnitt der Jahre einen Ueberfluss erzeuge oder doch zu erzeugen fähig sei, und diesen zu exportiren würde dann in der That vortheilhafter sein, als ihn verfaulen und verkommen oder ins Vieh verfüttern zu lassen. Mithin sei auch er für die Freigabe der Getreideausfuhr nur nicht vollkommen in der Weise, wie es durch das Edikt geschehen solle.

Bei der Regelung des auswärtigen Getreidehandels dürfe man eben das Eine nicht vergessen, dass der Beweis, Frankreich erzeuge im Durchschnitt einen Mehrbedarf und werde ihn auch im Durchschnitt erzeugen, bisher noch nicht erbracht sei; dann hätte man aber, so lange bis jener Beweis geführt sei, irgend welche Vorsichtsmaassregeln treffen müssen, um von dem Ueberschuss der fetten Jahre die für Nothjahre nöthigen Getreidevorräthe im Lande zu behalten. Die jetzt geltende vollständige Getreideausfuhrfreiheit, komme ihm vor wie ein Ausverkauf zu

Schleuderpreisen von Gegenständen, die man sich bei anderer Gelegenheit zu sehr hohen Preisen werde wieder anschaffen müssen. Alle diese Maassregeln lasse aber das Edikt von 1764 vermissen.

Das führt ihn zurück auf Ausführungen, die er schon im Beginn seiner Untersuchung essaiartig eingewürfelt hatte; dass es nämlich sehr bedenklich sei, den freien Kornhandel zu gestatten, wenn die den Getreideüberfluss erzeugenden Landestheile an der Küste lägen. Die diesbezüglichen Ausführungen spez. über Frankreich fasst er in dem zweiten der oben angeführten Briefe selbst in die folgenden Worte zusammen: „Il y a donc en France une force centrifuge,¹⁾ qu'il faut corriger, sans quoi tout le blé s'en ira aux frontières. Il sortira ensuite du Royaume par une autre raison physique, dass nämlich auch die Landstrassen nach dem Inneren zu bergauf nach der Küste zu thalab führten. Mit-hin hätte das Edikt Maassregeln vorsehen müssen, um zum mindesten durch einige Erschwerungen des Aussenhandels den Binnenhandel in den Bedingungen gleichzustellen. Statt dessen habe man aber für den Aussenhandel alle im Gesetz vorgesehenen Erleichterungen wirklich durchgeführt, nicht aber für den Binnenhandel.

Die freie Getreideausfuhr sei nicht möglich, ohne dass man auch den Handel im Inneren völlig freigäbe. Beständen die Wege- und Brückenzölle, die Marktgelder, das Metzkorn und andere den Markt- und Wegebesitzern zustehende Abgaben noch weiter, die durch das Edikt vom Jahre 1763 zwar prinzipiell aufgehoben, aber aus Mangel an Mitteln noch nicht abgelöst seien, sei der Kaufmann im Inneren, wenn auch beim Aufkauf nicht mehr im vollen Umfange, so doch gerade beim Verkauf allen Chikanen einer Polizeiaufsicht und dem Stapelrecht der Städte unterworfen, so bedeute das für ihn einen grossen Anreiz, den Handel ins Ausland dem im Binnenlande selbst dann noch vorzuziehen, wenn

¹⁾ Vergl. dagegen die Zusammenstellung bei Delamarre. Zweiter Haupttheil, Kap. 1.

der erstere einen nicht unbedeutend geringeren Gewinn abwerfen sollte; das werde, wenn der Handelsstand sich erst mehr in den auswärtigen Handel eingelebt habe, dazu führen, dass der Ueberfluss eines jeden Jahres bis zur äussersten Grenze der Möglichkeit ausgeführt werde. Indem man die Magazinirungsbeschränkungen für die Landleute und Privaten nicht aufgehoben habe, sondern das volle unbeschränkte Magazinirungsrecht von der Anzeige abhängig gemacht habe, dass der betreffende Magazinbesitzer sich dem Getreidehandel widmen wolle, habe man damit die Möglichkeit, im Inneren Vorräthe zu halten, sehr eingeschränkt, wenn auch nach den neuesten Gesetzen keiner unbescholtenen Person, die den Getreidehandel betreiben wollte, die Erlaubniss hierzu verweigert werden könnte; denn selten meldeten sich andere Personen zum Getreidehandel als vordem, weil das Erforderniss der Einschreibung in die Listen vielfach mit Standesvorurtheilen im Widerspruch stehe. Man hätte von allen Magazinirungsbeschränkungen und jedem Erforderniss sich erst in die Listen der Getreidehändler einschreiben zu lassen absehen sollen, um jedermann ohne jeden Unterschied Gelegenheit zu bieten, in besseren Jahren für die Nothjahre möglichst viele Vorräthe aufzustapeln. Jetzt zwingt man die Landleute, alles, was über die für sie und Private gesetzlich zulässigen Maasse hinaus gehe, an die Kaufleute abzugeben. Da diese aber einerseits im Binnenhandel vielen Chikanen unterworfen seien, andererseits aber fortwährend das Damoklesschwert der Getreideaufstöberungen über sich schweben sähen, brächten sie die in ihre Hände gekommenen Vorräthe möglichst schnell in das Ausland. Zu der Aufhebung aller Magazinirungsbeschränkungen im Inneren gehöre also auch, dass die Regierung fest und feierlich verspreche, künftighin von diesen von den Kaufleuten ebenso gehassten wie gefürchteten Getreideaufstöberungen ganz absehen zu wollen.

Indem man endlich den Kaufleuten noch fernerhin den Zwang auferlege, im Bannmeilenkreise der Städte nur *au marché public*

zu kaufen, habe man die alte Quelle so vieler Beunruhigungen offen gelassen. Es folgt dann die unzweifelhaft von Boiguillebert entlehnte Schilderung, wie oft nur ein panischer Schrecken, verbunden mit der dem Volke Besorgniss einflössenden Vielgeschäftigkeit der Polizei erst den Anlass zu einer Theuerung biete.

Alle diese Befürchtungen schwächt Galiani aber dann, hier in einem starken Widerspruch mit sich selbst, in den folgenden Sätzen wieder sehr stark ab: „Tant que l'on tiendra la main à l'ancienne loi de ne pouvoir vendre qu'au marché public, et qu'on la fera exécuter, soyez sûrs qu'il est absolument impossible, qu'il se fasse aucun commerce de blé en gros ... et cela est vrai, que dans tout ce qui s'est fait commerce d'exportation dans ces dernières années tout le blé sans exception a été acheté en contravention de cette règle et hors de marché.“

Freilich übersieht Galiani hier dann wieder, dass die grossen Aufkäufe vornehmlich bei den propriétaires und den kirchlichen Behörden gemacht wurden, wo die Kaufleute, auch ohne Umgehung des Bannmeilenrechtes der Städte, leicht grössere Vorräthe beisammen fanden.

Doch ganz abgesehen von dem obigen Widerspruch mit sich selbst, schwächt Galiani, freilich in einem erst später hinzugefügten Theile, seine Befürchtungen vor einem Ueberausverkauf selbst auch noch durch den Hinweis darauf ab, wie gering in den unmittelbar auf das Jahr 1764 folgenden Jahren die Ausfuhr thatsächlich gewesen sei.

Daher wird man im Allgemeinen, den ersteren Ausführungen Galianis, entgegen doch wohl zugeben müssen, dass die für den Binnenhandel gegebenen Schranken auch den Aufkauf für den Export sehr hemmten, und zwar nicht in letzter Linie deshalb, weil die von Galiani angenommenen, geographischen zentrifugalen Kräfte für den Getreidehandel zum mindesten nicht in dem bei Galiani angegebenen Maasse vorhanden waren.

Nicht bewiesen war endlich auch die von Galiani aufgestellte Behauptung, nur die den Landwirthen und allen Privaten gewährte Befugniss, Magazine ohne alle Beschränkung zu halten,

werde das Zurücklegen einer Nothreserve ermöglichen; denn, wenn er meint, Getreideaufkäufe für öffentliche Getreidespeicher würden grosse Beunruhigungen hervorrufen, und sich hier auf die bisherigen Erfahrungen beruft, so sieht er dabei nicht, dass diese Aufkäufe ausserordentliche waren und gerade in Nothzeiten vorgenommen wurden, die in Rede stehenden Aufkäufe aber regelmässig wiederkehrende gewesen sein würden. Hier verfällt er also einmal selbst in den von ihm gerügten Fehler, unähnliche Dinge mit einander zu vergleichen.

Seine Beweisführung, als werde durch das zwischen dem Aussen- und dem Binnenhandel geschaffene Verhältniss der Handel geradewegs auf den Export hingedrängt, scheint demnach wenig geglückt zu sein; vielmehr müssen wir glauben, dass die dem Binnenhandel auferlegten Schranken auch den Aussenhandel sehr hemmten. Des Ferneren aber machte er sich die Argumentation gegen den Vorschlag der Anlage öffentlicher Magazine, der damals, wie es scheint, von Seiten einer Partei gemacht wurde welche, den Wünschen der Agrarier nach gleichmässigen Getreidepreisen entgegen kommend, zwischen den Physiokraten und Merkantilisten im Sinne der alten Kameralisten vermitteln wollte, wohl etwas zu leicht. Wir werden bei der Besprechung der Schriften Türgots auf diesen auch vom jenen verworfenen, aber ebenso oberflächlich bekämpften Vorschlag noch einmal zurückkommen.

Zu allen jenen von Galiani im einzelnen erhobenen Einwänden glaubt er dann noch, nicht mit dem allgemeinen Vorwurf zurückhalten zu dürfen, dass man sich mit den auf Freigabe des Getreidehandels hinzielenden Reformen überhaupt überstürzt habe; man hätte erst die Reformen des Edikts vom Jahre 1763 sich einleben lassen, darauf mit der Freigabe des Binnenhandels bis zu seiner völligen Befreiung von jeder Schranke weiter vorgehen und dann, nachdem man ein grosses und einheitliches Wirthschaftsgebiet im Innern für den Getreidehandel geschaffen hätte, dieses in allmählichen Uebergängen bis zu der durch die Verhältnisse geschaffenen Grenze dem Aussenhandel

öffnen sollen. Jetzt sei dieser Fehler jedoch kaum noch wieder gut zu machen, und man müsse nur sehen, die durch die Ueberstürzung geschaffenen Missstände durch die schon an sich nothwendigen Vorsichtsmaassregeln möglichst abzuschwächen. Man sei „nimis repente“ vorgegangen. „J'aurais voulu une marche graduée. L'édit est trop beau, trop de liberté est trop rapidement donné, trop de générosité dans le don, trop de choses à la fois.“ Einer der Hauptzwecke des Gesetzes selbst, sei ein solches nimis „Savez-vous que je regarde ce surhaussement subit de la valeur du blé comme la plus grande secousse et la plus dangereuse qui puisse avoir lieu dans un Etat?“ Auch diese Absicht verfolgten die Physiokraten, wie wir aus Quesnay wissen, nicht; sie wollten im Durchschnitt nur wenig höhere aber gleichmässige Getreidepreise. Im übrigen wäre freilich der von Galiani gezeichnete Weg wohl zweckmässiger gewesen, als der von der Regierung eingeschlagene.

Die Vorschläge, welche Verfasser zur Verbesserung des Ediktes macht, sind seinen Entwürfen entsprechend. Er hatte erstens eingewandt, dass die jetzige Gesetzgebung den Aussenhandel freier stelle als den Binnenhandel, er hatte zweitens Maassregeln vermisst, um die natürliche Bevorzugung des Aussenhandels vor dem Binnenhandel wett zu machen, er hatte drittens endlich die gesetzliche Bestimmung, wann die Ausfuhr zu verbieten sei, für ungenügend erachtet.

In Hinsicht auf den ersten Punkt verlangt er vollständige Magazinirungsfreiheit für jedermann, das feste und feierliche Versprechen der Regierung von allen Getreideaufstöberungen für alle Zukunft absehen zu wollen, vollständige Freigabe des Getreidehandels im Grossen ohne die Verpflichtung vorhergehender Anzeige und Eintragung in die Liste der Getreidehändler, Aufhebung des Stapel- und des Bannmeilenrechtes der Städte; der Grosshandel solle sich an jedem Orte frei vollziehen können; für ihn sollten die Marktordnungen nur so weit gelten, als er zur Abwicklung seiner Geschäfte freiwillig den Markt aufsuche. Nur der Kleinhandel solle an den Markt und die Marktordnung

gebunden sein, so weit er ein beweglicher sei und sich nicht stets in derselben festen Verkaufsstätte vollziehe. Alle Markt-, Brücken-, Wege- und Flussabgaben sollten abgelöst werden, wozu er die Mittel in der unten angegebenen Weise beschaffen will. Die Regierung solle auch für die Zukunft von allen Binnenzöllen absehen, und diese Bestimmung ein für allemal gesetzlich festgelegt werden.

In Hinsicht auf den zweiten Punkt verlangt er Ein- und Ausfuhrzölle für Getreide. Sei die Ausfuhr jedoch wegen zu hoher Preise verboten, dann solle ein Einfuhrzoll nicht erhoben werden, und steige der Preis im Inlande auf Theuerungshöhe, dann sollten Einfuhrprämien gewährt werden. Der Ausfuhrzoll soll nach seinem Vorschlage für das septier Korn 50 sous (ca. 16 M. für die Tonne) betragen, der Einfuhrzoll 25 sous. Abweichend sollen zur Hebung und Förderung der Mühlenindustrie die Mehlzölle sein, nämlich umgekehrt. Ausdrücklich verwirft er das bewegliche doppelte Prämien- und Zollskalensystem Herberts, ohne ihn freilich zu nennen; das würde der ungesundesten Spekulation Thor und Thür öffnen. Die Erträge der Zölle sollen nicht in die allgemeine Staatskasse fließen, sondern zur Ablösung aller inneren Verkehrsabgaben und zur Hinterlegung eines Prämienfonds für Nothjahre verwandt werden. Durch den doppelten Zoll hofft er aber nicht nur die nothwendige Regelung des Aussenhandels, wie sie im jetzigen Gesetze fehle, zu bewirken, nicht nur ferner die Mittel für die Ablösung der inneren Abgaben zu beschaffen, sondern auch der sog. falschen Ausfuhr zu begegnen, bei der nämlich die Händler das Getreide in auswärtige an der Grenze liegende Ortschaften bringen liessen, es dort zurückbehielten, bis die Theuerung gestiegen wäre, und es nun langsam wieder einführten. Sie zögen dabei hohe Gewinne und liessen sich noch obenein als Vaterlandserretter preisen. Bei dem doppelten Zollsystem werde die Regierung auch viel weniger als jetzt in die Lage kommen, das Ausfuhrverbot anzuwenden, und das müsste für die Kaufleute so erwünscht sein, dass sie sich auch bald mit dem doppelten Zoll aussöhnen würden.

In Hinsicht auf den dritten Punkt verlangt er, man solle den Preis für das Ausfuhrverbot so normiren, dass er einen der Landwirthschaft mit Fug und Recht zustehenden Durchschnittspreis um mehr als 33 % nicht übersteige. Als Durchschnittspreis rechnet er 18 Frs. und will demnach das Ausfuhrverbot schon bei 24 Frs. eintreten sehen. Diese Forderung vertritt in ähnlicher Weise später auch Necker, und war sie kaum als ungerechtfertigt zu bezeichnen. Das Ausfuhrverbot sollte nicht für den Bezirk einer einzelnen Generalintendantur sondern nur für ganz Frankreich gleichmässig erlassen werden. Maassgebend sollten die Pariser Preise sein, und zwar sollte das Verbot erlassen werden, wenn diese drei Markttage hinter einander die gesetzliche Grenze überschritten hätten; desgleichen wäre es zurückzunehmen, wenn jene sich an drei Markttagen hinter einander unter der gesetzlichen Grenze gehalten hätten. Das jetzige System, dass jeder Generalintendant für seinen Bezirk das Ausfuhrverbot erlassen könne, wirke beunruhigend, indem auf dem Markte eines Intendanturbezirkes die Preisfeststellung von vielen Zufälligkeiten und Spekulationen abhängig sei, jedes Bekanntwerden eines solchen Verbotes aber doch in weiten Kreisen Besorgniss erzeuge; es sei dies System aber auch für den Handel sehr beschwerlich, indem es ihm alle Uebersicht nehme.

Werde man nun aber auf seine Vorschläge hören wollen? Vorerst, das wisse er genau, gewiss nicht; denn Frankreich habe es bis zum Ekel satt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. In Frankreich sei selbst die Erörterung von Fragen des allgemeinsten Interesses eine Modesache, und in der Mode wechsle man hier sehr schnell. Doch die Brotfrage lasse sich nicht länger als Modesache behandeln, und wenn die nächste Theuerung im Lande sei, dann werde auch er gehört werden, und dann hoffe auch er seine Verbesserungsvorschläge beachtet zu finden.

Freilich ist sein Standpunkt wohl entschieden ein zu einseitig materialistischer, wenn er zur Begründung dieser seiner Ausführungen in einem der zweiten Auflage dieser Abhandlung

beigegebenen Briefe sagt: „Ce n'est pas l'enthousiasme des Ecrivains qui ait rien fait dans ce monde, c'est l'intérêt particulier.“

Haben wir bisher Galiani als einen Vertreter der national-ökonomischen Wissenschaft kennen gelernt, der die damals angesehensten Volkswirthschaftler weit überragte und nur in Necker einen ebenbürtigen Rivalen fand, so tritt er uns zum Schluss auch als ein Staatsmann entgegen, der an politischem Scharfblick alle seine Zeitgenossen weit übertraf. Meines Wissens ist er der einzige geblieben, der weitblickend genug war, die ungeheure politische Tragweite des mit diesem Edikt gemachten Schrittes zu erkennen.

Galiani sieht in dem Edikt den Anfang vom Ende, den ersten Schritt zur völligen Vernichtung des absoluten Polizeistaates, zur Zertrümmerung des ancien régime, die erste Bresche, welche man in diesen festen und engen Festungsring gerissen habe, in dem bisher die Freiheit des Volkes eingezwängt worden sei. Nicht ohne schwere Unruhen prophezeit er, werde der fernere Kampf zwischen den neuzeitlichen Ideen und dem ancien régime sich abspielen.

„Ainsi“, schliesst er diese Erörterungen, „pour venir à une conclusion, ... établissons que le soin plus ou moins grand que les Souverains en tout temps, en tout Pays ont eu de l'approvisionnement a toujours été proportionnal au degré plus ou moins grand de la liberté qu'ils laissaient à leurs Sujets. Nous devons bénir le ciel et nous estimer heureux d'avoir vu de nos yeux le temps où dans un Pays monarchique la confiance entre le Souverain et ses Sujets est parvenue à un tel point que ce Souverain gaiement, volontairement, avec satisfaction et complaisance se décharge du soin le plus délicat, le plus ombrageux, de son pouvoir sur son Peuple fidèle et tranquille. Les Français étaient des enfans d'un bon père, mais ils étaient des enfans mineurs qu'il fallait songer à nourrir. Ils sont majeurs à présent; les voilà émancipés; ils doivent penser eux mêmes à leur nourriture Il serait bien frustré dans mes espérances si

l'on s'arrêtait à cet Édit.... J'attends un code entier au lieu d'une seule loi. La politique ancienne, l'administration de nos Pères, la police, fille aînée de la politique roulaient entièrement sur la défiance réciproque du Peuple et du Souverain. Si ¹⁾ la confiance a pris sa place, le pivot est changé, et il faut changer toute la machine. — *Novus rerum mihi nascitur ordo* — Un nouvel ordre de choses se présente à ma vue: oui.... je ne me trompe pas, je vois de toute part de nouveaux réglemens, des changemens qui me font espérer un très-beau jour.“ Er hofft auf Abstellung aller Privilegien der Provinzen und der Stände.

Doch es hiesse, seine Auffassung in diesem Punkte nicht genügend beleuchten, wollten wir nicht auch die Worte hinzufügen, mit denen er in dem schon mehrmals angezogenen Briefe auf die obigen Ausführungen zurückkommt. „Dans tout Gouvernement la législation des blés prend le ton de l'esprit du Gouvernement. Sous un despote la libre exportation est impossible; le Tyran a trop de peur des cris de ses esclaves affamés. Dans la Démocratie la liberté d'exportation est naturelle et infaillible: Les Gouvernemens et les Gouvernés étant les mêmes personnes la confiance est infinie. Dans un Gouvernement mixte et tempéré la liberté ne saurait être que modifiée et tempérée. Si vous touchez trop à l'administration des blés en France, si vous ne réussissiez, vous altérez la forme et la constitution du Gouvernement, soit que ce changement soit la cause ou qu'il soit l'effet de la liberté d'exportation. Or le changement de la constitution est une belle chose, lorsqu'elle est faite, mais une chose fort vilaine à faire. Elle tracasse rudement deux ou trois générations entières et n'accomode que la postérité... La postérité n'est qu'un être possible, et nous sommes des êtres réels. Faut-il que les êtres réels se gênent tant pour les êtres possibles, jusqu'à en être malheureux? Non! Gardez donc votre Gouvernement et vos blés.

¹⁾ = wahrlich.

Damit nehmen wir Abschied von diesem als nationalökonomischen Schriftsteller wie als Staatsmann gleich merkwürdigen Manne, bei dem wir zwar länger verweilt haben, als es vielleicht die Aufgabe dieses Aufsatzes erheischte, den voll zu würdigen aber wohl schon einmal ein eingehenderer Versuch gemacht werden durfte.

Die Schrift hatte, wie schon Eingangs erwähnt ist, bevor sie noch gedruckt wurde, den gewünschten Erfolg wenigstens z. Th., indem die Regierung auf die Ein- und Ausfuhr einen Zoll legte und den Grosshandel, soweit er durch Verordnungen beschränkt war, von diesen Beschränkungen befreite, während sie an die Aufhebung der Wege und Brückengelder bekanntlich aus finanziellen Gründen nicht gehen konnte. Auch später erkannte die Regierung an, dass ihr die Schrift in geeigneter Weise zu Hülfe gekommen sei, wenn sie auch nicht mit allen Theilen seiner Ausführungen übereinstimmen konnte. Dem Abt Morellet wurde untersagt, eine gegen die Dialogen verfasste Schrift drucken zu lassen, und die dem Freihandel ungünstige Stimmung ging in der Folge soweit, dass es im Juli 1770 zu einem Ausfuhrverbot kam, das erst nach Jahren wieder aufgehoben wurde.

* *

Im Jahre 1774 entbrannte der Streit von neuem, und jetzt endlich erhielt Morellet die Erlaubniss zur Drucklegung seiner Schrift. Sie führte den Titel:

„Refutation de l'Ouvrage qui a pour Titre“ „Dialogues sur le Commerce de Bleds“. Die Schrift erschien zu London i. J. 1774.

Der Verfasser war seinem grossen Gegner in keiner Weise gewachsen. Seinem historisch, geographisch relativistischen Standpunkte bringt er auch nicht das geringste Verständniss entgegen. Wenn Galiani sich zur Ansicht bekannt hatte, dass der verschiedene Volkscharakter eine verschiedene Getreidegesetz-

gebung nöthig mache, so antwortet er darauf: „Voulons-nous faire regarder les mœurs, le caractère, les rapports politiques, comme des différences qui peuvent faire changer la police des bleds, c'est rendre la législation absolument arbitraire en cette partie“ (als wenn das ein furchtbares Unglück wäre — das Wort „arbitraire“ war übrigens der schwarze Mann der Physiokraten und der Liberalen —). „Il n'y a point de principe si mauvais en administration, qu'on ne puisse le justifier par cette allégation vague.“ Wenn Galiani betont hatte, man müsse die Verschiedenheit des Bodens, des Klimas, der Produktionsfähigkeit beachten, so stellt Morellet dem die verblüffend einfache Theorie entgegen: „Si les récoltes y sont abondantes, il faut que le commerce en soit libre, et, si les circonstances ne sont pas favorables, il faut encore que le commerce soit libre.“ Ob ein Land einen blühenden Handel, grosse Reichthümer besitzt und alle Quellen zum Aufkauf von Getreide kennt und sich erschliessen kann, hat nach Morellet mit der Frage „Freihandel oder nicht“ nichts zu thun, ebenso nicht die Frage, ob das Land im Durchschnitt der Jahre einen Ueberfluss produzire oder nicht. Wenn Galiani sagt, ein von Wasser- und Verkehrsstrassen durchzogenes Land, ein Land ferner, dessen fruchtbarste Provinzen an der Grenze lägen, müsse eine andere Getreidehandelspolitik einschlagen, als ein Land, dessen ergiebigste Theile im Zentrum lägen und von dort nur mit verhältnissmässig grossen Unkosten bis zur Küste transportiren könnten, so sieht er darin nur circonstances minutueuses. Die Warnung Galianis, Beispiele nicht bei unpassender Gelegenheit zu zitiren und genau zu prüfen, ob das Beispiel auch zutreffe, versteht Verfasser dahin, man solle überhaupt kein Beispiel anführen, und macht Galiani den Vorwurf, demnach gehörten die historisch geographischen Ausführungen über Genf, Holland, Flandern, die Türkei u. s. w. garnicht in sein Buch, und wiederholt diesen Vorwurf, so oft Galiani nur ein Beispiel anführt. Mehr missverstanden konnte Galiani wohl kaum werden.

Im ganz besonderem Maasse zeigt er aber ein geringes Verständniss gegenüber den Ausführungen Galianis, dass man die Güte der in alter Zeit erlassenen Gesetze nach dem beurtheilen müsse, was sie in ihrer Zeit genützt hätten, nicht nach dem, wie sie in die Verhältnisse der Gegenwart ihres jeweiligen Kritikers hinein passten, da eine Beurtheilung von diesem Standpunkt aus fast unvermeidlich zu einem sehr schiefen Ergebniss führen müsse. Diese Ausführungen weiss er nicht anders zu charakterisiren als mit den Worten: „respect affectué pour toutes les opinions communes, flatterie continuelle pour les gouvernemens de tous les tems et de tous les lieux, goût très marqué pour le despotisme, dogme d'infailibilité de ceux qui gouvernent, étendue jusqu'au grand Visir et au Caimacan de Constantinople, haine des Écrivains qui, en recherchant les principes d'une bonne administration ... Voila l'esprit des lois.“ Jedes Wort zeugt von einem völlig verkehrten oder doch schiefen Verständniss der Schrift Galianis, zu dessen Höhe Verfasser eben nicht hinaufreicht. Dass er bei jeder Gelegenheit Wuth schnaubt über die mancherlei nicht gerade schmeichelhaften Beurtheilungen der „Écrivains économiques“ durch Galiani, bedarf wohl kaum einer Erwähnung.

So hatte Galiani speziell auch von den alten Kornpolizeigesetzen dargelegt, dass sie zur Zeit ihres Erlasses weise und vernünftig gewesen seien, weil sie den Zeitverhältnissen entsprochen hätten. Wie versteht das nun Morellet? Er lässt Galiani ohne weiteres sagen, die Kornpolizeigesetze seien sehr weise und vernünftig. Weniger Fähigkeit, Galiani zu verstehen, konnte er in der That nicht beweisen. Dafür, dass das Frankreich Sullys andere Gesetze heischte als das Frankreich Colberts, und dieses wieder andere Gesetze als dasjenige der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, dafür geht ihm jedes Verständniss ab; denn die physikalisch geographischen Verhältnisse seien doch dieselben geblieben.

Zeigt Morellet für den historischen und geographischen Relativismus des Galiani kein Verständniss, so weit weniger für dessen Kampf gegen die allgemein aufgestellten Prinzipien und

gegen das Generalisiren. Im Gegentheil beharrt er dabei, nur durch „déraisonner“ könne man zu gültigen Ergebnissen gelangen. Gegenüber der induktiven Methode der Untersuchungen, wie Galiani sie angewandt hatte, betont er als allein richtig die deduktive Methode. Er sagt: „L'auteur (G.) emploie l'artifice de tous ceux qui veulent obscurcir les vérités les plus claires. Cet artifice consiste à présenter toujours le sujet dans quelque fait isolé qui forme une exception dépendante de plusieurs causes absolument étrangères aux principes simples et généraux de la matière. Il est bien clair que la marche la plus naturelle seroit d'abord de rechercher le principe général, celui qui s'applique au grand nombre de cas sauf à reconnaître ensuite les exceptions, si le principe en doit recevoir, et à rechercher les causes de ces exceptions. Assigner l'étude des Gouvernemens en petit comme le premier objet dont il falloit s'occuper dans la recherche des principes ¹⁾ d'administration du commerce des grains, c'est comme si l'on prescrivoit à celui qui veut étudier l'Anatomie de l'homme de commencer par dissigner un sujet auquel il manqueroit deux jambes. Un petit État manque de certaines branches de culture: de commerce, d'industrie, de navigation. La Hollande n'a ni bled, ni vin; la Sicile n'a ni navigation, ni pêche, ni manufacture.“ Verfasser will von dem komplizirtesten Staate ausgehen, für ihn die Prinzipien aufstellen und dann konstatiren, in wie fern der Mangel einer seiner vielseitigen wirthschaftlichen Erscheinungen in den anderen Staaten eine Ausnahme vom Prinzip heische. An anderer Stelle sagt er in ganz ähnlicher Weise: „Nous avons plus besoin ici d'explications que de preuves et tout ce que nous avons à établir doit resulter plutôt de définitions claires et précises que de raisonnemens bien subtiles.“

Dass zwei Männer, welche von zwei so verschiedenen Me-

¹⁾ Solche hatte G. gar nicht gesucht, weil er sie überhaupt nicht anerkennt; die Frage, ob man Prinzipien aufstellen könne oder nicht, war eben eine der Hauptstreitfragen zwischen ihm und den Oekonomisten; dies entgeht M. völlig.

thoden wissenschaftlicher Untersuchung ausgingen, sich niemals in irgend einem Punkte begegnen konnten, liegt auf der Hand.

Wie wenig fähig Morellet war, sich auf den Standpunkt Galianis zu stellen, möchte genügen an einem Beispiele zu zeigen. Die Gründe, welche Galiani anführt für die Anlegung eines Magazins in Stadtstaaten, um Getreide in Kriegszeiten zu haben oder in Zeiten, wo die benachbarten Staaten wegen eigener Theuerung kein Getreide über die Grenze liessen, bekämpft er theils mit Gründen, die gegen den öffentlichen Getreidehandel gelten könnten, wenn er als Prinzip für jede Staatspolitik ohne Unterschied angenommen wäre (d. h. was Galiani für einen Einzelfall will gelten lassen, das fasst er als allgemein aufgestelltes Prinzip¹⁾ auf und bekämpft es mit den Gründen eines ebenso allgemein aufgestellten Gegenprinzipes), theils mit Gründen, die nur dann gelten könnten, wenn alle Länder ein für allemal auf jede Ausfuhrbeschränkung verzichtet hätten (d. h. er verlangt von den Stadtstaaten, dass sie mit Voraussetzungen rechnen sollten, die vorläufig noch nicht gegeben waren, und die zu schaffen und dauernd aufrecht zu erhalten nicht in ihrer Macht lag). Er bewegt sich so vollständig in seinem rein theoretischen Gesichtskreise, dass er all das, was ausserhalb desselben das reelle Leben bot, vollständig überschaut und wie in einem Zirkel von ihm erst aufgestellte Forderungen rundweg als allgemein adoptirt betrachtet, um neue weitere Forderungen daran zu knüpfen.

Wenn Verfasser so in allen an bestimmte historische und geographische Voraussetzungen geknüpften Aufstellungen Galianis mehr oder minder nur eine Blüthenlese prinzipieller Grundsätze sah, denen er glaubte mit anderen Prinzipien entgegenzutreten zu müssen, so hatte er eben den Boden, auf welchem G. focht, selbst noch nicht sondirt, war es ihm aber auch leicht, Galiani fortwährend Widersprüche nachzuweisen und zum Schluss zu dem

¹⁾ Denselben Fehler macht Araskhianantz und behauptet ohne weiteres, Galiani sei ein prinzipieller Anhänger staatlicher Magazine gewesen.

Endergebniss zu gelangen, Galianis Schrift sei durchaus inkonsequent; denn nach den vorangegangenen Erörterungen hätte er sich unbedingt gegen den Freihandel aussprechen müssen.

Welches sind nun aber die Grundprinzipien, von denen aus Morellet die Frage der Freiheit oder Nichtfreiheit des Getreidehandels beleuchten will? Wir können sie in fünf Gruppen zusammenfassen.

Galiani hatte sich mit der Freiheits- und Eigenthumstheorie der nationalökonomischen Schriftsteller seiner Zeit im allgemeinen einverstanden erklärt; gleich ihnen hatte er Freiheit und Eigenthum als *droits sacrés* bezeichnet; nur gelegentlich hatte er hervorgehoben, dass man mehr als die Freihändler dies thäten, dabei auch „*l'intérêt d'un tiers*“ und „*l'intérêt général*“ betonen müsse. Aus seiner Eigenthumstheorie heraus hatte Galiani sich dann aber nicht gegen die Kornpolizei im allgemeinen gewandt, sondern nur gegen jeden Verkaufszwang und gegen das für die Landwirthe erlassene Verbot, ihr Getreide anders als *au marché public* abzulassen, ohne freilich den Zusammenhang seiner Hypothese mit der daraus gezogenen Folgerung einerseits und mit seiner übrigen wissenschaftlichen Auffassungsweise andererseits nachzuweisen.

Für Morellet ist aber die Freiheits- und Eigenthumstheorie der Angelpunkt, von dem aus er die Frage der Getreidehandelspolitik erledigen will. Auch er spricht von den *droits sacrés de la liberté et de la propriété* und fügt dann zugleich hinzu: „*Cette proposition souffre deux restrictions, l'une fondée sur le respect dû aux lois, tant qu'elles existent, l'autre est le droit que le Gouvernement a d'empêcher le propriétaire dans l'usage de sa propriété de nuire à ses concitoyens*“. Er will dann aber von der zweiten Einschränkung, die uns hier allein interessirt, in Bezug auf die Getreidehandelspolitik in keiner Weise einen Gebrauch gemacht sehen; und weshalb nicht? Wir können die Antwort kurz in die Worte zusammenfassen, weil die Zahl derer, welche Theuerungspreise nicht erschwingen können, kleiner sei, als die Zahl der Ackerbauer. Das Interesse der Letzteren also

ein wichtigeres sei, als das der Ersteren: „Or, en gênant le commerce des grains, c'est une classe infiniment nombreuse de Concitoyens dont on blesse le droit de propriété, et peut-être . . . c'est le plus grand nombre qu'on sacrifie au plus petit.“ Dazu kommt noch ein anderer ebenso schöner und ebenso stichhaltiger Grund. „Or c'est ce qui ne peut jamais arriver, parcequ'en vendant leurs grains à l'Étranger, ou en les vendant à tel prix qu'ils veulent au dedans, les Agriculteurs et les Marchands de bled ne donnent atteinte ¹⁾ à aucune propriété ni à aucune liberté d'aucun de leurs concitoyens.“

Man sieht, durch die grösste Unverfrorenheit ihrer Prinzipien haben sich die Freihändler aller Zeiten ausgezeichnet. Es gehörte wahrlich ein grosser, einer besseren Sache würdiger Muth dazu, solche Theorien im Ernste zu entwickeln. Auf diesem Wege gelangt dann Morellet zu der Folgerung, dass die geheiligten Rechte der Freiheit und des Eigenthums sont blessés par toute gêne, par toute police sur le commerce des bleds. Ces circonstances . . . sont les seules essentielles, und, da sie von allen Staaten anerkannt werden müssten, so müssten sie alle suivre la même administration dans le commerce des grains. Von dieser seiner radikalen Freiheits- und Eigenthumstheorie aus macht er dann bei unzähligen Gelegenheiten Front gegen die von Galiani vom Standpunkt der Gemeinnützlichkeits aus geforderten Beschränkungen des Aussenhandels, so z. B. gegen das von Galiani zur Stärkung der einheimischen französischen Handelsflotte befürwortete Verbot der Getreideausfuhr durch ausländische Schiffe; denn man dürfe weder dem Landmann noch dem Händler hinderlich sein, seinen Vortheil da zu suchen, wo er ihn am besten finde; das vertrage sich nicht mit den Freiheitsrechten des Einzelnen. Auf alle Einzelheiten einzugehen, dürfen wir uns wohl mit Recht versagen. Ebenso scheint es hier nicht der Ort zu sein, auf das Unzureichende dieser aus dem Naturrecht hergeleiteten Eigenthums- und Freiheitstheorie an sich und ihre

¹⁾ verletzten.

Widerlegung durch die moderne Legaltheorie im Einzelnen einzugehen.

Wir wenden uns sofort der zweiten Gruppe der Hypothesen Morellets zu: In der Entwicklung und Aufstellung dieser zweiten Prinzipienreihe, von der aus er die Theorie der Getreidehandelspolitik entwickeln will, ist nun Morellet Galiani gegenüber in einem sehr glücklichen Vorthail, den er auch mit allem Geschick auszunutzen weiss.

Galiani hatte sich bekanntlich zur Populationstheorie seiner Zeit bekannt, welche in einer möglichst hohen Volkszahl das grösste Glück sah. Dem stellt er gegenüber: „Ce n'est pas précisément l'accroissement de la population . . . c'est la plus grande quantité de jouissances, combinée avec le plus grand nombre d'hommes. Le meilleur état d'une Nation n'est pas celui où le sol seroit couvert d'hommes, mangeant du pain et buvant de l'eau et réduits tous à la subsistance la plus étroite. Outre que cet état de société est impossible, il seroit fort malheureux. Il est vrai qu'il y a dans les sociétés un grand nombre d'individus, réduits à ce sort, mais, s'il étoit possible, de les y réduire tous, en augmentant leur nombre, il y auroit encore moins de bonheur social, puis que cette même partie de la société qui peut satisfaire une certaine quantité de désirs par delà de ceux qui ont pour objet les premiers et les plus rigoureux des besoins seroit réduite, avec tout le reste, à ne satisfaire que les besoins, les plus pressans.“ Sei, fragt er, eine über die Verhältnisse des Landes hinausgehende Bevölkerung in der That ein Glück, si ce dixième million d'hommes de plus est à peine vêtu, à peine nourri, à peine couvert et toujours incertain de son existence et de sa vie, au lieu que dans le premier état le neuvième million auroit en abondance toutes les nécessités de la vie?

Indem er aber diese Theorie der Populationstheorie Galianis entgegenhält, geht er dann wiederum zu weit, indem er Galiani Aufstellungen zuschiebt, die dieser niemals gemacht hatte. Wenn Galiani z. B. durchaus zutreffend in dem Vorhandensein eines Getreideüberflusses an sich kein Glück für das betreffende Land,

sondern nur den Beweis gesehen hatte, dass das Land nicht so dicht bevölkert sei, wie es den Verhältnissen nach sein könnte, so soll er nach Morellet sich damit für eine Beschränkung des Ausfuhrhandels ausgesprochen haben, um die Bevölkerungszahl möglichst bald dem Angebote an Nahrungsmitteln entsprechend anwachsen zu sehen, während Galiani direkt ausgesprochen hatte, für die Zeit freilich, da dieser durchschnittliche Ueberfluss noch vorhanden sei, müsse man die Ausfuhr, wenn auch mit der nöthigen Vorsicht, freigeben.

Beide vorangehenden Theorien vereinigend, folgert Morellet dann: „Cet accroissement des jouissances est la suite naturelle de la liberté et de l'exercice du droit de propriété dans toute son étendue, pour chaque individu.“ Gewiss, sobald man beide Theorien als richtig zugab, musste man auch dieser Folgerung ihre Berechtigung zugestehen.

Hatte Galiani sich gegen die einseitigen Theoretiker des *laissez faire et laissez passer* gewandt, so stempelt ihn das in den Augen Morellets sogleich zu einem einseitigen Vertreter der *idée . . . de beaucoup d'administrateurs dans tous les policés. Il paroît vouloir se charger de faire tout faire au lieu de laisser faire et laissez passer.* Auf den Standpunkt des *laissez faire* und *laissez passer* ist er mit aller Energie eines Prinzipienreiters eingeschworen. Hatte Galiani z. B. zur Stärkung der Handelsflotte das Verbot der Getreideausfuhr durch ausländische Schiffe gutgeheissen, so meint Morellet dagegen, wenn der Transport von Getreide sich als gewinnbringend erweisen sollte, so werde sich der Schiffsbau schon von selbst auf Fahrzeuge für diesen Transport werfen, gerade als ob er ungeschützt den Konkurrenzkampf mit der holländischen und englischen Kauffahrtei aufnehmen konnte. Nach dem Standpunkt des *laissez faire* und *laissez passer* ergiebt sich eben alles, auch das Schwierigste, ganz von selbst.

Die vierte Prinzipienreihe, auf der Morellet seine Theorie vom Getreidehandel basiren will, hängt zusammen mit der bekannten Streitfrage, welcher Stand produktiv sei. Morellet vertritt hier nicht den Standpunkt Quesnays, sondern den schon

fortgeschritteneren des Dupont de Nemours, der unter produktiv nicht das Erzeugen von „survaleurs“, sondern das Erzeugen von „valeurs“ verstand, und allen andern Erwerbszweigen, mit Ausnahme allein der Landwirthschaft, die Fähigkeit absprach, auch nur „valeurs“ zu schaffen.¹⁾ Von diesem Standpunkt aus fordert Morellet dann Begünstigung der Landwirthschaft vor allen andern Berufszweigen. Um dem Verfasser nicht Unrecht zu thun, müssen wir jedoch bemerken, dass diese Forderung nur gelten soll für jeden Staat, qui a un territoire susceptible de culture, soviel hat er denn doch schon von Galiani gelernt. Für diese Staaten vertheidigt er wieder den einseitigen Grundsatz, habe der Bauer Geld, habe es auch die ganze Welt. Wie noch heute die Freihändler unserer Tage, weist er dabei dem Exporthandel einen weit übertriebenen Werth bei, freilich um bald darauf, wo es sich um die Exportmanufakturen handelt, den gerade entgegengesetzten Standpunkt einzunehmen, gemäss dem uns bekannten Quesnaischen Recepte. Von der Kaufkraft des eigenen Landes, wenn alle Produktivzweige möglichst gleichmässig gefördert werden, wie Galiani sie so schön dargelegt hatte, findet man bei ihm garnichts. An diesen Erörterungen Galianis ist er, ohne den geringsten Nutzen daraus zu ziehen, vorübergegangen.

Galianis vorzügliche Schilderung der faulenden Stagnation, in die ein Land verfalle, welches durch Zwang oder durch die Unfähigkeit seiner Regierung auf dem Kulturstadium eines reinen Landwirthschaftsstaates zurückgehalten werde, während die Verhältnisse den Uebergang zur Industrie forderten, bekämpft er in einem Kapitel, welches die Ueberschrift trägt:

¹⁾ Es muss jedoch bemerkt werden, dass auch von den späteren Physiokraten gerade die bedeutenderen an der gemässigten Doktrin Quesnays festhielten und die Lehre des Dupont de Nemours verwarfen. Daïre z. B. verfißt die Lehrsätze Quesnays nach beiden Seiten hin mit grossem Eifer, in der Einleitung zu den Werken Turgots; auch dieser stellt stets nur die Sätze des Quesnay auf, indem er manche Ausdrücke desselben sogar mässigt; so sagt er anstatt classe des propriétaires et classe stérile, viel gemässigter und zutreffender classe disponible et classe stipendiée.

„Du caractère, des moeurs et du sort des Peuples Agricoles, comparés aux Peuples Manufacturiers.“ Schon diese Ueberschrift zeigt wieder, wie wenig er auch hier Galiani verstanden hat. Was Wunder, wenn er auch für jenes Behauptung, Colbert treffe das grosse Verdienst, zu rechter Zeit erkannt zu haben, Frankreich sei auf dem Punkte angelangt, wo der Uebergang zu einer intensiveren Industrie nötig sei, nicht das geringste Verständniss zeigt?

Vom Standpunkt des unbedingten Vorzugs der Landwirthschaft, sofern daran überhaupt zu denken ist, vor jedem anderen Produktionszweig, bekämpft er dann auch die von Galiani aufgestellte Behauptung, dass man bei einer unauflösbaren Kollision zwischen den Interessen der Landwirthschaft und denen der Industrie stets der Industrie den Vorzug geben müsse, ohne jedoch zu merken, wie stark Galiani sich dabei verklausulirt hatte, ohne ferner selbstverständlich den richtigen Angriffspunkt gegen diese Theorie zu finden. Nach ihm hat Galiani mit jenen Ausführungen ganz allgemein in den Grossstaaten der Manufaktur den Vorzug geben wollen. So war eine Opposition dann leicht, war es leicht, Galiani mit seinen eigenen an anderer Stelle gemachten Ausführungen zu schlagen.

Das fünfte sonderbarer Weise von ihm für die freie Getreideaus- und einfuhr ins Treffen geführte Prinzip ist, dass die grösstmögliche Billigkeit der Getreidepreise in jedem einzelnen Falle für die Manufaktur am zuträglichsten sei. Galiani hatte sich bekanntlich dafür ausgesprochen, dass die Verwaltungen kleiner Stadtstaaten in Zeiten guter Ernten der Nachbarstaaten das dort überflüssige Getreide selbst mit einem Aufschlag des Preises in ihre Magazine zu ziehen suchen sollten, um jeder störenden Preiserhöhung sofort mit einer Abgabe von Getreide aus den Magazinen begegnen zu können, mit der durchaus zutreffenden Begründung, Gleichmässigkeit der Preise sei für die Manufaktur zweckdienlicher, als die Ausnutzung der billigsten Preise durch die privaten Händler; denn nichts sei für eine Manufaktur schädlicher als starke Schwankungen ihrer Produk-

tionsbedingungen. zu diesen gehöre aber auch das Schwanken der Brotpreise. Dem vermag nun Morellet blos den obigen, selbst damals schon etwas sehr abgenutzten Gemeinplatz entgegen zu setzen, ohne sich um die von Galiani angeführten, aus der Erfahrung gewonnenen Gegengründe zu bekümmern, ohne für seine Behauptung andere als die schon längst bekannten, ganz allgemein gehaltenen Gründe anzuführen.

Nicht wunderbar ist es dann, wenn er auch den von Galiani vorgeschlagenen Eingangszoll auf Getreide voll Entsetzen verwirft, weil er dem Volke die nothwendigsten Lebensmittel zu vertheuern drohe. Mit Stillschweigen geht er freilich dabei an der von Galiani gemachten Begründung seines Vorschlages vorüber, ohne einen solchen Zoll werde die Wucht der Verbilligung der Preise mit ihrer ganzen Schwere den Landmann treffen.

Wenn Morellet dem induktiven Verfahren Galianis das deduktive gegenüberstellt, so wird man daraus allein noch nicht auf den Wert seiner Schrift schliessen dürfen; weit mehr wird dieser charakterisirt dadurch, dass sich in derselben auch alle Mängel einer oberflächlichen und kleinlichen Kritik finden, welche nur denkbar sind. Grobe Missverständnisse im Einzelnen finden sich in grosser Zahl; nur einige der gröbsten seien hier angeführt. So übersieht er es z. B., dass Galiani die Staaten Holland, Genua, Venedig hauptsächlich deswegen zusammengefasst hatte, weil sie am Meere gelegen, einen ausgedehnten Handel treiben könnten; nach Morellet soll Galiani den einzigen Unterschied dieser Staaten zu den Stadtstaaten in ihrer etwas grösseren Ausdehnung gesehen haben. Da, wo er auf Galianis Ausführungen über die grossen Staaten eingeht, lässt er ihn unterscheiden entre les Pays Agricoles et les Pays Manufacturiers, während Galiani zwar gesagt hatte, es gäbe wohl Grossstaaten, welche noch auf einer Kulturstufe beharrten, dass bei ihnen die Landwirthschaft weit überwiege vor der Manufaktur, und als Beispiel dafür die Türkei, Polen, Russland angeführt hatte, und auf der anderen Seite Grossstaaten, bei denen die Manufaktur schon zu überragender Bedeutung gelangt sei, wie England, auch selbst schon

Frankreich, dabei aber bekannte, ein Grossstaat könne nie ausschliesslich Agrikultur- oder Industriestaat sein. Dann lässt er Galiani gar die Ungeheuerlichkeit aussprechen, ein Manufaktur-grossstaat könne sich die Handelsfreiheit wohl erlauben, niemals aber ein Landwirthschaft betreibender Grossstaat. Man sieht, wie er hier die Ausführungen Galianis durcheinander würfelt.

Die Gründe, welche Galiani dafür anführt, dass er England zuletzt betrachten will, wegen der grossen Komplizirtheit seiner wirthschaftlichen Verhältnisse, welche in geistreicher Weise gehäuft waren, sieht Morellet alle für Gründe an gegen den freien Getreidehandel.

An anderer Stelle lässt er Galiani behaupten, in den Nothjahren werde der freie Getreidehandel auch das nothwendigste Getreide noch ausser Landes führen, während Galiani nur dargelegt hatte, die völlig freie Ausfuhr werde in guten Jahren selbst das Getreide exportiren, dessen man später einst in Nothjahren bedürfen werde, sie werde die Anlage von Vorräthen für die Nothjahre zur Unmöglichkeit machen.

Wenn G. ausgeführt hatte, dass die Holländer von dem Vertrieb der Getreidevorräthe Polens, Russlands, der Türkei u. s. w. reich geworden seien, während diese Völker selbst den grössten Vortheil beim Getreidehandel sich hätten entgehen lassen, so hat er nach Morellet damit den Vertrieb des Getreides gleich zu einer der grössten Einkommenquellen stempeln wollen; wenn Galiani die Verfrachtung französischen Schiffen hatte vorbehalten sehen wollen zur Stärkung der Handelsflotte, so macht Morellet aus der Handels- eine Kriegsflotte.

Mehr als einmal begegnet es ihm, dass er Ausführungen Galianis, die freilich wegen der schlechten Disposition der in Rede stehenden Schrift nicht an der Stelle sich finden, wo man sie hätte suchen sollen, übersieht, und diesem dann daraus einen Vorwurf macht. Auch hierfür nur einige Beispiele. Die Ausführungen Galianis über Staaten wie Flandern und Sizilien vermisst Morellet gänzlich; freilich waren sie im Einzelnen verstreut und nicht im Zusammenhang gegeben, und einem weniger

aufmerksamen Leser konnten sie sich darum entziehen. Wo er auf eine Kritik der von Galiani gemachten Abänderungsvorschläge eingeht, übersieht er alle diejenigen, welche jener schon im Zusammenhange der früheren Erörterungen gemacht hatte und deshalb am Ende nicht noch einmal wiederholen wollte. So kommt er zu dem Resultat, das ganze Ergebniss von Galianis Schrift sei, dass er an einer Stelle in Betreff des Verbots, Getreide auf ausländischen Schiffen zu exportiren, das Edikt vertheidige, und dazu als einzige Aenderung den Ein- und Ausfuhrzoll vorschlage; dann konnte er freilich spotten. „Eratque in terris maxima expectatio: At ille (scil. mons parturiens) murem peperit.“ Die von Galiani angeführten Gründe, warum der Aussenhandel für den Landmann nicht so rentabel sei, als die Freihändler allgemein annähmen, hat er offenbar auch übersehen; macht er doch Galiani direkt den Vorwurf, dass diese Gründe bei ihm fehlten. Hierbei lernen wir zugleich noch eine andere Seite des wissenschaftlichen oder besser unwissenschaftlichen Verfahrens Morellets kennen, wie sie eben auch nur mittelmässigen Kritikern eigen sein konnte. Die Hypothese Galianis, die Vortheile des freien Handels würden mehr dem Zwischenhändler, wie dem Landmann zufallen, macht er mit den Worten ab: „Il pourroit même se faire, que, sansque l'agriculture s'enrichît l'agriculture augmentât pourtant par la liberté du commerce; car il y a tel état de choses (welche?) possible, et qui peut s'établir à la longue, dans lequel, sansque chaque agriculteur fût plus riche qu'il est aujourd'hui, la masse des richesses, renaissante par l'Agriculture, seroit plus considérable et par conséquent l'agriculture plus florissante et plus étendue. Au moins est-ce là une question que l'auteur des Dialogues auroit dû examiner, avant de prononcer que l'agriculture n'augmentera pas.“ Hier schreibt Morellet dem Galiani ganz offen einen Beweis zu, den er selbst hätte führen sollen, wenn er die oben ausgesprochene Behauptung gegen ihn ins Feld führen wollte; so erweckt er nur den Eindruck, er wolle sich einer Beweispflicht entziehen, der er nicht gerecht zu werden vermag.

Noch ein anderes derartiges Beispiel sei hier angeführt. Galiani hatte bekanntlich, bevor man zum unbedingten freien Ausfuhrhandel schreite, den Nachweis für nöthig erachtet, dass Frankreich im Durchschnitt der Jahre einen Ueberschuss über den inneren Bedarf erzeuge, und dass der Ertrag des Ackerbaus in der That noch einer Steigerung fähig sei, in dem von den Freihändlern angenommenen Umfange. Dem stellt Morellet sehr einfach die alte Behauptung wieder entgegen und verlangt von Galiani den Nachweis, dass Frankreich im Durchschnitt der Jahre seines Getreides selbst bedürfe, mit der zwar sonderbar klingenden, aber in damaliger Zeit wohl oft gemachten Begründung, die Gegner des Freihandels wollten einen unnatürlichen Zustand aufrecht erhalten, und ihnen komme es deshalb zu, zu beweisen, dass dieser unnatürliche Zustand für Frankreich durchaus nothwendig sei. Dennoch, fügt er grossmüthig hinzu, wolle er Galiani aus seinen eigenen Angaben den Nachweis erbringen, dass Frankreich fähig sei, im Durchschnitt der Jahre einen grossen und dauernden Getreideüberschuss zu erzielen. Dieser Beweis ist dann aber zum mindesten leichtsinnig, wenn nicht perfide. Aus einigen von Galiani mit aller Vorsicht verklausulirten, überschlägigen Schätzungen rechnet er ihm vor, dass nach seinen eigenen Angaben Frankreich jährlich mindestens 27 Millionen ernähren könne, während es nur 18 Millionen habe, der ganze Ueberschuss von 30 % sei also für den Export frei.

Zu weit würde es uns führen, wollten wir auch nur einige von den unzähligen Beispielen anführen, wo er genau dasselbe wie Galiani sagt und dann dies gegen ihn anführt oder aber einzelne Zitate aus dem Zusammenhange herausreisst und sie dann gegen einander ins Feld führt, was bei Galiani natürlich sehr leicht möglich war.

Nur ein Beispiel möchten wir dafür anführen, dass seine Einwürfe mitunter so dumm sind, dass man sie fast kindisch nennen möchte. Galiani hatte Holland ein Land genannt, das sein Getreide kaufen müsse, Frankreich ein Land, das seinen Getreidebedarf für gewöhnlich aus der eigenen Ernte decke.

Was sagt nun Morellet dazu? „Cette motion n'est pas juste. Un agriculteur François ¹⁾ paie aussi avec de l'argent le bled, que la terre lui donne, il achete sa recolte de la terre aussi réellement, qu'un Hollandois achete le Bled d'un Flamand ou d'un Gascon.“ ²⁾

Bei alledem soll jedoch nicht geleugnet werden, dass er mitunter auch, abgesehen von den Beispielen, die wir schon angeführt haben bezw. weiter unten noch anführen werden, mit Glück gegen Galiani polemisirt, so z. B., wenn er die äusserlichen Schwächen der Schrift herausfindet: die Selbstgefälligkeit des Verfassers, die leichte Belehrsamkeit seiner beiden Zuhörer, die sehr schlechte Disposition, die romanhafte Anordnung des Stoffes, vermöge der der Leser bis zum Ende nicht weiss, welchen Standpunkt Galiani denn eigentlich zu dem Edikt von 1764 einnehme, wenn er einzelne unzutreffende Wendungen Galianis bekämpft, wenn er den Nachweis erbringt, dass hin und wieder eins der von ihm angezogenen Beispiele nicht passend sei, oder ein Gleichniss sehr stark hinke oder direkt von dem das Gegentheil beweise, was es beweisen solle, wenn er mit Recht die etwas rosige Schilderung der franz. Zustände durch Galiani auch noch im achtzehnten Jahrhundert, ja selbst noch zur Zeit, da jener selbst schrieb, sehr stark in Zweifel zieht. Und doch können selbst diese glücklicheren Partien in uns meist nur den Eindruck erwecken, es mit einem sehr mittelmässigen Kopfe zu thun zu haben; denn fast überall sind es nur Aeusserlichkeiten, nur unbedeutende Punkte, gegen die Verfasser sich wendet; den Kern der Sache berührt er dabei selten. Er verliert sich auch hier bei seiner Polemik meist in das kleinste Detail, in die spitzesten

¹⁾ Man beachte die eines geschickten Eskamoteurs würdige Verwechslung.

²⁾ Wo bleibt da die Lehre von den „survaleurs“? Ist es gleichgültig, ob das Geld im Lande bleibt oder ausser Landes geht? Ist es gleichgültig, ob man das Getreide im Lande hat oder es von ausserhalb beziehen muss? Im übrigen soll das Obige nicht etwa ein schlechter Witz sondern ernste Widerlegung sein; denn aus diesem schlechten Witz zieht er eine grosse Reihe von Folgerungen.

Spitzfindigkeiten. Ueber tausend Kleinigkeiten verliert er die grossen Gesichtspunkte völlig aus dem Auge.

Nur noch in einem sehr wesentlichen Punkte polemisiert er mit Glück gegen Galiani. Dieser hatte bekanntlich darauf hingewiesen, dass die vielen Chikanen, denen der Grosshändler beim Binnenhandel unterlag, und die Wege-, Brücken- und Marktgelder ihn bewegen könnten, selbst mit kleinerem Gewinn, als er ihn in Frankreich erzielen könne, ins Ausland zu exportiren. Dem hält Morellet nun mit Recht entgegen, wenn der Grosshändler grosse Massen von Getreide in seine Hände bekommen und bis zum Exporthafen bringen wolle, so würden ihm gerade die von Galiani angeführten Gründe im hohen Maasse hinderlich sein, wie ja auch Galiani selbst habe zugeben müssen, dass fast alle Aufkäufe zum Export bisher unter Umgehung der erlassenen Polizeiverordnungen geschehen seien, dass trotz dieser Umgehung nur sehr geringe Massen von Getreide zu den Exporthäfen gelangt seien, wo sie selbst im Schiffe noch durch die Reklamationen der Behörden gefährdet seien, und dass endlich auch im Inneren fruchtbare Provinzen lägen, welche in erster Linie auf den Transport ihrer Ueberschüsse nach Paris angewiesen seien. Die Gefahr eines allzu weit gehenden Ausverkaufes sei also nicht in dem Maasse vorhanden, wie Galiani wolle glaubhaft machen. Ist Morellet wissenschaftlich Galiani bei weitem nicht gewachsen, so zeigt er sich hier, wo es sich um die Kenntniss der spezifisch franz. Verhältnisse handelt, ihm sehr überlegen.

Im übrigen ist sein Kommentar zu der von Galiani am Edikt von 1764 geübten Kritik jedoch ein sehr schwacher. Abgesehen von dem letzten Falle und einem schon früher erwähnten, wo er sich gegen die Populationstheorie Galianis wendet, entgeht ihm überall der Kern der Darlegungen Galianis. Die weiten politischen Gesichtspunkte, die sich Galiani aus dem Erlass des Ediktes ergeben hatten, zerpfückt er in einer für den Leser der Jetztzeit geradezu unerträglichen Weise, indem er sich dabei fortwährend an die unwesentlichsten Aeusserlichkeiten und die kleinsten Kleinigkeiten hält. Galianis Ausführungen, dass ein

Gesetz im Prinzip wohl als ein durchaus glückliches bezeichnet werden dürfe, dass seine Ausführung im einzelnen aber an sehr vielen Mängeln leiden könne, geht unzweifelhaft über den Horizont seines Auffassungsvermögens.

Fragen wir nun, was Morellet beabsichtigt, so können wir kurz antworten, er wolle jede Kornpolizei aufgehoben sehen nach dem bekannten Grundsatz des Liberalismus, in vielen Einzelheiten veraltete Institutionen nicht etwa zeitgemäss umzuformen, was freilich ein tieferes Eingehen in ihr Wesen erfordert, sondern sie einfach mit Stumpf und Stiel zu beseitigen, ohne weiter zu fragen:“ Was dann? „Ein dumpfes Gefühl hat freilich auch Morellet dafür, dass bei einer vollständigen Beseitigung der Kornpolizei unter den damaligen Verhältnissen die Gefahr einer Theuerung durchaus nicht ganz ausgeschlossen war. So macht denn auch er Vorschläge, wie einer Theuerung zu begegnen sei: „Un moyen, de cette espèce seroit par exemple, de forcer les habitants riches¹⁾ de ces mêmes Provinces intérieures, dont le Peuple va souffrir de l'exportation, de payer le blé du peuple à l'agriculteur de la Province frontière ou du moins le surcroît du prix que la disette lui donne, et même d'en donner un prix un peu plus haut que l'Étranger“. Erschiene dieser Vorschlag zu radikal, l'auteur ne pourroit se dispenser d'en adopter un autre; ce seroit de mettre un impôt général sur toutes les terres du Royaume, destiné à payer le bled des Provinces frontières dans le tems de disette, assez chèrement pour l'empêcher d'aller nourrir l'Étranger... on voit évidemment que, comme il s'agit ici du bien général, il seroit juste que la contribution fût générale.“ Diese wunderlichen Vorschläge beweisen wohl besser, wie jede andere Ausführung, wie wenig eine absolute Freigabe der Getreideausfuhr damals noch den gegebenen Verhältnissen entsprach.²⁾

Trotz der vielen Schwächen erregte das Buch Morellets

¹⁾ Auf die er, als nutzlose Esser, überhaupt nicht gut zu sprechen ist.

²⁾ 1693/94 hatten diese Vorschläge schon ein Vorbild gefunden.

unter den Freihändlern Frankreichs doch allgemeines Aufsehen; von allen Seiten wurde Morellet beglückwünscht, den „gefährlichen Menschen“, den Galiani, so glänzend widerlegt zu haben. Der beste Beweis wohl dafür, dass Morellet das Rüstzeug der Freihändler völlig erschöpft hatte, und dass diese noch durchaus unfähig waren, von dem wissenschaftlich fortgeschrittenen Standpunkt Galianis aus, eine so wichtige Frage zu behandeln, dass sie aber selbst im Einzelnen die Kampfweise Morellets billigten.

* *

An Galiani lehnt sich auch die folgende Abhandlung Neckers „Sur la Législation et le Commerce des Grains“ ¹⁾ an.

Die vorliegende Schrift ist das erste grössere von Necker verfasste Werk, das er noch als Genfer Privatmann schrieb. Es vertritt, wie dasjenige Galianis, den Standpunkt eines gemässigten Freihandelssystems und berührt sich mit jenem Werk, das er unzweifelhaft sehr genau gekannt hat, in vielen Punkten sehr vortheilhaft, zeichnet sich aber vor demselben durch eine weit grössere Klarheit der Darstellung aus, sowie er seine Schrift auch anders aufbaut und von einer anderen Grundlage ausgeht, nicht nämlich von der Interessengemeinschaft aller produktiven Stände, sondern von der von ihm modifizirten Bevölkerungslehre der Merkantilisten, von deren System er auch in vielen andern Punkten abweicht, so dass er mehr Aehnlichkeit mit den deutschen Kameralisten und Eudämonisten als den französischen Merkantilisten zeigt.

Sein weiter, über allen Parteigegensätzen stehender Blick kennzeichnet sich schon durch die folgenden Erörterungen der Einleitung: „La législation des grains qui semble ordonnée dans un pays par les lois de la nature, bouleverseroit un autre, doué d'un sol moins fécond, situé différemment et gouverné

¹⁾ Paris 1775: Oeuvres complètes de M. Necker, Tome I, Paris 1820.

par des mœurs opposées. — Cependant ces contrariétés politiques ne sont pas les seules qui embarrassent dans le choix du meilleur système applicable au commerce des grains. Si l'on jette un coup d'oeil sur l'intérieur de la société, l'on y voit les diverses classes, qui la composent, envisager cet important objet d'une manière absolument différente, parceque l'attention des hommes, dominés par l'habitude, est presque toujours fixée sur leur intérêt, sans qu'ils aient la volonté, d'être injustes. — Le propriétaire ne voit dans les blés qu'un fruit de ses soins et un produit de la terre, qui lui appartient; il veut en disposer comme de ses autres revenus. — Le négociant n'aperçoit dans cette denrée qu'une marchandise qui se vende et qui s'achete; il veut pouvoir l'acquérir et la revendre au gré de son intérêt. Il demande que cette circulation soit soumise aux lois générales du commerce. — Le peuple, sans réfléchir, mais éclairé par son instinct, commandé par ses besoins, envisage le blé comme un élément nécessaire à sa conservation; il est sur la terre; il y veut vivre; il veut pouvoir atteindre à sa subsistance par son travail; il réclame les lois de police qui lui en répondent. — Ces trois classes d'hommes font retentir les noms les plus imposans pour la défense de leurs prétentions; le seigneur de la terre invoque les droits de la propriété, le marchand ceux de la liberté, le peuple, ceux de l'humanité. — Les personnes qui vivent oisivement dans les villes... trouvent presque toujours, que le contraire de ce qu'on fait étoit ce qu'il falloit faire. — Les hommes qui méditent dans leur cabinet, plains de louable désir d'éclairer le monde¹⁾... établissent un principe, le généralisent, le poussent à l'extrême... souvent ils envisagent avec trop d'indifférence le soin d'y soumettre les opinions et les préjugés; car il est aussi une sorte de courage abstrait qui, loin des hommes, surmonte toutes les difficultés, par la force de la raison et la puissance de la vérité... dans la solitude, on se livre à toute la hardiesse de la théorie.

¹⁾ Gemeint sind selbstverständlich die Physiokraten.

C'est au milieu de ce choc continuel d'intérêts, de principes et d'opinions, que le législateur doit chercher la vérité . . . il doit . . . lier dans sa bienfaisance tous ces ordres de citoyens, séparés par l'orgueil et les prétentions vaines; il doit surtout être le protecteur de cette multitude d'hommes qui n'ont point d'orateurs pour exprimer leur plaintes . . . ce qu'il faut craindre le plus, c'est d'être remis à l'esprit de parti, arbitre qui règne longtems seul, quand les sciences sont encore nouvelles, . . . qui croit encore plus qu'il ne sait, qui s'attache avec opiniâtreté à ce qu'il a saisi dans les ténèbres, qui n'abandonne rien . . . et qui se laisse rarement ébranler . . . toute loi, faite pour une nation, doit prendre sa source du bien général."

Worin besteht nun dieses bien général? Nach Necker in dem möglichst grössten Glück aller Schichten des Volkes, verbunden mit der Macht des Staates, das Glück aller seiner Volksschichten gleichmässig zu hüten und jeden Stand davor zu bewahren, durch die Uebermacht eines anderen Standes beeinträchtigt zu werden. Ein erleuchteter Staatsmann mag es darum wohl bedauern, zu Gunsten der Mehrzahl der anderen Stände und des Staatsganzen einen Stand in dem vollen Genuss seines Glückes und seiner Machtfülle zu hemmen, aber er richtet sich mit seinen Entwürfen nach den Umständen, die er nicht ändern kann. „La force publique est devenue absolument nécessaire, et c'est par son accord avec le bonheur des particuliers, que la prospérité de l'état est rassurée.“ Nach Necker ist l'effet d'une heureuse harmonie entre les différentes classes de la société nicht das Ergebniss des freien Gewährenlassens, sondern einer économie politique. In der Weise aber, wie er diese économie politique gehandhabt sehen will, erkennen wir den hervorragend historisch beanlagten Denker. Keinen Sprung dürfe man dabei thun von einem System ins andere, nur langsam von dem einen ins andere hinüberleiten, wenn man erkannt habe, dass sich mit dem alten System nicht mehr regieren lasse. Jeder scharfe und plötzliche Umschwung, jede ruck- und sprungweise Aenderung im Wirthschaftsleben eines Volkes müsste bei allen Produktions-

zweigen grosse Beunruhigung hervorrufen, welche in ihren schliesslichen Folgen stets weit verderblicher sein würde, als der augenblickliche Erfolg gross sei, den man durch den plötzlichen Ruck erreicht habe. Bei allen Reformen müsse man auf eine allmähliche Sanirung der Verhältnisse bedacht sein, sonst würde man mehr Schaden anrichten als Nutzen schaffen.

Wie Galiani ist Necker dabei ein ausgesprochener Gegner aller Prinzipien und Phrasen; sein Gegensatz tritt noch weit schärfer und bestimmter hervor als bei Galiani: „Qu'il faut se défier de certains mots généraux; plus leur sens est étendu, plus on est facilement induit en erreur, parcequ'on ne peut se résoudre à leur imposer une exception; tant on aime à classer toutes ses idées sous des rapports simples, tant on aime à trouver le repos à côté de l'effort, et tant il est aisé de faire des prosélytes, lorsqu'on peut leur promettre qu'à l'aide de deux ou trois principes ils seront initiés à l'intelligence des matières les plus abstraites; mais l'architecture sociale se refuse à cette unité des moyens et à cette simplicité de conception si précieuse à notre paresse. En même tems que les idées les plus chères aux hommes sont attachées aux mots de propriété et liberté, c'est à l'abus de ces mots qu'on peut attribuer les plus grands malheurs. — Aussi n'ai-je jamais compris une phrase du préambule d'un arrêt particulier du P(arlament) de T(oulouse); elle contenoit que le roi ne devoit pas la subsistance à son peuple... comme cette phrase étoit relative au commerce des grains; si l'on entendoit que le souverain devoit être indifférent aux lois, qui peuvent assurer l'abondance dans le royaume, et prévenir les écarts entre le prix des denrées et celui du travail, si l'on lui conseilloit d'abandonner aveuglément ces rapports aux prétentions de la propriété et aux caprices de la liberté; ce seroit, à mon sens, une grande et funeste erreur; ce seroit prétendre que le souverain doit être insensible à la circonstance la plus essentielle au bonheur de la multitude et à l'ordre public... il ne modéreroit pas l'abus de la propriété envers l'indigence, et celui de la force envers la faiblesse.

Eigenthum und Freiheit sind nach ihm historisch und gesetzlich geschaffene, nicht natürliche Begriffe. Zwar herrsche zu seiner Zeit fast allgemein die Büchermeinung, dass ein möglichst weitgehendes Freiheits- und Eigenthumsrecht für das Volkswohl am förderlichsten sei; schon habe man begonnen, diese Büchermeinung ins Recht zu übersetzen, unbekümmert darum, ob für diese Meinung das Volk zu gewinnen sei, ohne ferner die Probe gemacht zu haben, wie weit die Grenzen dieses Rechtes nach den gegebenen Verhältnissen gesteckt werden dürften, und doch dringe diese fast allgemeine Büchermeinung auf dem Gebiete der Gesetzgebung immer weiter vorwärts; werde aber die durch das allgemeine Volkswohl gesteckte Grenze des Eigenthum und Freiheitsrechtes überschritten, werde also dieses Recht missbraucht, so werde sich das Rechtsgefühl des Volkes gegen die bestehenden Formen dieses Rechtes auflehnen; dann aber sei es leicht möglich, dass das bestehende Recht nicht nur so weit umgeändert werde, dass es sich wiederum mit dem allgemeinen Volkswohl vertrage, sondern von Grund aus beseitigt werde. Darum sei es im Interesse derer, die von den bestehenden Eigenthums- und Freiheitsrechten den grössten Nutzen zögen, selbst gelegen, ihre Forderungen soweit zu mässigen, dass sie mit dem allgemeinen Volkswohl sich vertrügen.

Die grosse Achtung vor dem im Volke lebenden Rechtsgefühl, wenn auch noch nicht in dem Sinne der modernen Legaltheoretiker, ist ein Necker ganz besonders eigener Zug. „Jci, j'entends dire que les principes de la justice sont inaltérables, qu'on ne doit jamais les soumettre aux passions des hommes, et que, si le peuple n'entend pas raison, il faut l'y amener par force. — Mais qu'est ce que la force, quand elle veut heurter un sentiment général? dès cet instant elle n'est plus la force, toute erreur d'ailleurs qui tient à la nature humaine, doit être traitée comme une raison. — Quel principe! dira-t-on. Ainsi les préjugés du peuple feroient-ils la loix? Sans doute, ils la feront, toutes les fois que ses préjugés seront inhérens à sa nature: mais qu'on ne s'effraie point de cette vérité; le peuple n'aura jamais

qu'un seul sentiment énergique et puissant, qu'un sentiment enfin qui ne puisse être vaincu par l'administration; c'est celui qui tient à sa subsistance." Alle Gesetze, welche mit diesem Rechtsgefühl des Volkes im Einklang stehen, seien darum vernunftgemäss. Alle Systeme aber, welche Gesetze fordern, die mit diesem Rechtsgefühl des Volkes nicht im Einklang stehen, könnten nur von irrigem, dem Volkswohl nicht in Wahrheit förderlichen Voraussetzungen ausgehen. „Voilà pour quoi toute discussion purement abstraite, en matière d'administration, est toujours insuffisante, ainsi, quand on voudra soumettre la passion dominante du peuple à un système général, on se méprendra; c'est au contraire le système, qu'il faut combiner avec cette passion; elle est alors comme la donnée . . .

Bei alledem ist aber Necker kein Schmeichler der Volksleidenschaften und jagt nicht nach der Gunst des grossen Haufens: „de tous les sacrifices de sa pensée le plus lâche, sans doute, est celui que l'on fait à la faveur publique, puisqu'il est toujours sans danger“.

Die Prinzipien, welche man jetzt ausklügele, seien soweit entfernt, dem Rechtsgefühl des Volkes zu entsprechen, dass sie sich vielmehr, wenn auch unbewusst, in den Dienst der herrschenden Klassen stellten: „Qu'on prenne garde aussi que toutes les lois qui conviennent aux propriétaires sont toujours plus vantées, que celles qui sont favorables au peuple; cela est naturel: toutes les idées, celles même qui sont répandues dans les livres, ne se forment et ne se fortifient que par le commerce des gens instruits et capables de penser; le peuple en est écarté: il n'a donc aucune influence sur les opinions; elles s'élèvent toutes de la classe des propriétaires. On n'y remarque sans doute un grand nombre de personnes, capables de préférer le bien public à leur convenance particulière; mais comme, sans y penser, chacun généralise son espèce, les propriétaires finissent se persuader qu'eux seuls composent l'état. Si l'homme porte au loin sa méditation, il compose l'univers de créatures semblables à lui . . .

et les propriétaires, de très bonne foi, célèbrent, au nom du bien public, toutes les lois qui ne sont faites que pour eux“.

Auch zwei andere Seiten des historisch relativistischen Standpunkts Galianis hat Necker mit jenem gemeinsam, dass er sich erstens nämlich dagegen verwahrt, dass man ein irgendwo zutreffendes Beispiel nun in allen Fällen verwerthen wolle, und darum das stets vorgehaltene Beispiel Englands für Frankreich nicht gelten lassen will, dass er ferner aber, wie jener, fordert, bei der Analysirung historischer Fakten müsse man streng scheiden zwischen Ursache und Wirkung einerseits und dem Vorher und Nachher andererseits. Keineswegs sei eine Handlung, welche einer andren Erscheinung vorausgehe, immer als eine ihrer Ursachen oder gar ihre einzige Ursache anzusehen, und so könne man auch nicht mit aller Sicherheit behaupten, dass der Aufschwung der englischen Landwirthschaft allein durch die Aenderung der Ausfuhrpolitik bewirkt sei.

Auch Necker ist ein Anhänger der merkantilistischen Populationstheorie, modifizirt sie aber in einer sehr wesentlichen Weise. Nach ihm soll ein Land danach streben, stets eine Bevölkerungszahl zu besitzen, die mit der Masse der im Lande zum nothwendigen Lebensunterhalt vorhandenen Mittel übereinstimmt. Die Masse dieser zum nothwendigen Lebensunterhalt der Menschen gehörigen Güter müsse man in erster Linie zu vermehren und im Lande zu behalten suchen, um danach die Bevölkerungszahl vermehren zu können. Vorübergehend könne ein Land wohl, wenn die Masse der im Lande vorhandenen Lebensmittel den Bedarf seiner Bewohner überschreite, an ihre Ausfuhr denken; doch dürfe diese Ausfuhr nie als Ideal betrachtet werden; vielmehr müsse die Regierung eines solchen Landes unter diesen Verhältnissen alles thun, um eine der Masse der im Lande vorhandenen Lebensmittel entsprechende Bevölkerungszunahme anzuregen. Keineswegs befürwortet er jedoch eine über den Rahmen der im Lande vorhandenen Lebensmittel hinausgehende Bevölkerungsvermehrung, keineswegs sieht er schon in der Zunahme der Bevölkerungszahl an sich ein Glück. Nun sei aber behauptet worden, wenn ein

Land einen Ueberschuss an Lebensmitteln erziele, so solle es ihn benutzen, um Reichthümer zur Erhöhung des Kulturgrades ins Land zu ziehen, und habe man darum die Erzielung eines solchen Ueberschusses als Selbstzweck betrachtet. Dieses aber sei unrichtig: „La quantité d'argent qui s'accumule dans un pays n'a aucun rapport direct avec le bonheur.“

So lange der Ueberschuss noch vorhanden sei, könne man ihn zu dem erwähnten Zwecke wohl benutzen; mehr aber müsse man darauf hinzielen, eine Bevölkerungszunahme zu erreichen, welche diesen Ueberschuss aufzehre. Durch die Arbeit der Hände, welche von den im Lande vorhandenen Lebensmitteln zwar noch mit ernährt würden, aber für die Gewinnung derselben nicht mehr beschäftigt werden brauchten, könne man dann trachten, Reichthümer zu erwerben, nicht aber auf einem anderen Wege, und niemals dürfe der Erwerb von Reichthümern, d. h. von Gütern, welche über das zum Lebensunterhalte Nöthige hinausgehen, zum Selbstzweck einer Wirthschaftspolitik gemacht werden; denn eine solche Politik stärke weder die Macht eines Staates, noch hebe sie das allgemeine Glück seiner Bewohner, da bei einer solchen Politik wenige im Ueberfluss schwelgten, während die unteren Klassen nicht einmal das zu ihrem Lebensunterhalt durchaus Nothwendige hätten.

Gehen wir nun über zu den Spezialfragen, welche Necker behandelt, so werden wir am besten in folgender Weise scheiden: 1) seine Ansichten über die Freiheit des Ausfuhrhandels, 2) seine Ansichten über die Freiheit des Einfuhrhandels, 3) seine Ansichten über die Freiheit des inneren Handels. In Bezug auf den Ausfuhrhandel, dem der Löwenantheil der vorliegenden Schrift gewidmet ist, unterscheidet Necker selbst drei Hauptfragen, nämlich:

1. welche Folge die unbedingt freie Getreideausfuhr für Frankreich haben würde,¹⁾

¹⁾ Diese Frage scheint ihm die wichtigste, und widmet er ihr beinahe die Hälfte der ganzen Schrift.

2. welche Folge ein immerwährendes Getreideausfuhrverbot für Frankreich haben würde,

3. welche Maassregeln sich für Frankreich empfehlen würden, wenn man sich weder für eine unbedingt freie Ausfuhr noch für ein immerwährendes Ausfuhrverbot zu erklären vermöge.

In Bezug auf die erste Frage geht er zuerst auf die Gründe der Befürworter der freien Ausfuhr ein. Seiner Ansicht nach sind es hauptsächlich zwei, nämlich:

1. dass der von den Gegnern einer unbedingt freien Ausfuhr vorgebrachte Grund, diese könne zum Ueberausverkauf führen, nicht stichhaltig sei,

2. aber, dass die freie Ausfuhr, und nur sie allein, zu einer Ausdehnung der Anbaufläche und zu einer Vervollkommnung der Kultur, in ihrem Gesamtergebniss also zu einer Steigerung des Kornertrages führen werde.

Dem hält Necker nun entgegen:

ad. 1. Die unbedingt freie Ausfuhr werde verhindern, dass selbst nur ein Theil des Ueberflusses der guten Jahre als Vorrath für die schlechten hinterlegt werde; in den schlechten Jahren werde man darum auf das Ausland angewiesen sein. Ein Missbrauch der freien Getreideausfuhr sei also nur dann nicht zu fürchten, wenn sie auf vollständiger Gegenseitigkeit beruhe; das aber hält Necker unter den gegebenen Verhältnissen für absehbare Zeit noch für unmöglich; was auch wohl nicht ganz unberechtigt sein mochte; denn noch waren die Verkehrsverhältnisse für eine solche allgemeine Handelsfreiheit schwerlich genügend entwickelt. Wie schnell und schwer aber selbst nur ein geringer Mangel sich bemerkbar mache, das sei am besten daraus ersichtlich, dass trotz der geringen Ausfuhr in den nächsten Jahren nach dem Edikte von 1764 die Kornpreise in manchen Gegenden Frankreichs um 100 und mehr Prozente gestiegen seien. Das beweise doch, dass zum Lebensunterhalt des Volkes nöthiges und nicht überflüssiges Getreide exportirt sei; dann nämlich hätten die Preise nicht so stark steigen können. Man dürfe ferner nicht die ausgeführte Getreidemenge mit dem Ge-

treideverbrauch des ganzen Jahres, sondern nur des letzten Monats oder selbst einer kürzeren Zeit vergleichen; denn erst gegen Ende des Getreidejahres mache es sich bemerkbar, dass man sich überausverkauft habe. Man sage der Preis richte sich nach dem Verhältniss von Angebot und Nachfrage; dies möge richtig sein für andere Waaren, für das Getreide aber, als das nothwendigste Volksnahrungsmittel, treffe es nicht zu; hier rufe ein Abweichen von dem Normalzustande des Angebots ein viel stärkeres Abweichen von dem Normalpreise hervor. Als Normalzustand sei aber derjenige anzusehen, bei dem das Angebot immer etwas stärker sei, als die Nachfrage, bei den also von einem Erntejahr zum andren immer ein gewisser Ueberschuss vorhanden sei, damit bei den Getreidebesitzern niemals ein Anreiz zum Getreideverkauf fehle. Es brauche gar kein Mangel an Getreide zu sein, es genüge schon das Bewusstsein, die Grenze des Bedarfs erreicht zu haben, um bei den Verzehrern Aengstlichkeit, bei den Besitzern das Gefühl der Ueberlegenheit über den Käufer hervorzurufen. Das allein werde schon die Preise sehr scharf anziehen lassen, viel schärfer, als das Angebot sich vermindert habe. Wenn die Physiokraten also behaupteten, sie wollten durch die unbedingt freie Ausfuhr die Preise nur wenig heben und beabsichtigten hauptsächlich, sie in gleichmässiger Höhe zu erhalten, so fürchte er aus den angeführten Gründen, dass das von ihnen vorgeschlagene Mittel eine weit über das gesteckte Ziel hinausgehende Wirkung haben werde, da die unbedingt freie Ausfuhr, wenn sie auch selbst nicht häufig zu einem Ueberausverkauf führen werde, doch sehr leicht die Nachfrage bis zur Grenze des Angebots steigern werde. So werde unter den gegebenen Verhältnissen und in absehbarer Zeit die unbedingt freie Einfuhr unaufhörlich zu starken Schwankungen zum Nachtheil aller Konsumenten führen, zum Nachtheil besonders auch der Industrie; denn bei ihr gehöre der Getreidepreis zu den wesentlichsten Produktionsfaktoren. Die Industrie könne aber nur dann gedeihen, wenn wenigstens ihre Produktionsbedingungen ziemlich gleichmässige blieben. Zunächst sei also festzuhalten,

dass die von den Physiokraten gewünschte unbedingt freie Getreideausfuhr fast alle übrigen Volkskreise schwer schädigen würde.

ad. 2. Die durch die unbedingt freie Getreideausfuhr erzielte Erhöhung der Preise würde aber auch dem Landmann nur vorübergehend, nicht auf die Dauer nützen; denn auf die Dauer würden alle Manufakturzweige gezwungen sein, mit einer Erhöhung ihrer Preise nachzufolgen, und ebenso die öffentlichen Abgaben erhöht werden müssen. So würde die Preiserhöhung schliesslich nur den Erfolg haben, das Werthverhältniss zwischen Waare und Geld zu Ungunsten des letzteren verschoben zu haben. Endlich würde der erhöhte Geldertrag aus den Grundstücken entweder in Folge von Besitzübertragungen unter Lebenden oder beim nächsten Erbgang schnell kapitalisirt werden. Einer ungesunden Grundstücksspekulation sei damit Thor und Thür geöffnet. Die augenblicklichen Grundstückseigenthümer bzw. die Miterben ihrer Haupterben würden demnach den Vortheil von der Erhöhung der Getreidepreise haben, nicht aber die Landwirtschaft an sich. Nur in Bezug auf den Import aus dem Auslande werde sich diese Verschiebung zwischen Waaren- und Geldwerth nicht bemerkbar machen; die Einfuhr nach Frankreich also demgemäss erleichtert werden. Den Erfolg eines Einfuhrverbotes für Manufakturwaaren, schätzt er dabei bezeichnender Weise nur insofern, als der Schmuggel die Kosten des Imports erhöht; thatsächlich werde die Freiheit der Einfuhr diese nur um wenige Prozent steigern. Während man aber den Import aus dem Auslande begünstige, erschwere man durch die Erhöhung der Manufakturwaarenpreise deren Ausfuhr. In Frankreich habe man zu kurze Zeit Erfahrungen in dieser Beziehung gesammelt; offenkundiger sei das Beispiel Englands. Nicht nur also, dass die den Landleuten zugedachte Aufmunterung einen weit grösseren Schaden für die anderen Volkstheile bedeute, würde sie auch nur von sehr vorübergehender Wirkung sein.

Statt des darum von ihm verworfenen Mittels einer unbedingt

freien Ausfuhr zur Hebung der Landwirthschaft, schlägt er dagegen andere vor, deren Erfolg dauernder sein werde, ohne dass jemand geschädigt würde: „Une avance, faite aux possesseurs de ces terres, une franchise momentanée d'impôts, une manufacture, établie dans le voisinage, un canal creusé, une rivière, rendue plus navigable, la baisse générale de l'intérêt de l'argent . . . Que l'on encourage donc l'agriculture par des moyens naturels, durables et tranquilles . . . mais tendre à ce but par des renchérissemens subits, mais, pour occasionner le défrichement de vingt mille arpens, déranger l'harmonie établie entre le prix des productions d'un royaume de vingt cinq lieues carrées et le produit du travail de la portion industrielle de vingt quatre millions d'habitans, animer ainsi le riche par la souffrance du pauvre, et déléguer pour encouragement de l'agriculture une part sur le nécessaire du peuple, c'est, sans contredit, entre tous les moyens, d'exciter cette agriculture, le moins raisonnable, le plus dangereux, et le plus contraire aux principes d'une saine administration.“

Zu alledem aber, dass die Aufgabe der Kornpolizei grossen Schaden und nur einen geringen, vorübergehenden Nutzen für die Landwirthschaft bringen werde, komme nun noch, dass sie mit dem Rechtsgefühl des Volkes durchaus nicht im Einklang stehe, und dass deshalb auch in den Jahren, wo die Getreideausfuhr gänzlich frei war, die Behörden der Ausfuhr sich hätten widersetzen müssen, um den gefährlichsten Volksunruhen zu begegnen.

Dies führt ihn zu dem dritten Einwand gegen die Kornpolizei, dass sie sich nicht vertrage mit den natürlichen Begriffen von Eigenthum und Freiheit. Diese Einwände widerlegen sich nach ihm schon deshalb, weil die Annahme, Eigenthum und Freiheit seien natürliche Begriffe, vollständig irrig sei, da sie, seiner wissenschaftlich weit fortgeschritteneren Ansicht nach, historisch gewordene Begriffe sind, die ebenso wieder durch die weitere Entwicklung modifizirt werden können.

Damit ist für Necker die Frage, ob ein immerwährendes Gewährenlassen der Getreideausfuhr sich empfehle, erledigt.

Nunmehr kommen wir zu der zweiten Frage, welche Folgen

das unbedingte Ausfuhrverbot für Frankreich nach sich ziehen würde. Auch dies nach der anderen Seite hingehende Extrem verwirft er; auch dies Extrem könne nur die grösste Unordnung zur Folge haben. Sei bei unbedingter Ausfuhrfreiheit leicht ein zu weit gehender Ausverkauf zu fürchten, der dann in einem Jahre mit knapper Ernte, wie dies häufig auf gute Erntejahre folge, sofort die schwerste Theuerung hervorrufe, so bestehe bei einem unbedingten Ausfuhrverbot die Gefahr, dass der Landmann, da er seinen Ernteertrag nicht genügend habe verwerthen können, die Anbaufläche einschränke. Trete nun in Verbindung damit eine schlechte Ernte ein, was, wie gesagt, erfahrungsgemäss sich leicht erwarten lasse, so sei ebenfalls wieder die Theuerung da: „Il semble donc que le bien de l'état répugne à toute loi absolue pour ou contre la liberté. Mais est-il quelque modification assez constamment convenable, pour qu'on puisse l'ordonner par une loi perpétuelle? ou ... peut-on ... établir un système à l'abri d'inconveniens? ou doit-on se contenter d'éviter les grands écarts?“

Damit sind wir hinüber geleitet zur dritten Frage, welche Maassregeln sich empfehlen, wenn man sich weder für eine unbedingt freie Ausfuhr noch für ein immerwährendes Ausfuhrverbot zu erklären vermag.

Zunächst bespricht er die verschiedenen Versuche, welche bis zu seiner Zeit gemacht waren, die Ausfuhrfreiheit zur Regel und das Ausfuhrverbot zur Ausnahme zu machen, anstatt des bisherigen Verhältnisses, nach dem das Ausfuhrverbot die Regel und die Ausfuhrerlaubniss die Ausnahme bildete. Was ihn dabei interessirt sind die Voraussetzungen, unter denen bei allen früher gemachten Versuchen und Vorschlägen der Ausnahmezustand eines Ausfuhrverbotes eintreten sollte. Die gewöhnliche Voraussetzung sei ein hoher Getreidepreis gewesen; damit habe man aber thatsächlich das Symptom einer schon vorhandenen Krankheit zum Merkzeichen dafür genommen, dass ein ungesunder Zustand erst drohe. Man habe also Maassregeln ergriffen, um einer kommenden Disharmonie der wirthschaftlichen Verhältnisse

zu begegnen, nachdem diese schon eingerissen war. Damit sei man thatsächlich also immer zu spät gekommen; dann habe man die Ausfuhr auf bestimmte Durchgangsstationen und Zeiträume beschränkt. Die grossen hiermit verbundenen Missstände schildert er in gleicher Weise, wie Herbert das Permissionswesen; dann habe man Auflagen auf die Ausfuhr gelegt. „Un impôt faible n'arreteroit pas la sortie du blé qu'il seroit important de conserver; un impôt considérable empêcheroit, dans d'autres temps, l'exportation du blé qu'il seroit convenable de vendre au dehors. — L'établissement d'un impôt ne peut donc pas mettre à l'abri des inconveniens, attachés à la prohibition et à la liberté.“ Mit dem in Frankreich damals geltenden Gesetz, nach dem die Ausfuhr bei einer gewissen Preishöhe verboten werden konnte, und ausserdem nach Galianis Vorschlage mit einer Abgabe belegt war, ist er also in beiden Punkten nicht einverstanden.

Necker will nun nicht die Ausfuhrfreiheit, sondern wiederum das Ausfuhrverbot als Regel und die Ausfuhrfreiheit als Ausnahme betrachtet wissen. Doch soll die Ertheilung der Ausfuhrfreiheit nicht in das Belieben irgend einer, sei es Zentral-, sei es Lokalbehörde gestellt werden, sondern stattfinden, sobald an drei Markttagen von Paris die Preise unter eine bestimmte Höhe gesunken sind, und soll sie so lange gelten, bis der Preis wieder an drei Markttagen über diesen Preis hinausgeht. Als diesen Preis nennt er 20 Frs. für das septier besten Weizens. Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrverbot sollen stets für das ganze Reich gelten. Er schlägt also ein System vor, welches dem in letzter Zeit befolgten, direkt entgegengesetzt war. Zu weiterer Vorsicht sollen aber die Bäcker gehalten sein, sich spätestens bis zum 1. Febr. eines jeden Jahres mit dem für das Ende des Getreidejahres nöthigen Korn zu versehen. Durch diese Maassregel glaubt er es vermeiden zu können, dass es sich erst gegen Ende des Getreidejahres bemerkbar mache, dass der Getreideverkauf ins Ausland forzirt sei. Noch über den betreffenden Vorschlag Galianis hinausgehend, will er endlich zur Förderung der Mühlenindustrie die Ausfuhr von Getreide nur in Form

von Mehl gestatten und das den Getreidehandel ordnende Gesetz jedesmal auf die Dauer von 10 Jahren erlassen wissen. Getreide, für welches der Nachweis erbracht ist, dass es aus dem Auslande eingeführt ist, darf jederzeit wieder ausgeführt werden.

Wir gehen nunmehr über zu dem zweiten Haupttheil, zu seinen Ansichten über die Freiheit des Einfuhrhandels. Die Getreideeinfuhr will Necker völlig freigeben, da er sie genügend — für seine Zeit hatte er damit auch wohl Recht — durch die bei billigen Preisen zu gestattende Getreideausfuhr paralysirt glaubt. Eine besondere Rücksicht erfordere die Getreideeinfuhr bei Nothzeiten. Man habe geglaubt, sie durch Prämien fördern zu sollen, anstatt sie, wie bisher, einzelnen Kommissionären zu übertragen, indem man angeführt habe, man müsse gerade in solchen Zeiten die Konkurrenz fördern und die Belohnungen möglichst vielen Personen zu Theil werden lassen. Diese Vortheile des Prämiensystems seien an sich anzuerkennen, ihnen stände aber der grosse Nachtheil entgegen, dass die Beunruhigung im Volke wachse, wenn man höre, die Regierung greife zu ausserordentlichen Mitteln, dass man ferner nicht wisse, welchen Elementen man hier Belohnungen gewähre, ob sie deren auch würdig seien, dass man drittens aber dem Auslande gegenüber die Zahl der Aufkäufer möglichst verringern müsse, um der Gefahr vorzubeugen, dass sie sich gegenseitig Konkurrenz machten und das Getreide auf den ausländischen Märkten in die Höhe trieben, wie denn das Ausland am besten nichts davon erführe, dass Frankreich einen ausserordentlichen Bedarf an ausländischem Getreide habe; deshalb ziehe er es doch vor, dass die Regierung in Nothzeiten einige besonderes hervorragende Grosshändler im Getreidehandel, die vollstes Vertrauen verdienten, unter der Hand durch Prämien für den Aufkauf ausländischen Getreides zu gewinnen trachte und zugleich mit ihnen vereinbare, in welchem Gebiet ein jeder den Aufkauf vornehmen wolle, damit sie sich nicht einander ins Gehege kämen. Heimlichkeit sei hier besser als Oeffentlichkeit.

Wir gehen nunmehr über zu dem dritten Haupttheil, zu Neckers Ansichten über die Frage des inneren Handels. Bei ihm dreht sich diese Frage darum, ob es nützlich und möglich sei, den Landmann stets unmittelbar mit dem Konsumenten in Berührung treten zu lassen, oder ob es empfehlenswerther sei, dass das Zwischenglied des Kaufmanns sich einschiebe. Diese Frage muss nach Necker je nach der Preislage des Getreides verschieden beantwortet werden. Stehe der Preis niedrig, so würden dadurch, dass zu den Konsumenten noch der kaufkräftige und kauflustige Kaufmann hinzutrete, die Preise sich heben, was für die Produzenten zu wünschen sei; seien die Preise aber hoch, so würde das Dazwischentreten der Kaufleute die Preise noch vertheuern und die Konsumenten noch mehr geschädigt werden; erstens nämlich vertheuere der Zwischenhandel an sich die Preise, zweitens würde dadurch die Zahl der Verkäufer, mit denen das konsumirende Publikum zu thun habe, vermindert werden; denn ein einziger Kaufmann könne dann leicht an die Stelle von 30 und selbst mehr Landwirthen treten. Sei es dann gegen Ende des Erntejahres, so könne ein Kaufmann sich leicht das Monopol verschaffen, oder es sei doch zwischen der geringeren Zahl der Verkäufer leichter eine Verabredung möglich. Auch schlugen die Verkäufer allein schon deshalb auf, wenn sie bemerkten, dass sie in kleiner Zahl erschienen seien.

Für die Zeit billiger Getreidepreise verwirft Necker alle Einschränkungen des inneren Handels, für die Zeit, da das Getreide im Preise hoch steht, d. h. das septier mit mehr als 30 Frs. auf dem Pariser Markt bezahlt werden muss, will er die alten Polizeiverordnungen aufrecht erhalten sehen, mit der Ausnahme jedoch, dass der Aufkauf zum Versand aus einer Provinz in die andere stets gestattet sein sollte; doch müsse der Kaufmann sich in Zeiten theurer Preise einer Kontrolle unterziehen, dass er das Getreide in der von ihm angegebenen Provinz auch wirklich zum Verkauf bringe, und es nicht an den Grenzen der Provinz, wo er es gekauft habe, zurückhalte, um es bei gestiegenen

Preisen langsam in die betreffende Provinz zurückfliessen zu lassen.¹⁾

Durch alle diese Maassregeln glaubt Necker eine ziemliche Gleichmässigkeit der Getreidpreise erzielen zu können; denn die Gleichmässigkeit der Getreidepreise ist für ihn das Werthvollste, nicht das niedrige Niveau derselben; denn das niedere Volk sei nur daran interessirt, dass die Preise gleichmässig, nicht dass sie niedrig seien. Niedrige Getreidepreise würden nicht ihnen, sondern nur den Fabrikbesitzern zu Gute kommen; denn — und nun entwickelt Necker unter der franz. Censur, deren placet am Ende der ersten Auflage selbst abgedruckt ist, die sozialdemokratische Lohntheorie: „Ce n'est point en raison ... d'aucun principe d'équité que les propriétaires fixent le prix ... du travail que l'on consacre a leur usage; c'est en raison de leur force, c'est en raison de la force invincible que les possesseurs des subsistances ont sur les hommes sans propriété ... la part du peuple, vivant du travail de ses mains, sera toujours la même. Aussi voit-on cette classe nombreuse de l'humanité soumise au même sort d'un bout du monde à l'autre ... Partout on a calculé ce que lui était exactement nécessaire, pour n'attribuer que ce prix à son travail ... S'il était possible qu'on vînt à decouvrir une nourriture moins agréable que le pain, mais qui pût soutenir le corps de l'homme pendant quarante-huit heures, le peuple seroit bientôt contraint à ne manger que de deux jours l'un ... tel est l'esprit humain, esprit que les lois sociales ont si bien secondé.“

Necker ist dabei aber doch kein Sozialdemokrat im modernen Sinne; denn nicht, um die Unzufriedenheit der Massen aufzureizen, denen man, um mit einem Schillerschen Worte zu reden, nie „des Lichtes Himmelsfackel leihen“ dürfe, sondern, um die Besitzenden aufzurütteln, hat er dies Buch geschrieben. Von der Ansicht der Neueren, das Volk durch Schriften über seine wahren Vorthelle aufklären zu können, verspricht sich Necker nämlich

¹⁾ Das möchte wohl selbst bei strengster Kontrolle der Regierung durch Vermittlung von Zwischenpersonen immer möglich gewesen sein.

sehr wenig. „Pour quoi tous ces ménagemens? Il faut écrire; la lumière viendra; avec cette lumière toutes les passions du peuple changeront, et peut-être sommes-nous près de l'heureux moment où la force de l'évidence gouvernera l'univers. Je le souhaite; mais, quand cette évidence seroit constatée entre tous les hommes, qui pensent et qui disputent (accord très-éloigné peut-être), elle n'aura jamais de force sur le peuple, parce que sa rudesse, son aveuglement et son ignorance tiennent aux lois sociales, et ne changeront jamais . . . En Angleterre, où par la nature du gouvernement et par le meilleur prix des salaires le peuple est moins peuple et participe d'avantage à l'accroissement des lumières générales, il s'effarouche également . . . et depuis quelques années les inquiétudes . . . et les gênes de toutes espèces s'y sont multipliées.“ Darum ist sein Grundsatz: „Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk“. Ein wahrer Staatsmann doit surtout être le protecteur de cette multitude d'hommes qui n'ont point d'orateurs, pour exprimer leurs plaintes, dont il faut étudier les souffrances, parceque leur voix ne s'élève que dans la détresse, qui ne voient que le moment, et qu'on ne peut servir que par prévoyance; qu'il est impossible de rendre jamais assez heureux, pour en être aperçu, ni pour jouir de leur reconnaissance, mais qu'il est si doux de défendre contre l'oppression et le malheur, sans éclat et sans récompense . . . et l'on devroit renoncer avec grandeur à ces acclamations populaires, qui ne peuvent être achetées que par le renversement de l'ordre.

Das ganze Civil- und Strafrecht sei allein auf die Interessen der Besitzenden zugeschnitten, um so mehr müsse die Staatsverwaltung den Interessen der Besitzlosen dienen. „Presque toutes les institutions civiles ont été faites pour les propriétaires. On est effrayé, en ouvrant le code des lois, de n'y découvrir partout que le témoignage de cette vérité . . . Une grande vérité, cependant s'élève de ses reflexions, c'est que les institutions politiques¹⁾ et les lois d'administration sont presque les seules qui défendent le peuple.“

¹⁾ Staatspolizei im umfassenderen Sinne des vorigen Jahrhunderts.

Damit verlassen wir auch diesen Schriftsteller, unter allen, welche die uns beschäftigende Frage zu jener Zeit behandelt haben, unstreitig der geistig begabteste, der ruhigste, klarste und besonnenste.

*

*

*

Das Gegentheil von Necker treffen wir in dem leicht enthusiastischen, heissblütigen Turgot an.

Morellet hatte, wie wir wissen, sich gegen jede Beschränkung des Getreidehandels ausgesprochen, dafür aber gesagt, man solle die reichen Bewohner einer von der Hungersnoth heimgesuchten Provinz zwingen, auf ihre Kosten Getreide zu kaufen und es zu billigerem Preise an die Armen abzulassen, ein Vorschlag, der bei seiner Annahme durch die Regierung unfehlbar dazu hätte führen müssen, dass aus den ärmeren Provinzen, welche auch keine ausgedehnte Industrie betrieben, deren Frankreich damals so gut wie heute mehrere besass, alle noch einigermaassen Wohlhabenden fortgezogen wären. Trotz dieser leicht vorauszusehenden üblen Folgen fand dieser seltsame Vorschlag Morellets, sofern jener nicht etwa sein eigentlicher Urheber war, doch in Turgot einen gelehrigen Schüler, welcher ihn in der Praxis zu bethätigen suchte; freilich, wie man gestehen muss, nachdem er selbst mit gutem Beispiel vorangegangen war. Nachdem er zur Milderung der Noth in seiner Generalität Limousin schon alle ihm vom Staate zur Verfügung gestellten Mittel erschöpft hatte, sein eigenes Privatvermögen zugesetzt und zudem noch eine Anleihe von 20000 Frs. gemacht hatte, glaubte er sich nun auch berechtigt, auch Andere wider ihren Willen zum Wohlthun anzuhalten.

In einer Ordonnanz legte er den Gutseigenthümern die Pflicht auf, für ihre auf Halbtheilung angesetzten Pächter zu sorgen, und in einer anderen wies er die Kirchspiele an, ihre Armen bis zur nächsten Ernte zu unterhalten; zudem setzt er einen Parlamentsbeschluss durch, der mit Rücksicht auf die Theuerung die von den Theilbauern zu entrichtenden Naturalabgaben sehr erheblich herabsetzte.

Diesen Sinn der Wohlthätigkeit, als einer Bürgerpflicht der Wohlhabenden gegenüber den Armen, athmet auch seine Instruktion vom 10. Februar 1770 sur les moyens les plus convenables, pour soulager les Pauvres, et sur le projet, d'établir en chaque paroisse des Bureaux de Charité, in dem er auch den Grundsatz vertrat, den Armen die Unterstützung nur gegen Arbeit zu gewähren. Der Instruktion war beigegeben ein von Turgot veranlasster Parlamentsbeschluss, qui ordonne qu'il sera tenu, dans chaque paroisse ou communeauté, une assemblée, pour délibérer sur les moyens, de parvenir au soulagement des Pauvres, und ein „Lettre Circulaire aux curés de la province“. Beide waren erfüllt von demselben Geiste wie die Instruktion. Aehnliche Sendschreiben gingen auch an die Subdélégués de l'Intendance aus. Mit der Errichtung der durch öffentliche Wohlthätigkeit ins Leben zu rufenden Werkstätten beschäftigt sich ein besonderes Cirkular, betitelt: „Constitution des Ateliers de Charité“; er empfiehlt hier besonders Verbesserung der Wege in der warmen Jahreszeit und Beschäftigung in den Spinnstuben in der kalten Jahreszeit.

Bei der Durchführung seiner Absichten bewährte er nicht nur einen hohen, edlen, menschenfreundlichen Sinn, sondern auch einen hohen persönlichen Muth, indem er es wagte, zwei Gesetze, welche für das ganze Königreich galten, ein fiskalisches, den Stempelzwang betreffend, und ein administratives, die staatliche Aufsicht betreffend, ohne erst an den kgl. Staatsrath zu berichten, für die von ihm errichteten Anstalten zur Unterstützung der Nothleidenden für die Dauer der Theuerung zu suspendiren.

Auch als er im August des Jahres 1774 zum Generalprokurator Frankreichs ernannt wurde und damit den für die damaligen Verhältnisse einflussreichsten Posten antrat, bewährte er diesen Geist der Strenge gegen die Reichen, des Wohlwollens gegen die Armen und des hohen persönlichen Freimuths. Sehr bezeichnend für den tiefen sittlichen Ernst, mit dem er seinen verantwortlichen Posten antrat, sind die folgenden Worte, welche sich in dem von ihm bei dieser Gelegenheit erlassenen Manifeste

finden, welches in die Form eines an den König gerichteten, offenen Briefes gekleidet war:

„Votre Majesté sait qu'un des plus grands obstacles à l'économie est la multitude des demandes dont elle est continuellement assaillie, et que la trop grande facilité de ses prédécesseurs à les accueillir les a malheureusement autorités. — Il faut Sire vous armer contre votre bonté de votre bonté même, considérer d'où vous vient cet argent que vous pouvez distribuer à vos courtisans, et comparer la misère de ceux auxquels on est quelquefois obligé de l'arracher par les exécutions les plus rigoureuses à la situation des personnes qui ont le plus de titres, pour obtenir vos libéralités. — Il y a des grâces auxquelles on a cru se prêter plus aisément, parcequ'elles ne portent pas immédiatement sur le Trésor royal. — De ce genre sont les intérêts, les croupes, (?) les privilèges: elles sont de toutes les grâces les plus dangereuses et les plus abusives. . . . D'ailleurs ces participations au profit des traitants sont une source de corruption pour la noblesse et de vexation pour le peuple, en donnant à tous les abus des protecteurs puissants et cachés. . . . J'aurai à lutter même contre la bonté naturelle, contre la générosité de Votre Majesté et des personnes qui lui sont les plus chères. Je serai craint, haï même de la plus grande partie de la cour, de tout ce qui sollicite des grâces. On m'imputera tous les refus, on méprendra comme un homme dur, parce que j'aurai représenté à votre Majesté qu'elle ne doit pas enrichir même ceux qu'elle aime aux dépens de la subsistance de son peuple, ce peuple auquel je me serai sacrifié.“

Haben wir so Turgot als Menschen kennen gelernt, so müssen wir nun versuchen, ein Bild zu gewinnen von der geistigen Schulung, welche er als Student auf der Sorbonne empfangen hatte, weil sie von maassgebendem Einfluss auf seine Stellungnahme zu den volkswirtschaftlichen Fragen seiner Zeit werden sollte. Diese Schulung tritt uns am klarsten entgegen in dreien seiner Abhandlungen. Die erste hierher gehörige Abhandlung ist eine Rede, die der damals dreiundzwanzigjährige Student nach den damaligen Gebräuchen beim Schluss des Semesters zu halten

hatte. Sie ist lateinisch verfasst und handelt von den Prinzipien der reinen Philosophie und der edlen Geistesbildung. Daïre¹⁾, sonst ein wenig geeigneter Interpret, weil er alles durch die Parteibrille des, wenn auch der gemässigten Richtung angehörigen, so doch vollkommen überzeugten Physiokraten und Freihändlers zugleich sieht, trifft doch hier das Richtige, wenn er den Inhalt der Schrift kurz dahin charakterisirt: „Il se résume, véritablement, dans ces trois mots: ordre, liberté, progrès. A ses yeux, l'ordre c'est la justice dont l'homme trouve les lois gravées au fond de sa conscience; la liberté le droit de faire tout ce qui n'est pas contraire au droit d'autrui, le progrès le développement graduel de la puissance de l'homme sur la matière.“ Diese Begriffsbestimmung wird jeder, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, zugeben. Anders steht es um seine Beantwortung der folgenden Fragen, die unmittelbar an jene Definition geknüpft werden müssen: 1) Sind die lois de la justice, gravées au fond de la conscience de chacun homme stets gleichbleibende oder sind es historisch wandelbare? Nach seiner Auffassung sind es sich stets gleichbleibende Begriffe, und hierin ist sein schwerer Widerspruch mit allen Lehren der Erfahrung zu suchen, hierin sein grosser Abstand von der modernen, historischen, legaltheoretischen Schule. 2) Worin besteht das droit d'autrui, und worin mithin die der Freiheit jedes Einzelnen gezogene Grenze? Hier hat der damals Dreiundzwanzigjährige noch ziemlich verschwommene Vorstellungen, die sich später zwar klären, aber doch den einen Grundfehler an sich behalten, dass er le droit d'autrui als einen festen, unwandelbaren Begriff auffasst und darum auch den Begriff liberté festlegt, wobei er sich sehr stark mit Morellet berührt; denn, wie dieser, fasst er auf der einen Seite den Begriff Freiheit als einen sehr weiten, will er ihn auf der anderen Seite, ebenso wie jener, wie es zu dem auch seinem zum Wohlthun geneigten Charakter entsprechend ist, durch den Zwang zu Wohlthaten an die nothleidenden und

¹⁾ Collection des principaux économistes Bd. 3. Turgot pag. XXIII.

darbenden Mitmenschen einschränken „Le soulagement“ charakterisirt er später einmal diesen Standpunkt, „des hommes qui souffrent est le devoir de tous et l'affaire de tous“.

Den letzten Standpunkt entwickelt er weiter in dem zweiten Theile des dritten Abschnittes, in welchem er in dem Aufgehen in der Moral des Christenthums den höchsten Gipfelpunkt der Bildung des menschlichen Geistes erblickt; diese Moral werde aber den Menschen, obgleich oder besser gerade weil er frei sei, die hohe sittliche Pflicht des Wohlthuns von selbst empfinden lassen ohne äusseren Zwang. Treibt man diese Lehre in ihren Konsequenzen auf die Spitze, so bedeutet sie schliesslich, ohne dass damit behauptet werden soll, Turgot und seine Lehrer seien sich dieser Konsequenzen je bewusst geworden, im zügellosen Wettkampf des Erwerbslebens müsse es dem Fähigsten und Begabtesten, so lange er nicht direkt gegen den Sittenkodex verstösst, unbenommen sein, soviel von den Existenz- und Produktionsmitteln des Landes an sich zu ziehen, als ihm nur möglich sei, unbekümmert darum, wie vielen seiner Mitmenschen dadurch die volle Existenzfähigkeit geraubt wird, wenn er nur wieder durch Wohlthun dafür Sorge, dass jene Existenzen doch wenigstens noch vegetiren können. Es ist das jene traurige liberale Doktrin, die leider im letzten Jahrhundert immer mehr an Boden gewonnen hat und so viel soziales Elend in den Städten zusammengehäuft hat, das sie dann mit dem grossen Mantel der Liebe zudeckte. In der Theorie schön gedacht, bewirkte diese Doktrin in der Praxis doch gerade das Gegentheil von dem, was sie bezweckte.

Im nächsten Semester hatte Turgot wieder die Schlussrede zu halten. Sie beschäftigte sich diesmal mit den Fortschritten des wissenschaftlichen Erkennens. Nach ihm ist erst seine Zeit im Begriff, den von der Menschheit zu erklimmenden Gipfelpunkt wissenschaftlichen Erkennens zu erreichen, indem sie sich die Aufgabe stellte, die allgemeinen stets gültigen Maximen, Theorien, Prinzipien und Gesetze aufzusuchen, nach denen der Verkehr der Menschen untereinander sich vollziehen würde, wenn er durch keine den freien Naturverlauf hemmende Zwangseingriffe gestört

würde. Schon schwebt es ihm als Ideal vor, auf der Grundlage der steten Gleichmässigkeit der so gefundenen Grundzüge eine allgemeine Psychologie zu begründen, die mit der gleichen Sicherheit aus einigen Axiomen heraus ein völlig abgerundetes Lehrgebäude errichten könnte, wie dies die Mathematik ihrem Schüler zu bieten vermöge. Auf der Grundlage weniger gegebener und stets sich gleichbleibender Grundbegriffe würde sich danach auch die Volkswirtschafts- und Staatslehre wie ein mathematisches Lehrgebäude aufrichten lassen. Damit aber würde das Ideal der Geisteswissenschaften erreicht sein, deren Aufgabe es sei, an der Hand der Natur den Gesetzen nachzuforschen, welche die physischen und intellektuellen Kräfte des Menschen leiten müssten, um alle Glieder der Gesellschaft nach grösster Möglichkeit an den Wohlthaten der höchsten geistigen und materiellen Kultur Theil nehmen zu lassen. Dann könne die Wissenschaft herabsteigen von ihrer Höhe zu dem Volke, *pour éclairer le peuple d'une saine théorie*, wie er in einem seiner Briefe sich später ausdrückt.

Die gleichen Gedanken wie in diesen beiden Abhandlungen entwickelt er dann in der Schrift: „Discours sur l'Histoire universelle“, einer Philosophie der Geschichte und Geschichte der Philosophie im Sinne seiner Zeit.

Wir sehen, wie hier der Geist vorgebildet ist, der, einmal mit volkswirtschaftlichen Fragen in Berührung gekommen, nur dem schönggeistigen Liberalismus seiner Zeit sich zuwenden konnte, der die Gesetze des wirtschaftlichen Treibens nur durch reine Spekulation des Verstandes mit einem von der Erfahrung ungetrübten Blick glaubte auffinden zu können. Wie leicht musste ein so geschulter Geist der Lehre eines Gournay zugänglich sein „que le corps politique était soumis à certaines lois physiques et morales dont le respect ou l'abandon influait, en sens contraire, sur son (sic!) richesse et son bonheur“. Galt es ihm vorher also nur festzustellen, wie die Beziehungen von Mensch zu Mensch sich regeln würden, wenn man ihnen keine anderen Schranken auferlege als die durch das angeborene Rechtlichkeitsgefühl gebotenen, einem Jeden in das Innerste eingepflanzten

Schranken, so steht es nunmehr bei ihm fest, dass dieser Zustand aller Freiheit von anderen als durch den Sittencodex auferlegten Schranken der glücklichste sein würde. Der Mensch, im vollen Genuss der Freiheit in dem oben gekennzeichneten Sinne, werde für sich selbst und seine Mitmenschen den höchsten Gipfel des Glückes erreichen. Nur folgerichtig ist es dann gedacht, wenn er mit Gournay die Weisheit aller Staatsregierung sieht in dem *laisser faire et laisser passer*.

Nachdem wir den Menschen und den Philosophen Turgot kennen gelernt haben, wollen wir nun versuchen, uns den volkswirtschaftlichen Theoretiker in seinen Hauptwerken, soweit sie hierher gehören, vorzuführen. Hier sehen wir ihn denn mit strickter Folgerichtigkeit mitarbeiten an dem Lehrgebäude der *science économique*, sehen wir ihn gleich Bausteinen Konsequenzen auf Konsequenzen häufen, wenn er auch oft in den Fehler verfällt, das, was sich ihm vordem nur als Konsequenz ergeben hatte, an anderer Stelle dann als ein Prinzip anzusehen; so ist schon für Turgot der Satz des *laisser faire et laisser passer*, obgleich er doch erst auf Grund einer Reihe von Schlussfolgerungen dazu gelangt war, in späterer Zeit selbst ein feststehendes und unanfechtbares Grundprinzip. So sehen wir die Physiokraten unter Leitung von Gournay, Quesnay, Turgot, Condillac, Condorcet u. A. ein stolzes Lehrgebäude aufrichten, das weiter keinen andern Fehler hatte, als dass es in der Luft schwebte.

Unter seinen ersten Versuchen, das rein volkswirtschaftliche Gebiet zu betreten, nennen wir hier nur seine im Jahre 1751 geschriebenen *Observations à M^{me} de Graffigny*. Es war dies eine jener geistreichen Damen, in deren Boudoir die Schöngeister der Zeit sich zu versammeln pflegten, um über die Fragen der Zeit und der Wissenschaft zu philosophiren, wobei jene Damen keineswegs nur die lebenswürdige Wirthin machten, sondern eifrig sich an der Diskussion betheiligten. Es ist auch das ein charakteristischer Zug der Wissenschaft jener Zeit! Könnte es wohl heute unseren Gelehrten einfallen, ihre wissenschaftlichen Probleme im Boudoir einer Dame, sei sie auch noch so geistreich, zu be-

handeln und diese Dame als Schiedsrichterin aufzurufen? Weniger ein Produkt der Wissenschaft als ein Spielen mit der Wissenschaft waren diese so häufig geistreichen Damen gewidmeten Schriften.

Von einem anderen Gesichtspunkte aus, als wir sie bisher beleuchteten, nähert Turgot sich hier dem Freihandelsprinzip. Er geht hier von der Nothwendigkeit der Arbeitstheilung aus und betont, Jeder würde nur dann den richtigen Platz seiner Wirksamkeit innerhalb dieser mannigfaltigen Arbeitstheilung finden, wenn man ihm die Freiheit in der Wahl seines Berufes und seiner Thätigkeit lasse, wenn man es ihm überlasse, die richtigen Wege seines Fortkommens zu finden, soweit er nur nicht le droit d'autrui verletze. Er berührt sich also hier sehr nahe mit den von Adam Smith später entwickelten Gedanken, und dieser innere Zusammenhang giebt uns das historische Verständniss für die Aufstellungen der Physiokraten, die als Reaktion gegen die überlebte Vielregiererei und Bevormundung von oben her für ihre Zeit und ihre Verhältnisse bis zu einem gewissen Grade berechtigt waren und ihren Fehler nur fanden in ihrer Generalisation und Prinzipientreue, in dem Verfolgen ihrer Konsequenzen bis zum äussersten Extrem, in dem dem Liberalismus seitdem stets anhaftenden Bestreben, Veraltetes und Unzeitgemässes nur einfach zu beseitigen, nicht zeitgemäss umzuwandeln und in neuer Form wieder zu neuem Leben zu erwecken, nicht langsam und allmählich, sondern ungestüm und plötzlich vorzugehen, kurz in ihrem Verkennen der relativen Berechtigung alles historisch Gewordenen und Bestehenden. Dieser Fehler zeigt sich auch bei Turgot, der zu lange blosser Theoretiker gewesen war, um in der Praxis des Beamten davon geheilt zu werden. Dieses Schwanken zwischen zwei Extremen, wie es sich an der Wissenschaft ausspricht, wenigstens in so fern, als die vermittelnden Persönlichkeiten nicht zur genügenden Geltung kommen konnten und meist missverstanden wurden, macht sich auch in der Verwaltung und Gesetzgebung geltend, und da die Zeit für das eine Extrem nicht mehr und für das andere noch

nicht reif war, so vollzogen sich diese Schwankungen in einem sehr häufigen und sehr stossweisen Wechsel. Dass man den richtigen Mittelweg, den allmählichen Uebergang nicht zu finden vermochte, das drückte dieser Zeit ihren Stempel auf und keineswegs nur der Getreidehandelspolitik. Die schwankenden Persönlichkeiten Ludwigs XV. und mehr noch Ludwigs XVI., das sind die treffenden Spiegelbilder dieser Zeit.

Als nächste hierher gehörige Schrift Turgots wäre l'Éloge de Gournay zu nennen (1759). In den acht dazwischen liegenden Jahren ist aus dem kühnen Essayisten ein überzeugungstreuer Physiokrat und Freihändler geworden, besonders seit dem Jahre 1754/55, wo er mit Quesnay und Gournay in Verbindung trat. Indem er die volkswirthschaftlichen Anschauungen beider in sich vereinigte, ist er es, der dem physiokratischen System als neues Element das Prinzip des Freihandels im allgemeinen beifügt, während Quesnay und seine nächsten Schüler diese Frage ursprünglich nur in Bezug auf die Getreidehandelspolitik erörtert hatten. Sieben Jahre später erschien seine Abhandlung: „Reflexions sur la Formation et la Distribution des Richesses“, in welcher er die Quesnai'sche Lehre von den revenus, in den Grundzügen Quesnays Anschauungen bewahrend, systematisch entwickelt.

Charakteristisch für seine wissenschaftliche Auffassung ist ferner ein Brief à Mademoiselle de l'Espinasse ¹⁾ vom 26. Januar 1770 ²⁾ über die Schrift Galianis, aus dem hier nur die hauptsächlichsten Sätze mitgetheilt seien „... mais je suis fort loin de le trouver bon, et je pense que tout cela est de l'esprit infiniment mal employé, et d'autant plus mal, qu'il aura plus de succès et qu'il donnera un appui à tous les sots et les frippons, ³⁾

¹⁾ Wieder eine geistreiche Dame.

²⁾ Oeuvres de Turgot. Ed. Daire II, 800.

³⁾ Der Gebrauch von Invectiven gegenüber den Gegnern scheint zu allen Zeiten eine besondere Eigenthümlichkeit des doktrinären Liberalismus gewesen zu sein, wie er ja an Intoleranz alle Parteien übertrifft.

attachés à l'ancien système, dont cependant l'abbé s'éloigne beaucoup dans son résultat. Il a l'art de tous ceux qui veulent embrouiller les choses claires . . . Cet art consiste . . . à présenter le sujet dans toute sa complication, ou par quelque fait qui n'est qu'une exception, ou par quelque circonstance isolée, étrangère, accessoire, qui ne tient pas à la question et ne doit entrer pour rien dans la solution. L'abbé Galiani . . . ressemble . . . à un géomètre qui, traitant les propriétés des triangles, commencerait par les triangles blancs, comme les plus simples, pour traiter ensuite des triangles bleus, puis des triangles rouges. Je dirai encore généralement que, quiconque n'oublie pas qu'il y a des États politiques, séparés les uns des autres et constitués diversement, ne traitera jamais bien aucune question d'économie politique. Je n'aime pas non plus à le voir toujours si ennemi de l'enthousiasme, si fort d'accord avec tous les „ne quid nimis.“

Wie in den „Réflexions sur la Formation et la Distribution des Richesses“, nimmt er sich auch in den im Jahre 1770 sofort nach Aufhebung der Ausfuhrfreiheit veröffentlichten „Lettres, sur la Liberté des Grains“ Quesnay zum Vorbilde. Es geht hier die Aehnlichkeit sogar so weit, dass er selbst in Aeusserlichkeiten Quesnay nachahmt. Ein Eingehen auf ihren Inhalt erscheint deshalb, so weit es sich um die Frage der Ausfuhrfreiheit handelt, auch völlig unnöthig. — Der von Araskhaniantz erwähnte Gegensatz zu Quesnay, dass dieser einseitig nur vom Standpunkt der Landwirthe die Frage behandelt hätte, während Turgot die Frage auch vom Standpunkt des Manufakturarbeiters aus beleuchte, ist ganz abgesehen von der oben erwähnten 19. Maxime, wo Quesnay jenen sonderbaren Nachweis zu führen sucht, dass der Arbeiter an hohen Getreidepreisen interessirt sei, auch sonst nicht stichhaltig, weil auch Quesnay die von Turgot in dieser Beziehung besonders hervorgehobenen Punkte angeführt hatte, nämlich: 1. die Interessenharmonie aller Stände, derart, dass die Industrie früher oder später die Leiden der Landwirthschaft mit empfinden würde, 2. dass zu tiefe Preise fast regelmässig Theuerungen zur

Folge hätten, so dass der Arbeiter in diesen Jahren das reichlich mehr zahlen müsse, was er in jenen gespart habe, dass es also auch in dieser Beziehung in seinem Interesse liege, dass die Landwirthschaft nicht zu billige, sondern Preise erziele, die mit ihren Produktionskosten im richtigen Verhältnisse ständen, was allein durch die freie Getreideausfuhr bewirkt werden sollte. Der einzige Unterschied zu Quesnay könnte nur darin gefunden werden, dass Turgot in diesen Briefen, welche an einen Gegner des Freihandels gerichtet waren, um ihn umzustimmen, diesen Punkt selbstverständlich mehr hervorhob, als Quesnay es gethan hatte.

Nur einen Punkt berührt er eingehender als Quesnay. Dieser hatte bekanntlich die Theuerungen, die „circonstances extraordinaires“, nur vorübergehend einmal erwähnt, ohne seinen Standpunkt über das zweckmässigste Verhalten der Regierung in diesen Zeiten erkennen zu lassen. Hier setzt Turgot ein. Auch hier soll die Regierung nicht selbst eingreifen; vor allen Dingen wendet er sich gegen die bei solchen Anlässen stets üblichen Getreideaufstöberungen und gegen die gewaltsamen Magazinausräumungen. Nach ihm haben sie den entgegengesetzten Erfolg, den sie haben sollen, nämlich gerade den, die Theuerungszeiten vorbereiten zu helfen; die Landwirthe würden selbst bei dem Schluss der Grenzen noch eine grössere Schaffensfreudigkeit in der Bearbeitung des Feldes gezeigt haben, wenn die Kaufleute in Jahren reichlicher Ernten eine grössere Geneigtheit zeigen würden, Aufkäufe für Nothjahre zu machen, um dann mit grösserem Vortheil zu verkaufen. Aber auch diesen Absatz habe man ihnen genommen, indem man bei den Getreidehändlern die Bereitwilligkeit zu solchen Rücklagen für die Zukunft gründlich zerstört habe durch die Getreideaufstöberungen, welche ihnen nicht gestatteten, de vendre les grains aux prix augmentés.¹⁾ Turgot scheint nichts zu wissen von den Missbräuchen, welche die Kaufleute in der

¹⁾ Bd. I, S. 169.

That mit der Zurückhaltung ihrer Vorräthe getrieben haben müssen, was ihnen durch die Mangelhaftigkeit des Verkehrs- und Nachrichtenwesens so sehr erleichtert wurde.

Auch in anderer Weise beschäftigt ihn grade das Magazinwesen, indem er sich gegen einen damals aufgetauchten, von uns schon mehrfach erwähnten Plan wandte, den Getreidehandel zu monopolisiren. „Les frères Pâris avaient proposé, sous le ministère de M. le Duc, de former une compagnie qui, au moyen du privilège exclusif d'acheter et de vendre, serait chargée, d'acheter toujours le grain au même prix et de donner toujours au peuple au même prix. On sent bien que ce prix eût été bas à l'achat et haut à la vente . . . c'était bien là le monopole le plus terrible, monopole d'achat contre le laboureur, monopole de vente contre le consommateur.¹⁾ Für einen solchen Preis wollte Turgot die Gleichmässigkeit der Preise nicht erkaufte sehen.

Kapitel V.

Die Getreidehandelspolitik seit 1764 bis zum Zusammenbruch des ancien régime.

Im Jahre 1770 war es durch das Zusammenwirken der mehrere Jahre hintereinander erfolgenden sehr mittelmässigen, wenn auch nicht direkt schlechten Ernten und der Ausfuhrerlaubniss soweit gekommen, dass in den Provinzen, welche ihrer geringen Fruchtbarkeit oder ihrer sehr dichten Bevölkerung wegen stets auf die Zufuhr aus den anderen Provinzen angewiesen waren,

¹⁾ Bd. I, S. 224.

eine Hungersnoth ausbrach und die Parlamente, den kgl. Verordnungen entgegen, die alten Polizeiordnungen auch gesetzlich wieder einzuführen trachteten. Von zwei Versuchen, die zunächst misslangen, wird uns in der Ueberlieferung berichtet. Wenn wir von anderen nichts wissen, so möchte der Grund vielleicht darin zu suchen sein, dass man einerseits eine Erneuerung nicht für nöthig hielt, da man so wie so die Befolgung der alten Verordnungen stets gefordert hatte, andrentheils aber die Wiedereinführung auf keinen Widerstand stiess und folglich dem Staatsrathe nicht bekannt wurde. Der erste Versuch ging aus von dem Parlament von Bordeaux, welches am 12. Januar 1770 alle durch die kgl. Verordnung vom Jahre 1763 aufgehobenen Beschränkungen wieder einführte. Hier aber bewirkte Turgot, der, wie schon erwähnt, Intendant von Limousin war, durch eine Verordnung des kgl. Staatsraths vom 19. Februar die Kassation des Parlamentsbeschlusses. Der zweite Versuch, von dem wir wissen, wurde unter den Augen des kgl. Staatsraths selbst gemacht. Ein Beschluss des Pariser Parlaments vom 20. Januar ordnete für den Bezirk dieses Parlaments die alten vor der kgl. Verordnung vom Jahre 1763 für den inneren Verkehr geltenden Verordnungen wieder an. Der Versuch wurde zwar unmittelbar darauf vereitelt, indem schon am 22. Januar dieser Parlamentsbeschluss vom kgl. Staatsrathe kassirt wurde¹⁾; es waren dies aber doch die letzten Triumphe, welche das Freihandelsprinzip der Physiokraten erfocht.

Am Weihnachtsabend des Jahres 1770 ward das Ministerium Choiseuls gestürzt, eines Mannes, ebenso reich an staatsmännischer Gewandtheit, wie arm an sittlichem Halte. Der Abbé Terray hatte schon im Beginn des Jahres, während dessen die Intriguen der kirchlichen Partei unter Anführung der Dubarry und Terrays fortwährend andauerten, den bis dahin von Choiseul mit bekleideten Posten eines Generalprokurators der Finanzen übernommen, womit damals, wie schon vor 100 Jahren, noch die Ge-

¹⁾ Vergl. Isambart u. a. D.

schäfte eines Polizei- und Handelsministers verbunden waren. Mit ihm beginnt der Umschwung in der Haltung der Regierung in der Frage der Kornpolizei. Zwar musste er im Beginn seiner Thätigkeit noch Turgot zu Willen sein und den Beschluss des Parlaments von Bordeaux kassiren, einige Monate später jedoch, am 14. Juli, untersagte ein von ihm herbeigeführter Staatsrathsbeschluss die Getreideausfuhr gänzlich, angeblich weil der im Edikt von 1764 vorgesehene Preis jetzt auf allen Märkten gleichmässig überschritten sei. Dieses Ausfuhrverbot hat die Regierung Ludwigs XV. und das Gouvernement Terrays noch überdauert. Der innere Handel bleibt jedoch noch frei, weil der König nur in der völligen Freiheit des inneren Handels ein Mittel zu erblicken glaubte, dass die besser gestellten Provinzen die Mangel leidenden unterstützen; ebenso bleibt selbstverständlich die Einfuhr frei. Inzwischen wird auch das Pariser Parlament beim König vorstellig, dass die Freiheit des inneren Handels nicht das richtige Mittel sein könne, der ausgebrochenen Hungersnoth zu begegnen, und der König ertheilt ihm am 31. Juli die Antwort, er wolle eine Neuordnung der Kornpolizei in seinem Staate in Berathung ziehen. Da diese Neuordnung jedoch auf sich warten lässt und trotz der günstigen im Jahre 1770 gemachten Ernte die Theuerung doch anhält, beschliesst das Parlament wiederum, die alte Polizeiordnung für seinen Bezirk einzuführen. Man findet diesmal nicht, dass diese eigenmächtige Anordnung des Pariser Parlaments kassirt worden sei, im Gegentheil findet dieser Beschluss des Pariser Parlaments seine Bestätigung in einem Staatsrathsbeschluss vom 13. Dezember, qui astreind ceux qui voudront faire le commerce des grains, à donner leurs noms, prénoms, demeure et ceux de leurs associés et le lieu de leurs magasins, à peine de confiscation. Der Beschluss erneuerte auch als dauerndes das Verbot, Getreide anders als auf offenem Markte zu handeln. Thatsächlich war man damit wieder vollständig auf den alten Zustand zurückgekommen und von einem Extrem ins andere verfallen, sodass dieser Zustand ebenso wenig Dauer versprechen konnte. Hatte man vordem Maassregeln getroffen, für welche die Zeit noch nicht reif war,

so kehrte man jetzt zu einer Ordnung zurück, welche für die Zeit vollständig veraltet war und mindestens ebenso viele Missstände zeitigen musste, als die vorher gesetzlich anerkannte Anarchie

Das Ausfuhrverbot wurde jedoch in der Weise umgangen, dass die Kaufleute angaben, das Getreide auf dem Seewege von einer Provinz in die andre versenden zu wollen, und es dann ins Ausland ausführten. Ein Staatsrathsbeschluss vom 17. Februar 1773 erlaubt deshalb la sortie des grains par les ports de son royaume, pour rentrer dans un autre, nur en vertu de permissions particulières, pour les parties de grains dont la destination n'étoit point suspecte et pourroit être facilement suivie, bis eine endgültige (niemals eingetretene) Regelung erfolge.

Damit schliesst die Regierung Ludwigs XV. ab. Sie war mehr als diejenige aller seiner Vorgänger reich an Abwechselungen in der Handhabung der Kornpolizei. Zum grössten Theil ist das wohl dem Umstande zuzurechnen, dass für seine Zeit die alten, früher bewährten Kornpolizeigesetze in ihrer Fassung völlig veraltet waren, während andererseits die Zeit, vollständig von denselben abzusehen, noch nicht gekommen war, ohne dass es gelungen wäre, zwischen diesen beiden Extremen den richtigen Mittelweg einzuschlagen.

Aber auch ein anderer Umstand, auf den schon Araskhiantz hingewiesen hat, macht diesen steten Wechsel erklärlich, dass nämlich Ludwig XV. selbst als einer der ärgsten Kornwucherer zur Bereicherung des mit seiner Privatkasse eng verbundenen Staatsschatzes thätig war. Schon Araskhiantz hat hierfür viele Belege beigebracht, von denen ich jedoch gestehen muss, dass sie für mich nicht genügend überzeugend waren, um an eine so ungeheuerliche Beschuldigung zu glauben, bis ich auf zwei weitere von Araskhiantz nicht angezogene Zeugnisse stiess. Es ist dies erstens der dritte Artikel des Staatsrathsbeschlusses vom 13. September 1774, auf den wir weiter unten noch zurückkommen werden, in welchem der König verspricht, sich nie mehr mit dem Kornhandel abgeben zu wollen, und Strafen gegen diejenigen

Personen androht, die vorgeben würden, in seinem Namen und auf seine Rechnung Korn anzukaufen. Sofern der König in Zeiten der Missernte Getreide aufkaufen lassen werde, werde es in aller Oeffentlichkeit geschehen, und werde dem Staatsschatz daraus keinerlei Nutzen mehr erwachsen dürfen. Man wird darin eine stillschweigende Anerkennung der in den letzten Regierungsjahren Ludwigs XV. gegen jenen immer schärfer und bestimmter hervor getretenen Gerüchte sehen dürfen.

Dazu kommt nun noch, dass dieses Gerücht durch einen sehr angesehenen französischen Historiker, der während der französischen Revolution treu zu den Bourbonen hielt und enge Beziehungen zu dem Hofe Ludwigs XVI. selbst hatte, ohne sich darum die Besonnenheit und Ruhe des eigenen freien Urtheils nehmen zu lassen, nämlich durch Lavretelle in seiner „Histoire de France pendant le XVIII^{ième} siècle“ in dem folgenden Passus bestätigt wird: „Une avarice inepte avoit porté Louis XV à s'occuper de spéculation. Sans y mettre ni scrupule ni mystère, et dans la seule intention de grossir son trésor privé, il s'amusoit à faire élever ou baisser les prix des grains, et c'était presque toujours en sens inverse de ce qu'eût dû désirer ou opérer le maître du royaume. Des courtisans ¹⁾, façonnés à tout approuver, baissoient les yeux avec quelque embarras, lorsque le roi leur montrait une carte sur laquelle il notoit les variations des marchés et faisoit parade de son instruction dans un commerce décrié.“

Mit dem Tode Ludwigs XV. am 10. Mai 1774 hatte die bigotte Partei des Freudenmädchens Du Barry ausgespielt. Ludwig XVI. griff sofort beim Antritt seiner Regierung zum entgegengesetzten Extrem und ernannte am 24. August den zwar persönlich durchaus ehrenwerthen und sehr thätigen, aber wegen seiner extremen Hinneigung zum rein theoretischen Liberalismus den schwierigen Verhältnissen in keiner Weise gewachsenen Turgot zum Generalprokurator Frankreichs.

¹⁾ In erster Linie hat er wohl Choiseul im Auge, der in seinen Mitteln niemals wählerisch war.

Trotz der Rückkehr zum alten strengen Polizeisystem, mochte dieses selbst unter den damaligen Verhältnissen das zweckmässigste sein, hatte doch die Noth des Volkes nicht nachgelassen, weil einerseits unter den vier Jahren von 1771—1775 zwei eine sehr schlechte Ernte brachten, während auch in den beiden mittleren Jahren der Ertrag nur ein sehr mässiger war, andererseits aber bei den völlig zerrütteten finanziellen und sozialen Verhältnissen die der Regierung zur Linderung der Noth zur Verfügung stehenden Mittel äusserst gering waren, weil endlich aber auch der Adel und die wohlhabende Bürgerschaft ihren sozialen Pflichten in keiner Weise gerecht werden wollten. Alle diese wahren Ursachen des längeren Andauerns der Noth wollte man jedoch in den Kreisen der Physiokraten nicht einsehen und beschuldigte allein das System der Merkantilisten, diesen Nothstand in die Länge zu ziehen. Als jene daher mit Turgot zum Regiment gelangten, schlug man wiederum den von den zuletzt befolgten Prinzipien direkt entgegengesetzten Weg ein und hoffte die Getreidepreise durch die freie Konkurrenz des Binnenhandels zu einem Sinken zu veranlassen.

Als erste hierher gehörige Verordnung ist ein Staatsrathsbeschluss vom 13. September 1774 ¹⁾ zu nennen, par lequel Sa Majesté établit la liberté du commerce des grains et des farines dans l'intérieur du royaume et se réserve à statuer sur la liberté de la vente à l'étranger, lorsque les circonstances seront devenues plus favorables. Einige Theile des Préambule verdienen hier hervorgehoben zu werden: „Sa Majesté a connu que ces mesures n'ont point eu le succès qu'on s'en était promis . . . Elle a vu avec la plus grande satisfaction que les plans, les plus propres à rendre la subsistance de ses peuples moins dépendante des vicissitudes des saisons se réduisent à observer l'exacte justice, à maintenir les droits de la propriété et la liberté légitime de ses sujets . . . Elle veut développer ses motifs . . . pour prévenir ou

¹⁾ Für diese und die folgenden Verordnungen vergl. Oeuvres complètes de Turgot. Éd. Daire, Bd. II, S. 169 ff.

calmer les inquiétudes . . . que l'instruction seule peut dissiper¹⁾ . . . pour assurer davantage la subsistance des peuples, en augmentant la confiance des négocians.“²⁾ Dann verspricht der König künftighin von allen Getreideaufstöberungen Abstand nehmen zu wollen, indem er dabei nicht nur die aus Turgot bekannten Gesichtspunkte, sondern auch die von Herbert entwickelten anführt, nämlich dass der kgl. Commissär dieser Aufgabe niemals genügend gewachsen sein werde, und dass man alles zu Gebote stehende Getreide viel schneller und besser auf den Markt bekommen werde, wenn man diese Aufgabe dem freien Getreidehandel überlasse . . . „Plus le commerce est libre . . . plus les prix sont uniformes et s'éloignent d'autant moins du prix moyen et habituel, sur lequel les salaires se reglent nécessairement.“³⁾ Der Beschluss hebt dann den Beschluss vom 23. Dezember 1770 wieder auf, der nach Ansicht des Königs die Freiheit des Handels von Provinz zu Provinz zu einer illusorischen gemacht hatte. Zugleich giebt der Beschluss die Einfuhr vollkommen frei und gestattet bei Nachweis der Identität, eingeführtes Getreide zollfrei wieder auszuführen.

Es folgt dann ein Staatsrathsbeschluss vom 14. Januar 1775, qui permet l'introduction des grains nationaux dans la Provence par le Port de Marseille. . . . Marseille war nämlich, wie sich aus dem Beschluss ergiebt, ein Freihafen und wurde deshalb handelspolitisch als Ausland betrachtet, insbesondere auch bei den Ausfuhrverboten für Getreide, weil die Weiterausfuhr aus Marseille sich nicht kontrolliren liess. Nun war aber Marseille der bequemste Zufuhrhafen für die Provence. Da aber beim Verkehr von einem Hafen des Königsreichs zum andern die Kaufleute in diesem Hafen nicht ausladen durften, weil er ja als ausserfranzösisch galt, so konnte einheimisches französisches Ge-

¹⁾ Wir erinnern uns, welche Bedeutung Turgot der Verbreitung der sog. aufgeklärten Ideen unter dem Volke beimass.

²⁾ bezieht sich wohl hauptsächlich auf die Getreideaufstöberungen.

³⁾ Selbst in den königl. Verordnungen begegnen wir also schon dem ehernen Lohngesetz.

treide in die Stadt Marseille überhaupt nicht gelangen, in die Provence aber eigentlich nur auf dem Landwege; denn die andren Häfen, sämtlich nur unbedeutend, konnten dem verstärkten Verkehr dann nicht genügen. Die Zufuhr nach der Provence auf dem Seewege zu erleichtern, während die Stadt auf ausländisches Getreide angewiesen blieb, errichtete Ludwig XVI. ausserhalb des Weichbills von Marseille, oberhalb der Stadt, nach dem Innern des Landes zu eine Kontrollstation, wie sie sonst nur in den Hafenstädten vorhanden waren, wo dann die Kaufleute die Certifikate über die erfolgte Wiedereinfuhr erhalten konnten.

Turgot hielt streng darauf, dass die Verordnungen über die Freiheit des Binnenhandels auch eingehalten wurden; ein Staatsrathsbeschluss vom 7. April 1775 casse deux ordonnances des officiers de la sénéchaussée et des lieutenants généraux de la police de la Rochelle, welche diese Freiheit, besonders die für eingeführtes Getreide gewährte Freiheit ungehinderter Wiederausfuhr bedrohten. Mehrere andere Staatsrathsbeschlüsse der Art folgten.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 25. April accorde des gratifications à ceux qui font venir des grains de l'étranger, da die Regierung, den jetzt herrschenden Prinzipien der Nichteinmischung gemäss, von eigener Einfuhr absehen wollte. Besondere Vergünstigungen wurden noch durch einen Staatsrathsbeschluss vom 8. Mai 1775 für die Provinzen Elsass-Lothringen und die Bisthümer Metz, Toul und Verdun gewährt, weil hier, was stets schwieriger zu erreichen war, die Zufuhr auf den Landwegen geschehen musste. Durch Staatsrathsbeschluss vom 3. Juni 1775 wurden für die Dauer der Theuerung die an den Thoren der grösseren Städte an Stelle der taille personnelle erhobenen Abgaben auf Getreide suspendirt, nachdem diese Massregel zunächst nur für einige Städte ergriffen worden war; die den Seigneurs als Stadtherren zustehenden Abgaben sollen geprüft werden. Der privilegierte Kaufmannsstand Rouens, der in dieser Stadt, wie in anderen Städten der Normandie, durch Edikte vom Dezember 1692 und vom Juli 1693 das Privileg des ausschliesslichen Getreidehandels

erhalten hatte, wurde durch ein Edikt vom Juni 1775 dieses Vorrechtes wieder beraubt.

Trotz dieser oder besser wohl in Folge der nicht ausreichenden Massregeln der Regierung, da die Händler mit dem Getreide jetzt noch mehr zurückhielten als früher, weil sie fest auf das Versprechen der Regierung bauten, sie werde keine Getreideaufstöße eintreten lassen, brachen Ende April des Jahres 1775 an verschiedenen Punkten des Landes Unruhen aus, bei denen es sich erwies, dass die aufrührerischen Banden in den verschiedenen Städten Fühlung unter einander unterhielten. In Dijon nahmen die Unruhen ihren Anfang, wo die Landleute die Mühlen eines *propriétaire* plünderten und das Haus eines als Wucherer verschrieenen Getreidehändlers ausräumten. Das war aber nur ein Vorspiel zu den Unruhen in und um Paris. Im Beginn des Mai sammelten sich die Schaaren zu Pontoît, von dort zogen sie, fortwährend raubend und stehlend, sengend und brennend, vernichtend und verderbend nach Versailles, wo der König, anstatt energisch einzugreifen, sie damit beschwichtigt, dass er ihnen billig Brot verkaufen lässt. Am nächsten Morgen langte der Zug vor Paris an und zog in die Stadt ein. Sie plünderten und verwüsteten so lange, bis sie nichts mehr vorfanden, und ihnen die Sache selbst anfang, langweilig zu werden. Niemand hinderte sie; der König hatte in seiner Schwachheit ebenso wie in Versailles verboten, auf den Pöbel zu schiessen. Man hegte schon damals und vielleicht nicht ohne Grund den Verdacht, dass gewisse Händler hinter diesen Unruhen steckten; denn die Menge hatte es mehr auf den Verderb als auf den Raub von Getreide abgesehen. Nicht nur die Magazine sondern auch die Schiffe, welche Getreide nach Paris brachten, wurden geplündert, das geraubte Getreide verdorben. Damit noch nicht genug, versenkte man ganze Getreideschiffe und steckte angefüllte Speicher in Brand. Nachdem die Unruhe ohne sein Zuthun aufgehört hatte, erlässt der König eine Proklamation, welche eine Bestrafung der Unruhisten anordnete. Ziemlich zu gleicher Zeit macht ein Brief des Königs an die Erzbischöfe und Bischöfe von Paris vom

10. Mai 1775 alle Geistlichen im Lande zu Hütern der Ruhe, indem er sie auffordert, ihre geistliche Macht über die Angehörigen ihrer Parochien zu benutzen, ihnen das Gottlose solcher Unruhen vorzuhalten. Eine Ordnung vom 11. Mai 1775 verspricht gar allen, die sich an den Unruhen betheiligt haben, Straflosigkeit, *pourvu qu'ils rentrent sur le champ dans leurs paroisses, qu'ils restituent en nature ou en argent, suivant la véritable valeur, des grains, farines ou pain, qu'ils ont pillés. . . .* Les seuls chefs et instigateurs de la sédition sont exceptés de la grâce portée dans la présente ordonnance. — Ceux qui, après la publication du présent ban et ordonnance de Sa Majesté, continueront de s'attrouper, encourront la peine de mort et seront les contrevenants arrêtés et jugés prévôtalement sur le champ. Die Untersuchung wurde ebenso lässig geführt, wie man den Unruhen begegnet war, und schliesslich ganz niedergeschlagen. Die kleine Revolte zeigte den König dem Volke schon in seiner ganzen Hülfslosigkeit und Schwäche. Zur Ehre von Turgot muss man es sagen, dass er ein energischeres Einschreiten gewünscht hatte.¹⁾

Im Beginn des Jahres 1776 wurde der erste Schritt gethan, auch den Aussenhandel wieder frei zu geben, und zwar zunächst für die Provinz Languedoc, für welche das Edikt vom Jahre 1764 wieder hergestellt wurde.²⁾

Turgot hatte dann noch den Erfolg, das Edikt vom Juli 1764 wieder hergestellt zu sehen; bevor er aber auf dieser Bahn weitere Schritte thun konnte, fiel er über den Plan, ein allgemeines Parlament zu berufen, durch welches in Zukunft die Steuern zu bewilligen wären.

Die fernere Geschichte des Aussenhandels mit Getreide erzählt das préambule zu der Déclaration pour la liberté du com-

¹⁾ Vergl. a. a. O. Bd. I, pag. XCV. Bd. II, S. 189 ff.

²⁾ Vergl. Isambert Bd XXIII, N. 377 pag. 354 und Necker, Législation des Grains, partie première, Chap. I, not. 1.

merce des grains vom 17. Juni 1787.¹⁾ Dort heisst es: „Des l'année suivante (1776), la récolte ayant été généralement abondante dans nos états, la permission d'exporter des grains à l'étranger nous fut demandée de toutes parts. Nous l'accordâmes par notre déclaration du 10. février 1776, sous les mêmes règles qui avoient été adoptées . . . dans l'édit du moi de Jeuillet 1764, et y ajoutant même encore plus de facilité; nous ordonnâmes par nos lettres patentes du 25. mai et par notre déclaration du moi de septembre que la sortie des grains à l'étranger auroit lieu ou seroit suspendue d'elle même, suivant que le prix des blés seroit au dessus ou au dessous de 12 livres 10 s. le quintal. — Quelques inquiétudes s'étant élevées sur la rareté de la récolte de 1777, l'exportation des grains à été différentes fois permise ou deffendue par voie d'administration. — Nous avons consacré ce tems à l'expérience et a des mûres considérations sur le passé . . . Il est maintenant reconnu, comme nous nous en sommes convaincu, que les mêmes principes qui réclament la liberté de la circulation des grains dans l'intérieur de notre royaume sollicitent aussi celle de leur commerce avec l'étranger, que le deffense de les exporter, quand leur prix s'élève au - dessus d'un certain terme, est inutile, puisqu'ils restent d'eux mêmes partout où ils deviennent trop chers, qu'elle est même nuisible, puisqu'elle effraie les esprits, qu'elle presse les achats dans l'intérieur . . . enfin que toute hausse de prix, déterminée par la loi, pouvant être provoquée peu dans plusieurs marchés consécutifs par des manoeuvres, elle ne sauroit indiquer ni le moment où l'exportation pourroit

¹⁾ Generalprokuratoren waren:

1. Turgot — Mai 1776.
2. Clugny — Juni 1777. (ohne Parteistandpunkt und Interesse in dieser Frage (Jahr freier Ausfuhr).
3. Necker — 19. Mai 1781. (behält sich freie Hand).
4. M. Joly de Fleury — Oktober 1783. (wie Necker).
5. Colonne — 1. Mai 1787. (wie Necker).
6. Erzbischof Loménie de Brienne — 28. August 1788. (Freihändler.)
7. Necker — 11. Juli 1789.

sembler dangereuse, ni celui où elle est encore nécessaire. Nous avons en conséquence jugé que le temps étoit venu de fixer les principes sur cette matière et de déclarer que la liberté du commerce des grains doit être regardée comme l'état habituel et ordinaire dans notre royaume, sans néanmoins que nous cessions jamais de veiller à la subsistance de nos peuples, avec tous les soins qu'exige cet objet essentiel de notre sollicitude paternelle.“

Darauf versichert der König, er hätte Maassregeln getroffen, um über den Stand des Getreidevorrathes in jeder Provinz sich stets auf dem Laufenden zu erhalten, und fährt dann fort. „Si nous nous sommes réservé, de suspendre l'exportation par des deffenses locales, ce ne sera que, quand elles auront été reconnues nécessaires, et qu'elles nous auront été demandées, soit par quelques-uns de nos états, soit par quelques-uns de nos assemblées provinciales, que nous venons d'établir, où par leur commission intermédiaire, et ces deffenses, qui seront des exceptions momentanées à la règle générale, ne pourront jamais nuire aux provinces qui ne les auront pas demandées et ne pourront jamais être portées pour plus d'un an, sauf à les renouveler, si la continuation des besoins l'exigeoit et nous en faisoit solliciter par les mêmes provinces qui les auroient obtenus.“¹⁾

Demnach waren also künftighin in Nothjahren die getreidereichen Provinzen nicht verpflichtet, ihren Getreideüberfluss in erster Linie an die ärmeren abzugeben; dagegen wurde der ganz veraltete, nur unter Ludwig XV. in der schlimmsten Zeit der Reaktion thatsächlich, wenn auch nicht gesetzlich wieder belebte Zustand von Neuem sanktionirt, dass jede Provinz, freilich mit Zustimmung des Staathsrats, sich gegen die anderen abschliessen durfte. Diese Verordnung war unhaltbar, sobald nur eine kleine Schwierigkeit sich einstellte. Nun kam aber 1788 eine Theuerung, und der König sah sich trotz der Versicherungen, die er erst im Jahre vorher gegeben hatte, gezwungen, durch Beschluss vom 23. November 1788²⁾ die Ausfuhr zu verbieten, während er die

¹⁾ Vergl. Isambert. XXVIII, 361.

²⁾ Isambert XXVIII, 629.

Cirkulation im Innern vollständig freigab, d. h. also gerade das Gegenteil von dem that, was er noch kaum ein Jahr vorher „nach reiflicher Ueberlegung“ als das allein Richtige bezeichnet hatte. Ein Beschluss vom 11. Januar 1789 ¹⁾ schreibt Prämien auf die Einfuhr aus. Der König selbst lässt Aufkäufe im Auslande vornehmen. Dann folgen endlich die bekannten Verbote contre les achats de blé hors des marchés. „Sa Majesté a résolu, d'autoriser ses commissaires, départis dans les provinces, et les magistrats de police, à user du pouvoir qui leur est confié, pour faire approvisionner les marchés par ceux qui auroient des blés en grenier et pour acquérir mêmes des informations sur les approvisionnementens ausquels on pourroit avoir recours dans les moments où la liberté du commerce ne suffiroit pas pour assurer dans chaque lieu la substance du peuple.“ ²⁾

Mit dem vollen Eingeständniss, dass es ihr nicht gelungen sei, die zeitgemässen Reformen durchzuführen, mit einer Hungersnoth endet die Getreidehandelspolitik des ancien régime, weil sie, zuletzt ein Spielball in den Händen der Doktrinäre und Prinzipienreiter, von einem Extrem zum anderen schwankte.

Am 17. Juni 1789 konstituirte sich die Nationalversammlung und damit war das ancien régime beendet.

Zu dem Zugeständniss der Unfähigkeit, die schwer verwickelte wirthschaftspolitische Frage zu lösen, kam das fernere Zugeständniss, dass die Regierung auch materiell und finanziell den verrotteten Verhältnissen machtlos gegenüberstände.

Ein Staatsrathsbeschluss vom 15. August 1779, concernant les péages, établis sur les grandes routes et sur les rivières navigables, greift von Neuem die Frage ihrer Ablösung auf. Nach einer Schilderung der Missstände, welche diese Abgaben auf den Landstrassen hervorgerufen haben, heisst es weiter in dem préambule: „Sa Majesté surtout a été frappée de la partie considérable de ces droits, dont la navigation des rivières est surchargée, et qui souvent ont contraint le commerce à préférer

¹⁾ ebenda 634.

²⁾ ebenda 663.

les routes de terre.“ Es soll die Ablösung aller Verkehrsabgaben vorbereitet werden, exceptés ceux, établis sur les canaux ou sur les parties des rivières qui ne sont navigables que par des écluses ou d'autres ouvrages d'art. Zu dem Zwecke sollen 1) die Rechte an die Wegeabgaben geprüft werden. 2) Die Pflichten, welche diesen Rechten gegenüber stehen, wobei sera joint un certificat du sieur l'intendant de la généralité qui constate qu'ils ont exactement satisfait à la loi qui leur étoit prescrite à cet égard. 3) Il sera procédé à la fixation de ladite indemnité par le roi en son conseil.¹⁾

Auf diesen Beschluss kommt ein Staatsrathsbeschluss vom 11. September 1779²⁾ zurück, welcher besagt, zugleich mit dem Beschluss über die Ablösung würde den Berechtigten auch die Feststellung der Ablösungssumme zugehen. Ein Beschluss vom 17. Oktober 1779³⁾ verbietet den Pächtern der Verkehrsabgaben, sich mit Gewalt in den Besitz des Geldes zu setzen wenn die Wagenführer die Abgabe verweigern, sans avoir fait constater, par des procès verbaux, le refus desdits voituriers de payer les droits dus. Es erfolgt endlich noch in derselben Angelegenheit ein Staatsrathsbeschluss vom 5. Mai 1783, qui enjoint aux propriétaires des droits de pêche et d'autres droits sur les rivières navigables, de représenter leurs titres à la commission de péages.

Zu einer wirklichen Ablösung kommt es nicht, da es an Mitteln hierzu fehlt. Immerhin darf nicht verschwiegen werden, dass auch diese neue, jetzt systematisch durchgeführte Prüfung, wiederum, wie schon die erste, noch unter Ludwig XV. vorgenommene, zur Beseitigung einer grossen Zahl von solchen den Verkehr hemmenden Abgaben und Rechten führte, soweit nämlich für sie der Nachweis ihrer Berechtigung nicht mehr erbracht werden konnte, worin unzweifelhaft eine grosse Erleichterung des Handels lag. Erwägt man jedoch, was noch zu thun blieb,

¹⁾ Vergl. Isambert XXVI S. 14 f. N. 1166.

²⁾ Isambert XXVI, S. 172 N. 1187.

³⁾ Isambert u. a. D.

so war auch diese Reform nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Auch die Frage der Beseitigung der Verkehrsabgaben hatte die Regierung nicht zu lösen vermocht, weil die zerrütteten Finanzen des Staats dies nicht gestatteten.

Das ancien régime hatte also noch kurz vor seinem Zusammenbruch Gelegenheit, selbst seinen intellektuellen, moralischen und finanziellen Bankerott in dieser Lebensfrage des französischen Volkes zu bekennen.

Anhang.

I. Durchschnittspreise für das septier besten Weizens in den Jahren 1561—1789 ¹⁾.

Jahr	Preis		Jahr	Preis	
	Fres.	Cents		Fres.	Cents
1561	15	56	1588	—	—
1562	20	89	1589	16	46
1563	27	89	1590	31	44
1564	12	33	1591	79	89
1565	20	5	1592	47	41
1566	27	65	1593	—	—
1567	19	42	1594	—	—
1568	—	—	1595	63	21
1569	17	7	1596	46	41
1570	14	38	1597	42	3
1571	21	41	1598	36	50
1572	24	52	1599	19	44
1573	46	62	1600	18	80
1574	44	25	1601	18	19
1575	16	36	1602	14	26
1576	20	21	1603	19	86
1577	13	37	1604	19	93
1578	14	40	1605	14	54
1579	15	38	1606	16	41
1580	15	4	1607	16	53
1581	14	70	1608	25	60
1582	17	92	1609	22	40
1583	19	39	1610	16	78
1584	22	65	1611	16	93
1585	21	43	1612	17	20
1586	—	—	1613	15	44
1587	—	—	1614	17	61

¹⁾ Bis zum Jahre 1760 sind sie nach Garnier „Richesses des Nations“ II. S. 179 gegeben, von 1761 an nach Tooke und Newmarch: „Geschichte und Bestimmung der Preise“ II. für das septier umgerechnet; eine Probe für die Zeit, wo die Listen von Garnier und Tooke und Newmarch neben einander laufen, ergab, dass beide Angaben mit einander dividirt, annähernd immer denselben Quotienten ergaben, dieser wurde dann zur Umrechnung benutzt. Absolut sicher sind also die letzten Zahlen nicht; doch schien ihr angenährter Werth für ihren Zweck ausreichend.

Jahr	Preis		Jahr	Preis	
	Fres.	Cents		Fres.	Cents
1615	15	35	1664	32	09
1616	15	74	1665	25	90
1617	17	33	1666	24	31
1618	32	09	1667	16	89
1619	19	73	1668	14	92
1620	14	67	1669	15	23
1621	19	02	1670	15	82
1622	25	06	1671	17	59
1623	24	11	1672	18	30
1624	18	93	1673	14	76
1625	20	96	1674	17	74
1626	37	33	1675	26	89
1627	29	46	1676	19	13
1628	22	0 (?)	1677	21	81
1629	20	0 (?)	1678	27	16
1630	23	73	1679	30	83
1631	44	05	1680	25	79
1632	34	13	1681	25	33
1633	24	54	1682	24	21
1634	20	56	1683	21	25
1635	22	06	1684	26	86
1636	23	04	1685	30	12
1637	21	93	1686	19	00
1638	20	74	1687	19	19
1639	17	99	1688	13	16
1640	18	61	1689	13	19
1641	22	74	1690	15	51
1642	22	44	1691	16	37
1643	32	57	1692	21	14
1644	32	93	1693	45	33
1645	21	05	1694	60	99
1646	17	56	1695	22	23
1647	23	79	1696	22	88
1648	28	49	1697	26	77
1649	35	47	1698	33	52
1650	49	77	1699	41	87
1651	48	14	1700	38	62
1652	46	73	1701	26	54
1653	25	05	1702	18	52
1654	23	65	1703	17	44
1655	20	55	1704	15	74
1656	19	96	1705	14	81
1657	19	14	1706	12	30
1658	24	35	1707	10	86 (?)
1659	28	57	1708	14	86 (?)
1660	32	65	1709	55	00 (?)
1661	49	82	1710	50	00 (?)
1662	62	78	1711	21	51
1663	38	70	1712	25	74

Jahr	Preis		Jahr	Preis	
	Fres.	Cents		Fres.	Cents
1713	35	27	1752	24	44 (?)
1714	40	62	1753	19	94
1715	24	36	1754	19	01
1716	15	37	1755	14	63
1717	12	33	1756	30	54
1718	8	89	1757	18	58
1719	12	79	1758	17	61
1720	16	25	1759	18	39
1721	11	61	1760	18	39 (?)
1722	12	69	1761	15	60
1723	18	56	1762	15	51
1724	25	58	1763	15	87
1725	36	00	1764	15	65
1726	22	22	1765	17	23
1727	18	82	1766	20	60
1728	12	67	1767	22	28
1729	16	89	1768	23	02
1730	15	48	1769	23	90
1731	18	91	1770	29	22
1732	13	26	1771	28	19
1733	10	22	1772	25	54
1734	10	89	1773	25	91
1735	11	19	1774	22	63
1736	12	89 (?)	1775	24	69
1737	14	52	1776	20	06
1738	18	52 (?)	1777	20	74
1739	22	67	1778	22	89
1740	27	26	1779	20	65
1741	37	63	1780	19	57
1742	20	88	1781	20	88
1743	11	59	1782	23	60
1744	10	93	1783	23	36
1745	11	19	1784	23	79
1746	14	69	1785	23	07
1747	15	33	1786	22	89
1748	19	51	1787	17	87
1749	18	40	1788	17	88
1750	17	78	1789	33	94
1751	19	44			

II. Durchschnittspreise für das septier besten Weizens in den Jahrzehnten 1561—1789.

Jahrzehnte:	Preise:		Jahrzehnte:	Preise:	
	Frcs.	Cents		Frcs.	Cents
1561—1570	19	47	1681—1690	20	86
1571—1580	23	20	1691—1700	32	97
1581—1590	20	80	1701—1710	23	60
1591—1600	44	22	1711—1720	21	31
1601—1610	18	15	1721—1730	19	45
1611—1620	18	20	1731—1740	16	05
1621—1630	24	06	1741—1750	17	78
1631—1640	24	76	1751—1760	20	01
1641—1650	28	71	1761—1770	19	79
1651—1660	28	87	1771—1780	23	09
1661—1670	29	64	1781—1789	22	81
1671—1680	21	80			

III. Mean Prices of Wheat per Quarters for the Year.¹⁾

Jahr:	Preise:		Jahr:	Preise:	
	sh.	d.		sh.	d.
1646	49	2	1657	41	5 ³ / ₄
1647	65	5 ³ / ₄	1658	57	9 ¹ / ₄
1648	75	6 ¹ / ₄	1659	58	8
1649	71	1 ¹ / ₄	1660	51	3
1650	68	1 ³ / ₄	1661	62	2 ¹ / ₂
1651	61	1 ¹ / ₂	1662	65	9 ¹ / ₄
1652	48	10 ¹ / ₄	1663	50	8
1653	31	4 ³ / ₄	1664	48	0
1654	22	1 ¹ / ₄	1665	43	11 ¹ / ₄
1655	29	7 ¹ / ₂	1666	32	0 (?)
1656	38	2 ¹ / ₂	1667	32	0 (?)

¹⁾ Nach Tooke und Newmarch.

Jahr :	Preise :		Jahr :	Preise :	
	sh.	d.		sh.	d.
1668	35	$6\frac{1}{2}$	1717	40	$5\frac{1}{2}$
1669	40	0 (?)	1718	34	8
1670	37	$1\frac{1}{2}$	1719	31	$1\frac{1}{4}$
1671	39	4	1720	32	$10\frac{1}{2} (?)$
1672	37	$1\frac{1}{2}$	1721	33	4
1673	41	$5\frac{3}{4}$	1722	32	0
1674	61	$1\frac{1}{2}$	1723	30	$9\frac{3}{4}$
1675	52	$1\frac{3}{4}$	1724	32	$10\frac{1}{2} (?)$
1676	33	$9\frac{1}{2}$	1725	43	$1\frac{1}{4}$
1677	37	4	1726	40	$10\frac{3}{4}$
1678	52	$5\frac{1}{4}$	1727	37	4
1679	48	0 (?)	1728	48	$3\frac{1}{2}$
1680	40	0 (?)	1729	42	$2\frac{1}{2}$
1681	41	$5\frac{3}{4}$	1730	32	$5\frac{1}{4}$
1682	39	$1\frac{1}{4}$	1731	29	4
1683	35	$6\frac{1}{2}$	1732	23	$8\frac{1}{4}$
1784	39	$1\frac{1}{4}$	1733	25	$2\frac{1}{4}$
1685	41	$5\frac{3}{4}$	1734	33	$5\frac{3}{4}$
1686	34	$2\frac{1}{2}$	1735	38	$2\frac{3}{4}$
1687	31	$8\frac{1}{2}$	1736	35	$10\frac{1}{4}$
1688	23	$1\frac{1}{4}$	1737	33	$6\frac{3}{4}$
1689	26	8	1738	31	$6\frac{3}{4} (?)$
1690	30	$9\frac{3}{4}$	1739	33	$2\frac{1}{2}$
1691	29	11	1740	48	$10\frac{1}{2}$
1692	41	$9\frac{1}{4}$	1741	41	$9\frac{1}{4}$
1693	60	$1\frac{3}{4}$	1742	28	$5\frac{1}{4}$
1694	56	$10\frac{1}{2}$	1743	22	$1\frac{3}{4}$
1695	47	$1\frac{1}{4}$	1744	22	$3\frac{3}{4}$
1696	56	0 (?)	1745	24	$3\frac{1}{2}$
1697	53	4	1746	34	8
1698	60	$8\frac{3}{4}$	1747	30	$11\frac{1}{2}$
1699	56	0 (?)	1748	32	$10\frac{1}{2} (?)$
1700	35	$6\frac{1}{2}$	1749	32	$10\frac{1}{2} (?)$
1701	31	$8\frac{1}{4}$	1750	28	$10\frac{3}{4}$
1702	26	$0\frac{3}{4}$	1751	34	$2\frac{1}{2}$
1703	32	0	1752	40	$8\frac{3}{4}$
1704	41	$2\frac{1}{4}$	1753	39	$8\frac{1}{4}$
1705	26	8	1754	30	$9\frac{3}{4}$
1706	23	$1\frac{1}{4}$	1755	29	11
1707	25	2	1756	40	$2\frac{1}{2}$
1708	36	$8\frac{3}{4}$	1757	53	4
1709	69	$7\frac{1}{2} (?)$	1758	44	$5\frac{1}{4}$
1710	69	$7\frac{1}{2} (?)$	1759	35	3
1711	48	0	1760	32	$5\frac{1}{4}$
1712	41	2	1761	26	$10\frac{1}{2}$
1713	45	4	1762	34	8
1714	44	$8\frac{3}{4}$	1763	36	$1\frac{3}{4}$
1715	38	$2\frac{1}{2}$	1764	41	$6\frac{1}{2}$
1716	42	8	1765	48	0 (?)

Jahr:	Preise:		Jahr:	Preise:	
	hs.	d.		sh.	d.
1766	43	$1\frac{1}{4}$	1778	44	0 (?)
1767	57	4	1779	36	$2\frac{3}{4}$
1768	53	$9\frac{1}{4}$	1780	43	$1\frac{1}{4}$
1769	40	8	1781	52	$5\frac{1}{4}$
1770	43	$6\frac{3}{4}$	1782	53	$9\frac{1}{4}$ (?)
1771	50	8	1783	54	$2\frac{1}{2}$
1772	58	8	1784	53	$9\frac{1}{4}$ (?)
1773	59	$1\frac{1}{4}$	1785	48	0 (?)
1774	55	1	1786	42	$2\frac{1}{2}$
1775	51	4	1787	45	$9\frac{1}{4}$
1776	42	8	1788	49	4
1777	48	$10\frac{1}{4}$	1789	56	$1\frac{3}{4}$

V i t a.

Natus sum Eugenius Fridericifilius pridie Idus Decembres anni h. s. LXIV Berolini patre Julio secretario postali et matre Elisabetha e gente Stabenow, quos adhuc vivere pervalde laetor.

Berolini inter discipulos initio gymnasii, cui nomen est ab imperatore rege Guilelmo Maximo Summo deinde Gymnasii Ascanici receptus studiis Gymnasicis paene perfectis morbo coactus sum, ut in Germaniam meridionalem migrarem, ubi novem semanibus post Mensi Junio anni h. s. LXXXVII Sargeminii maturitatis testimonium recepi. Memoriam autem cum bonorum illorum praeceptorum strenuorumque sociorum Gymnasii Ascanici tum professoris gymnasii spectatissimi Hermani, viri optime de me meriti, qui primus animum adolescentis ad historiam nostram perscrutandam accenderit, colere nunquam desinam.

Deinde semestria septem Berolini initio non minus philosophiae et historiae cum aliarum tum oeconomicarum rerum quam linguae vernaculae operam navavi, deinde studiis oeconomicis et juridicis me dedidi semperque gratiam habebo Rodberto Hoenigero Professore, qui primus adolescentis animum ad res oeconomicas perquirendas verterit.

Gratia deinde Wagneri, Schmolleri Meitzenii professorum per semestria sex munere assessoris bibliothekae seminarii politici statistici oeconomici perfunctus sum. Tum Societatem, quae dicitur

„Bund der Landwirthe“ per semestria duo frequentavi. His autem temporibus privatis studiis occupatas permultas pervariasque cum minores tum maiores disputationes scripsi scriptasque publicavi

Viri doctissimi eruditissimique, quorum et scholis interfui et exercitationibus sunt hi:

Berolini: Aegidi, Boeckh, Breslau, Delbrueck, Dilthey, Ebbinghaus, Goldschmidt, Hoeniger, Jastrow, Koser, Lasson, Loewenfeld, Meitzen, Schmoller, Schroeder, Sering, de Treitschke (pro dolor! iam defunctus), Wagner

Halis: Conrad

Quibus viris illustrissimis in primis Hoenigero, Meitzenio, Schmollero, Seringio, Wagnero, Conrado maximam summamque habeo gratiam. Praesertim ex doctrinis Augusti Meitzenii praeceptoris summe venerendi maximeque benigni optimaque quaeque me hausisse per totam vitam pio gratoque animo profitebor.

Verlag von Emil Felber in Weimar.

Zeitschrift
für
Social- und Wirthschaftsgeschichte.

Unter Mitwirkung der hervorragendsten Fachmänner aller Länder
herausgegeben von

Dr. Stephan Bauer und Dr. Ludo Moritz Hartmann.

Preis des Bandes von 4 Heften 12 M.

Inhalt des III. Bandes (549 Seiten).

Abhandlungen und Miscellen: K. Th. v. Inama-Sternegg, Die Goldwährung im deutschen Reiche während des Mittelalters. — I. Loserth, Der Communismus der Huterischen Brüder in Mähren im 16. und 17. Jahrhundert. — K. v. Rohrscheidt, Die Aufnahme der Gewerbefreiheit in Preussen. — Ad. Schulten, Die römischen Grundherrschaften. — W. Cunningham, Die Einwanderung von Ausländern nach England im 12. Jahrhundert. — M. Kovalevsky, Die wirthschaftlichen Folgen des schwarzen Todes in Italien. — F. Eulenburg, Zur Bevölkerungs- und Vermögensstatistik des 15. Jahrhunderts. — Hartmann, Zur Geschichte der Zünfte im frühen Mittelalter. — J. Redlich, Leibeigenschaft und Bauernbefreiung in Österreich. — G. v. Below, Maassnahmen der Theuerungspolitik im Jahre 1557 am Niederrhein. — J. Hartung, Acten zur deutschen Wirthschaftsgeschichte im 16., 17. und 18. Jahrhundert. — A. Kern, Noch Einiges zur Geschichte der Weber in Schlesien. —

Literatur. —

Bibliographie:

A. Bücherschau: a) Deutsche und holländische Literatur. b) Französische Literatur. c) Italienische und spanische Literatur. —

B. Zeitschriften-Übersicht: a) Deutsche Zeitschriften. b) Französische Zeitschriften. c) Italienische Zeitschriften. d) Ungarische Zeitschriften.

C. Specialbibliographie der englischen und amerikanischen Literatur, verfasst von Miss E. Leonards: a) Bücher. b) Zeitschriften. c) Quellenpublicationen.

Inhalt des IV. Bandes (508 Seiten).

Abhandlungen und Miscellen: A. Sartorius von Waltershausen, Die Entstehung des Tauschhandels in Polynesien. — Achille Loria, Die Sklavenwirtschaft im modernen Amerika und im enropäischen Altertume. — G. v. Below, Die Schädigung der Rheinfischerei durch die Niederländer in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. — Alfred Stern, Denkschrift des Grafen Strassaldo, gerichtet an den Fürsten Metternich, über Zustände und Stimmung in der Lombardei 1820. — Georg Winter, Zur Geschichte des Zinsfusses im Mittelalter. — Conrad Häbler, Die Anfänge der Sklaverei in Amerika. — J. Hartung, Akten zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im 16., 17. und 18. Jahrhundert. — K. Schalk, Bruderschaftsbuch der Wiener Goldschmiedzeche, angelegt im Jahre 1367. — Otto Seeck, Die Schatzungsordnung Diocletians. — Paul Darmstädter, Die Hörigen des französischen Jura und Voltaires Kampf um ihre Freiheit. — J. Lutschizky, Das bäuerliche Eigenthum in Frankreich vor der Revolution und die Nationalgüterveräußerung. — Paul Fabre, Beiträge zur Geschichte des Peterspfenniges v. 11.—13. Jahrhundert.

Literatur.

Bibliographie: Deutsche — französische — italienische und spanische Literatur. Zeitschriften. — Uebersicht.

Verlag von Emil Felber in Weimar.

Zeitschrift für Kulturgeschichte.

Herausgegeben von **Dr. Georg Steinhausen.**

Bibliothekar an der Universitätsbibliothek in Jena.

Jährlich ein Band von 6 Heften zum Preise von 10 Mk.

Diese vorzügliche, überall wärmstens empfohlene Zeitschrift ist für die Kulturgeschichte das bisher so schmerzlich entbehrt Centralorgan. In ausserordentlich geschickter Weise redigiert, erfreut sie sich der Unterstützung aller namhaften Fachmänner des In- und Auslandes und bedeutet daher eine wirkliche Förderung der Kulturgeschichte. Sie sollte bei keinem Geschichtsfreund, in keiner Bibliothek fehlen.

Aus dem reichen Inhalt der ersten drei Bände seien folgende Aufsätze besonders hervorgehoben:

Band I.

G. Steinhausen, Zur Einführung. — K. Lamprecht, Deutsches Geistesleben im spätem Mittelalter. — E. Gothein, Thomas Campanella. — G. Steinhausen, Sechzehn deutsche Frauenbriefe aus dem endenden Mittelalter. — W. Liebenam, Aus dem Vereinswesen im römischen Reiche. — F. v. Bezold, Ueber die Anfänge der Selbstbiographie und ihre Entwicklung im Mittelalter. — P. Bahlmann, Münsterische Fastnachtsbelustigungen. — Georg Liebe, Die Anfänge der lombardischen Wechsler im deutschen Mittelalter. — Karl Adam, Das Reisestammbuch des D. Abr. Plato von 1607–1616; ein charakteristischer Beitrag zur peregrinatio academica. — G. Sello, Der Löwenkampf Graf Friedrichs von Oldenburg in Sage, Kunst und Dichtung. — Karl Biedermann, Zur Förderung der Kulturgeschichte durch Laien. — Georg Liebe, Bahrrecht und Fürbitte in deutschen Städten des Mittelalters. — J. Caro, Aus den Tagen der Königin Elisabeth von England. (John Dee. Albrecht Laski. Giordano Bruno. Shakespeare.) — A. v. Eye, Die Geschichte des Sitzens. — Georg Steinhausen, Der vollkommene Hofmann, ein Lebensideal des Rococo. — Rudolf Goette, Liebesleben und Liebesdienst in der Liebesdichtung des deutschen Mittelalters. — Miscellen. — Mitteilungen und Notizen. — Besprechungen.

Band II.

F. v. Krones, Karl von Zierotin und sein Tagebuch vom Jahre 1591. — Karl Biedermann, Die Faustsage nach ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung. — Georg Liebe, Zur Geschichte der Uniform in Deutschland. — Otto Rieder, Totenbretter im bayerischen Walde, mit Berücksichtigung der Totenbretter überhaupt. I. II. — Richard M. Meyer, Die Anfänge der deutschen Volkskunde. — Friedrich Bienemann, Die Kolonialpolitik des deutschen Ritterordens. — Georg Steinhausen, Professoren der Kulturgeschichte? — Richard Müller, Ueber die historischen Volkslieder des dreissigjährigen Krieges. I. II. — Henry Simonsfeld, Ein venetianischer Reisebericht über Süddeutschland, die Ostschweiz und Oberitalien aus dem Jahre 1492. — Rudolf Goette, Zur Geschichte deutschen Volksgeistes im Mittelalter bis zu den Zeiten Heinrichs des Vierten. — Paul Bahlmann, Zur Geschichte der Juden im Münsterlande. — E. Einert, Die Landstreicherplage in Thüringen nach dem siebenjährigen Kriege. — Aug. Wünsche, Teufelswetten. — Ferner Miscellen. — Mitteilungen und Notizen. — Besprechungen.

Band III.

Georg Steinhausen, Gustav Freytags Bedeutung für die Geschichtswissenschaft. — Heinrich Heidenheimer, Ein Mainzer Humanist über den Karneval (1495). — Conrad Thümmel, Das Einlager der deutschen Rechtsgeschichte. — Willy Varges, Die Verfassungsgeschichte der Stadt Wernigerode im Mittelalter. I. — Rudolf Wustmann, Briefe Niklaus Manuels. — Willy Varges, Zur Verfassungsgeschichte der Stadt Wernigerode im Mittelalter. II. — L. Gerbing, Thüringer Fuhrmannsleben in vergangenen Tagen. — F. W. E. Roth, Zur Geschichte des Volksaberglaubens in der Grafschaft Nassau-Idstein im 17. Jahrhundert. — Besprechungen. — Bibliographie. — Karl Adam, Kulturgeschichtliche Streifzüge durch das Jahr 1848/49. I. — F. W. E. Roth, Zur Geschichte der Meistersänger zu Mainz und Nürnberg. — F. Tetzner, Donalitim und Tolminkemen. — G. Schönfeldt, Die „Höge“ der Hamburger Brauknechte. — Ernst Bernheim und Georg Steinhausen, Ein neuer Gegner der Kulturgeschichte. — Wilhelm Knörich, Litteratur-gesellige Bestrebungen besonders der Damen, und ihr Vorbild, sowie die Frauen-Emanzipation in Frankreich während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. — Karl Adam, Kulturgeschichtliche Streifzüge durch das Jahr 1848/49. II. — Georg Liebe, Ritter und Schreiber. Eine kulturgeschichtliche Parallele. Ferner: Miscellen — Mitteilungen und Notizen — Besprechungen.

Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdr.), Naumburg a/S.

FRITZ GÄHR Buchbinder
F. X Beer Nachfolger
MÜNCHEN
Weinstrasse N^o 18/II.

Fridrichowicz, Eugen

Die Getreidehandelspolitik des Ancien régime

Weimar 1897

Gall.g. 343 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11808260-4